

Wahlprogramm Landtagswahl 2026

FDP Rheinland-Pfalz

Beste Bildung für Rheinland-Pfalz	3
Frühkindliche Bildungsangebote	3
Schule	5
Berufliche Bildung	16
Wissenschaft	18
Weiterbildung	22
Wachstum und Wohlstand für Rheinland-Pfalz	23
Wirtschaft	23
Arbeit	47
Tourismus	49
Infrastruktur, Verkehr und Mobilität	53
Landwirtschaft	62
Weinbau	65
Selbstbestimmung und Zusammenhalt für Rheinland-Pfalz	68
Gesundheit und Pflege	68
Soziales und Teilhabe	77
Familie	83
Frauen	84
Jugend	88
Integration	89
Verbraucherschutz	90
Sport	90
Kultur	95
Kirche, Religion, Weltanschauungen	97
Ehrenamt	99
Europa und Internationales	101
Freiheit und Sicherheit für Rheinland-Pfalz	108
Verfassung	109
Justiz	109
Inneres	111
Modernisierung, Effizienz und Bürgernähe für Rheinland-Pfalz	122
Finanzen und Verwaltung	122
Landesplanung	125
Kommunales	128
Bauen und Wohnen	135
Wiederaufbau Ahrtal	138
Digitalisierung	140
Medien	145
Nachhaltigkeit für Rheinland-Pfalz	147
Energie	147
Klimaschutz	150
Umwelt	152

Beste Bildung für Rheinland-Pfalz

Liberale Bildungspolitik legt das Fundament für ein Leben in Freiheit, Selbstbestimmtheit und Verantwortung. Unser Wohlstand und unsere gesellschaftliche Entwicklung hängen entscheidend von der Qualität unserer Bildung ab. Für uns Freie Demokraten ist Bildung ein Bürgerrecht. Deshalb streben wir kostenfreie Bildungsangebote an. Ziel muss es sein, unseren Kindern und Jugendlichen die Entwicklung zu mutigen, eigenständigen und selbstverantwortlich handelnden Persönlichkeiten zu ermöglichen. Hierbei stehen die individuellen Talente und nicht die Herkunft im Vordergrund.

Wir setzen auf eine positive Vermittlung freiheitlich-demokratischer Grundwerte: Freiheit, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Pluralismus sind die Grundlage unseres friedlichen Zusammenlebens. Nur wer den Wert der Freiheit versteht, wird sie auch verteidigen. Wir bekennen uns zur leistungsorientierten Bildung.

Zentrale Forderungen:

1. Stärkere Sprachförderung in Deutsch für Kinder und Jugendliche
2. Erhalt des gegliederten Schulsystems und der Förderschule
3. Moderner Unterricht mit der natürlichen Integration von Künstlicher Intelligenz (KI)
4. Mehr Mitsprache- und Gestaltungsfreiraum der Schulen
5. Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung

Dank der intensiven Mitarbeit der Freien Demokraten in der rheinland-pfälzischen Bildungspolitik konnten immer wieder erfolgreich liberale Themen umgesetzt werden. Im Bereich der Digitalisierung ist es uns gelungen, das Fach Informatik zum Pflichtfach zu machen. Auch die Schulverwaltung wird stetig weiter digitalisiert. Für die Lehrkräfte konnten wir Laptops und Tablets als dienstliche Leihgeräte etablieren sowie mit dem digitalen Kompetenzzentrum eine Anlaufstelle für Fortbildungen und Beratung schaffen. Mit FOBIZZ stellt das Land KI-Anwendungen den Schulen kostenlos zur Verfügung. Mit dem KI-Campus Rheinland-Pfalz und der landesweiten KI-Initiative haben wir zudem die Grundlagen für den Einsatz von KI im Bildungsbereich geschaffen. Hochschulen in Kaiserslautern, Trier und Koblenz forschen gemeinsam mit Bildungsakteuren an Lernplattformen, adaptiven Lernsystemen und KI-gestützter Unterrichtsunterstützung.

Darüber hinaus wurde der Ausbau digitaler Lernplattformen vorangetrieben. Lernangebote mit On-Demand-Videos, interaktiven Kursmodulen und digitaler Unterrichtsunterstützung sind heute an vielen Schulen und Weiterbildungseinrichtungen verfügbar. Auch vom Programm „Medienkompetenz macht Schule“ konnte die ganze Schulgemeinschaft profitieren, z. B. durch die Einführung des Schulcampus als digitale Plattform oder den Medienkompass für Schülerinnen und Schüler. Insgesamt flossen 40 Millionen Euro allein in die Digitalisierung unserer Schulen.

Die Schulautonomie konnte beispielsweise durch die Einführung von PES-Kräften an Grundschulen gestärkt werden. Die neue Schulbaurichtlinie ermöglicht es nun, individueller und passgenauer für die Schule vor Ort Baupläne zu entwickeln. Die neuen Familiengrundschulzentren ermöglichen es, multiprofessionell auf die Bedürfnisse der Familien einzugehen und Probleme möglichst früh zu lösen. Mit den nun verbindlichen Konzepten zum

Schutz vor sexualisierter Gewalt ist es gelungen, die Schulen zu einem noch sichereren Ort zu machen. Ebenso trägt die gestärkte Demokratiebildung in allen Schulformen dazu bei, unsere Kinder als Demokraten politisch selbstständig und eigenverantwortlich ihren Weg gestalten zu lassen. Mit der erfolgreichen Einbindung der Jugendmusikschulen in das Nachmittagsprogramm von Ganztagschulen konnte auch die kulturelle Bildung deutlich profitieren.

In der kommenden Periode wollen wir an diesen Erfolgen konkret anknüpfen und sie weiterführen.

Frühkindliche Bildungsangebote

Die frühkindliche Bildung ist die Saat der Bildungskarriere und daher von besonderer Bedeutung. Deswegen wollen wir Freie Demokraten ganz besonders die Kleinsten fördern.

Kinder sind neugierig und wissbegierig, sie erkunden auf natürlichem Wege ihre Welt. Diese Neigung wollen wir unterstützen, indem wir ihnen dazu qualifizierte Bildungsangebote machen. Ziel ist eine individuell passende Förderung für jedes Kind.

Für die Familien müssen verlässliche und vielfältige Betreuungsangebote zur Verfügung stehen, die es ermöglichen, für die individuelle Familiensituation und Lebensplanung Betreuung zu erhalten. Defizite bei Betreuungsangeboten dürfen nicht das Ende beruflicher Karrieren und finanzieller Eigenständigkeit sein. Die Verlässlichkeit der Betreuung möchten wir absichern. Die private Kindertagespflege sehen wir als wichtige Alternative und Ergänzung zu Angeboten von Kindertagesstätten in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft. Betreuungsangebote in privater oder freier Trägerschaft brauchen mehr Unterstützung. Betreuungsangebote müssen unterschiedlichen Bedarfe an Betreuung in unserer Gesellschaft abbilden.

Wir werden:

- ein Landesstartchancenprogramm aufsetzen, das die frühkindliche Bildung in den Fokus nimmt, um die notwendigen Maßnahmen oder Projekte, z. B. Sprachförderung, bilingualen Unterricht oder sportliche Aktivitäten, zu finanzieren.
- frühestmögliche Hilfsangebote für Kinder unterstützen und fördern, die den Familien auf freiwilliger Basis flächendeckend angeboten werden, durch Einbeziehung von zum Beispiel Logopädinnen/Logopäden, Ergotherapeutinnen/Ergotherapeuten und Musikschulen. Dies gilt insbesondere im Bereich der sprachlichen Entwicklung.
- schulvorbereitende Maßnahmen für Kinder mit Förderbedarf, mit fehlenden Schuleingangsvoraussetzungen und/oder mangelnder Sprachkompetenz flächendeckend einrichten.
- die Öffnungszeiten unserer Kindertagesstätten flexibilisieren, um sie an die Lebensrealität junger Familien anzupassen.
- eine verpflichtende Sprachprüfung im Kindergarten etablieren, um frühzeitig Sprachdefizite feststellen und dann auch frühestmöglich mit der Förderung beginnen zu können.

- das Angebot der bilingualen Kindertagesstätten ausbauen, um Kinder schon früh an mehrere Sprachen zu gewöhnen und langsam heranzuführen.
- uns dafür einsetzen, die Schuleingangsuntersuchung bereits eineinhalb Jahre vor Schuleintritt, das heißt mit viereinhalb Jahren, einzuführen, um sich daraus ergebende Förderbedarfe bis zum Schuleintritt mit geeigneten Maßnahmen ausgleichen zu können.
- den nahtlosen Übergang in die Grundschule vereinfachen. Dies fordert die kooperative Verzahnung von Grundschulen und Kindergarten, z. B. durch die Verwendung von einheitlicher Software.
- eine duale Bachelor-Ausbildung (DQR 6) für den Beruf der Erzieherin bzw. des Erziehers anbieten und die Ausbildung ausländischer Fachkräfte schneller anerkennen.
- die Fortbildungsmöglichkeiten für Erzieherinnen und Erzieher im Bereich Musik, Sprache und MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) ausbauen.
- uns verstärkt um pädagogische Hilfskräfte („Kita-Assistenz“) bemühen, die examinierten Erzieherinnen und Erzieher in ihrer täglichen Arbeit unterstützen und damit die Qualität und Verlässlichkeit der Kindergarten verbessern können.
- private Betreuungsangebote fördern sowie die Bedingungen und Anforderungen, z. B. für Betriebskindergarten und Kindertagespflege, vereinfachen.
- uns für eine gleichwertige Unterstützung der Kindertagespflege im Vergleich zu Kindertagesstätten einsetzen.
- Kindertagesstätten in freier Trägerschaft unterstützen.

Schule

Übergang von Grundschule zur weiterführenden Schule

Die gewünschte Schullaufbahn zu finden, ist für Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern mit unterschiedlichen Erwartungen verbunden. Eltern möchten ihren Kindern möglichst gute Perspektiven sichern, während Schülerinnen und Schüler häufig bestehende Freundschaften erhalten wollen.

Den Wechsel auf eine weiterführende Schule erlebt jedes Kind anders. Die Bewältigung der veränderten Anforderungen lässt sich nicht allein an den Zeugnissen und Bewertungen der Grundschule ablesen. Eine neue Lehr- und Lernwelt stiftet neue Impulse für Lernfähigkeit und Lernbereitschaft und eröffnet Kindern zugleich neue Chancen in der Orientierungsstufe.

Empfehlungen sollten Orientierung geben, aber keine Chancen nehmen. Mit dieser Grundhaltung wollen wir Freie Demokraten die Chancen junger Menschen stärken und Verantwortung dort belassen, wo sie hingehört. Dabei setzen wir darauf, Eltern durch das strukturierte Aufzeigen der verschiedenen Möglichkeiten für eine erfolgreiche, talentorientierte Bildungslaufbahn bei der Entscheidung über die für ihr Kind geeignete Schule zu unterstützen.

Letztlich ist die beste Schule diejenige, zu der Kinder gerne gehen – sie schafft die Grundlage für gutes Lernen und persönliche Entwicklung.

Sport in Schule und Kitas

Immer mehr Kinder gehen ganztägig in Bildungseinrichtungen wie Schulen und Kitas. Daher wird die Bewegungs- und Sportförderung als Bildungsangebot am Nachmittag immer wichtiger für die Menschen in Rheinland-Pfalz. Die Sportfachverbände und ihre Sportvereine in Rheinland-Pfalz haben qualifizierte Sport- und Bewegungsangebote und besitzen ein Alleinstellungsmerkmal durch ihre Multiplikatoren. Seit vielen Jahren haben bereits Sportfachverbände und ihre Vereine durch Programme der Landesregierung die Möglichkeit erhalten, Sportangebote in Ganztagschulen und Kitas mitzugehen.

Das Land Rheinland-Pfalz möchte BEWEGUNGS LAND Nr. 1 werden. Daher setzen wir Freie Demokraten uns dafür ein, dass möglichst viele Sportfachverbände im LSB Rheinland-Pfalz und ihre Vereine vor Ort die Möglichkeit haben, in Bildungseinrichtungen wie Schulen und Kitas vielfältige sportliche Bewegungsangebote im Nachmittag eigenständig zu gestalten, damit Kinder und Jugendliche zu einem aktiven Lebensstil motiviert werden. Wir Freie Demokraten verstehen dieses Angebot als integrativen Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe.

Der Sportunterricht der Zukunft soll einen größeren Fokus auf das Kennenlernen von verschiedenen Sportarten setzen. Wir wollen eine Kooperation mit Sportvereinen ermöglichen, die junge Menschen auch für außerschulischen Sport begeistern.

Wir werden:

- die sportliche Aktivität der Schülerinnen und Schüler durch eine qualitative Sicherstellung des Sportunterrichts in den Schulen fördern.
- sportliche Wettkämpfe fördern, die den Kindern und Jugendlichen den Leistungsvergleich ermöglichen.
- in Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden Nachmittagsangebote in der Ganztagschule schaffen.
- den verpflichtenden Schwimmunterricht für alle Schülerinnen und Schüler beibehalten, um allen Kindern und Jugendlichen einen sicheren Umgang im Element Wasser zu ermöglichen.

Gesundes Arbeiten in der Schulgemeinschaft

Wir Freie Demokraten wissen, dass man nur dann effektiv Leistung bringen kann, wenn man dazu körperlich und geistig in der Lage ist. Daher wollen wir zur Unterstützung von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften multiprofessionelle Teams an Schulen etablieren (unter anderem mit Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern, Schulpsychologinnen und Schulpsychologen, Schulkrankenpflegerinnen und Schulkrankenpflegern), die die Belastungen der Schulgemeinschaft auffangen und mildern können. Die physische und psychische Betreuung von Schülerinnen und Schülern entlastet die Klassenleitungen und ermöglicht den Klassengemeinschaften mehr Konzentration auf den Unterricht, während den Betroffenen eine niederschwellige Hilfe zur Verfügung steht. Die Lehrkräfte können sich mit beruflichen Belastungen an die Teams wenden. Dabei ist gerade für kleinere Schulen eine Cluster-Lösung mit anderen Schulen im Verbund sinnvoll, um personelle Ressourcen ideal zu nutzen.

Lehrkräfte werden auch mit unterrichtsfreien Aufgaben belastet, die nicht durch das zu erteilende Stundendepotat vorgesehen sind. Diese Belastung wird häufig als Überbelastung erlebt und treibt die Teilzeitquote nach oben. Wir müssen darauf achten, dass Lehrkräfte sich primär um den Unterricht sowie die dazugehörige Vor- und Nachbereitung konzentrieren können. Es braucht mehr qualifizierte Verwaltungskräfte, die solche Aufgaben übernehmen. Assistenzkräfte mit entsprechender Ausbildung können den Schulalltag entlasten.

Wir werden:

- die Etablierung von multiprofessionellen Teams (unter anderem mit Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern, Schulpsychologinnen und Schulpsychologen, Schulkrankenpflegerinnen und Schulkrankenpflegern) an allen Schulen fördern.
- in der Planung von Schulen entsprechend notwendige Räumlichkeiten berücksichtigen.
- Lehrkräfte von Verwaltungs- und anderen unterrichtsfreien Aufgaben entlasten.
- Verwaltungsvorschriften abbauen.
- an Grundschulen Verwaltungskräfte und pädagogische Koordinatorinnen bzw. Koordinatoren einstellen, ohne diese mit Anrechnungsstunden für Schulleitungsaufgaben zu verrechnen.

Mehrgliedriges und zugleich durchlässiges Schulsystem

Jedes Kind verfügt über unterschiedliche Stärken und Schwächen, Vorlieben und Abneigungen und spricht auf unterschiedliche Anreize zum Lernen an; hier muss ein vielfältiges Bildungswesen ansetzen. Schulen arbeiten nach unterschiedlichen Bildungskonzepten und unterbreiten je nach Profil unterschiedliche Lern- und Förderangebote.

Eltern wünschen sich für ihre Kinder die bestmögliche Bildung und Förderung. Dazu muss ihnen eine echte Wahlfreiheit gewährt werden. Der Einzigartigkeit eines jeden Kindes wird nur ein mehrgliedriges und zugleich durchlässiges Schulsystem gerecht. Dies gilt für alle Schulformen. Die Vielfalt der Schullandschaft stellt die bestmögliche Förderung und Bildung dar. Wir stellen uns ganz klar gegen jede Form einer Einheitsschule oder die Abschaffung der Förderschulen. Wir wollen kooperative Formen und Schulzentren fördern, die eine räumliche Nähe, aber keine zusammengewürfelten Einheitsklassen schaffen. Schulen in freier oder privater Trägerschaft tragen zur Vielfalt der Schullandschaft bei und sollen entsprechend gefördert werden.

Wir werden:

- die Transparenz und Durchlässigkeit des Schulsystems weiter verstärken und uns dafür einsetzen, dass den Eltern und Kindern dies auch frühzeitig und verständlich vermittelt wird. Langfristig wollen wir das Konzept der starren Klassenstufen modernisieren, um Talente individuell zu fördern.
- uns einsetzen für aussagekräftige und verlässliche Abschlusszeugnisse, so dass die Ausbilder, Arbeitgeber und Hochschulen eine brauchbare Beurteilungsgrundlage vorfinden.

- die Wahlpflichtfächer (inklusive weiterer Fremdsprachen) von Realschule plus und IGS auch am Gymnasium anbieten und so die Durchlässigkeit deutlich vereinfachen.
- uns für die Schaffung einheitlicher Standards aller Bundesländer und der deutschen Schulen im Ausland einsetzen.
- die Abiturprüfung weiter zentralisieren, mit dem Ziel eines Deutschland-Abiturs mit vergleichbaren Standards über Bundesländergrenzen hinweg.
- das gegliederte Schulsystem in seiner heutigen Form schützen und erhalten.
- Schulen in freier oder privater Trägerschaft für eine vielfältige und individuelle Schullandschaft erhalten und unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, die ihnen eine auskömmliche Finanzierung ermöglichen.

Förderschulen und Inklusion

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass alle Menschen ihr Leben selbstbestimmt und möglichst eigenverantwortlich in die Hand nehmen können. Eltern brauchen profunde Beratung, um die geeignete Schule und passende Förderangebote für ihr Kind zu finden. Wir Freie Demokraten fordern den Erhalt der Förderschulen und eine Sicherstellung der Durchlässigkeit zwischen allen Schulformen. In inklusiven Schulen muss für den zusätzlichen Bedarf qualifiziertes Personal zur Verfügung stehen.

Wir werden:

- eine sachkundige Beratung der Eltern in Förder- und Beratungszentren bei der Entscheidung für eine Förderschule oder eine Form der integrativen Beschulung an anderen Schulformen anbieten; im Vordergrund muss immer das Kindeswohl stehen.
- die Durchlässigkeit zwischen allen Schulformen sicherstellen.
- Möglichkeiten des begleitenden Übergangs von Förderschulen in andere Schulformen sicherstellen und an allen Förderschulen den Erwerb der allgemeinen Berufsreife ermöglichen.
- inklusiv arbeitende Schulen mit dem Bedarf entsprechendem Personal ausstatten.
- landesweit Modellprojekte fördern, um Integrationshilfen durch schulintegrierte, multiprofessionelle und niedrigschwellige Unterstützungsangebote zu ergänzen, wie z. B. das INGA-Projekt in der Stadt Bad Kreuznach.

Kinder und Jugendliche sowie Erwachsene mit Migrationshintergrund

Kinder von Zuwanderern, Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie Flüchtlingen müssen in Rheinland-Pfalz möglichst schnell Anschluss finden, um ihre Bildungschancen wahrnehmen zu können. Das Erlernen der deutschen Sprache ist dabei die Grundlage des Bildungs- und Integrationserfolges.

Neben den Kindern und Jugendlichen muss auch Erwachsenen eine Möglichkeit zum Erlernen der deutschen Sprache gegeben werden, dies gilt insbesondere für die Berufsaus- und -weiterbildung.

Wir werden:

- zusätzliche Ressourcen in Form von Lehrerstunden für notwendige Fördermaßnahmen bereitstellen.
- die Zusatzausbildung von Lehrkräften in Deutsch als Fremdsprache fördern.
- durch vorschulische Sprachtests und -förderung sicherstellen, dass alle Schülerinnen und Schüler erfolgreich am Unterricht teilnehmen können.
- gezielt in der beruflichen Aus- und Weiterbildung zusätzliche Deutsch-Sprachangebote schaffen.

Schulische Rahmenbedingungen

Wir Freie Demokraten setzen uns für verbesserte Rahmenbedingungen in den Schulen ein. Um Klassen mit inklusiver Beschulung und erhöhtem Sprachförderbedarf gerecht zu werden, muss hier eine praktikablere Klassenmesszahl vorherrschen, damit die Betreuungs- und Förderquote im schulischen Alltag verbessert werden kann. Das Angebot an schulpsychologischer Unterstützung muss den Realitäten des Schulalltags angepasst und entsprechend ausgebaut werden. Ganztagschulen brauchen ein pädagogisch wertvolles Konzept und dürfen nicht zur reinen Betreuungsschule verkommen. Gleichzeitig muss auch weiterhin für Familien die Option zur Halbtagschule erhalten bleiben. Letztlich sind Schulen Bildungs- und keine Betreuungsorte. Deshalb sollten Schulen auch nicht als Betreuungseinrichtungen fehlinterpretiert werden. Für die nachmittägliche Betreuung bedarf es mehr staatlicher und privater Angebote, die aber nicht in die Verantwortung der Schulen fallen. Dies schließt eine Nutzung der Schulgebäude aber natürlich nicht aus.

Wir werden:

- insbesondere für Klassen mit inklusiver Beschulung und mit erhöhtem Sprachförderbedarf die Klassenmesszahl schrittweise reduzieren, um so eine bessere Betreuungs- und Förderquote in den Klassen zu erreichen.
- den Ausbau weiterer Ganztagschulen mit pädagogisch wertvollem Konzept fördern.
- eine grundständige Ausbildung „Ganztagsfachkraft“ einführen, um mehr qualifiziertes Personal für Ganztagschulen zu gewinnen.
- die Wahlmöglichkeit zur Halbtagschule für Eltern erhalten.
- in einem breiten Prozess mit allen gesellschaftlichen Gruppen Konzepte für einen flexiblen, späteren Unterrichtsbeginn, angepasst an die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler, diskutieren.
- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten – sowohl bei der Gestaltung des Unterrichtsbeginns als auch bei der Betreuung nach Schulschluss.

- Schulzeiten flexibel so gestalten, dass sie den Bedürfnissen von Schülerinnen und Schülern gerecht werden und zugleich den Bildungsauftrag der Schulen gegenüber Betreuungsleistungen betonen und verstärken.
- nicht-schulische Betreuungsangebote unterstützen und ausbauen. Das gilt sowohl für staatliche wie private Angebote, wie Sportvereine, Jugendmusikschulen etc.
- die schulpsychologische Unterstützung bedarfsgerecht ausbauen.

Schulbau

Gute Bildung braucht gute Räume. Schulen sind mehr als Lernorte – sie sind Lebensräume, die pädagogische Arbeit prägen. Deshalb haben wir die Schulbaurichtlinie in Rheinland-Pfalz reformiert: Damit Lehrkräfte, Eltern und Schülerinnen und Schüler ihre Ideen früh einbringen können. Wo Pädagogik und Architektur zusammen gedacht werden, entsteht moderne Schule. Investitionen in Schulbau sind Investitionen in Zukunft, Chancengerechtigkeit und Standortqualität.

Mit der neuen Schulbaurichtlinie können Schulen individueller, moderner und nachhaltiger geplant werden. Statt starrer Vorgaben gibt es flexible Raumkonzepte, klare Standards für Barrierefreiheit, Sicherheit und Energieeffizienz sowie verbindliche Beteiligung der Schulgemeinschaft. Über das Landes-Schulbauprogramm stellt das Land Rekordmittel für Neubau, Umbau und Modernisierung bereit – und vereint pädagogische mit ökologischen Anforderungen.

Wir werden:

- die reformierte Schulbaurichtlinie erhalten und bei Bedarf weiterentwickeln.
- die Mitgestaltung der Schulgemeinschaft dauerhaft sichern.
- die Investitionsförderung des Landes ausweiten, Verfahren beschleunigen und Kommunen entlasten.

So wird jede Schule in Rheinland-Pfalz zu einem zukunftsfähigen Lernort – offen, sicher, digital und nachhaltig gestaltet von den Menschen, die dort lernen und lehren.

Digitales Lehren und Lernen

Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern der Schlüssel zu individueller Talentförderung und Entfaltung. Rheinland-Pfalz braucht eine Bildungspolitik, die Zukunft gestaltet. Wir Freie Demokraten wollen die Potenziale digitaler Technologien endlich entschlossen nutzen, um Lernen flexibler, moderner und persönlicher zu gestalten. Wir brauchen in Rheinland-Pfalz fachlich dafür aus- und weitergebildetes Personal. Dabei setzen wir auf Vertrauen in die Innovationskraft von Lehrkräften und Lernenden – nicht auf übermäßige staatliche Regulierung.

Wir werden:

- die Möglichkeiten, die KI für die individuelle Förderung und Lernbegleitung bietet, nutzen. Dabei sollen digitale Technologien die Lehrkräfte als Lernbegleiterinnen und Lernbegleiter unterstützen.
- die rechtlichen Rahmenbedingungen für den sicheren Einsatz von künstlicher Intelligenz an unseren Schulen schaffen. Die Schülerinnen und Schüler sollen von Beginn an mit dem Umgang mit künstlicher Intelligenz vertraut werden.
- Digitalistentinnen und Digitalistenten für alle Schulen etablieren, die die technische Ausstattung einrichten und warten und auch für Fragen der Lehrerschaft beim Einsatz der Technik zur Verfügung stehen.
- Module zur „Didaktik digitalen Lernens“ in der Ausbildungsverordnung für das zweite Staatsexamen verankern und so zu einem festen Bestandteil der Lehrerausbildung machen.
- die Integration moderner Medien und KI in allen geeigneten Bildungs-, Ausbildungs- und Prüfungssituationen fördern.
- ein digitales Bildungsökosystem einführen, das personalisierte Lernpfade für alle Schülerinnen und Schüler ermöglicht. Durch den Einsatz von Algorithmen und künstlicher Intelligenz sollen Lerninhalte gezielt an die Bedürfnisse von Lernenden angepasst werden. Schülerinnen und Schüler können in einzelnen Fächern individuelle Fortschritte machen, ohne durch Defizite in anderen Bereichen eingeschränkt zu werden. Dabei soll der Einsatz digitaler Technologien die Lehrkräfte unterstützen und nicht ersetzen.
- das Angebot des Pädagogischen Landesinstituts für Fortbildungen zur Didaktik des digitalen Lernens deutlich ausbauen und in der Fläche des Landes verfügbar machen.
- uns dafür einsetzen, die Schulbücher in digitaler Form zentral zu erwerben und den Schülerinnen und Schülern im Sinne der Lehrmittelfreiheit kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Dafür soll die sehr verwaltungsaufwändige Schulbuchausleihe abgeschafft werden.
- E-Learning- und On-Demand-Video-Angebote ausbauen.

Ferienangebote

Wir Freie Demokraten fordern, die bereits bestehenden Angebote für Schülerinnen und Schüler in den Ferien bedarfsgerecht auszubauen und für berufstätige Eltern Betreuungsmöglichkeiten zu schaffen.

Wir werden:

- neue Bildungs- und Betreuungsangebote, z. B. mit der außerschulischen Jugendhilfe, prüfen, um für berufstätige Eltern die kompletten Schließzeiten der Schulen besser aufzufangen.

- eine landesweite Plattform schaffen, in die Angebote eingetragen werden. Eltern können sich dann mit einer regionalen Filterung schnell einen Überblick verschaffen, welche Möglichkeiten sich ihnen bieten, und so gut informiert entscheiden.

Demokratie an Schulen

Demokratie muss geübt werden. Die Akzeptanz anderer Meinungen und die Erfahrung der Konsensfindung können nur durch regelmäßige Übung erlangt werden. Dazu ist es notwendig, Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit dazu zu geben.

Wir werden:

- die Etablierung demokratiefördernder Projekte wie beispielsweise die Juniorwahl oder Projekte zum Umgang mit politischem Extremismus in allen Schulen unterstützen.
- den Besuch demokratischer Institutionen (z. B. Landtag) und Gesprächsmöglichkeiten mit Amtsträgerinnen und Amtsträgern weiter fördern.
- als Symbol unserer Demokratie die Flaggen der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland, des Landes Rheinland-Pfalz und der für die Schule zuständigen Kommune dauerhaft vor Schulen hissen.

Lehrerversorgung, Lehreraus- und Lehrerfortbildung

Eine gute Lehrerversorgung ist Grundvoraussetzung für Unterricht. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass an allen Schularten mindestens eine 100-prozentige Unterrichtsversorgung sichergestellt wird. Da Unterrichtsausfälle durch Erkrankung, Weiterbildung und dienstliche Veranstaltungen eintreten, wird es auch in Zukunft erst bei einer Stellenzuweisung von 105 Prozent zu einer optimalen Versorgung kommen, was angestrebt werden muss. Auch die Besetzung von Funktionsstellen muss zeitnah erfolgen.

Für die Qualität von Bildung sind in erster Linie die Lehrkräfte verantwortlich. Auf den Lehrer kommt es an! Aus diesem Grund muss um die Besten geworben werden.

Wir werden:

- eine 105-prozentige Lehrerversorgung an allen Schularten sicherstellen, um so für alle Schülerinnen und Schüler das Recht auf Unterricht gewährleisten zu können.
- Unterrichtsausfall zielgerichtet und differenziert erfassen.
- die schulspezifisch differenzierte Ausbildung der Lehrkräfte unterstützen. Der Einheitslehrer ist die falsche Antwort.
- die Verantwortung der Referendariatsausbildung praxisnäher durch die Ausbildungsschulen gestalten; dies gilt auch für die Bewertung der Referendarinnen und Referendare.
- eine solide Ausbildung in schulrechtlichen Fragen in den Ausbildungsprozess integrieren, um später handlungssichere Lehrkräfte zu haben.

- die Lehrerausbildung in Rheinland-Pfalz zukünftig auch in einem dualen System anbieten. Ein solches Modell kombiniert theoretische Inhalte mit einer intensiven praktischen Ausbildung und schafft somit eine enge Verbindung zwischen Hochschule und schulischer Praxis. Gleichzeitig profitieren die Schulen von zusätzlichem Personal, das sie bei der Unterrichtsgestaltung und Betreuung unterstützt.
- Beförderungsverfahren für qualifizierte und verdiente Lehrkräfte beschleunigen. Anstrengung, Einsatz und Bereitschaft zur Weiterentwicklung müssen belohnt werden, um die Besten für eine Karriere als Lehrkraft gewinnen zu können.
- schnellere Besetzungen von Funktionsstellen ermöglichen.
- die Anerkennung ausländischer Lehrerausbildungen vereinfachen.

Leistungsgerechte Bezahlung

Es gibt viele verschiedene Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz und wir Freie Demokraten erkennen die Arbeit von allen als gleichwertig an. Wir stehen für eine Bezahlung nach dem Leistungsprinzip, daher kann es kein Argument sein, dass die einen ein oder zwei Semester mehr oder weniger studiert haben; relevant muss die geleistete Arbeit im Schulalltag sein. Daher setzen wir Freie Demokraten uns für eine gleiche Bezahlung aller Lehrkräfte im Einstiegsamt mit A13/E13 ein. Zudem sehen wir die Notwendigkeit, dass alle Lehrämter eine gleiche Beförderungsmöglichkeit in eine mit A14 besoldete Laufbahn haben müssen, um den individuellen Anreiz zu erhalten, auch ohne eine Funktionsstelle besetzen zu müssen. Die Anforderungen zur Beförderung müssen offen und transparent für alle Lehrkräfte zugänglich sein. Das Verfahren zur Vergabe muss zukünftig mit offen kommunizierten Kriterien erfolgen, sodass eine Lehrkraft diese zukünftig erfüllen kann, um ihre Beförderung aktiv anzustreben. Ergänzend sollten für die Fachpraxislehrkräfte die bürokratischen Hürden zur Beförderung zur A12-Laufbahn deutlich gesenkt werden.

Die Beförderung und entsprechend höhere Besoldung der Schulleitung darf nicht an einer Schulform hängen, sondern muss sich an der zu leistenden Arbeit orientieren. Wer mehr arbeitet, soll auch mehr verdienen.

Wir werden:

- uns für eine Grundbesoldung aller Lehrkräfte im Land mit A13/E13 einsetzen.
- die Beförderung in eine mit A14 besoldete Laufbahn für alle Lehrkräfte möglich machen.
- die Kriterien zur Beförderung offen zugänglich machen, sodass jede Lehrkraft gezielt darauf hinarbeiten kann.
- die Beförderung und Besoldung der Schulleitung an die Arbeit in der zu leitenden Schule koppeln, z. B. entsprechend der Größe.

Mehr Mitsprache- und Gestaltungsspielraum der Schulen (Schulfreiheitsgesetz)

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, den Schulleitungen und der Schulgemeinschaft mehr Möglichkeiten zur Mitgestaltung einzuräumen: Dazu benötigen die Schulen mehr

Mitspracherecht bei der Personalauswahl, mehr Entscheidungsfreiheit zur Profilbildung der Schule entsprechend ihrer Gegebenheiten vor Ort und eine angemessene Budgetierung für die neu gewonnene Freiheit. Der Unterrichtsbeginn sollte entsprechend des Profils gestaltet werden können, um beispielsweise Erkenntnisse der Forschung zu verbesserter Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler umzusetzen. Deswegen wollen wir ein Schulfreiheitsgesetz. Schulen sollen die Möglichkeit erhalten, ergänzendes Personal (z. B. technische Assistentinnen und Assistenten, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Verwaltungsfachkräfte) einzustellen.

Wir werden:

- den einzelnen Schulen mehr Einfluss auf die Personalauswahl gewähren. Die Zuständigkeit der Einstellungen und personalrechtlichen Maßnahmen bleibt bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, sollte aber auf ein notwendiges Minimum reduziert werden. Ein frühzeitiger Personalauswahlprozess ist anzustreben, um Schulen und Lehrkräften eine sichere Planung zu ermöglichen.
- den einzelnen Schulen die Möglichkeit der Profilbildung entsprechend den regionalen Gegebenheiten einräumen. Dazu zählt auch eine individuellere Gestaltung des Unterrichtsbeginns.
- den Schulen proportional zur Zahl der Lehrkräfte ein Fortbildungsbudget bereitstellen, über das sie im Wesentlichen eigenständig verfügen können, um so das schuleigene Fortbildungskonzept passend zur Profilbildung vorantreiben zu können.
- die Schulen dabei unterstützen, bei Bedarf Schulsozialarbeiterinnen bzw. Schulsozialarbeiter, Beratungslehrkräfte, Verwaltungspersonal und/oder technische Assistentinnen bzw. Assistenten zu beschäftigen.
- die Schulen und Schulträger dabei unterstützen, organisierte Schulcluster bilden zu können, die sich beispielsweise bei der Verwendung von Personal, Gebäuden und Ausrüstung gegenseitig unterstützen können.

Wahlpflichtfächer an allen Schulformen einführen

Während Wahlpflichtfächer an der Realschule plus, der IGS und den G8-Gymnasien bereits heute Standard sind, gibt es diese am G9-Gymnasium bisher nicht. An ihre Stelle tritt dort bisher die zweite Fremdsprache. Dies führt beim Schulwechsel immer wieder zu Problemen und erschwert teilweise auch den Wechsel von einem Bundesland ins andere.

Wir wollen die bisherigen Wahlpflichtfächer (Wirtschaft und Verwaltung; Technik und Naturwissenschaft; Hauswirtschaft und Sozialwesen; Französisch) an allen Schulen als vollwertige Hauptfächer verankern und um individuelle Angebote der jeweiligen Schule (z. B. andere Fremdsprachen wie Latein oder Spanisch) erweitern. So können Schulen ein stärkeres Profil entwickeln und Schülerinnen und Schüler einen individuelleren Weg durch das Schulsystem wählen. Damit wird zukünftig auch neben dem Wirtschaftsteil im Fach Sozialkunde an Gymnasien ein ganzes Unterrichtsfach „Wirtschaft“ – und das sogar als Hauptfach – möglich sein. In der Oberstufe wollen wir perspektivisch das Fach Wirtschaft flächendeckend auch als Leistungskurs anbieten.

Die für das allgemeinbildende Abitur notwendige zweite Fremdsprache kann weiterhin über die zusätzlichen Wahlfächer in der Mittelstufe oder der Kurswahl in der MSS erworben werden. Um eine Harmonisierung der Lehrpläne aller Bundesländer und einen einfacheren Übergang von anderen Bundesländern nach Rheinland-Pfalz zu ermöglichen, ist es zeitgemäß, dass die Gymnasien als zweite Fremdsprache neben Latein und Französisch zukünftig auch Spanisch anbieten.

Wir werden:

- mehr Möglichkeiten der individuellen Schullaufbahn durch einen Ausbau des Wahlpflichtangebots an allen Schulformen schaffen.
- den reibungslosen Übergang zwischen verschiedenen Schulformen vereinfachen.
- durch die Möglichkeiten zu individuellen Wahlpflichtfächern die Schärfung eines Schulprofils erweitern.
- das Wahlpflichtfach an allen Schulen neben Deutsch, Mathematik und der ersten Fremdsprache zu einem vollwertigen Hauptfach machen.

Schuljahre besser planbar machen

Durch die sich ständig verändernden Zeitpunkte der Sommerferien beträgt die Schwankung bis zu einem Monat in nur zwei Jahren, sodass die Zahl der Unterrichtstage stark variiert. Trotzdem werden Lehrpläne und Leistungsanforderungen nicht entsprechend angepasst, sodass manche Schülergeneration mal mehr und mal weniger Zeit hat, die gleiche Leistung zu erbringen. Auch für die Lehrkräfte ist es immer wieder eine Herausforderung, die Unterrichtsplanung an entsprechend schwankende Zeitkontingente anzupassen. Im Sinne einer Qualitäts- und Anspruchssicherung fordern wir Freie Demokraten eine Standardisierung der Schuljahre.

Wir werden:

- einen festen Zeitraum für die Sommerferien festlegen, sodass jedes Schuljahr eine identische Länge hat. Wir setzen uns in der Kultusministerkonferenz dafür ein, dass auch andere Bundesländer feste Zeiträume, wie beispielsweise Bayern und Baden-Württemberg, nutzen.

Allgemeiner Religions- und Ethikunterricht statt konfessionellem Unterricht

Während wir auf eine lange christlich geprägte Vergangenheit mit primär katholischer und evangelischer Konfession zurückblicken, verliert diese Einteilung immer mehr an Bedeutung. Der gelebte Atheismus weiter Teile vor allem der jüngeren Generationen sowie viele Einwandererinnen und Einwanderer mit nicht-christlichen Religionen prägen in vielen Schulen den Alltag. Oft entstehen sehr kleine Lerngruppen des konfessionellen Unterrichts, während Ethikklassen immer größer werden oder für manche Schülerinnen und Schüler gar kein Unterricht stattfindet. Wir Freie Demokraten wollen daher einen gemeinsamen Unterricht der ganzen Klassengemeinschaft rund um religiöse und ethische Fragestellungen im Sinne eines gegenseitigen Verständnisses etablieren, der integrativ wirken kann. Ebenfalls kann so die

schulinterne Stundenplansituation sowie der Mangel an konfessionell passenden Lehrkräften vor Ort entlastet werden.

Wir werden:

- uns dafür einsetzen, einen allgemeinen Religions- und Ethikunterricht mit dem Namen „Religionskunde und Ethik“ für alle Schülerinnen und Schüler einzuführen.
- die Studiengänge für das entsprechende Lehramt anpassen.

Internationale Schulen

Viele Unternehmen tun sich schwer dabei, internationales Spitzenpersonal in Deutschland zu beschäftigen, weil deren Kinder keine passende Schule finden. Daher wollen wir Freie Demokraten die Einrichtung und Erhaltung internationaler Schulen in Rheinland-Pfalz fördern, um den Wirtschaftsstandort zu sichern und für ausländische Fachkräfte attraktiv zu machen.

Wir werden:

- uns für die Einrichtung internationaler Schulen in wirtschaftlich bedeutenden Ballungszentren wie Mainz, Rheinhessen und Rhein-Neckar einsetzen.
- den Trägern beratend beistehen, um die Finanzierung auch zukünftig zu sichern.
- das Konzept der Europaschulen ausbauen, um den interkulturellen Lernprozess zu fördern und dem Thema „Europa“ in Schulen ein stärkeres Gewicht zu verleihen.

Reform der Kultusministerkonferenz

Ein modernes Bildungssystem braucht klare Strukturen und Mut zu Reformen. Die Kultusministerkonferenz in ihrer jetzigen Form ist ein Bremsklotz für die Modernisierung unseres Bildungssystems.

Wir werden:

- uns im Bundesrat für eine Reform der Kultusministerkonferenz hin zu einem echten Bildungskonvent einsetzen. Wir verfolgen das Ziel, dass die Entscheidungen des neuen Bildungskonvents verbindlich für alle Länder gelten. Das aus der Zeit gefallene Einstimmigkeitsprinzip muss einem qualifizierten Mehrheitsprinzip weichen. Wir wollen, dass der Bildungskonvent von Expertinnen und Experten aus dem Bildungsbereich beraten wird.

Berufliche Bildung

Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Stärkung der Berufsbildenden Schule ein. Die Berufsbildenden Schulen sind eine gleichberechtigte Säule des Bildungssystems. Die Stärkung der dualen Berufsausbildung zusammen mit Kooperationsinitiativen der Kammern und

Unternehmen ist deshalb Voraussetzung erfolgreicher und zukunftsorientierter Ausbildungs- und Berufswege in vielen Bereichen. Wir sehen berufliche und akademische Ausbildung als gleichwertig an und wollen daher in beiden Bildungswegen Bedingungen schaffen, die es jedem fähigen Menschen ermöglichen, diesen Bildungsweg unabhängig der familiären Situation zu beschreiten.

Lebenslanges Lernen schafft die Grundlage für individuelle Entwicklung und für gesellschaftlichen Fortschritt. Wir Freie Demokraten fordern den Ausbau der finanziellen Förderung von Weiterbildungs- und Studienfinanzierung. Gerade die finanzielle Förderung der berufsbegleitenden Weiterbildung in den einzelnen Lebensphasen und Lebenssituationen ist zwingend geboten, um in einer sich demografisch und technologisch verändernden Berufswelt mitzuhalten und dem Fachkräftemangel seriös zu begegnen.

Wir werden:

- uns für eine umfassende Neustrukturierung der Berufsschullehrpläne einsetzen.
- Lehrpläne einer regelmäßigen Überprüfung auf Aktualität und praktische Nutzbarkeit unterziehen.
- einen fachbezogenen Fremdsprachenunterricht flächendeckend in Ausbildungen einführen, bei denen dies fachlich relevant ist.
- die Vermittlung von unternehmerischen und betriebswirtschaftlichen Fähigkeiten stärken.
- das erste komplett digitale Fernausbildungszentrum in Rheinland-Pfalz schaffen, indem der berufsschulische Teil der Ausbildung vollständig digital absolviert werden kann.
- uns für den weiteren Ausbau der Berufsorientierung an den allgemeinbildenden Schulen einsetzen und auf eine praxisnahe Ausgestaltung achten, z. B. durch verpflichtende Exkursionen in Wirtschaftsbetriebe.
- den Stellenwert der Berufsbildenden Schulen in der Bildungslandschaft fördern.
- frühzeitige Kooperationen zwischen allgemeinbildenden Schulen und berufsbildenden Schulen unterstützen.
- elternunabhängige finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten für Studierende und Auszubildende schaffen.
- am vielfältigen Angebot an beruflichen Schulen festhalten. Die Schulen vor Ort entscheiden zusammen mit dem Schulträger und den regionalen Unternehmen über das konkrete Profil der Schulen.
- den Religionsunterricht an Berufsschulen reduzieren.
- den Sportunterricht an Berufsschulen dort abschaffen, wo er nicht für die Ausbildung von Relevanz ist.
- das Angebot der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung (ÜLU) ausbauen.

- uns dafür einsetzen, dass die Perspektiven einer dualen Berufsausbildung mit möglicher Weiterbildung und damit verbundenen Karrierechancen ihren gesellschaftlichen Stellenwert zurückgewinnen.
- finanzielle Förderkonzepte für die berufsbegleitende Aus- und Weiterbildung entwickeln bzw. ausbauen. Dazu zählt beispielsweise die Einführung eines Meister-Bafögs.
- in Zusammenarbeit mit den Kammern und den Schulen pilotieren, wie ein berufliches Gymnasialangebot mit Handwerks- und Technikprofil („Handwerkergymnasium“) entstehen kann, das gezielt talentierte junge Menschen an das Handwerk heranführt, praktische Ausbildungselemente integriert und sowohl Hochschulzugang als auch handwerkliche Qualifikationen eröffnet.

„Settle in RLP“ – Junge Talente in Rheinland-Pfalz halten

Wir Freie Demokraten schlagen ein Jugendförderprogramm vor, um jungen Menschen eine langfristige Perspektive zu bieten und sie dazu zu ermutigen, ihre Zukunft hier vor Ort zu gestalten. Wer sich entscheidet, seine Ausbildung hier zu absolvieren, soll dafür belohnt werden. Rheinland-Pfalz muss ein Ort bleiben, an dem junge Talente leben, arbeiten und sich wohlfühlen können.

Wir werden:

- attraktive Rahmenbedingungen für Ausbildung, Studium und Berufseinstieg schaffen.
- den Ausbildungsbetrieben mehr Freiheit bei der Gestaltung von Ausbildungswegen ermöglichen.
- bürokratische Hürden für betriebliche Kooperationen und flexible Ausbildungsmodelle abbauen.
- den Start für junge Gründerinnen und Gründer in die Selbstständigkeit durch bürokratiefreie Gründungsjahre und gezielte Fördermaßnahmen vereinfachen.

Wissenschaft

Zukunftsfähige Ausstattung der Hochschulen

Exzellenz in Studium und Lehre kann nur erreicht werden, wenn auch die Rahmenbedingungen stimmen. Deshalb müssen die Grundmittel je Studierenden, die Betreuungsrelation zwischen Studierenden und Lehrenden sowie die Raumausstattung in Rheinland-Pfalz erheblich verbessert werden. Hervorragendes Personal ist essenziell. Die derzeitigen Beschäftigungsverhältnisse sind allerdings für die besten Köpfe nicht attraktiv. Die Beschäftigungsverhältnisse des Lehrpersonals an den staatlichen Hochschulen werden zunehmend prekär; Zeitverträge für das Lehrpersonal mindern die Attraktivität einer universitären Laufbahn. Der akademische „Mittelbau“ muss langfristig wieder gestärkt werden.

Wir werden:

- ein Landesprogramm für zusätzliche Juniorprofessuren auflegen mit der Garantie der Übernahme auf eine Lebenszeitprofessur, sofern anhand transparenter Leistungsparameter der Nachweis exzellenter Forschung und Lehre erbracht wurde.
- ausgesuchten hochqualifizierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die den Sprung auf eine Professur verpasst haben, eine unbefristete Beschäftigung ermöglichen, um wichtige Bereiche in Forschung und Lehre nachhaltig zu unterstützen.

Autonomie der Hochschule

Wir Freie Demokraten wollen, dass die rheinland-pfälzischen Hochschulen in der Zukunft keine staatlichen Einrichtungen, sondern ausschließlich Körperschaften des öffentlichen Rechts sind. Sie werden mit dem Land Zielvereinbarungen abschließen, die in regelmäßigen Abständen auf ihre Einhaltung überprüft werden. Die Hochschulen werden somit aus der Abhängigkeit kleinstrukturierter ministerieller Gängelung entlassen und tragen nun weitgehend eigenständig Verantwortung für Personal, Profilbildung und Budget. Im Punkt der Bauherreneigenschaft muss die Hochschule die Verantwortung tragen. Dies führt zu mehr Effizienz, zu mehr selbstbewusstem Denken in den Hochschulen und somit zu mehr innovativem Handeln und zur schnelleren Anpassung im nationalen und internationalen Wettbewerb. In einem neuen Geist mit mehr Freiheit und Verantwortung werden sich unsere Hochschulen nachhaltig weiterentwickeln.

Wir werden:

- mehr Handlungs- und Gestaltungsspielraum für die Hochschulen schaffen. Die Wissenschafts- und Hochschulpolitik muss die Rahmenbedingungen für größtmögliche Eigenständigkeit, Eigenverantwortlichkeit und Profilbildung der Hochschulen schaffen, sodass diese selbstständig die Ziele hervorragender Lehre, exzellerter Forschung und effektiven Wissens- und Technologietransfers umsetzen können.
- Hochschulen fördern, die in einem wettbewerblichen Umfeld mit passgenauen Angeboten um die Gunst der Studierenden konkurrieren, woraus innovative Angebote und Problemlösungsstrategien sowie effiziente Strukturen entstehen.
- eine flexiblere Prüfungsorganisation ermöglichen. Hochschulen sollen die Möglichkeit erhalten, Prüfungen über das Semester zu verteilen und mehrere Prüfungstermine anzubieten.
- die Entscheidung über die Teilnahme an Vorlesungen den Studierenden eigenverantwortlich überlassen.
- die Studienzugangsberechtigung (meist das Abitur) als Mindeststandard erhalten.
- die über die berufliche Ausbildung erlangte Studienzugangsberechtigung nicht weiter an eine feste Note koppeln.
- es den Universitäten und Hochschulen ermöglichen, flächendeckende Hochschulzugangsprüfungen zu etablieren, die zukünftige Studentinnen und Studenten auf ihre Studientauglichkeit prüfen. Diese können theoretische, aber auch praktische Anteile enthalten.

- dirigistische Planvorgaben durch richtungsweisende Hochschulentwicklungspläne ersetzen: Die Hochschulen erarbeiten partnerschaftlich eine „Roadmap“ für die rheinland-pfälzische Hochschullandschaft, die dann kontinuierlich fortgeschrieben wird, um die bestmögliche Ressourcenverteilung und Zielerreichung sicherzustellen.
- den Zwang zur verfassten Studierendenschaft abschaffen und so im Sinne der individuellen Freiheit den Studierenden die Wahl geben, ob sie Teil der verfassten Studierendenschaft sein wollen. Ein Semesterticket soll auf Wunsch einer Mehrheit der Studierenden durch die Studierendenwerke vereinbart werden können.
- uns zur Vielfalt im Hochschulsystem bekennen: Universitäten (inklusive Musik-, Kunst- und pädagogischen Hochschulen), (Fach-)Hochschulen, Berufsakademien und Duale Hochschulen haben alle ihren Platz und ihre ganz eigene Mission. Die dynamische Überwindung der bestehenden formalen Differenzierung bietet dabei jedoch große Chancen.
- die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft fördern.
- den Einsatz von Lehrkräften aus der Praxis fördern.
- Forschungsschwerpunkte mit den finanziellen Mitteln ausstatten, um – auch international – nach Talenten für die Forschung suchen zu können.
- weiter daran arbeiten, berufsqualifizierende Bachelorstudiengänge zu schaffen.
- Volkshochschulen und Familienbildungsstätten unterstützen und ausbauen.
- Online-Kurse und hybride Lernformate für betriebliche Fort- und Weiterbildung aktiv fördern.
- E-Learning und KI-gestützte Lernassistenten ausbauen und zugänglich machen.

Internationalisierung der Semesterzeiten

Die unterschiedlichen Semesterzeiten zwischen Deutschland und seinen europäischen Nachbarn erschweren unnötig die akademische Mobilität. Besonders in der Grenzregion Rheinland-Pfalz mit Frankreich, Belgien und Luxemburg behindern die verschiedenen Zeitfenster den akademischen Austausch.

Wir werden:

- die Semesterzeiten in Abstimmung mit den anderen Bundesländern an die internationalen Begebenheiten anpassen, um unsere Hochschulen weiter zu internationalisieren und zum Beispiel auch Auslandsaufenthalte zu vereinfachen.

Studienzugangsberechtigung und Hochschulzugangsprüfung

Die Klagen über studienunfähige Studierende nehmen zu und müssen ernst genommen werden. Ein immer wieder auftretendes Problem ist die fehlende Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen und die fehlende Aussagekraft von Notendurchschnitten. Wir Freie Demokraten wollen die Studienzugangsberechtigung als Mindestvoraussetzung erhalten, jedoch um eine mögliche

Zugangsprüfung an der gewünschten Hochschule ergänzen. So können wir die Zahl der Studienabbrecher reduzieren und junge Menschen frühzeitig dem weiteren Ausbildungsmarkt zuführen, während die Hochschulen ihre Mittel stärker auf diejenigen konzentrieren können, die die akademische Laufbahn beschreiten. Mit dieser Maßnahme können wir dem Fachkräftemangel in der Form begegnen, dass junge Menschen nicht unnötig lange in einer akademischen Ausbildung verbleiben, die sie am Ende nicht erfolgreich abschließen können.

Wir werden:

- die Studienzugangsberechtigung (meist das Abitur) als Mindeststandard erhalten.
- die über die berufliche Ausbildung erlangte Studienzugangsberechtigung nicht weiter an eine feste Note koppeln.
- es den Universitäten und Hochschulen ermöglichen, flächendeckende Hochschulzugangsprüfungen zu etablieren, die zukünftige Studentinnen und Studenten auf ihre Studientauglichkeit prüfen. Diese können theoretische, aber auch praktische Anteile enthalten.

Die Hochschullandschaft weiterentwickeln

Um die Qualität und Effizienz der Hochschulen zu steigern, ist die Hochschullandschaft in Rheinland-Pfalz systematisch weiterzuentwickeln. Angesichts der Wettbewerbsorientierung entwickeln die Hochschulen profildbildende individuelle Programme und Dienstleistungen. Dadurch wird die Qualität von Forschung und Lehre steigen und eine neue Entwicklungs dynamik in der rheinland-pfälzischen Hochschullandschaft initiiert. Private Hochschulen ergänzen das staatliche Bildungsangebot und können als Vorbilder für Kooperationen mit Unternehmen, die Einwerbung privater Zuschüsse und die Mittelverwendung sein. Dennoch muss die Eigenständigkeit staatlicher Hochschulen über eine ausreichende Grundfinanzierung durch das Land zu jeder Zeit gewährleistet sein. Befristete Hochschulpakte und außerplanmäßige Zwischenfinanzierungen dürfen nicht die Regel sein.

Wir werden:

- dirigistische Planvorgaben durch richtungsweisende Hochschulentwicklungspläne ersetzen: Die Hochschulen erarbeiten partnerschaftlich eine „Roadmap“ für die rheinland-pfälzische Hochschullandschaft, die dann kontinuierlich fortgeschrieben wird, um die bestmögliche Ressourcenverteilung und Zielerreichung sicherzustellen.
- uns zur Vielfalt im Hochschulsystem bekennen: Universitäten (inklusive Musik-, Kunst- und pädagogischen Hochschulen), (Fach-)Hochschulen, Berufsakademien und Duale Hochschulen haben alle ihren Platz und ihre ganz eigene Mission. Die dynamische Überwindung der bestehenden formalen Differenzierung bietet dabei jedoch große Chancen.

Vernetzung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft

Die regionale Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft fördert den Technologie- und Wissenstransfer von den Hochschulen in die Praxis, wovon besonders kleine und

mittelständische Unternehmen profitieren. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass noch mehr Bachelorstudiengänge zu einem berufsqualifizierenden Abschluss werden und nicht nur eine weitere akademische Laufbahn vorbereiten.

Wir werden:

- die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft fördern.
- den Einsatz von Lehrkräften aus der Praxis fördern.
- Forschungsschwerpunkte mit den finanziellen Mitteln ausstatten, um – auch international – nach Talenten für die Forschung suchen zu können.
- weiter daran arbeiten, berufsqualifizierende Bachelorstudiengänge zu schaffen.

Weiterbildung

Lebenslanges Lernen und Weiterbildung

Wir Freie Demokraten wollen, dass Bildung nicht mit Schule oder Berufsausbildung endet, sondern Menschen in allen Lebensphasen neue Perspektiven eröffnet. Gerade im demografischen Wandel ist lebenslanges Lernen ein Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe, persönlicher Entfaltung und wirtschaftlicher Innovationskraft. Rheinland-Pfalz verfügt bereits über ein breites Netz an Volkshochschulen, Familienbildungsstätten, digitalen Lernplattformen und betrieblichen Fortbildungsprogrammen, die Weiterbildung wohnortnah und bezahlbar ermöglichen.

Wir wollen auch private und gewerbliche Angebote gezielt fördern und digital vernetzen – mit flexiblen Online-Kursen, hybriden Lernformaten und individueller Beratung, sodass Menschen auch im hohen Alter oder mit familiären Verpflichtungen unkompliziert an Weiterbildung teilnehmen können. Besondere Chancen sehen wir im E-Learning, KI-gestützten Lernassistenten und virtuellen Lernräumen, die Lernen zeit- und ortsunabhängig machen.

Unser Ziel ist klar: Rheinland-Pfalz soll ein Land des lebenslangen Lernens sein, in dem Weiterbildung für alle Generationen selbstverständlich ist – als Brücke zu neuen Fähigkeiten, als Schutz vor sozialer Isolation und als Beitrag zu einer dynamischen, zukunftsfähigen Gesellschaft.

Wir werden:

- Volkshochschulen und Familienbildungsstätten unterstützen und ausbauen.
- Online-Kurse und hybride Lernformate für betriebliche Fort- und Weiterbildung aktiv fördern.
- E-Learning und KI-gestützte Lernassistenten ausbauen und zugänglich machen.
- die Bildungs-ID einführen, die alle bildungsrelevanten Dokumente wie beispielsweise Zeugnisse, Weiterbildungen oder Förderdiagnostik in einer digitalen Form vereint.

Wachstum und Wohlstand für Rheinland-Pfalz

Wirtschaft

Damit Rheinland-Pfalz auch künftig ein Land mit hoher Lebensqualität bleibt, gilt es, unseren Wirtschaftsstandort sowie die Unternehmen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Wettbewerbsfähige Unternehmen und ein prosperierender Wirtschaftsstandort sind die Voraussetzung für Wohlstand, hochwertige Arbeits- und Ausbildungsplätze, die Finanzierung von Kindergärten, Schulen und Hochschulen und die Basis für einen funktionierenden Sozialstaat. Daher setzen wir Freie Demokraten uns mit Nachdruck dafür ein, bessere Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für am Markt erfolgreiche Unternehmen zu schaffen – sie sind die Basis für Wohlstand, Fortschritt und soziale Sicherheit in Rheinland-Pfalz.

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass unser Land auch in Zukunft wirtschaftlich erfolgreich und international wettbewerbsfähig ist, Unternehmen am Standort wachsen können und somit eine Vielzahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen schaffen. Daher setzen wir uns dafür ein, dass

- der Mittelstand gestärkt wird, ihm Freiräume eröffnet werden und er von Bürokratie entlastet wird,
- der Mittelstand und die „Hidden Champions“ als innovative Arbeitgeber die ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz weiterhin stärken können und damit Zukunftsperspektiven für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort bieten, weshalb wir auch die Entwicklung der Unternehmen in der Fläche unseres Landes fest im Blick behalten,
- Innovationen als der gesellschaftliche und wirtschaftliche Schlüssel für eine gute Zukunft von Rheinland-Pfalz begriffen und gelebt werden, denn nur durch Innovationen werden wir im Wettbewerb mit anderen starken Regionen in Deutschland und Europa erfolgreich bestehen können,
- Innovationen in Rheinland-Pfalz technologieoffen gedacht, gefördert und umgesetzt werden, denn nur so finden wir die Lösungen für die Herausforderungen von morgen, da wir jetzt nicht wissen können, was die beste Lösung in der Zukunft sein wird,
- der Mittelstand der Treiber für Innovationen und Weiterentwicklungen unserer Wirtschaft ist, da er seine Produkte und Prozesse schneller, agiler und kundenorientierter auf die Marktentwicklung einstellen kann, als dies den international aufgestellten Konzernen möglich ist; daher benötigt der Mittelstand insbesondere einen fairen Wettbewerb und offene Märkte, dann kann er sich am besten selbst helfen,
- Selbstständigkeit ein Wert an sich ist, den wir dringend fördern müssen, damit unsere Gesellschaft innovativ und agil bleibt; vom kleinen inhabergeführten Dienstleistungsunternehmen, dem technologieorientierten Start-up bis zum familiengeführten industriellen Mittelstand – sie alle sind mit ihrer Risikobereitschaft und Innovationskraft das wirtschaftliche Rückgrat unseres Landes,
- wirtschaftliches Wachstum eine Voraussetzung dafür ist, dass wir unseren Wohlstand, unsere sozialen Sicherungssysteme und unser Bildungssystem finanzieren können,

- unser Bildungs- und Hochschulsystem das Fundament für die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft ist sowie für die Startchancen unserer Kinder und Jugendlichen von essenzieller Bedeutung ist; weshalb wir auf die Ausstattung von Schulen, insbesondere Berufsschulen und Hochschulen, ein ganz besonderes Augenmerk legen,
- das Wissen um ökonomische Zusammenhänge und das Funktionieren unserer Wirtschaft und sozialen Sicherungssysteme von sehr hoher Bedeutung für die Sicherung unserer sozialen Marktwirtschaft ist; wir setzen uns für mehr ökonomische Inhalte in den Schulen ein,
- die Verkehrs- und die digitale Infrastruktur in Rheinland-Pfalz gleichermaßen leistungsfähig wie bedarfsgerecht sind, damit die Pendlerinnen und Pendler zügig zu ihren Arbeitsstätten kommen, Unternehmen ihre Waren und Dienstleistungen schnell und sicher zu ihren Kunden und Geschäftspartnern transportieren können sowie Daten sicher und in Echtzeit übertragen werden können und
- wir im Bundesrat darauf hinwirken, dass die Rahmenbedingungen für unsere Unternehmen (Steuern, Energiekosten, regulatorische Standards) bundes- und europaweit so ausgestaltet werden, dass die Unternehmen in Rheinland-Pfalz ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern können und mit ihrem Wachstum und ihrer Innovation für eine gute wirtschaftliche und soziale Zukunft von Rheinland-Pfalz sorgen.

Unser Wirtschaftsstandort wird von Unternehmerinnen und Unternehmern, dem Handwerk, eigen tümergeführten Unternehmen, Freiberuflerinnen und Freiberuflern, Selbstständigen, Start-ups, dem industriellen Mittelstand sowie international aufgestellten Konzernen geprägt. Rheinland-pfälzische „Hidden Champions“ sind oftmals Weltmarktführer in einer Vielzahl von Branchen und Märkten auf der ganzen Welt. Häufig sind sie in den ländlichen Räumen von Rheinland-Pfalz angesiedelt und treten als etablierte Mittelständler meist nicht öffentlich weiter in Erscheinung. Sie sorgen aber in ganz erheblichem Maße für Wertschöpfung, Innovation, Ausbildung und Beschäftigung in der Fläche unseres Landes.

Zur Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für diese Akteure gehört unsere Grundüberzeugung, dass Unternehmerinnen und Unternehmer sowie die Unternehmen als solche mehr Freiheitsgrade benötigen, um ihrer zentralen Rolle in und für unsere Gesellschaft gerecht werden zu können. Start-ups, Innovationen, neue Geschäftsmodelle, neue Produkte und neue Märkte – all das benötigt größere Spielräume, um am Markt erfolgreich zu sein. Technologieoffenheit prägt hierbei unsere Herangehensweise – die Lösungen und Methoden von heute sind nicht immer der Garant des Erfolgs von morgen.

Wir vertrauen den Unternehmerinnen und Unternehmern sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Unternehmen, dass sie am besten wissen, wo ihre Marktchancen liegen. Daher wollen wir ihnen mehr unternehmerische und betriebliche Freiheiten ermöglichen. Wir ermutigen Menschen, neue Wege zu gehen, Risiken zu wagen und Freiräume zu gestalten. Hierzu wollen wir uns für die entsprechenden Rahmenbedingungen in Rheinland-Pfalz – aber auch in Berlin und Brüssel – einsetzen sowie unsere Instrumente in der Wirtschafts- und Innovationspolitik weiterentwickeln. Mehr Freiheit für neue Ideen schaffen – das ist unser Ziel.

Mittelstand mit Zukunft – Ausbilden, Anpacken, Aufsteigen, Nachfolgen

Das Handwerk in Rheinland-Pfalz ist ein Herzstück der mittelständischen Wirtschaft. Mit knapp 56.000 Betrieben und rund 260.000 Beschäftigten, darunter rund 18.000 Auszubildenden, erwirtschaftet das Handwerk einen Umsatz von rund 37 Milliarden Euro. Durch seine dezentrale Verteilung gewährleistet das Handwerk eine flächendeckende und wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung und ist ein attraktiver Arbeitgeber gerade auch im ländlichen Raum. Das Handwerk ist von großer Bedeutung auch für das verarbeitende Gewerbe – als Zulieferer, für individuelle Produkte und als Quelle hochqualifizierter Fachkräfte.

Mit dem Meisterabschluss verfügt das Handwerk über ein weltweit anerkanntes Qualitätssiegel, das die beste Garantie für hochwertige Arbeit, Leistungsfähigkeit, Innovationskraft und Verbraucherschutz ist. Meisterbetriebe sind wirtschaftlich robuster, überstehen besser konjunkturelle Schwankungen und bilden junge Menschen aus. Der Meisterbrief nimmt eine Schlüsselstellung in der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ein. Das von der FDP-geführte Wirtschaftsministerium hat sich deshalb zusammen mit dem Zentralverband des Deutschen Handwerks erfolgreich dafür eingesetzt, in zwölf Gewerken die Meisterpflicht wieder einzuführen.

Der Fach- und Arbeitskräftemangel ist eine der zentralen Herausforderungen der Wirtschaft, auch in Rheinland-Pfalz. Er wird zunehmend zum Hemmnis künftigen Wachstums und Wohlstands. Fachkräftegewinnung und -sicherung ist deshalb ein Schwerpunkt der Politik des FDP-geführten Wirtschaftsministeriums. Die Gleichwertigkeit akademischer und beruflicher Bildung steht dabei im Zentrum aller Aktivitäten. In der Vergangenheit gab es eine einseitige Fokussierung auf Abitur und akademische Laufbahnen. Auch wenn mit Übernahme des Wirtschaftsministeriums durch die FDP im Jahr 2016 eine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik erfolgt ist, die gerade die berufliche Bildung in den Fokus rückt, wirken Fehlanreize vergangener Jahre immer noch nach. Es ist daher mehr denn je von größter Relevanz für den Wirtschaftsstandort, die Attraktivität und Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung zu betonen und materiell durch entsprechende Investitionen zu unterlegen.

Eine Schlüsselstellung kommt dabei den Kammern zu, namentlich den Handwerkskammern und den Industrie- und Handelskammern. Sie sind Träger der beruflichen Bildung und wichtiger erster Ansprechpartner nicht nur, aber gerade auch in Fragen der beruflichen Bildung. Kammern und Wirtschaftsministerium arbeiten auf Augenhöhe im Interesse des Standorts und seiner Unternehmen zusammen. Der enge und vertrauensvolle Austausch ist ein echter Standortvorteil für Rheinland-Pfalz, den es zu bewahren gilt.

Dies zeigt sich auch im Bereich der Fachkräfteeinwanderung, bei dem es gelungen ist, Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern unter dem Dach der Welcome Center Rheinland-Pfalz zusammenzubringen und so eine Anlaufstelle für die gesamte gewerbliche Wirtschaft in Fragen der Fachkräfteanwerbung aus dem Ausland zu schaffen.

Eine große Herausforderung insbesondere der mittelständischen, oftmals familiengeführten Unternehmen im Land ist die Unternehmensnachfolge. In den kommenden Jahren stehen zahlreiche Unternehmen zur Übergabe an, und oftmals findet sich keine Nachfolgerin oder kein Nachfolger. Hier unternimmt das FDP-geführte Wirtschaftsministerium zusammen mit den Kammern in unterschiedlichen Formaten die Aufgabe, Betriebe frühzeitig für das Thema der Übergabe zu sensibilisieren und zu unterstützen.

Wir haben in den vergangenen fünf Jahren mit Nachdruck dafür gesorgt, dass sich die Überbetrieblichen Bildungsstätten (ÜBS) durch die Landesförderung in einem guten Zustand befinden.

Neben den Investitionen in Bau und Ausstattung der ÜBSen fördert das FDP-geführte Wirtschaftsministerium gemeinsam mit dem Bund die Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung in den ÜBSen (ÜLU), ebenfalls mit mehreren Millionen Euro pro Jahr.

Die FDP hat den Aufstiegsbonus I in Höhe von 2.000 Euro für die erfolgreiche Absolvierung der Meisterprüfung eingeführt.

Mit den Initiativen der „Praktikumswochen“, dem „Landesbestenpreis“ und der Kampagne „Klimahandwerk“ haben wir die Attraktivität einer Ausbildung im Handwerk noch stärker in den Fokus unserer Gesellschaft gestellt und entsprechend kommuniziert.

Das Angebot der Welcome Center Rheinland-Pfalz konnte auf Initiative des FDP-geführten Wirtschaftsministeriums auch auf die Handwerkskammern ausgeweitet werden, sodass nun für die gesamte mittelständische Wirtschaft in Rheinland-Pfalz eine kompetente Anlaufstelle für alle Fragen der Fachkräftegewinnung aus dem Ausland besteht.

Was wir in der kommenden Wahlperiode weiterführen wollen:

Die umfangreiche Förderung der überbetrieblichen Bildungsstätten (ÜBS) sowie der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung (ÜLU) wird fortgesetzt. Insbesondere im Bereich der ÜBS werden im Landshaushalt die erforderlichen Mittel bereitgestellt, um den Erhalt bzw. die Errichtung der beruflichen Bildungsstätten auf neuesten technischen Standard zu gewährleisten. Das FDP-geführte Wirtschaftsministerium bleibt hier verlässlicher Partner der Kammern. In der ÜLU werden die absehbaren Kostensteigerungen im Bereich der ÜLU durch entsprechende Bereitstellung von Mitteln im Landshaushalt abgedeckt.

Der Aufstiegsbonus als finanzielle Anerkennung der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung wird weiterentwickelt. Der Aufstiegsbonus II wird fortentwickelt zu einem Gründungsdarlehen mit Tilgungszuschuss, der durch die ISB ausgereicht wird, um notwendige Investitionen bei Neugründungen oder Betriebsübernahmen besser vornehmen zu können.

Die zahlreichen Fördermaßnahmen der außerschulischen Berufsorientierung werden fortgeführt und, wo nötig, in enger Abstimmung mit den Kammern fortentwickelt oder um neue Instrumente ergänzt. Gleiches gilt für Imagekampagnen im Handwerk oder zur Fachkräftegewinnung einschließlich der Elternkampagne „Eltern-beraten-Berufe“ sowie für Förderprojekte wie den Coach für Ausbildung und die Koordinierungsstelle Ausbildung und Migration (KAUSA). Auch die erfolgreichen Praktikumswochen werden weitergeführt.

Der Landesbestenpreis wird fortgeführt und durch einen Zuschlag zum Aufstiegsbonus in Höhe von 500 Euro finanziell dotiert.

Die Welcome Center und insbesondere die Landingpage „Make it in RLP“ werden zusammen mit den Kammern fortentwickelt. Wir setzen uns dafür ein, dass in der Landesregierung eine kundenorientierte Optimierung der rechtlichen und organisatorischen Prozesse bei der Fachkräfteeinwanderung vor allem im Bereich der Aufenthaltserlaubnis, Berufsanerkennung und Berufssprachkurse – auch im Zusammenspiel mit der bundeseitig geplanten Work-&-Stay-

Agentur – vorgenommen wird. Wir werden die Entwicklungen auf Bundesebene über den Bundesrat konstruktiv-kritisch begleiten.

Die Bemühungen im Bereich der Prävention vorzeitiger Ausbildungsvertragslösungen werden gemeinsam mit den Kammern intensiviert und neue Formate wie beispielsweise Digital Streetwork für Auszubildende pilotiert.

Die Digitalisierung des Mittelstands einschließlich des Handwerks bleibt ein Schwerpunkt der FDP-Politik im Wirtschaftsministerium. Nach dem Vorbild des erfolgreichen DigiBoost wird ein KI-Boost geschaffen, der kleine und mittlere Unternehmen bei der Implementierung von KI-Technologien unterstützt und so die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts stärkt. Die erfolgreichen Digitalisierungsberater bei den Handwerkskammern werden ebenso wie die Betriebs- und Exportberater weiterhin gefördert.

Die stärkere und bessere Vermittlung wirtschaftlicher Kompetenzen einschließlich der Bereitschaft, selbst zur Gründerin oder zum Gründer zu werden, ist für uns ein besonders wichtiger Schwerpunkt in der nächsten Wahlperiode. Nach dem Vorbild anderer Länder wird das Schulfach Sozialkunde ersetzt durch das Fach Politik und Wirtschaft, bei dem die Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft systematisch und altersangemessen vermittelt werden. Das erfolgreiche Projekt SchuleWirtschaft Rheinland-Pfalz wird fortgesetzt.

Darüber hinaus setzen wir uns für den Ausbau der Informations- und Beratungsangebote im Kontext der MINT-Berufe ein. Wir wollen eine nachhaltige Initiative starten und insbesondere Mädchen und junge Frauen ansprechen.

Dem Thema der Unternehmensnachfolge kommt eine besondere Bedeutung zu. Insbesondere in den ländlichen Räumen ist dies von hoher Relevanz, um die Wirtschaftskraft der Regionen zu sichern. Im Bereich der Unternehmensnachfolge werden wir daher die Aktivitäten der Kammern weiterhin intensiv begleiten und zusätzliche Maßnahmen entwickeln sowie umsetzen.

Innovation in Rheinland-Pfalz – Forschen, gründen, wachsen

Innovation ist der Treiber von Produktivitätswachstum, Beschäftigungs- und Wertschöpfungszuwachs in unserem Land. Wohlstand entsteht im Hochtechnologiebereich. Eine erfolgreiche Innovationspolitik ist deshalb der Schlüssel, um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen: Wachstumskrise, weltweiter Wettbewerb der Technologiestandorte, demografische Entwicklung, weltweite Konkurrenz um die besten Fachkräfte und die innovativsten Startups, Klimaschutz und Ressourceneffizienz, technologische Souveränität in den Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts wie zum Beispiel Künstliche Intelligenz, Robotik und Biotechnologie.

Hochinnovative Unternehmen in unserem Land schaffen zukunftssichere Arbeitsplätze und eröffnen über eine Stärkung des Steueraufkommens die notwendigen finanziellen Spielräume für notwendige öffentliche Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Forschung, in den Erhalt stabiler sozialer Sicherungssysteme und die Stärkung der inneren und äußeren Sicherheit.

Als Freie Demokraten stehen wir für eine konsequente Vernetzung von Mittelstand und Forschung. In Rheinland-Pfalz wollen wir dies flächendeckend ausbauen. Unsere Innovationspolitik ist darauf ausgerichtet, Forschung und Entwicklung zu stärken und das gewonnene Wissen in marktfähige Produkte und Dienstleistungen zu überführen. Aufbau und

Vernetzung von Forschung, Transfer und Gründungskultur sind zentrale Hebel für einen dynamischen Innovations- und Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz. Die erfolgreich etablierte Innovationsagentur Rheinland-Pfalz ist hier von strategischer Relevanz. Sie ist bereits heute zentrale Anlaufstelle im rheinland-pfälzischen Innovations- und Gründungsökosystem und muss systematisch ausgebaut und gestärkt werden – gerade auch im Interesse der kleinen und mittelständischen Unternehmen in Rheinland-Pfalz. Die Stärkung der Innovationskraft des Mittelstands ist ein Herzstück unserer Innovationspolitik. Die Innovationsagentur ist deshalb konsequent darauf ausgerichtet, die rheinland-pfälzischen KMU noch stärker an den Erkenntnissen der Forschung teilhaben zu lassen und sie systematisch in die Lage zu versetzen, neweste Technologien in erfolgreiche Produkte und Geschäftsmodelle zu überführen.

Ein Schlüssel für die weitere Stärkung des Innovationsstandorts ist die konsequente Ausschöpfung des Gründungspotentials an den Universitäten und Hochschulen des Landes, insbesondere im Hinblick auf technologieorientierte Startups. Unser Land braucht mehr technologieorientierte Startups, die bestehende Probleme lösen und neue Märkte schaffen. Der weltweit beachtete Erfolg von BioNTech in Mainz ist ein Musterbeispiel gelungener Transfer- und Gründungsförderung. Solche Erfolge müssen wir reproduzierbar machen. Dabei gilt: Je höher die Dichte an Startups im Land ist, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit weiterer herausragender Innovationen in Rheinland-Pfalz. Und je mehr Startups es gibt, umso sichtbarer und interessanter wird der Innovationsstandort Rheinland-Pfalz für privates Risikokapital.

Unsere Innovationspolitik ist technologie- und branchenoffen. Sie orientiert sich an den technologischen Stärken und Potentialen im Land, deren Grundlage hervorragende Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen sind. Schwerpunkte sind KI-Technologien, darüber hinaus zum Beispiel die Bereiche Biotechnologie/Life Sciences, Industrie 4.0, autonomes Fahren, alternative Antriebe im Bereich Nutzfahrzeuge, Wasserstoff, 6G sowie Technologien im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Unser Politikansatz ist nicht primär darauf ausgerichtet, Risiken zu vermeiden, sondern Chancen zu ergreifen.

Wenn wir auch künftig in Sicherheit, Freiheit und Wohlstand leben wollen, müssen wir heute konsequent und nachhaltig in Innovation investieren. Wir werden deshalb unsere erfolgreiche Innovations- und Gründungspolitik fortsetzen und zu einem Schwerpunkt des Regierungshandelns in der kommenden Wahlperiode machen.

Mit der erfolgreichen Gründung der Innovationsagentur Rheinland-Pfalz hat das FDP-geführte Wirtschaftsministerium eine zentrale Anlaufstelle im rheinland-pfälzischen Innovations- und Gründungsökosystem geschaffen. Die Innovationsagentur ist erster Ansprechpartner für Unternehmen, Forschende, Netzwerke, Startups und alle anderen, die die Zukunft in Rheinland-Pfalz mitgestalten wollen. Sie schafft Plattformen und ist Matchmaker für Wissenschaft und Wirtschaft. Den rheinland-pfälzischen KMU, die oftmals über keine eigenen Forschungs- und Entwicklungsabteilungen verfügen, ermöglicht sie den Zugang zu den neuesten Forschungsergebnissen und Zukunftstechnologien im Land.

Ein großer Erfolg ist die Ansiedlung des internationalen Wissenschaftspark- und Netzwerkbetreibers Kadans Science Partner, der am Biotechnologie-Campus in Mainz ein hochmodernes und flexibles Laborgebäude für Innovationen aus den Bereichen Biotechnologie und Life Sciences errichten wird. Im Kadans-Gebäude werden landesweit Laborflächen für Startups und Ausgründungsteams angeboten und den Gründerinnen und Gründern damit zugleich Zugang zu einem internationalen Wissenschafts- und Startup-Netzwerk ermöglicht.

Das FDP-geführte Wirtschaftsministerium hat seine Förderkulisse im Innovations- und Technologiebereich konsequent weiterentwickelt und ausgebaut:

So konnte im Nachgang zur Corona-Krise mit dem DigiBoost ein deutschlandweit beachtetes, unbürokratisches Förderprogramm für die Digitalisierung von KMU aufgelegt werden. Mit über 40 Millionen Euro ausgezahlten Mitteln konnten über 4.000 Unternehmen im Land bei ihren Digitalisierungsvorhaben unterstützt und Investitionen von rund 100 Millionen Euro ausgelöst werden.

Über diese branchen- und technologieoffenen einzelbetrieblichen Förderinstrumente hinaus hat das FDP-geführte Wirtschaftsministerium mit rund 25 Millionen Euro den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft vorangetrieben und an der Innovationsagentur die Wasserstoff-Koordinierungsstelle eingerichtet, die Unternehmen, Hochschulen und Institutionen vernetzt und vorwettbewerblich berät.

Das Wirtschaftsministerium unterstützt technologieorientierte Startups in der Frühphase mit Wagniskapital. So wurden über den Innovationsfonds Rheinland-Pfalz mit einem Volumen von über 40 Millionen Euro über 90 Startups unterstützt. Mit den eingesetzten öffentlichen Geldern konnten zusätzlich mehr als 40 Millionen Euro an privatem Kapital mobilisiert werden. Aufgrund des großen Erfolges und der zentralen Rolle im Startup-Ökosystem wurde bereits ein weiterer Fonds aufgelegt, der eine Zielgröße von 50 Millionen Euro an öffentlichen Mitteln aufweist.

Im Bereich der Gründungs- und Startup-Förderung hat das FDP-geführte Wirtschaftsministerium mit Start.in.RLP ein Gründungsstipendium geschaffen. Seit Einführung im Jahr 2022 wurden bereits rund 190 Stipendiatinnen und Stipendiaten mit 1.000 Euro pro Monat für zwölf Monate in der frühen Gründungsphase unterstützt. Es ergänzt das Förderprogramm startup innovativ, das mit einer Fördersumme von bis zu 100.000 Euro für zwölf Monate innovative Gründungen unterstützt.

Zentrales innovationspolitisches Ziel der rheinland-pfälzischen Freien Demokraten ist die Stärkung der Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- und Gründungsstandorts. Hierzu sollen in der kommenden Wahlperiode folgende Punkte umgesetzt werden:

- Die Investitionen in den Bereich Innovation, Transfer und Gründungen werden systematisch und signifikant erhöht, um den Standort Rheinland-Pfalz im Wettbewerb mit den anderen Bundesländern zu stärken. Der Einsatz von Steuergeldern zur Stärkung der Innovationskraft des Standorts führt zu Wohlstand und damit zur Stärkung der Einnahmebasis des Staates. Von daher wird eine entsprechende Priorisierung im Landeshaushalt vorgenommen.
- Die Politik in der kommenden Wahlperiode wird konsequent daran ausgerichtet, die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit des Standorts zu stärken. Den Bereich „Innovation, Transfer und Startups“ werden wir deshalb zu einem Regierungsschwerpunkt der kommenden Wahlperiode in der Verantwortung des Wirtschaftsministeriums ausgestalten. Deutschland im Ganzen und auch Rheinland-Pfalz erzielen im internationalen Vergleich gute Ergebnisse im Bereich der Grundlagenforschung. Andere Standorte in der Welt sind uns allerdings darin überlegen, diese Erkenntnisse in neue Produkte und Geschäftsmodelle umzusetzen. Hieran müssen wir mit Nachdruck arbeiten. Von daher muss in der kommenden Wahlperiode eine

Fokussierung auf den Bereich des Transfers und auf die signifikante Erhöhung der Anzahl technologieorientierter Startups sowie der Verbesserung des Zugangs zu öffentlichem und privatem Wagniskapital vorgenommen werden, und zwar mit einer konsequenten Ausrichtung an den Bedarfen der mittelständischen Unternehmen im Land.

- Zentraler Akteur zur Umsetzung dieser Strategie ist die Innovationsagentur Rheinland-Pfalz. Sie wird anhand der beschriebenen Fokussierung und strategischen Ausrichtung systematisch fortentwickelt und strukturell und personell ausgebaut. Eine starke Innovationsagentur ist unverzichtbar, um – auch im Wettbewerb mit anderen Innovationsstandorten in Deutschland und der Welt – insbesondere den KMU im Land Zugang zu den neuesten technologischen Entwicklungen zu verschaffen und so ihre Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu stärken.
- Die Innovationsagentur wird im Einklang mit den Wertschöpfungsstrukturen und thematischen Innovationsökosystemen im Land die Anbahnung und Etablierung von technologieorientierten Netzwerken, Clustern und Hubs systematisch unterstützen und vorantreiben.
- Die Innovationsagentur wird regionale Kompetenznetzwerke zur systematischen Vermittlung von KMU an Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen schaffen. Hierbei wird sie im Sinne eines kohärenten und ressourceneffizienten Ansatzes Innovationspartnerschaften mit den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern und den regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften schließen.
- Die Innovationsagentur wird in Kooperation mit den Kammern den Innovationspreis Rheinland-Pfalz vergeben und zusätzlich landesweite, sektorspezifische Innovationswettbewerbe durchführen.
- Daneben wird die Innovationsagentur zum zentralen Akteur im rheinland-pfälzischen Startup-Ökosystem ausgebaut mit dem Ziel, die Anzahl von Startups im Hochtechnologiesektor signifikant zu erhöhen. Der Innovationsagentur kommt in diesem Kontext eine Schlüsselstellung bei der Einwerbung privaten Risikokapitals und bei der Anbahnung von Public Private Partnerships zu.
- Die Innovationsagentur baut ein landesweites Gründer-Alumni-Netzwerk auf. Dabei wird die enge Kooperation auch mit der privaten WHU – Otto Beisheim School of Management in Vallendar gesucht.
- Die anwendungsorientierten Forschungsinstitute des Landes werden strategisch weiterentwickelt und in der technologischen Ausstattung verbessert. Die Zusammenarbeit unter den Instituten und mit den Universitäten und Hochschulen wird systematisch verstärkt. Die Anzahl an Verbundprojekten mit der Industrie und mit KMU wird ausgeweitet.
- Entsprechend der Wertschöpfungsstrukturen und thematischen Ökosysteme wird gezielt der Aufbau von sektoralen Transfer-Hubs mit Reallaboren, Co-Labs und Maker Spaces gefördert, etwa in den Bereichen KI, Robotik, Biotechnologie und Life Sciences, autonomes Fahren, Smart Farming, autonome Produktion/Industrie 4.0, 6G, Wasserstoff oder in der Sicherheits- und Verteidigungstechnologie. Hierbei werden nach dem Vorbild des Digital Hubs in Worms gezielt Kooperationsmodelle mit der Industrie und dem

Mittelstand gesucht. Die Innovationsagentur fungiert hier als Matchmaker und Projektplattform.

- Der Aufbau von sektoralen Clustern und Netzwerken wird über die Innovationsagentur begleitet und mit Förderung durch das Wirtschaftsministerium unterstützt. Der Aufbau BioVation am Life Science Zentrum Mainz (LZM) wird fortgeführt und sodann in eine selbsttragende Struktur überführt. Die Cluster- und Netzwerkstrategie verfolgt einen Bottom-up-Ansatz, um die Nachhaltigkeit und den Erfolg entsprechender Initiativen sicherzustellen. Bestehende, erfolgreiche und selbsttragende Cluster und Netzwerkstrukturen wie zum Beispiel das CVC, InnoNet Health Economy und das Photoniknetzwerk Optence werden durch die Innovationsagentur und das Wirtschaftsministerium begleitet und in der Vernetzung mit den Innovationsakteuren im Land unterstützt.
- Es wird angestrebt, weitere Forschungsinstitute in Rheinland-Pfalz anzusiedeln, etwa im Bereich KI und Biotechnologie/Life Sciences oder KI und Robotik. Hierzu wird gezielt die Kooperation und Kofinanzierung mit Partnern aus der Industrie gesucht.
- Die einzelbetrieblichen, branchen- und technologieoffenen Innovationsförderprogramme werden fortgeführt und spezifisch ausgebaut. Gezielt wird auch der industrielle Mittelstand sowie KMU adressiert, um Produktion und Innovation und damit zukunftssichere Arbeitsplätze am Standort zu halten und neu zu schaffen.
- Nach dem erfolgreichen Vorbild des DigiBoost wird für KMU ein KI-Boost eingeführt, ein unbürokratisches und attraktives einzelbetriebliches Förderprogramm zur Implementierung von KI-Technologien. Die Konzeption und Abwicklung des Programms erfolgt wie beim DigiBoost in enger Abstimmung mit den Kammern über die Investitions- und Strukturbank (ISB).
- Um die Anzahl an technologieorientierten Startups zu fördern, wird über die Haushalte der Universitäten und Hochschulen die personelle Ausstattung der Gründungsbüros sukzessive und signifikant ausgebaut. Zudem werden insbesondere in den naturwissenschaftlichen und technischen Studiengängen Pflicht- und Wahlmodule im Bereich Entrepreneurship etabliert. Hierbei wird gezielt die Kooperation mit Partnern aus der Industrie und dem Mittelstand gesucht.
- Es ist ein großer Erfolg für den Innovations- und Gründungsstandort Rheinland-Pfalz, dass mit den Initiativen „Futury“ (Rhein-Main-Gebiet) und „The Bridge“, zukünftig „SouthwestX“ (Saarland/Trier/Vallendar) gleich zwei Initiativen aus Rheinland-Pfalz zu den Gewinnern des bundesweiten EXIST-Leuchtturmwettbewerbs „Startup Factories“ zählen. Ziel des Wettbewerbs ist es, die Anzahl und Qualität wissensbasierter Ausgründungen erheblich zu steigern und überregionale und internationale sichtbare Startup Factories mit Hochschulnähe nach dem Vorbild von UnternehmerTUM in München zu etablieren. Diese Initiativen gilt es seitens der Universitäten und Hochschulen des Landes, der Forschungsinstitute, der Technologie- und Gründungszentren sowie der Innovationsagentur konsequent und nachhaltig zu unterstützen und mit den eigenen Aktivitäten zu vernetzen.
- Der Accelerator Grow in RLP (sechsmonatige Begleitung in der Gründungsphase) wird sukzessive ausgeweitet, um mehr Startups in der Scale-up-Phase begleiten zu können.

- Das Gründungsstipendium Start.in.RLP sowie das Innovations-Förderprogramm startup innovativ werden fortgeführt und sukzessive ausgeweitet.
- Das am LZM erfolgreich initiierte Kooperationsmodell mit einem privaten Investor (Kadans Science Partner), der am Biotechnologie-Campus in Mainz ein hochmodernes Laborgebäude errichten und betreiben wird, dient als Modell für die weitere Startup-Förderung unter Beteiligung privater Investoren.
- Private Partner können auch dabei helfen, ein systematisches Technologie-Scouting an den Universitäten und Hochschulen des Landes zu etablieren, um erfolgversprechende Ideen frühzeitig zu entdecken und in erfolgreiche Ausgründungen zu überführen. Im Dialog mit der Industrie und dem Mittelstand wird die Schaffung von sektorspezifischen Transfergesellschaften sondiert, die in einem Public-Private-Partnership-Modell die Verwertung von wissenschaftlichen Erkenntnissen systematisch vorantreiben.
- Die Instrumente des öffentlichen Wagniskapitals werden fortgeführt und ausgebaut. Insbesondere wird auch für die Wachstumsphase von Startups eine Fonds-Lösung etabliert.
- Daneben wird mit Nachdruck die Gewinnung privaten Wagniskapitals gefördert. Hier wird über die Innovationsagentur systematisch der Austausch mit Industrie, Mittelstand, Banken und Versicherungen, Stiftungen, Family Offices und VC-Gesellschaften gesucht. Die Innovationsagentur gründet hierzu eine Stakeholder-Allianz. Es werden Landesmittel für Co-Investment-Programme und gemischte Innovationsfonds (öffentliche/privat) bereitgestellt. Ziel ist der Aufbau eines gemischten Innovationsfonds Rheinland-Pfalz mit einem Zielvolumen von mindestens 100 Millionen Euro. In einem weiteren Schritt werden sektorspezifische „Investor-in-Residence“-Programme pilotiert, in denen ausländische Venture-Capital-Geber für begrenzte Zeit nach Rheinland-Pfalz geholt werden. Ferner wird ein landesweites „Startup-Roadshow“-Format an VC-Standorten (zum Beispiel Berlin/München) etabliert, um Startups aus Rheinland-Pfalz vorzustellen.
- Die politischen Rahmenbedingungen für das Schaffen von Risikokapital müssen aber weiter verbessert werden. Wir Freie Demokraten wollen, dass die Zukunft bei uns entsteht, zukünftige Technologien und Verfahren bei uns zum Einsatz kommen und dauerhaft qualifizierte Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz und Deutschland entstehen. Wir setzen uns dafür ein, dass die neue Landesregierung – gegebenenfalls über Initiativen im Bundesrat – den bereits eingeschlagenen richtigen Weg konsequent weitergeht, indem durch staatliche Co-Investments mehr privates Kapital ergänzt („gehebelt“) wird.
- Die Errichtung neuer Gebäude für Forschungsinstitute oder Technologie- und Gründerzentren mit öffentlichen Mitteln, insbesondere im Zuwendungsbau, wenn es also um Baumaßnahmen nichtstaatlicher Träger geht, die vom Land eine Förderung erhalten, scheitert oft an den komplexen und restriktiven rechtlichen Vorgaben. Wir setzen uns daher für die Novellierung der entsprechenden landesrechtlichen Vorgaben ein, mit dem Ziel, dass auch im Wege des Zuwendungsbaus die Errichtung von Forschungs- und Gründungsinfrastruktur signifikant erleichtert wird.
- Eine zentrale Anlaufstelle bei der Innovationsagentur („One-Stop-Agency“) wird eingerichtet, die Gründer umfassend berät und Genehmigungsverfahren deutlich

beschleunigt. Perspektivisch sollen Prozesse so verschlankt werden, dass eine Beratung obsolet bleibt. Rheinland-Pfalz soll das erste deutsche Bundesland werden, in dem ein Unternehmen innerhalb von 24 Stunden – von Antragstellung bis zu Genehmigung – gegründet werden kann.

- Über den Bundesrat wird sich Rheinland-Pfalz für eine konsequente Verbesserung der Rahmenbedingungen für Innovationen einsetzen. Es geht darum, dass die Versprechen des Bundes schnell und praxisnah umgesetzt werden: schnelle Einführung einer digitalen Gründerrechtsform, steuerliche Verankerung einer attraktiven Mitarbeiterbeteiligung, Erleichterung der Mobilisierung privaten Wagniskapitals, dauerhafte Stärkung der Forschungs- und Innovationsprogramme auf Bundesebene (dort insbesondere die Programme ZIM, IGF, INNO-KOM).
- Rheinland-Pfalz macht sich auf den Weg, zum digitalen Herzen Europas zu werden – mit Rechenzentren, die nachhaltig, innovativ und wettbewerbsfähig sind. Über den Bundesrat sollen dafür die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Verarbeitendes Gewerbe – Wandel begleiten, Wohlstand und Beschäftigung sichern

Die rheinland-pfälzischen Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes sind eine zentrale Säule unseres Landes für Wertschöpfung, Innovation, Beschäftigung und Ausbildung und damit für den Wohlstand und den Fortschritt in unserem Land unerlässlich. Unser Industriestandort ist geprägt durch eine Vielzahl kleiner und mittelständischer Unternehmen, den industriellen Mittelstand und global aufgestellte Konzerne. Die Branchen Chemie, Pharma, Nutzfahrzeuge, der Maschinenbau, die Lebensmittelindustrie, die Papier- und Keramikindustrie sowie die Bauwirtschaft und die Steine- und Erdenindustrie prägen unseren Industriestandort. Die Produkte der rheinland-pfälzischen Unternehmen sind weltweit gefragt, was die bundesweit überdurchschnittliche Exportquote belegt. Aufgrund des Branchenmix ist der rheinland-pfälzische Industriestandort überdurchschnittlich energieintensiv, sodass den energie- und klimapolitischen Rahmenbedingungen eine besonders hohe Bedeutung zukommt. Ziel unserer Wirtschaftspolitik ist es daher, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen technologieoffen zu stärken. Nur mit einer leistungsfähigen und innovationsfreudigen Industrie werden wir die strategischen Themenstellungen unserer Zeit, wie zum Beispiel den Klimaschutz, die Ressourceneffizienz, die Kreislaufwirtschaft, aber auch die Urbanisierung im globalen Maßstab, erfolgreich meistern können. Es gilt daher – soweit als möglich – die Breite und Tiefe der industriellen Wertschöpfungsketten in Rheinland-Pfalz zu sichern und wettbewerbsfähig aufzustellen. Den Sozialpartnern kommt insbesondere im verarbeitenden Gewerbe eine wichtige Rolle zu: Was hier subsidiär vereinbart werden kann, bedarf keiner staatlichen Regulierung. Insgesamt benötigen wir in der Wirtschafts- und Industriepolitik auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene eine neue Balance, welche die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sowie des Standortes insgesamt wieder stärker und nachhaltig in den Fokus rückt.

Unter anderem mit der Ansiedlung von Eli Lilly und einem Investitionsvolumen von 2,3 Milliarden Euro – ohne dass staatliche Unterstützungshilfen geflossen sind – hat das FDP-geführte Wirtschaftsministerium gezeigt, dass Rheinland-Pfalz ein attraktiver und wettbewerbsfähiger Standort ist. Diese Investition wird positive arbeitsmarktpolitische und strukturelle Auswirkungen auf ganz Rheinhessen haben. Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer energieintensiven Unternehmen im Land zu sichern und

auszubauen, hat das FDP-geführte Wirtschaftsministerium im Rahmen der „Rheinland-Pfälzischen Erklärung der energieintensiven Unternehmen“ ein Zehn-Punkte-Handlungsprogramm auf den Weg gebracht und politisch klar in Berlin und Brüssel adressiert. Erste Impulse wurden in den sogenannten „Omnibus-Verfahren“ der EU aufgenommen und entfalten bereits positive Wirkung bei den entsprechenden Unternehmen.

Mit dem Commercial Vehicle Cluster – kurz CVC – hat das FDP-geführte Wirtschaftsministerium technologieoffene Politik zur Stärkung der Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Nutzfahrzeugindustrie am Standort vorangebracht: ob es die Akquise von Bundesförderung in zweistelliger Millionen-Euro-Höhe für die erfolgreiche Implementierung eines Wasserstoffverbrennungsmotors in einen UNIMOG ist oder aber der Commercial Vehicle Summit in Berlin, welcher die Besonderheiten der rheinland-pfälzischen Nutzfahrzeugindustrie auf der Bundesebene positioniert. Mit dem Forum „Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ hat das FDP-geführte Wirtschaftsministerium als erstes Bundesland deutschlandweit eine Vernetzungsplattform für KMU aufgesetzt, um diesen konkrete Marktchancen beim Hochlauf in diesem Sektor zu ermöglichen.

In der Landesregierung haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Landesklimaschutzgesetz so ausgestaltet wird, dass rheinland-pfälzische Unternehmen keine Wettbewerbsnachteile gegenüber Unternehmen an anderen Standorten in Deutschland erleiden und auch nicht mit zusätzlicher Bürokratie belastet werden. Den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft hat das FDP-geführte Wirtschaftsministerium mit 25 Millionen Euro im Rahmen mehrerer Projekte im Land deutlich vorangebracht. Hinzu kommt die Schaffung der Wasserstoff-Koordinierungsstelle bei der Innovationsagentur, welche Unternehmen, Hochschulen und Institutionen vernetzt und diese vorwettbewerblich berät.

Zentrales wirtschaftspolitisches Ziel der rheinland-pfälzischen FDP ist die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sowie des Standorts insgesamt. Hierzu wollen wir folgende Punkte in der kommenden Wahlperiode umsetzen:

- Die Ertüchtigung und der Ausbau der Verkehrsinfrastrukturen (Straße, Schiene, Wasserwege, digitale Systeme) ist von fundamentaler Bedeutung, damit Güter, Waren, Dienstleistungen sowie Beschäftigte schnell, zuverlässig und sicher transportiert werden können bzw. mobil sind. Hierbei kommt der zielgerichteten investiven Verwendung der Mittel aus dem Sondervermögen besondere Bedeutung zu. Dort, wo nötig, müssen Planungs- und Genehmigungskompetenzen aus dem Sondervermögen heraus verstärkt werden, um die zeitnahe Umsetzung der Maßnahmen sicherzustellen. Eine zügige und zugleich stetige Umsetzung der Maßnahmen sorgt auch für nachhaltige Impulse im Baugewerbe, der Steine- und Erdenindustrie sowie bei den Unternehmen im Ausrüstungsbereich. Die einschlägigen Regulierungen sind zu überprüfen und zu verschlanken, damit die Investitionen auch zeitnah umgesetzt werden können. Mit der Novelle des Landesstraßengesetzes haben wir einen ersten wichtigen Schritt zur Beschleunigung beim Landesstraßenbau getan.
- Unternehmen benötigen sichere Internetplattformen, über die sie auf einfachem Wege mit der Verwaltung interagieren können, zum Beispiel Bescheinigungen anfordern oder vertrauliche Daten sicher auslagern und verarbeiten können. Sie brauchen ein unternehmensfreundliches Klima und finanzielle Mittel, um zu investieren, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern und aufzubauen. Zu der dafür notwendigen digitalen

Infrastruktur zählen unter anderem Glasfaserausbau, sichere und souveräne Cloud-Plattformen mit Sitz innerhalb der Europäischen Union und schlanker Regulierung sowie einfache Schnittstellen zu staatlichen Portalen.

- Der 5G- und Glasfaserausbau, insbesondere in ländlichen Räumen, muss fortgesetzt werden. Der privatwirtschaftliche Glasfaserausbau benötigt Vertragsabschlüsse in ausreichender Zahl, sodass sich die Investition der Glasfaserverlegung für den Anbieter amortisiert. Eine Auswahl des investierenden Anbieters findet jedoch im Vorfeld eines Ausbaus statt. Es soll eine unabhängige staatliche Einrichtung ein Vergleichsportal erstellen, welches faktenbasiert die Qualität der Glasfaseranbieter für die kommunalen Entscheidungsträger vergleichbar macht.
- Ein wichtiger Baustein zur Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Unternehmen ist die Eins-zu-eins-Umsetzung europarechtlicher und bundesrechtlicher Vorgaben. Insbesondere im Immissionsschutz, dem Stoff- und Chemikalienrecht, der IED-Richtlinie sowie dem Abfall- und Kreislaufwirtschaftsrecht werden, wenn rechtlich möglich, Ermessensspielräume landesrechtlich zugunsten der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen konsequent genutzt.
- Schnelle und rechtssichere Genehmigungen sind für Standorterweiterungen oder Neuansiedlungen von sehr hoher Bedeutung. Wir setzen uns daher für leistungsfähige Planungs- und Genehmigungsbehörden ein. Dort, wo aufgrund des steigenden Fachkräftemangels Behörden diese Aufgabe nicht mehr im erforderlichen Umfang zeitnah und rechtssicher abwickeln können, ist eine Bündelung und Professionalisierung der Aufgabe anzustreben. Die „Zentrale Kontaktstelle“ wird in der obersten Landesbehörde dem Ressort zugeordnet, welches hiervon fachlich am meisten betroffen ist.
- Insbesondere im Hinblick auf strategische Ansiedlungsvorhaben von überregionaler Bedeutung, wie zum Beispiel Eli Lilly, bedarf es entsprechender vorhandener größerer Industrieflächen (größer 20 Hektar) in den unterschiedlichen Regionen des Landes. Hierzu sind im Landesentwicklungsprogramm (LEP) sowie in Abstimmung mit den regionalen Planungsgemeinschaften und in der systematischen Begleitung und Unterstützung der jeweiligen Kommunen die planerischen, rechtlichen und materiellen Voraussetzungen für die Entwicklung landesweit bedeutsamer Gewerbe- und Industrieflächen zu schaffen. Mit unserem „Flächen-Turbo“ schaffen wir Raum für wirtschaftliches Wachstum in Rheinland-Pfalz mit landesweiter Bedeutung.
- Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass im Geschäftsbereich des Wirtschaftsministeriums eine schlagkräftige Landesgesellschaft angesiedelt wird, welche Kommunen bei gewerblichen Ansiedlungen von regionaler oder landesweiter Bedeutung berät und aktiv begleitet. Hierbei ist zu prüfen, ob von dieser Gesellschaft – unter welchen Bedingungen, in welcher Form und in welchem Maße – der Erwerb und die Erschließung von Gewerbeflächen landesseitig finanziert oder realisiert werden soll.
- Zur Verbreiterung und Sicherung der Rohstoffbasis von Industrie und Gewerbe in Rheinland-Pfalz, aber auch darüber hinaus, sind im LEP sowie in den einschlägigen landesrechtlichen Regelungen entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, die dafür Sorge tragen, dass die heimische Wirtschaft auch künftig auf hinreichend Rohstoffe

in entsprechender Vielfalt und Menge verfügen kann und unser Bundesland somit einen aktiven Beitrag zur Resilienz der Rohstoffversorgung Deutschlands und Europas leistet.

- Um Bau- und Sanierungsvorhaben im Hoch- und im Tiefbau schnell und bezahlbar planen und umsetzen zu können, ist zusätzlicher Deponieraum für entsprechende Bauabfälle auszuweisen sowie der privatwirtschaftliche Bau von Recyclinganlagen – soweit als möglich – anzuregen und konstruktiv zu begleiten. In der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) setzen wir uns für eine weitere bundesweite Harmonisierung von Schadstoffklassen sowie einen pragmatischen Umgang bei der Klassifizierung ein, um die regionale Verwertung von Bauabfällen nachhaltig zu stärken.
- Bei der Abwicklung des Sondervermögens zur Bundeswehr wollen wir darauf hinwirken, dass die rheinland-pfälzische Bauwirtschaft, die in der Regel nicht durch internationale Konzerne geprägt ist, bei der Sanierung, Ertüchtigung und dem Neubau von Kasernen und militärischen Liegenschaften Marktchancen erfolgreich nutzen kann.
- Über den Bundesrat wollen wir konsequent dazu beitragen, dass die Rahmenbedingungen für die Energieversorgung der rheinland-pfälzischen energieintensiven Unternehmen vom Preis her international wettbewerbsfähig und hinsichtlich der Versorgungssicherheit zuverlässig ausgestaltet werden. Hierbei sind auch die zahlreichen Unternehmen, welche Eigenstromanlagen betreiben, zu berücksichtigen. Insgesamt orientieren wir uns an den energie- und klimapolitischen Zielen und Instrumenten der Europäischen Union und lehnen nationale oder landesseitige Sonderwege ab.
- Auf der Landesebene ist das Klimaschutzgesetz daher hinsichtlich der Kompatibilität der Planungs- und Umsetzungshorizonte mit denen des Bundes und der EU (Erreichung der Klimaneutralität im Jahr 2050) zu überarbeiten. Insbesondere muss die Überprüfung der Klimaziele bereits in der kommenden Wahlperiode erfolgen. Weiterhin muss in diesem Gesetz dafür Sorge getragen werden, dass keine unmittelbaren wie mittelbaren Rechtsrisiken oder Standortnachteile für die rheinland-pfälzischen Unternehmen sowie den Standort als solchen – insbesondere nicht auf dem Weg über Klagen gegenüber dem Land und daraus entstehenden möglichen Rechtsfolgen – entstehen. Ebenso sind die verwaltungsinternen Bürokratie- und Berichtslasten drastisch zu reduzieren.
- Um die Klimaziele erreichen zu können, kommt der Abscheidung, Nutzung (Carbon Capture and Utilization, CCU) oder Einspeicherung von CO₂ (Carbon Capture and Storage, CCS) eine zentrale Bedeutung zu. Wir setzen uns daher für eine zügige Planung, Genehmigung und Umsetzung entsprechender überregionaler und transnationaler Pipeline-Systeme zum Transport von CO₂ ein. Zusätzlich wollen wir geologisch erkunden, welche gut vertretbaren und sicheren Speichermöglichkeiten in unserem Bundesland auf wissenschaftlicher Basis bestehen. Zur erfolgreichen Erreichung der Klimaziele ist es auch entscheidend, dass die Abscheidung von CO₂ zumindest über mittlere Frist auch bei den üblichen energieintensiven Prozessen ermöglicht wird, bis technische Alternativen am Markt verfügbar sind, welche auch wirtschaftlich eingesetzt werden können.
- Die Chancen der Wärme- und Energiegewinnung durch Geothermie, welche in Rheinland-Pfalz in überdurchschnittlichem Maß vorhanden ist, wollen wir konsequent nutzen, und der Ausbau soll landesweit nachhaltig unterstützt werden.

- Wasserstoff ist ein wichtiger Bestandteil in unserem künftigen Energiesystem; dies gilt insbesondere hinsichtlich von Hochtemperaturverfahren in der Industrie, welche nicht elektrifiziert werden können, sowie im Hinblick auf schwere Nutzfahrzeuge, welche größere Lasten über lange Strecken transportieren müssen. Um den Hochlauf erfolgreich meistern zu können, bedarf es zumindest auf mittlere Frist des Einsatzes mehrerer „Wasserstoff-Farben“, um überhaupt entsprechende Mengengerüste bereitzustellen.
- Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem „Förderverein Digital Farming e.V.“ wollen wir fortsetzen und somit zum Kompetenzaufbau in den Themenfeldern „smart and digital farming“ nachhaltig beitragen.
- Nur mit leistungsfähigen, innovativen und wettbewerbsfreudigen Unternehmen werden wir die zentralen Themenfelder Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft, Ressourceneffizienz und Gesundheit erfolgreich meistern, daher setzen wir uns konsequent für eine technologieoffene Politik in Forschung, Entwicklung sowie Ansiedlung und deren staatlicher Förderung und Begleitung ein.
- Unternehmensbezogene Cluster und Netzwerke sind stets nach dem Bottom-up-Prinzip aufzusetzen und zu betreiben, um deren Marktnähe und damit deren Erfolg nachhaltig zu gewährleisten.
- Aufgrund des hohen Exportanteils der rheinland-pfälzischen Unternehmen kommt dem regelbasierten Frei- und Außenhandel eine besondere Bedeutung zu. Die US-Zollpolitik ist eine enorme Belastung der exportorientierten Unternehmen an unserem Standort. Wir setzen uns daher insbesondere in Berlin und Brüssel für die Vertiefung und den Ausbau des europäischen Binnenmarktes sowie den zusätzlichen Abschluss von Freihandelsabkommen mit Drittstaaten und für die Abschaffung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes ein. Im Bundesrat werden wir entsprechend Position beziehen.
- Insbesondere hinsichtlich der Förderung des industriellen Mittelstandes setzen wir uns für eine weiter gefasste KMU-Definition (bislang unter 250 Mitarbeitende, weniger als 50 Millionen Euro Jahresumsatz) ein, damit auch diese Unternehmensgruppe (größer 250 Mitarbeitende) bei Innovations-, Erweiterungs- oder Ansiedlungsvorhaben landesweit intensiver begleitet werden kann.
- Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass Berichtspflichten für KMU, insbesondere dann, wenn die Unternehmen von Unternehmerinnen und Unternehmern geführt werden, welche einen „Großen Befähigungsnachweis“ (Meisterbrief) besitzen, reduziert werden. Gerade diese Personen haben ihre Qualifikation und Verlässlichkeit bereits unter Beweis gestellt.
- Rheinland-pfälzische Förderprogramme werden wir gemeinsam mit den Kammern vollständig digitalisieren. Der integrierte digitale Prozess muss den Antrag, die Bearbeitung und den Bescheid ebenso umfassen wie die Erstellung und Auswertung von Verwendungsnachweisen, die Auszahlung von Darlehen oder Zuschüssen sowie die Ausweisung von Bürgschaften. Beratungs- und Informationsangebote für Unternehmen und Existenzgründerinnen und Existenzgründer im vorwettbewerblichen Bereich werden wir weiterentwickeln.

- Gerade für Existenzgründerinnen und -gründer setzen wir uns auf allen Ebenen dafür ein, bürokratische Lasten abzuschaffen oder für einen bestimmten Zeitraum auszusetzen.
- Insbesondere im Hinblick auf die Wettbewerbssituation kleinerer Gewerbebetriebe wollen wir die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen überprüfen und die Gemeindeordnung entsprechend überarbeiten.
- Um die Rahmenbedingungen der Innovations- und Investitionsförderung sowie der Unternehmensfinanzierung weiter zu verbessern, setzen wir uns für eine nachhaltige Fokussierung der Investitions- und Strukturbank auf die klassischen Instrumente der Unternehmensförderung ein. Unser Ziel ist die Steigerung der Geschwindigkeit sowie die Vereinfachung der Abwicklung von Förder- und Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen.
- Die landesseitige Kofinanzierung großvolumiger Fördervorhaben im Zuge von Bundesprogrammen (zum Beispiel IPCEI, TCTF, BIK) mit strategischer Bedeutung für das Land wird künftig über einen allgemeinen Transformationsfonds des Landes oder einen entsprechenden Titel im Einzelplan 20 – „vor der Klammer“ der betroffenen Fachressorts – etabliert. Die inhaltliche Ausgestaltung der Vorhaben sowie die Bewirtschaftung der Mittel erfolgen weiter durch das jeweilige Fachressort.
- Bei der Novellierung von Landesgesetzen (zum Beispiel Weiterbildungsgesetz, Tariftreuegesetz) oder auch neuen Gesetzesvorhaben wird sichergestellt, dass es zu keinen direkten oder indirekten Lasten (zum Beispiel finanzieller oder bürokratischer Art) für die Unternehmen oder zu Standortnachteilen im Ländervergleich kommt.
- Über den Bundesrat wirken wir in für Unternehmen relevanten Rechtsbereichen (insbesondere zum Beispiel im Immissionsschutz, dem Stoff- und Chemikalienrecht, der IED-Richtlinie sowie dem Abfall- und Kreislaufwirtschaftsrecht, aber auch dem Arbeitsrecht) darauf hin, dass es nicht zu neuen Belastungen kommt, welche unseren Standort und die hier ansässigen Unternehmen – im Vergleich zu den übrigen europäischen Mitgliedstaaten – benachteiligen. Wir werden über den Bundesrat eine Initiative starten, um die Anpassung der Fälligkeit der Sozialversicherungsbeitragsmeldungen an die Fälligkeit der Lohnsteuer, das heißt bis zum 10. des Folgemonats, zu erreichen oder alternativ die Wiedereinführung der bis 2005 geltenden Regelung bis zum 15. des Folgemonats umzusetzen. Dies gibt den Unternehmen mehr Liquidität und entlastet insbesondere KMU von Bürokratie.

Von Forschung zu Versorgung – Pharma, Biotechnologie, Medizintechnik und Gesundheitshandwerk made in Rheinland-Pfalz

Die Gesundheitswirtschaft in Rheinland-Pfalz ist von zentraler Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Sie ist eine dynamische Wachstumsbranche und Treiberin von Innovation. Sie sichert zukunftsfähige Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz und ist Garant einer hervorragenden Gesundheitsversorgung. Der weltweit beachtete Erfolg des Mainzer Unternehmens BioNTech während der Corona-Pandemie ist Ausweis dieser Stärke unseres Standortes.

Die industrielle Gesundheitswirtschaft in Rheinland-Pfalz ist eine Querschnittsbranche. Sie umfasst die Bereiche Pharma, Medizintechnik, Biotechnologie und Life Sciences, das Gesundheitshandwerk sowie den Handel mit Produkten der Gesundheitswirtschaft. Sie trägt rund 15 % zur rheinland-pfälzischen Wirtschaftsleistung bei und ist damit eine Säule unseres Landes für Wohlstand, Wachstum, Innovation und Beschäftigung. Die Gesundheitswirtschaft weist ein kräftiges Beschäftigungswachstum auf, und im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen ist der Frauenanteil überdurchschnittlich. Die industrielle Gesundheitswirtschaft in Rheinland-Pfalz zeichnet sich durch eine hohe Produktivität aus, auch im Vergleich zu anderen Bundesländern.

Besonders hervorzuheben ist die hohe Innovationskraft der industriellen Gesundheitswirtschaft. Die internen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) sind im Vergleich zu den gesamten FuE-Aufwendungen in Rheinland-Pfalz ungefähr doppelt so hoch wie im bundesweiten Durchschnitt. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt sind sie in den letzten Jahren überproportional stark angestiegen. Bei den Patentanmeldungen in den Bereichen Biotechnologie und Pharma erreicht unser Land regelmäßig Spaltenplätze im bundesweiten Vergleich.

Rheinland-Pfalz verfügt über starke Netzwerkstrukturen in der Gesundheitswirtschaft, die die branchen- und sektorenübergreifende Zusammenarbeit, insbesondere auch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, befördern. Die weitere Stärkung und der Ausbau dieser Netzwerkstrukturen sind von zentraler Bedeutung, um die starke Position, die unser Land in der industriellen Gesundheitswirtschaft hat, weiter auszubauen und zusätzliche Wachstums- und Innovationspotenziale zu erschließen.

Rheinland-Pfalz verfügt über eine außergewöhnlich hohe Dichte an weltweit führenden Pharmaunternehmen, mit denen das FDP-geführte Wirtschaftsministerium in einem konstruktiven Austausch steht, darunter Boehringer Ingelheim, Novo Nordisk, AbbVie, BioNTech sowie Eli Lilly.

Ein Schwerpunkt des strategischen Ansatzes des FDP-geführten Wirtschaftsministeriums im Bereich der industriellen Gesundheitswirtschaft ist die gezielte Ansiedlung neuer, hochinnovativer und international tätiger Unternehmen. Hier konnten in den vergangenen Jahren bedeutende Erfolge erzielt werden:

- Eli Lilly wird in Alzey eine High-Tech-Produktionsstätte mit einem Investitionsvolumen von rund 2,3 Milliarden Euro bauen. Die Ansiedlung gelang, ohne dass staatliche Finanzierungshilfen eingesetzt wurden. Das Unternehmen wird durch das FDP-geführte Wirtschaftsministerium engmaschig begleitet.
- Novo Nordisk hat im September 2023 seine neue Deutschlandzentrale am Biotechnologie-Standort Mainz eingeweiht.
- AbbVie wird am Standort Ludwigshafen rund 150 Millionen Euro in den Neubau des zentralen Forschungs- und Entwicklungsbürogebäudes investieren.
- Mit Bio-Gram Diagnostics konnte ein im TechnologieZentrum Ludwigshafen (TZL) gegründetes und dynamisch wachsendes Startup, das seine Produkte auf den Weltmärkten vertreibt, durch das FDP-geführte Wirtschaftsministerium gegen Konkurrenz aus angrenzenden Bundesländern an den Standort Worms vermittelt und damit in Rheinland-Pfalz gehalten werden.

- Kadans Science Partner, ein international tätiger Wissenschaftspark- und Netzwerkbetreiber in den Life Sciences, konnte für eine Ansiedlung auf dem Biotechnologie-Campus in Mainz gewonnen werden. Kadans wird am Standort mit dem Plus Ultra Mainz ein hochmodernes Labor-, Büro- und Veranstaltungsgebäude errichten und Laborflächen für Ausgründungen aus der Universitätsmedizin und für Startups aus den Bereichen Biotechnologie und Life Sciences anbieten. Das Life Science Zentrum Mainz (LZM) wird seinen Sitz im neuen Kadans-Gebäude haben und Startups aus den Bereichen Biotechnologie und Life Sciences Labor- und Büroflächen sowie Zugang zu einem internationalen Netzwerk aus Wissenschaft, Unternehmen und Startups bieten.

Das TechnologieZentrum Mainz (TZM) wurde erfolgreich zum Life Science Zentrum Mainz (LZM) weiterentwickelt. Das vom rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministerium zusammen mit der Stadt Mainz finanzierte LZM war in der Vergangenheit Keimzelle und Sitz zahlreicher erfolgreicher Unternehmensgründungen wie zum Beispiel Ganymed Pharmaceuticals, Galantos Genetics, TRON und BioNTech. Mit der Fokussierung auf Biotechnologie und Life Sciences wurde das Startup-Programm LiSciRLP – der Life-Science-Inkubator in Rheinland-Pfalz – gestartet. Nach dem Vorbild der erfolgreichen Startup-Schmiede UnternehmerTUM in München bietet es Gründenden umfassende Unterstützung durch Coaching, Beratung, Förderung und die Vermittlung wertvoller Unternehmenskontakte. Ebenfalls am LZM wurde im Auftrag des FDP-geführten Wirtschaftsministeriums die überregional agierende Plattform BioVation RLP geschaffen, die die in Rheinland-Pfalz ansässigen Pharma-Weltkonzerne mit KMU, Startups und Wissenschaft in den Bereichen Biotechnologie, Life Sciences, Medizintechnik und KI vernetzt.

Diese Branchen sind Erfolgsfaktoren für Rheinland-Pfalz, die wir wie folgt stärken wollen:

- Die erfolgreiche Ansiedlungspolitik in diesem Bereich wird konsequent fortgesetzt. Im Rahmen einer Business Unit bei der Innovationsagentur wird ein agiles Team aufgebaut, das gezielt insbesondere Startups und KMU für den Standort Rheinland-Pfalz gewinnt. Insoweit erfolgt eine enge Vernetzung mit dem LZM.
- Der Aufbau des Biotechnologie-Campus in Mainz wird weiterhin finanziert. Nukleus wird das Ende 2027 fertiggestellte Kadans-Gebäude Plus Ultra Mainz sein. Das LZM wird innerhalb dieses Gebäudes Labor- und Büroflächen für Gründungsteams anbieten und dort den Inkubator LiSciRLP betreiben sowie Vernetzungsveranstaltungen durchführen. Ziel ist die sukzessive Ausweitung des Inkubatorenprogramms und Ergänzung um ein eigenständiges Acceleratorenprogramm für Medizintechnik und Biotechnologie.
- Der Aufbau der Plattform BioVation wird am LZM konsequent vorangetrieben. Ziel ist der Aufbau einer selbsttragenden Struktur, die im Wege eines Bottom-up-Ansatzes gemeinsame Projekte (zum Beispiel Pilotierungs- und Kleinserienanlagen) initiiert und Dienstleistungen etwa im Bereich der Weiterbildung, der Regulatorik oder der Startup-Förderung anbietet.
- Das LZM wird mit curATime – Cluster für Atherothrombose und individualisierte Medizin – kooperieren. Das Projekt curATime kombiniert KI-getriebene Biomarkerforschung mit immunologischen Lösungsansätzen. So können individuell ausgerichtete Behandlungs- und Präventionskonzepte für Herz-Kreislauf-Erkrankungen entwickelt und in die klinische Anwendung gebracht werden. Im Falle der erfolgreichen Antragstellung durch curATime beim BMBF werden wir dafür Sorge tragen, dass über

das LZM gezielt zusätzliche Maßnahmen des Technologietransfers in KMU des Biotech-Ökosystems im Rahmen dieser Förderphase definiert und unterstützt werden.

- Die Aktivitäten des Medical Device Innovationcenter an der Universität Mainz (MIC), die derzeit einen Fokus auf die Medizintechnik haben, werden auch auf die Bereiche Pharma und Biotechnologie ausgeweitet.
- Wir setzen uns dafür ein, eine Förderrichtlinie zur gezielten Förderung der KMU im Bereich der industriellen Gesundheitswirtschaft (Medizintechnik, Pharma, Biotechnologie) zu schaffen, die Forschungs- und Entwicklungsvorhaben planen. Ziel des neuen Förderprogramms ist es, Forschungsergebnisse schneller in neue Produkte und Verfahren umsetzen zu können.

Im Bundesrat wirken wir darauf hin, die Rahmenbedingungen für die Bereiche Gesundheitswirtschaft, Pharma, Biotechnologie und Life Sciences zu verbessern. Konkret richten wir folgende Forderungen an den Bund:

- Die Bundesregierung soll eine konsolidierte nationale Life-Science-Strategie vorlegen, die explizit die Branchen Medizintechnik, Biotechnologie/Diagnostica, Gen-/Zelltherapien und digitale Gesundheit umfasst.
- Die Bundesregierung setzt sich auf EU-Ebene nachhaltig dafür ein, die Medical Device Regulation (MDR) und die In-vitro-Diagnostic-Medical-Devices-Regulation (IVDR) im Sinne einer erleichterten Zulassung/Zertifizierung von Produkten anzupassen. Auch die bundesrechtlichen Regelungen werden konsequent im Sinne der Vereinfachung von Zulassungsprozessen überarbeitet.
- Die Bundesregierung schafft einen gemischten Wagniskapital-Fonds speziell für den Sektor Life Science, der Brückenfinanzierungen für klinische Phasen unterstützt und Forschungsprojekte mit hohem Risiko trägt, die wichtig sind für neue Therapien.
- Die Forschungszulage wird speziell für Biotechnologie/Life Sciences verbessert. Es werden steuerliche Anreize für Investitionen in Diagnostik und Produktionskapazitäten in Deutschland geschaffen.
- Es werden bundesweite Programme zur Gewinnung internationaler Fachkräfte im Bereich Biotechnologie/Life Sciences aufgelegt.
- Es wird ein einheitlicher nationaler Regelungsrahmen für Forschungsdaten und Gesundheitsdaten geschaffen, der datenschutzkonform ist, aber zugleich in der Handhabung praktikabel, insbesondere für Diagnostika und KI-Anwendungen.

Künstliche Intelligenz – Schlüssel zu Innovationen und mehr Wettbewerbsfähigkeit

Künstliche Intelligenz (KI) ist eine der wichtigsten Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts. Als Querschnittstechnologie ist KI ein bedeutender Innovations- und Wachstumstreiber, der vielen Unternehmen große Chancen bietet und sie gleichzeitig vor verschiedene Herausforderungen stellt. In Rheinland-Pfalz verfügen wir über international führende wissenschaftliche Institute, wie zum Beispiel das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI), die dort ansässigen Fraunhofer-Institute, die RPTU, aber auch der

Hochschulstandort Koblenz verfügen hier über entsprechende Kompetenzen auf internationalem Niveau. Diese wollen wir stärken und ausbauen und insbesondere für die Unternehmen in Rheinland-Pfalz nutzbar machen. Insbesondere KMU können mit KI erhebliche Potenziale im Unternehmensalltag heben und sich wettbewerbsfähiger und damit am Markt erfolgreicher aufstellen. Die rheinland-pfälzischen Kammern und hier insbesondere die Handwerkskammern mit deren „Mittelstand-Digital-Zentrum“ leisten hier ebenso sehr gute Arbeit und sind wichtige Partner der Landesregierung.

Das FDP-geführte Wirtschaftsministerium hat direkt zu Beginn der zurückliegenden Wahlperiode eine Studie zur Künstlichen Intelligenz in Rheinland-Pfalz in Auftrag gegeben, in der einerseits die vorhandenen Kompetenzen und Potenziale aufgezeigt werden und andererseits bereits konkrete Anwendungsbeispiele im Land aufgezeigt werden. Ausgehend von den Ergebnissen dieser Studie fördert das Wirtschaftsministerium einen Wettbewerb zur KI, speziell für produzierende KMU. Ziel des Wettbewerbs ist es, innovative Ideen zur Anwendung von Künstlicher Intelligenz in der Produktion zu identifizieren sowie deren Potenziale für die regionale Wirtschaft aufzuzeigen.

Weiterhin fördert das FDP-geführte Wirtschaftsministerium mit insgesamt gut 1,5 Millionen Euro das Projekt „KI4KMU-RLP – Erforschung und Transfer nachhaltiger KI-Innovationen für produzierende KMU in Rheinland-Pfalz“. Mit der Förderung unterstützt das Ministerium den Transfer von Künstlicher Intelligenz in kleine und mittlere Unternehmen (KMU), um deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Mit „KI4KMU-RLP“ wird gezielt die Innovationskraft der KMU gefördert und ihnen der Zugang zu Künstlicher Intelligenz erleichtert, um Prozesse effizienter zu gestalten und neue Geschäftsfelder zu erschließen.

KI ist ein wesentlicher, nicht wegzudenkender Erfolgsfaktor für die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz. Wir setzen uns deshalb gezielt für die Nutzung dieser Möglichkeiten im Land ein. Wir wollen den Aufbau eines zentralen landesspezifischen Informationsangebots. Damit erreichen wir ein gebündeltes und strukturiertes KI-Informationsangebot, um insbesondere Entscheidern in KMU niedrigschwellige und sichtbare Erstinformation zu bieten.

Wir setzen sich für die Steigerung der Sichtbarkeit von KI und KI-relevanten Angeboten durch gezielte Kommunikation und Marketing ein. Das Thema Künstliche Intelligenz muss sichtbarer gemacht werden.

Wir streben den Ausbau von Beratungs- und Begleitangeboten an. Diese zielen insbesondere darauf ab, Potenzialanalysen mit Blick auf die Umsetzung von KI-Anwendungen im eigenen Unternehmen zu erstellen.

Mithilfe moderner Schnittstellen, wie dem Model Context Protocol, wollen wir Daten aus der Open-Data-Plattform des Landes öffentlich zugänglich machen.

Zur Entwicklung von Künstlicher Intelligenz ist viel Rechenleistung erforderlich. Deshalb wollen wir die Errichtung von Rechenzentren durch Lockerungen im Baurecht vereinfachen. Auch müssen durch eine bessere Energiepolitik die Strompreise gesenkt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass auf Bundes- und EU-Ebene ein klarer Rechtsrahmen für KI geschaffen wird. Der AI Act sorgt derzeit für Unklarheit und schreckt Unternehmer davon ab, KI einzusetzen. Dieser Rechtsrahmen sollte die Entwicklung und Bereitstellung von KI unterstützen, nicht unterdrücken.

Die Landesbehörden sollen Künstliche Intelligenz in ihre Prozesse und Portale integrieren. Wir wollen mit gutem Beispiel vorangehen und zeigen, wie transformativ diese Technologie sein kann.

Das Start-up von morgen braucht die Ausbildung von Fachkräften heute. Deshalb wollen wir Studiengänge mit KI- oder Data-Science-Bezug ausbauen und die universitäre Forschung in diesem Bereich fördern.

Wachstum braucht Tempo – Entbürokratisierung und Verfahrensbeschleunigung

Um ein positives Umfeld für Kreativität, Innovationen, Start-Ups und Wertschöpfung in Rheinland-Pfalz weiter zu verbessern, wollen wir mehr Freiräume schaffen. Dies ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Rheinland-Pfalz weiter eine wirtschaftlich attraktive Region bleibt und sich Investitionen hier besonders lohnen. Wir wollen sicherstellen, dass Genehmigungen schnell und rechtssicher erteilt werden können, damit Investoren planbare Rahmenbedingungen vorfinden. Das ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Handwerksbetriebe, KMU, der industrielle Mittelstand sowie internationale Konzerne in Rheinland-Pfalz erfolgreich und gewinnbringend arbeiten können.

Die Genehmigungen für die Errichtung von Windenergieanlagen haben wir bereits bei der SGD konzentriert und damit beschleunigt. Die Schaffung einer zentralen Stelle für die Genehmigung von Schwertransporten sind wir angegangen und setzen diese gerade um, damit Schwertransporte schneller und einfacher genehmigt werden können.

Schnelle und rechtssichere Genehmigungen sind für Standorterweiterungen oder Neuansiedlungen von sehr hoher Bedeutung. Wir setzen uns daher für leistungsfähige Planungs- und Genehmigungsbehörden ein. Dort, wo auf Grund des steigenden Fachkräftemangels Behörden diese Aufgabe nicht mehr im erforderlichen Umfang zeitnah und rechtssicher abwickeln können, ist eine Bündelung und Professionalisierung der Aufgabe anzustreben. Die „Zentrale Kontaktstelle“ wird in der obersten Landesbehörde dem Ressort zugeordnet, welches hiervon fachlich am meisten betroffen ist.

Bei der EU und beim Bund setzen wir uns dafür ein, dass die Anzahl spezialgesetzlicher Regelungen zurückgeführt werden und wir stattdessen den vorhandenen Rechtsrahmen vereinfachen.

Die Ressortzuständigkeit innerhalb der Landesregierung wird gestärkt und ressortübergreifende Gremien, Räte, Beiräte etc. werden zurückgeführt. Die Staatskanzlei nimmt ihre Koordinierungsfunktion im Rahmen der regulären Arbeit innerhalb des Geschäftsverteilungsplans wahr. Fachliche Parallelzuständigkeiten in der Staatskanzlei gegenüber den Ressorts werden abgeschafft.

Das Landestransparenzgesetz wird hinsichtlich dessen bürokratischen Aufwands überprüft und entsprechend novelliert.

Um die Arbeit der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP) zu stärken und zu fokussieren, setzen wir uns für eine stärkere und institutionalisierte Abstimmung der Arbeit der ZIRP mit den Vorhaben und Strategien des Wirtschaftsministeriums ein.

Auf der Landesebene ist das Klimaschutzgesetz hinsichtlich der Kompatibilität der Planungs- und Umsetzungshorizonte mit denen des Bundes und der EU zu überarbeiten. Weiterhin wird in diesem Gesetz dafür Sorge getragen, dass keine unmittelbaren wie mittelbaren Rechtsrisiken oder Standortnachteile für die rheinland-pfälzischen Unternehmen sowie den Standort als solchen, insbesondere nicht auf dem Weg über Klagen gegenüber dem Land und daraus entstehenden eventuellen Rechtsfolgen, entstehen. Ebenso sind die verwaltungsinternen Bürokratie- und Berichtslasten zu reduzieren.

Hinsichtlich des Baus von Wasserstoff- und CO₂-Pipelines tragen wir dafür Sorge, dass diese zügig genehmigt werden können. Ebenso wollen wir die Chancen der Tiefengeothermie durch Verfahrensbeschleunigungen für interessierte Unternehmen noch besser erschließen. Dies gilt auch für die Erschließung von Lithium-Vorkommen.

Beim Datenschutz wollen wir uns dafür einsetzen, dass Datenschutz und Datennutzung in einer vernünftigen Balance zueinanderstehen. Dies tun wir mit dem Ziel, digitale Innovationsvorhaben zu stärken sowie Geschäftsmodelle von Unternehmen und insbesondere Start-Ups leichter und schneller in Rheinland-Pfalz zu realisieren. Wir wollen den Datenschutz so weiterentwickeln, dass insbesondere KMU in ihrer operativen Geschäftstätigkeit nicht gehemmt und behindert werden und der Datenschutz damit am Ende auch an Akzeptanz verliert.

Innenstädte der Zukunft

Unsere Innenstädte und Ortszentren haben eine immense soziale, kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung. Lebendige Zentren mit einem vielfältigen Angebot, in denen sowohl Einheimische als auch Touristen gerne unterwegs sind, bilden den Kern unseres gesellschaftlichen Miteinanders. Wer sich in der City wohl und sicher fühlt, verweilt dort länger und nimmt Angebote von Handel, Gastronomie und Kulturbetrieb intensiver wahr. Attraktive Innenstädte ermöglichen unkomplizierte Begegnungen und steigern die Lebensqualität von Anwohnern und Gästen gleichermaßen. Daher wollen wir Freie Demokraten unsere Anstrengungen für die Belebung unserer Innenstädte und Ortszentren verstetigen und verstetigen.

Diese Aufgabe stemmen wir gemeinsam mit den Innenstadtakteuren vor Ort. Denn es gibt für die Innenstadt der Zukunft keine Schablone. In unserer Reihe von lokalen Workshops entwickeln wir individuelle Strategien zur Belebung der Innenstädte und Ortszentren. Mit Präsenzveranstaltungen wie der jährlichen Innenstadtkonferenz, mit Online-Formaten wie dem „Innenstadtforum“ der Homepage „Innenstädte der Zukunft“ und Social Media stärkt das FDP-geführte Wirtschaftsministerium das landesweite Netzwerk der Innenstadtakteure.

Ein großer Erfolg war auch die Vergabe des ersten Innenstadtpreises Rheinland-Pfalz „All In“ 2025. Wir haben damit gezeigt, was möglich ist, wenn sich engagierte Menschen vor Ort zusammenschließen und kreative Ideen für ihre Innenstadt, ihr Ortszentrum umsetzen. Daran wollen wir anknüpfen und den Innenstadtpreis fest in der Agenda des Landes verankern.

Unsere gezielte Förderung von innerstädtischen Projekten wollen wir ausweiten. Wir haben ermöglicht, dass im Norden des Landes innerstädtische Leerstände mit gut frequentierten Maker Spaces gefüllt wurden. Und dass in Kaiserslautern modernes Handwerk mitten in der Stadt erfahrbare wird. Wer etwas bewegen will, bekommt unsere Unterstützung – und persönliche Ansprechpartner im Wirtschaftsministerium. In der Innenstadtfamilie erfährt unsere Arbeit eine

durchweg positive Resonanz. Damit haben wir eine solide Grundlage für die Aufgaben in den kommenden Jahren gelegt.

In den Mittelpunkt der „Innenstädte der Zukunft“ haben wir Freie Demokraten die Aktivierung von privaten Initiativen gestellt, zum Beispiel die Einrichtung von Lokalen Entwicklungs- und Aufwertungsprojekten (LEAP). Gefragt ist hier das Engagement von Immobilienbesitzern, die die Attraktivität ihres Quartiers steigern möchten. Das Wirtschaftsministerium fördert LEAP-Projekte in zwei Stufen – mit Erfolg: In Koblenz wurde das erste LEAP-Projekt in Rheinland-Pfalz gegründet, ein zweites in Diez. Weitere LEAP-Initiativen sind auf dem Weg.

Die LEAP-Förderung wollen wir ausbauen. Denn wir haben gelernt, dass privates Engagement auch professionelle Unterstützung braucht. So wollen wir noch mehr Menschen ermutigen, ihre Interessen selbst in die Hand zu nehmen und ihre Quartiere in Eigenregie nachhaltig zu entwickeln.

Den innerstädtischen Verkehr nehmen wir in den Blick. Wir bilden in ganz Rheinland-Pfalz Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Städten und Gemeinden zu Mobilitätsmanagern aus. Das Ziel ist eine intelligente Vernetzung der verschiedenen Formen von Mobilität. Dazu zählt natürlich auch die ursprünglichste aller Fortbewegungsformen: das Gehen. Innenstädte, die sich zu Fuß erleben lassen, sind deutlich attraktiver. Deshalb haben wir Freie Demokraten den 5. Deutschen Fußverkehrskongress nach Mainz geholt. Mit mehr als 500 Gästen haben wir dort Chancen für eine fußgängerfreundliche Stadt ausgelotet.

Parallel dazu hat das Verkehrsministerium zum ersten Mal in Rheinland-Pfalz Fußverkehrs-Checks für zehn Kommunen im Land ausgelobt. Die nächste Runde ist schon in Vorbereitung. Denn wir sehen die Relevanz des Fußverkehrs für Aufenthaltsqualität, Tourismus, Handel, Gastronomie und Kultur – und wir wollen ihn endgültig aus seiner Nische holen.

Handel in Rheinland-Pfalz stärken – Schaufenster trifft Smartphone

Die meisten Menschen kommen vor allem zum Einkaufen in die City. Damit bleibt ein attraktiver Einzelhandel entscheidend für die Lebendigkeit einer Innenstadt. Gleichzeitig ist der Handel auf ein attraktives Umfeld angewiesen, wenn er erfolgreich sein will. Deshalb wollen wir Freie Demokraten den stationären Handel mit unserem Engagement für die Innenstädte unterstützen.

Im Rahmen des LEP V machen wir uns für eine erfolgreiche Quartierentwicklung stark. Gleichzeitig werben wir dafür, online und offline zusammenzudenken. Wir fördern das Projekt „Digitalcoach für den Handel in Rheinland-Pfalz“. Es unterstützt Einzelhändler auf dem Weg zu einer für sie passenden Digitalstrategie.

Vor dem Hintergrund wachsender Erwartungen der Kunden an das Einkaufserlebnis hat das FDP-geführte Wirtschaftsministerium unter liberaler Führung, zusammen mit der IHK-Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz, das Projekt „Ladencheck“ ins Leben gerufen. Ziel ist es, mit ansprechend gestalteten Schaufenstern den Handel zu stärken und die Aufenthaltsqualität zu steigern.

Diesen Weg wollen wir auch in Zukunft gehen. Wir verstehen den Handel als essentiellen Bestandteil einer lebendigen Innenstadt. Wir nehmen seine Bedürfnisse wahr, unterstützen die Bildung von tragfähigen Netzwerken mit unseren Handelskonferenzen und zeigen neue Perspektiven für den Handel auf.

Transparenter Staat mit klaren Regeln für alle Unternehmen

Staatliche Gelder bedeuten hohe Verantwortung, denn es ist das Geld der Bürgerinnen und Bürger, welches von Bund, Land und Kommunen investiert wird. Öffentliche Gelder müssen verantwortungsvoll und zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt werden. Demzufolge sind konkrete Verfahrensregeln und Kontrollmechanismen notwendig. Diese dürfen allerdings am Ende nicht so weit gehen, dass Investitionen verhindert werden oder für Auftragnehmer so unattraktiv werden, dass die öffentliche Hand keine Unternehmen mehr findet, die gestalten, bauen, produzieren, modernisieren, entwickeln und forschen.

In einem ersten Schritt haben wir dafür Sorge getragen, dass die Schwellenwerte für die Vergabe öffentlicher Aufträge zum 1. Januar 2025 drastisch erhöht wurden. Das erleichtert Unternehmen und Verwaltungen den Arbeitsalltag erheblich und beschleunigt Vorhaben deutlich.

Wir haben darüber hinaus die Änderung der Landesbauordnung umgesetzt. Diese Änderungen betreffen vor allem die Qualifikationen und Zugangsregelungen für Personen, die Bauvorlagen für bestimmte Bauvorhaben eigenständig einreichen dürfen – auch dies beschleunigt und vereinfacht kleinere Baumaßnahmen.

Mit der Modernisierung des Mittelstandsförderungsgesetzes beschleunigen und entbürokratisieren wir kommunale Bauvorhaben insbesondere für Kommunen, welche – in begründeten Einzelfällen – nicht mehr über eine hinreichende „Bauherrenkompetenz“ verfügen und daher mit der Planung, Steuerung und Umsetzung von entsprechenden Maßnahmen überfordert sind.

Es braucht ein modernes Vergabegesetz, welches ausreichend Flexibilität zulässt, Vorhaben zügig auf den Weg zu bringen, zu prüfen und umzusetzen. Flexibel, zügig und praxisnah bedeutet dabei nicht, alle Regeln aufzuheben. Die Regeln müssen sich vielmehr auf den Kern des Vorhabens beziehen. Fachfremde, grundsätzlich politische Weltanschauungen sind keine tauglichen Kriterien für öffentliche Vergabeverfahren, sondern sind auf politischer Ebene im Vorfeld zu klären. So können Verfahren klarer bezeichnet und Aufträge verständlicher gefasst werden. Die dann folgenden Vergabeverfahren können schlank gehalten sein.

Entscheidendes Kriterium ist der Kompetenzaufbau bei Vergabestellen. Deshalb setzen wir uns vor dem Hintergrund der kleinteiligen kommunalen Struktur von Rheinland-Pfalz dafür ein, im Wege der interkommunalen Zusammenarbeit und über Gebietsgrenzen hinweg Wissen bei zentralen Vergabestellen zu bündeln und Verfahren dort zu betreuen. Damit kann sichergestellt werden, dass erforderliche Verfahrensschritte beachtet, das Angebot am Markt umfänglich berücksichtigt und geeignete Anbieter schnell und rechtssicher angesprochen werden.

Während die sog. „Ladenschlusszeiten“ in zahlreichen Bundesländern bereits abgeschafft sind, schreibt Rheinland-Pfalz bisher genau vor, in welchen Zeiten eingekauft werden darf. Doch wann Geschäftsbetreiber ihren Laden öffnen wollen, sollte ganz allein deren Entscheidung sein. Sie wird sich in jedem Fall nach dem Kaufverhalten der Kunden richten, denn natürlich werden Geschäftsbetreiber ihre Läden dann öffnen wollen, wenn auch Kunden erwartet werden, und sie dann schließen, wenn kein Umsatz zu erwarten ist. Das kann sich je nach Kundenzielgruppe unterscheiden. Es wird sich sicher auch je nach Geschäftslage unterscheiden, ob man sich im ländlich geprägten Raum oder in der Stadt befindet. Doch das regeln der Markt und das Einkaufsverhalten der Bürgerinnen und Bürger am besten. Deshalb sollte der bisherige

Ladenschluss in Rheinland-Pfalz abgeschafft und die Öffnungszeiten jedem Geschäftsbetreiber freigestellt werden.

Dank innovativer Ideen haben sich eine Vielzahl von Geschäftsmodellen etabliert, die voll digital betrieben werden können und ohne Personal auskommen. Diese sollen ohne Einschränkungen an sieben Tagen der Woche für bis zu 24 Stunden betrieben werden dürfen. Dazu zählen insbesondere: digitale High-Tech-Supermärkte und hybride, konventionelle Supermärkte, die außerhalb ihrer regulären Öffnungszeiten vollautomatisch und ohne Personal betrieben werden können; automatische Autowaschanlagen; automatische Waschsalons.

Unternehmen brauchen eine positive Perspektive. Wir werden darauf hinwirken, es der Gastronomie zu ermöglichen, ihre Öffnungszeiten flexibler und mit minimalstem bürokratischen Aufwand erweitern zu können. Insbesondere für den Bereich der Außenflächen-Gastronomie schließen wir eine Erweiterung der Nutzungsmöglichkeit am Abend und in der Nacht nicht aus, wenn Interessen von Anwohnern hinsichtlich Lärmschutz und Nachtruhe gewahrt sind. Zur Sicherung der Existenz der Gastronomie sollen die Möglichkeiten für gastronomische Außenflächen erweitert werden. Ohne gastronomische Außenflächen sind viele Betriebe heutzutage schon nicht mehr rentabel führbar. Die Sperrstundenregelung zwischen 5:00 Uhr und 6:00 Uhr halten wir für nicht mehr zeitgemäß und werden uns dafür einsetzen, diese zu streichen.

Wir werden uns weiter im Bereich der Landesgesetzgebung für Änderungen einsetzen, damit sachfremde Regelungen und Beschränkungen in Bebauungsplänen gerade aus den 1960/1970 Jahren, wie zum Beispiel zu Ladenöffnungszeiten und einem Verbot von Außengastronomie, unterbleiben und leichter angepasst werden können. Die gegenwärtigen Regelungen verhindern, dass eine zeitgemäße Anpassung auf geänderte Lebens- und Klimaverhältnisse stattfindet, und halten an Vorstellungen fest, die erkennbar veraltet sind und mit der Geschwindigkeit von Veränderungen nicht mehr Schritt halten können.

Arbeit

Arbeit in Rheinland-Pfalz: Freiheit ermöglichen, Zukunft gestalten

Die Arbeitswelt in Rheinland-Pfalz befindet sich im Wandel. Digitalisierung, demographische Veränderungen und die Transformation verändern Tätigkeiten, Qualifikationsanforderungen und Beschäftigungsmodelle. Für uns Freie Demokraten ist klar: Wir wollen diesen Wandel gestalten – mit Mut, Eigenverantwortung und Innovationskraft. Unser Ziel ist eine Arbeitswelt, die Menschen befähigt, ihre Potenziale zu entfalten, Leistung zu bringen und ihren Lebensweg selbstbestimmt zu gestalten. Eine Arbeitswelt, die Unternehmen und qualifizierte Arbeitskräfte erfolgreich zusammenbringt und den Standort Rheinland-Pfalz zukunftsfähig macht.

Fachkräfte gewinnen und sichern

Der Fachkräftemangel ist eine der größten Herausforderungen, sei es in Pflege, Bildung, Handwerk, IT oder Industrie. Rheinland-Pfalz hat in den vergangenen Jahren gezeigt, wie ein Bündel aus Einzelmaßnahmen und übergeordneten Strategien inländisches Fachkräftepotenzial heben und ausländische Fachkräfte gewinnen und integrieren kann. Die aktuelle landesweite

Fachkräftestrategie bildet bereits eine sinnvolle Grundlage, die wir weiter konsequent und für alle Schlüsselbranchen umsetzen wollen – von der Pflege über Bildung und Handwerk, Industrie bis hin zur IT.

Dafür müssen Abschlüsse aus dem Ausland schneller und digital anerkannt werden. Idealerweise soll der gesamte Verwaltungsprozess bereits vor Einreise abgewickelt werden können. Auch die Sprachqualifizierung gehört dazu. Die bürokratischen Lasten im Zusammenhang mit den sogenannten A1-Bescheinigungen müssen zurückgeführt werden, um insbesondere in den Grenzregionen den wirtschaftlichen Austausch zu fördern und den europäischen Binnenmarkt zu stärken.

Wir schaffen flexible (auch digitale) Angebote, die parallel zu einer Beschäftigung durchgeführt werden können. Gleichzeitig setzen wir auf regionale Fachkräftebündnisse, in denen Unternehmen, Kammern, Verbände und Bildungseinrichtungen eng verzahnt werden und so gemeinsam Lösungen entwickeln. Wir wollen den Unternehmen mehr Planungssicherheit geben und zur Fachkräftesicherung beitragen: Bedarfsgerechte, verlässliche Kinderbetreuungsmöglichkeiten und schulische Angebote sind eine Voraussetzung für Vollzeitarbeit von Eltern.

Die Abschaffung oder mindestens Lockerung des Beschäftigungsverbots in der Zeitarbeit sehen wir als wesentlichen Schlüssel, um Integration in Arbeit zu erleichtern. Auch die Potenziale älterer Beschäftigter wollen wir besser nutzen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Frühverrentungsanreize wie die abschlagsfreie Rente abgeschafft werden. Entscheidend ist für uns, dass Talente im Land besser gefördert, neue Talente gewonnen und unnötige Hürden konsequent abgebaut werden.

Weiterbildung schafft Chancen und Perspektiven

Lebenslanges Lernen ist der Schlüssel zur Teilhabe am Wandel. Ob zum Start ins Berufsleben oder kurz vor der Rente – wer Neues lernt und Fähigkeiten erwirbt, kann sein Leben nach seinen Vorstellungen gestalten. Davon sind wir Freie Demokraten fest überzeugt. Deshalb haben wir uns in den letzten Jahren erfolgreich dafür eingesetzt, dass Rheinland-Pfalz über ein starkes Netzwerk an Weiterbildungsträgern verfügt.

Wir wollen es noch moderner und zugänglicher machen, damit mehr Menschen – egal welchen Alters und Lebensphase – an Weiterbildungsangeboten teilhaben können. Dazu werden wir ein digitales Weiterbildungsportal mit KI-gestützter Kursberatung etablieren, das alle Angebote bündelt und so einfach nutzbar ist wie Online-Shopping. Digitale Bildungsangebote sollen zum Standard werden.

Die am betrieblichen Bedarf orientierte Bildungsfreistellung muss flexibler werden – auch für Teilzeitkräfte und Selbstständige. Um die Weiterbildungsbereitschaft zu erhöhen, sollten Anreize für die Beschäftigten geschaffen werden, die mit den betrieblichen Belangen der Unternehmen im Einklang stehen müssen.

Ergänzend wollen wir regionale Weiterbildungszentren aufbauen, die nach dem Vorbild der Initiative „Die Pfalz qualifiziert“ bestehende Initiativen auf eine Kooperation mit Hochschulen und Betrieben ausweiten und praxisnahe Angebote entwickeln. So geben wir Menschen die

Chance, sich auch mitten im Berufsleben neu zu orientieren – egal ob Krankenschwester, Handwerker oder IT-Spezialist.

Arbeitswelt 4.0 – flexibel und fair

Eine moderne Arbeitswelt erfordert auch moderne Rahmenbedingungen. In vielen Branchen und Betrieben ist es heute schon üblich, remote zu arbeiten, Arbeitszeiten flexibel und eigenverantwortlich zu gestalten und somit etwa Familie und Beruf besser zu vereinen. Auch wenn das Arbeitsrecht primär Bundeskompetenz ist, wollen wir auf Landesebene Impulse setzen.

Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass gute Rahmenbedingungen gute Arbeit schaffen. Arbeit im 21. Jahrhundert kann gelingen, wenn das Arbeitsrecht gelebte Realitäten abbildet. Rheinland-Pfalz kann dabei durch Modellprojekte, Beratung und Gestaltung des Arbeitsschutzes vorangehen. Wir wollen neue Arbeitsformen wie Jobsharing, mobile Arbeit und eine flexible Arbeitszeitgestaltung überall dort ermöglichen, wo es sinnvoll umgesetzt werden kann – gerade auch bei kleinen Betrieben.

Die starren Obergrenzen der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit sollen durch flexible Modelle ersetzt werden, die an die spezifischen Anforderungen des jeweiligen Berufs sowie der betrieblichen Erfordernisse angepasst sind. Vertrauensarbeitszeitmodelle wollen wir überall dort ermöglichen, wo es sinnvoll erscheint.

Unser Ziel ist klar: Rheinland-Pfalz braucht eine Arbeitsmarktpolitik, die Freiheit stärkt, Leistung belohnt und Perspektiven eröffnet. Die Arbeitswelt der Zukunft soll keine Angst machen, sondern Lust und Aufbruchsstimmung wecken. Arbeit soll Türen öffnen – für jede und jeden, heute und morgen. Mit gezielten Maßnahmen zur Fachkräftesicherung, einer modernen Weiterbildungslandschaft, einer aktiven Transformationspolitik und flexiblen Arbeitsformen gestalten wir die Zukunft der Arbeit: liberal, digital und fair.

Tarifautonomie respektieren

Wir respektieren die von den Tarifvertragsparteien im Rahmen ihrer Tarifautonomie ausgehandelten Tarifverträge und lehnen staatliche Eingriffe in den Aushandlungsprozess ab.

Tourismus

Innovativer, nachhaltiger und ganzheitlicher Tourismus für ein starkes Rheinland-Pfalz

Der Tourismus ist ein zentraler Wirtschafts- und Standortfaktor in Rheinland-Pfalz und sichert Einkommen, Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit, insbesondere in ländlichen Regionen. In einer Zeit zunehmender Herausforderungen – von Fachkräftemangel über Klimawandel, Digitalisierung bis zum verstärkten internationalen Wettbewerb – wollen wir Freie Demokraten das Potenzial unseres Landes durch innovative, nachhaltige und vernetzte Tourismuspolitik konsequent heben und weiterentwickeln. Unsere Leitlinie ist Wachstum durch Wertschöpfung, gestützt von ganzheitlichen, regionalspezifischen Strategien sowie der gezielten Verknüpfung mit anderen Wirtschafts- und Lebensbereichen wie Kultur, Weinwirtschaft, Städtebau,

Naturschutz, Digitalisierung und Mobilität. Tourismus denken wir als ressortübergreifendes Querschnittsthema, das Synergien schafft – für die Gäste, die Einheimischen und die gesamte Wirtschaft.

Ganzheitliche Wertschöpfung und Synergien

- Tourismus als Motor für Wirtschaft und Lebensqualität: Wir wollen Tourismus nicht isoliert für Gäste, sondern insbesondere als Standortfaktor und Wertschöpfungstreiber für Einwohner und Unternehmen denken. Eine attraktive Region, in der es sich gut reisen lässt, ist gleichermaßen ein starker Lebens- und Arbeitsort. Darum setzen wir auf Infrastruktur, die allen zugutekommt – von Freizeit- bis Gesundheitsangeboten, von Kultur bis Mobilität.
- Potenzial des Tagungstourismus nutzen: Rheinland-Pfalz bietet mit seiner Mischung aus attraktiven Städten und erholsamen Landschaften sowie zentraler Erreichbarkeit mitten in Europa die perfekte Kombination für Kongresse, Tagungen oder Geschäftsreisen. Dieses Potenzial wollen wir noch gezielter nutzen.
- Stärkere Vernetzung mit anderen Branchen: Wechselwirkungen mit Kultur, Weinwirtschaft, Gastronomie, Städtebau, Dorfentwicklung, Baukultur und Naturschutz sind zentrale Bestandteile unserer Tourismuspriorisierung. Nur durch Verknüpfung entsteht nachhaltiges Wachstum und regionale Identität.

Stärkung der Regionen und des ländlichen Raums

- Gezielter Infrastrukturausbau: Wir fördern Infrastrukturprojekte, die den ländlichen Raum erschließen und echte Teilhabe ermöglichen. Das umfasst den Ausbau und die Pflege von Wander- und Radwegen, Investitionen in barrierefreie Mobilitätsangebote sowie die Stärkung der digitalen und medizinischen Versorgung vor Ort.
- Tourismus im Einklang mit den Bewohnern vor Ort: Akzeptanz und Partizipation der Einwohner sind Schlüssel für erfolgreichen Tourismus. Wir fördern Projekte, die die Interessen der einheimischen Bevölkerung berücksichtigen und deren Lebensqualität steigern.
- Wir erkennen an, dass die gastgewerblichen Umsätze erheblich zum Steueraufkommen auf allen Ebenen beitragen und lehnen deshalb Sondersteuern im Tourismusgewerbe wie Betten- oder Übernachtungssteuern ab.
- Wir wollen Erleichterungen beim Bau von Camping- und Wohnmobilstellplätzen schaffen. Diesen Tourismus-Segmenten rechnen wir ein hohes Wachstumspotential zu.

Nachhaltigkeit und Lebensqualität als Erfolgsmaßstäbe

- Gelebte Nachhaltigkeit: Nachhaltiger und verantwortungsvoller Tourismus ist die Zukunft unserer Branche. Wir setzen auf ressourcenschonende Angebote, auf

Kreislaufwirtschaft, regionale Produkte und einen verantwortungsbewussten Umgang mit Natur, Kultur und Umwelt.

- Familien- und generationenübergreifende Angebote: Wir machen Rheinland-Pfalz zum kinder- und familienfreundlichsten Tourismusland. Dazu gehören attraktive Spiel- und Freizeitangebote, Erlebnisangebote im Freien, familienfreundliche Infrastruktur und bezahlbare, qualitativ hochwertige Urlaubs- und Freizeitmöglichkeiten. Ein besonderer Fokus liegt auf der Integration von Familien, Senioren und Menschen mit Behinderung durch barrierefreie und generationsübergreifende Angebote.
- Innovative Erlebnisangebote: Um die Saison zu verlängern und die Region attraktiver zu machen, fördern wir wetterunabhängige Angebote, Event-Locations, kulturelle Veranstaltungen und Großevents wie die Bundesgartenschau. Städte- und Geschäftsreisetourismus werden gezielt weiterentwickelt, um Saisonalität zu verringern. Angebote im Städte tourismus und solche im ländlichen Raum wollen wir dazu stärker verknüpfen, um eine konstante Verlängerung der Tourismussaison zu erreichen. Den Kulturtourismus wollen wir ebenso fördern.
- Den Wassertourismus in Rheinland-Pfalz wollen wir stärken und dazu die Infrastruktur entlang der Flüsse ausbauen. Dabei kommt den Nebenwasserstraßen eine besondere Bedeutung zu. Wir setzen uns für eine ausreichende Finanzierung im Bund für Instandsetzung und Erhalt von touristisch genutzten Nebenwasserstraßen und Wasserrevieren ein.

Gastgewerbe und Fachkräfte als solide Basis

- Bürokratieabbau & Unterstützung: Wir entlasten das Gastgewerbe durch Abbau bürokratischer Hürden, vereinfachte Genehmigungsverfahren, Unterstützung bei Betriebsübernahmen und gezielte einzelbetriebliche Förderung. Arbeitszeitkonten und moderne, flexible Arbeitsmodelle erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe.
- Gastgewerbliche Betriebe sollen in Bezug auf Kurzarbeitergeld-Regelungen und die 70-Tage-Regelung als Saisonbetriebe anerkannt werden können.
- Fachkräftegewinnung und -bindung: Der zunehmende Fachkräftemangel gefährdet die Zukunft der Branche. Wir fördern duale Ausbildung, erleichtern den Quereinstieg, setzen auf die schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse und erleichtern gezielte Zuwanderung. Bessere Betreuungsangebote für Kinder und Pflegebedürftige sowie flexible Arbeitszeiten schaffen Anreize für den Wechsel in Vollzeitbeschäftigung.
- Digitalisierung als Jobmotor: Der Einsatz von Automatisierung, Digitalisierung und künstlicher Intelligenz ist Schlüssel, um Prozesse zu optimieren, Arbeitskräfte zu entlasten und neue Beschäftigungsfelder zu schaffen.

Digitalisierung und Innovation vorantreiben

- Digitale Infrastruktur: Wir machen uns für eine flächendeckende, schnelle Internetversorgung sowie kostenloses WLAN in touristisch bedeutenden Regionen stark.

Digitalisierung der touristischen Dienstleistungen ist unser Innovationsmotor – von Buchungsplattformen bis zu digitalen Check-ins und Besucherlenkung.

- Digiboost für Tourismus und Gastronomie: Wir setzen das Digiboost-Programm zur Förderung der Umsetzung der Digitalisierung fort, um digitale Kompetenzen im Gastgewerbe zu stärken, Online-Präsenzen zu professionalisieren und neue Technologien in die Fläche zu bringen.
- Neue Technologien fördern: Blockchain, KI, Web 3.0 und weitere digitale Innovationen bieten neue Chancen für die Branche, die wir gezielt unterstützen werden.

Bürokratie reduzieren und Organisationen stärken

- Touristische Strukturen modernisieren: Wir setzen uns für eine Effizienzsteigerung durch gebündelte Strukturen, Kooperationen und regelmäßigen Erfahrungsaustausch unter Destinationen ein. Ziel ist es, lokales Wissen zu vernetzen und Ressourcen effizient einzusetzen.
- Förderprogrammen vereinfachen: Wir machen Fördermittel für touristische Projekte durch weniger Bürokratie und praxisnahe Genehmigungsverfahren leichter zugänglich.
- Wir wollen bürokratische Hürden bei der Übernahme von Betrieben abbauen, beispielsweise soll bei der Übernahme eines Gastbetriebs in einem historischen Gebäude der Bestandsschutz für Lärm- oder Brandschutz erhalten bleiben.
- Wir setzen uns für den Abbau von Wettbewerbsnachteilen gegenüber dem benachbarten Ausland und eine Harmonisierung der Regeln im Rahmen der EU ein. Dazu gehören beispielsweise die Besteuerung bei der Überlassung von Dienstwohnungen oder die Anforderungen zum Erwerb eines Bus- und Berufskraftfahrerscheins.
- LEADER- und Bürgerprojekte: Wir unterstützen ehrenamtliche, klein- und großvolumige LEADER-Projekte, binden Investoren und fördern Crowdfunding, um lokale und innovative Initiativen zu ermöglichen.

Authentisches Marketing und regionale Identität

- Profilierung im Wettbewerb: Wir setzen konsequent auf ein authentisches Regionalmarketing, das die Besonderheiten unserer Kulturlandschaft und regionaler Identität hervorhebt. Innen- und Außenmarketing sollen Hand in Hand gehen, damit sowohl Einheimische als auch Gäste die Attraktivität unserer Regionen erleben und mitgestalten können.
- Erlebnisreiche Natur und Kultur: Schutz, Pflege und innovative Vermarktung unserer historischen Gebäude, Naturattraktionen, Weinlandschaften und Events stehen im Mittelpunkt unseres Marketings. Rheinland-Pfalz wird als vielseitiges, offenes, nachhaltiges und modernes Reiseziel positioniert.
- Wir wollen die Handlungsfähigkeit der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) erhalten, damit wichtige Auslandsmärkte wie etwa in Asien, Nord- und Südamerika nicht

verloren gehen. Die DZT verfügt 2024 über ein Jahresbudget von 40,5 Millionen Euro, um die Reisedestination Deutschland weltweit zu bewerben und zu vermarkten und die Stärkung Deutschlands als Tourismusstandort zu koordinieren.

Infrastruktur und Mobilität

Zukunftsfähige Mobilität für Rheinland-Pfalz

Eine zukunftsfähige Mobilität ist eine entscheidende Grundlage für Freiheit, Selbstbestimmung und Wohlstand der Menschen in Rheinland-Pfalz. Sie schafft die Voraussetzungen dafür, Chancen in der Bildung und am Arbeitsmarkt wahrzunehmen. Ohne intakte und leistungsfähige Verkehrsnetze, ohne bedarfsgerechte Angebote ist eine Teilhabe am sozialen Leben kaum möglich. Moderne und leistungsfähige Straßen, Schienenwege und Wasserstraßen sind zugleich ein zentraler Pfeiler bei der Stärkung der rheinland-pfälzischen Wirtschaft. Dazu ist eine Verkehrspolitik aus einem Guss notwendig. Die Aufteilung der Zuständigkeiten für die Mobilität auf zwei Ministerien der Landesregierung hat sich nicht bewährt. Wir wollen alle Zuständigkeiten wieder in einem Ministerium zusammenführen.

Für eine Verkehrspolitik ohne ideologische Scheuklappen

Wir setzen uns für eine moderne, effiziente und freiheitliche Verkehrspolitik in Rheinland-Pfalz ein. Ideologische Beschränkungen können keine erfolgreiche Verkehrspolitik für Rheinland-Pfalz prägen. Nur eine Verkehrspolitik, die die Stärken und Schwächen aller Verkehrsträger berücksichtigt sowie auf Innovation und Vernetzung setzt, kann die Lebensqualität des Einzelnen verbessern und die Wirtschaftskraft des Landes stärken. Dabei müssen die verkehrlichen Realitäten, die Bedürfnisse der Menschen und die Anforderungen der Wirtschaft im Mittelpunkt stehen – sowohl im ländlichen Raum wie auch in den großen Städten und im urbanen Raum.

Rheinland-Pfalz ist in weiten Teilen ländlich geprägt. Die Menschen im ländlichen Raum werden auch in Zukunft auf den Individualverkehr mit dem eigenen Auto angewiesen sein. Und sie wollen das Auto wegen der unbestreitbaren Vorteile dieses Verkehrsmittels weiter nutzen. Auch deshalb ist die Zahl der PKW pro 1.000 Einwohner seit dem Jahr 2000 kontinuierlich gestiegen – zuletzt auf fast 630. Im Durchschnitt des Bundesgebiets waren es vergleichsweise 580. Selbst in den großen Städten in Rheinland-Pfalz hat sich die Zahl der PKW trotz Staus und einem guten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) weiter erhöht. Dies zeigt, dass die Menschen die Vorteile der individuellen Mobilität schätzen. Das wollen wir respektieren.

Rund 80 % der Leistungen im motorisierten Personenverkehr werden bundesweit mit dem PKW erbracht. Auf den öffentlichen Personenverkehr – Eisen- und Straßenbahn, Busse, Luftverkehr – zusammen entfallen aktuell lediglich 20 Prozent. In Rheinland-Pfalz ist der Anteil des Individualverkehrs außerhalb der größeren Städte und Verdichtungsräume in den ländlich geprägten Regionen des Landes noch größer.

Für eine Sanierung und Erweiterung des Straßennetzes

Wir treten für ein besseres Straßennetz in Rheinland-Pfalz ein, weil Straßen und Brücken die Lebensadern des Verkehrs sind. Das Land hat eines der dichtesten Straßennetze in Deutschland. Das gilt es zu erhalten. Zur Sicherung leistungsfähiger Verkehrswege wollen wir die Mittel im Kernhaushalt für den Landesstraßenbau auf 250 Mio. Euro jährlich steigern. Hiermit stehen über die gestiegenen Baukosten hinaus zusätzliche Mittel für eine attraktive Verkehrsinfrastruktur im Kernhaushalt zur Verfügung und werden durch die Mittel des Sondervermögens zusätzlich ergänzt, um die Straßeninfrastruktur insgesamt zu ertüchtigen. Dabei unterstützen wir den Grundsatz „Erhalt vor Neubau“. Gleichwohl müssen auch Erweiterungen und insbesondere dringend erforderliche Lückenschlüsse wie beispielsweise bei der A1, der B10 oder der entlastende Bau von Ortsumgehungen zwingend vorangetrieben werden. Auch der sechsstreifige Ausbau der A 643 bleibt weiter dringlich.

Darüber hinaus sind insbesondere folgende Maßnahmen prioritätär umzusetzen, da sie von hoher regionaler Bedeutung für die Mobilität der Menschen sind: Ausbau der B 50 von der A 60 bei Wittlich bis zur A 61 bei Rheinböllen (vierstreifiger Ausbau), Neubau A 64, Nordumfahrung Trier, sechstreifiger Ausbau der A61 zwischen Frankenthal und Landesgrenze zu Baden-Württemberg, Neubau B51n Westumfahrung Trier, Ausbau der Nistertalstrecke Verbindung A 3 – A 45 (B 255 über Nistertalstrecke / L 288 in Richtung Nordrhein-Westfalen bzw. über die B 255 in Richtung Hessen), Ausbau der Verbindung zwischen den Landesgrenzen Rheinland-Pfalz/Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz/Hessen über Altenkirchen und Hachenburg (B 8 – B 414 – B 255), Ausbau der B 10 von Pirmasens bis zur A 65 bei Landau (vierstreifiger Ausbau) und die Hunsrückspange (Verbindung B41 und B50).

Wir brauchen einen Baustellen-Turbo, damit schneller gebaut wird. Dazu müssen in Ausschreibungen die Modalitäten so gestaltet werden, dass Anreize für schnelles und fristgerechtes Bauen unter Einhaltung der Qualität belohnt werden.

Brücken sind besonders sensible Teile der Straßeninfrastruktur. Viele unserer Brücken in Rheinland-Pfalz sind in die Jahre gekommen und der wachsenden Verkehrslast kaum noch gewachsen. Der Anteil der Brücken mit der schlechtesten Bewertungsstufe wächst. Wir fordern ein Brücken-Programm, in das die Brücken mit der ungünstigsten Tragfähigkeitsbeurteilung aufgenommen werden. Diese Brücken sollen priorisiert saniert oder vollständig ersetzt werden. Dazu müssen wir die Planungskapazitäten und den Planungsvorrat beim Landesbetrieb Mobilität erweitern. Nur so können die aufgelaufenen Defizite schneller beseitigt werden. Der Bau von reinen Ersatzbrücken muss planungsrechtlich ohne aufwendiges Planfeststellungsverfahren ermöglicht werden. Wir treiben den Bau einer Brücke am Mittelrhein voran und stellen die Finanzierung sicher.

Dringend müssen Planung und Bau auch von Landesstraßen weiter beschleunigt werden. Dazu müssen landesrechtliche Regelungen, die einer Planungsbeschleunigung im Wege stehen, überprüft und angepasst werden; mit der Reform des Landesstraßengesetzes haben wir einen ersten wichtigen Schritt in dieser Richtung gemacht. Nicht zuletzt müssen dazu auch die Regelungen des Verbandsklagerechts dringend überprüft und ggf. abgeschafft werden.

Die Chancen des Infrastrukturfonds der Bundesregierung nutzen

Die neue Bundesregierung hat einen Infrastrukturfonds in Höhe von 500 Milliarden Euro für die Modernisierung von Straßen, Schienen und Wasserstraßen eingerichtet. Daran muss Rheinland-Pfalz aufgrund seiner zentralen Lage und der Einbindung in die internationalen Transportwege besonders beteiligt werden. Entscheidend ist, dass die Mittel keine vorhandenen Finanzierungen ersetzen, sondern wirklich für zusätzliche Investitionen zur Verfügung stehen.

Im Güterverkehr ist das Rheintal sowohl im Eisenbahn- als auch im Binnenschiffsverkehr die zentrale europäische Verkehrsachse. Auf der A 61 läuft ein wesentlicher Teil des Personen- und straßengebundenen Güterverkehrs von den Beneluxstaaten in Richtung Italien. Das Land muss sich beim Bund mit Nachdruck dafür einsetzen, Mittel aus dem Infrastrukturfonds zur Verbesserung der internationalen Verkehrswege nach Rheinland-Pfalz zu lenken.

Die unter anderem für die Versorgung der Chemiestandorte in Rheinland-Pfalz im Binnenschiffsverkehr wichtige Vertiefung des Rheins im Mittelrheintal bei St. Goar kommt bislang nur im Schneekentempo voran. Auch diese Maßnahme muss mit den neuen Infrastrukturmitteln schneller umgesetzt werden. Die Havarie der Moselschleuse bei Müden hat gezeigt, dass beim Bau der zweiten Moselschleusen mehr Tempo notwendig ist, wenn ein sicherer Binnenschiffsverkehr auf der Mosel gewährleistet werden soll.

Wichtige Schienennkorridore, wie die beiden Rheinstrecken und die Moselstrecke, sollen zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit und der Lärmminderung modernisiert werden. Die alternative Güterverkehrsstrecke zur Entlastung des Mittelrheintals treiben wir vor dem Hintergrund nun verbesserter Finanzierungsmöglichkeiten voran.

Diese Maßnahmen sind auch deshalb dringlich, weil Rheinland-Pfalz als bedeutender Logistikstandort auf eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur bei allen Verkehrsträgern besonders angewiesen ist, um Arbeitsplätze und Wohlstand im Land zu halten. Dazu zählt auch, Investitionen in die Häfen im Land positiv zu begleiten, seien es Landes- oder kommunale Häfen. Diese Einrichtungen gilt es zu erhalten. Städtebauliche Entwicklungen dürfen die Existenz der Häfen nicht gefährden.

Bessere Wettbewerbsbedingungen für den Hahn

Der Flughafen Hahn ist der einzige internationale Verkehrsflughafen in Rheinland-Pfalz. Er ist für die strukturelle Entwicklung der Hunsrückregion von besonderer Bedeutung. Wir wollen, dass der Flughafen eine positive Entwicklung nimmt. Daher treten wir dafür ein, die Luftverkehrssteuer sowie die Luftsicherheitsgebühren und -abgaben auf ein wettbewerbsfähiges Niveau zu senken. Der Hahn braucht mehr unternehmerische Freiheit und weniger staatliche Restriktionen.

Derzeit wird die Entwicklung im wichtigen Luftfrachtgeschäft am Hahn durch restriktive Vorgaben des Luftfahrtbundesamtes gebremst. Der Flughafen kann deshalb sein Alleinstellungsmerkmal der 24-Stunden-Fluggenehmigung nicht zur Entfaltung bringen. Wir treten für mehr Wettbewerb und eine weniger restriktive Genehmigungspraxis bei den bilateralen Luftverkehrsabkommen ein. Die Abwanderung von Frachtflügen in europäische Nachbarländer wie beispielsweise Belgien schwächt nicht allein den Hahn, sondern die Attraktivität des Standorts Deutschland im internationalen Luftverkehr insgesamt.

Das Land braucht bessere Fernverkehrsverbindungen auf der Schiene

Eine nachhaltige Mobilität ist ohne attraktive Angebote im Schienenfernverkehr nicht denkbar. Gute Erreichbarkeiten im Fernverkehr sind wichtig für die Standortgunst des Landes. Die Deutsche Bahn plant den Aufbau eines Deutschlandtakts mit einer zumindest stündlichen Bedienungsfrequenz. Wir treten dafür ein, dass alle wichtigen rheinland-pfälzischen Bahnhöfe in den Deutschlandtakt eingebunden werden.

Wir wollen, dass auf der Moselstrecke wieder eine vollständige Fernverkehrsanbindung eingerichtet wird, die über Luxemburg, Trier und Koblenz die westlichen Landesteile an die Rheinschiene anbindet. Die Schnellverbindung nach Paris über die Route via Kaiserslautern/Saarbrücken (POS Nord) darf gegenüber der Südroute via Straßburg/Karlsruhe/Stuttgart vernachlässigt werden. Auch für die Anbindung des Landes an die Schnellfahrstrecke zwischen Frankfurt und Köln über Montabaur und Frankfurt müssen Verbesserungen geprüft werden. Dafür setzen wir uns ein.

Für mehr Kapazitäten im Schienenverkehr

Eine merkliche Verlagerung von Personen- und Güterverkehren auf die Schiene wird nur gelingen, wenn die Kapazität der Schieneninfrastruktur ausgebaut wird. Das erfordert nicht zuletzt auch den Neubau von Strecken. Deshalb treten wir nach wie vor für das Zukunftsprojekt einer alternativen Güterverkehrsstrecke zum Mittelrheintal ein. Angesichts der von der Bundesregierung angestrebten Verkehrsverlagerung auf die Schiene muss dieses Vorhaben neu bewertet werden.

Die schnellere Einführung des ETCS (European Train Control System) ermöglicht dichtere Zugfolgen und damit mehr Schienenverkehr auf vorhandenen Strecken. Zugleich ist die Einführung dieser Technologie ein wichtiger Beitrag zur Einbindung und Stärkung des innereuropäischen Personen- und Güterverkehrs. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Eisenbahnstrecken in Rheinland-Pfalz möglichst vollständig auf dieses moderne Zugleitsystem umzustellen.

Die Reaktivierung von Schienenstrecken ist kein Selbstzweck. Eine Reaktivierung setzt angesichts der damit in aller Regel verbundenen hohen Kosten einen klaren Nachweis der Wirtschaftlichkeit voraus. Für die acht Strecken mit einem positiven Nutzen-Kosten-Ergebnis fordern wir eine Priorisierung, welche Bürgerinnen und Bürgern sowie den Kommunen Planungssicherheit gibt. Fehlt eine wirtschaftlich tragfähige Nutzungsperspektive, werden wir den Weg für eine alternative, effizientere Nutzung wie etwa Radwege oder Bebauung frei machen.

Privatwirtschaftliche Initiativen zur Reaktivierung von Güter- oder Personenverkehren befürworten wir und setzen uns für eine unbürokratische Umsetzung ein.

Den Öffentlichen Personennahverkehr weiter stärken und Deutschland-Ticket erhalten

Der ÖPNV leistet einen unverzichtbaren und umweltfreundlichen Beitrag für die Mobilität der Menschen in Rheinland-Pfalz. Insbesondere in den urbanen Zentren können direkte Verbindungen, gute Umsteigemöglichkeiten und enge Taktfrequenzen einen wirksamen Anreiz

schaffen, auf das Auto zu verzichten. Arbeitsplätze, Schulen, Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen müssen aber auch in der Fläche mit dem ÖPNV erreichbar sein. Dabei gilt es, mit passgenauen und flexiblen Angebotsformen ein Grundangebot zu ergänzen.

Wir treten dafür ein, die elektronischen Fahrgastzählungen flächendeckend einzusetzen, um auf Veränderungen in der Nachfrage zeitnah reagieren zu können. Leere oder kaum genutzte Züge und Busse, die im starren Taktverkehr in der Fläche unterwegs sind, helfen niemandem und sind kein Beitrag zum Klimaschutz. Bei geringer Nachfrage sind flexible Angebote wie Rufbusssysteme oder anrufbasierte Dienste im Sinne einer „Mobility on Demand“ verkehrlich, wirtschaftlich und umweltpolitisch die bessere Alternative.

Unter FDP-Verantwortung wurde der Rheinland-Pfalz-Takt eingeführt, und in der vorangegangenen Legislaturperiode war es erneut die FDP, welche das modernste Nahverkehrsgesetz in Deutschland umgesetzt hat. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortschreiben und einen leistungsfähigen und bedarfsgerechten ÖPNV sicherstellen.

Das Landesnahverkehrsgesetz hat den ÖPNV als Pflichtaufgabe für die Aufgabenträger verankert und so die finanziellen Möglichkeiten deutlich verbessert. Im Landesnahverkehrsplan müssen die differenzierten Angebotsstrukturen entwickelt werden. Es bleibt offen, ob der vom grün geführten Mobilitätsministerium vorgesehene Plan ohne Rückschritte und Einschränkungen zum Abschluss gebracht werden kann. Wir werden uns in einer neuen Landesregierung zügig für eine Differenzierung der Angebotsstrukturen einsetzen.

Bei der Gestaltung zukünftiger Fahrpläne eröffnen die zunehmende Digitalisierung und KI-gesteuerte Instrumente neue Potenziale, um Auslastungsunterschiede zu berücksichtigen und Fahrtstrecken zu optimieren. Den Einsatz solcher Instrumente wollen wir modellhaft unterstützen. Das gilt ebenso für den möglichen Einsatz autonom verkehrender Nahverkehrsfahrzeuge.

Bei der Förderung von Nahverkehrsfahrzeugen für mehr Klimaschutz setzen wir auf Technologienutralität. Die Kommunen und die Aufgabenträger sollen vor Ort auch unter Wirtschaftlichkeitsaspekten entscheiden, ob Elektro-, Wasserstoff- oder mit innovativen klimaneutralen Treibstoffen betriebene Fahrzeuge eingesetzt werden.

Die Einführung des digitalen Deutschland-Tickets auf der Bundesebene ist ein deutlicher Schritt hin zu einem attraktiven, vor allem aber auch einfachen Tarifangebot im ÖPNV. Die Beibehaltung dieses Tickets unterstützen wir ausdrücklich, dabei ist eine sozial verträgliche Anpassung der Nutzerbeiträge zur Finanzierung notwendig. Nach der dauerhaften Sicherung des Deutschland-Tickets ist jetzt eine Tarifstrukturreform erforderlich, die zu einer Vereinfachung der Tarifangebote führen muss.

Für die ÖPNV-Nutzer in Rheinland-Pfalz soll eine Informationsplattform zur Verfügung gestellt werden, aus der online und in Echtzeit die landesweiten Angebote und Fahrplandaten abgerufen werden können. Dabei sind auch die Angebote alternativer Verkehrsträger wie Carsharing- oder Bike-and-Ride-Angebote im Sinne einer durchgehenden Mobilitätskette einzubinden.

Organisationsstrukturen im ÖPNV überprüfen

Der ÖPNV steht durch Kostensteigerungen unter erheblichem Finanzierungsdruck. Trotz der Erhöhung der Landesmittel ist offen, ob die aktuellen Angebote auf der Schiene und im

Busverkehr aufrechterhalten werden können. Das gilt vor allem für den kommunalen ÖPNV, der vom Land bisher nicht ausreichend gefördert wird.

Gleichzeitig gibt es in Rheinland-Pfalz derzeit fünf Verkehrsverbünde und zwei Zweckverbände für den Schienenpersonennahverkehr. Damit sind Doppelstrukturen, Kompetenzüberschneidungen und teilweise komplizierte Tarifstrukturen verbunden. Aus Sicht der Kunden sind einheitliche Leistungsangebote hinsichtlich Darstellung, Tarifstrukturen und Bezahlung unverzichtbar.

Die Organisation des ÖPNV muss daher im Hinblick auf die Leistungsangebote und die Kosteneffizienz vorbehaltlos überprüft werden. Mögliche Lösungen könnten die Zusammenlegung von Verbünden und Zweckverbänden, der Verzicht auf eine Ebene oder die Einrichtung einer Nahverkehrsgesellschaft sein. Zumindest wollen wir eine Bündelung der Aufgabenträgerschaft für die Schiene und den regionalen Busverkehr wie in anderen Bundesländern.

Mobilitätshubs – Bahnhöfe der Zukunft

In Rheinland-Pfalz gibt es über 150 Mitfahrerparkplätze, die wir zu modernen Mobilitätshubs weiterentwickeln wollen. Diese Orte sind ideale Umsteigepunkte zwischen Auto, Bus, Bahn und Fahrrad. Durch eine sichere und bedarfsoorientierte Ausstattung mit Beleuchtung, Ladesäulen, sicheren Fahrradabstellmöglichkeiten sowie Verweil- und Warteeinrichtungen schaffen wir gerade in ländlichen Regionen einen echten Mehrwert.

Mobilitätshubs ersetzen reguläre Bahnhöfe dort, wo die Schiene nicht verfügbar ist. Statt an Schienenanschlüssen setzen wir auf Straßenknotenpunkte, die ein deutlich größeres Netzvolumen bedienen. So wollen wir die Verteilmöglichkeiten an diesen wichtigen Verkehrsknoten besser nutzen.

Die Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge an diesen Standorten fördert die Elektromobilität und schafft kostengünstige Lademöglichkeiten – vor allem für Nutzerinnen und Nutzer ohne eigene Ladeeinrichtung zu Hause. Die Stromversorgung kann für vielfältige Zwecke genutzt werden – von E-Bussen und Fahrrädern über Verkaufautomaten bis hin zu Car- und Bike-Sharing-Stationen.

Photovoltaik-Anlagen können viele Standorte wirtschaftlich ergänzen und zu einer nachhaltigen Energieversorgung beitragen. Im FDP-geführten Verkehrsministerium wurde eine umfassende Untersuchung aller potenziellen Standorte abgeschlossen, um prioritäre Mobilitätshubs auszuwählen.

Bei Schienenstrecken innerhalb und außerhalb urbaner Zentren sehen wir Drehkreuze als Ergänzung zu klassischen Bahnhöfen vor. Diese verringern den Flächenbedarf im urbanen Raum und entzerrten den Verkehr an Hauptbahnhöfen. Daten und moderne Technologien wie autonom fahrende Mikromobile und Taxis wollen wir für effiziente, innovative Mobilität nutzen.

Mobilitätshubs sind der Schlüssel für die vernetzte, einfache Mobilität der Zukunft in Rheinland-Pfalz.

Klimaschutz beim Kraftfahrzeugverkehr

Für den Klimaschutz im Verkehr muss der motorisierte Kraftfahrzeugverkehr schneller auf klimaneutrale Antriebsarten umgestellt werden. Von der zukünftig steigenden CO₂-Bepreisung wird ein wichtiger Impuls für eine schnelle Elektrifizierung der Kfz-Antriebe ausgehen. Eine zeitlich begrenzte Unterstützung des Kaufs von Elektrofahrzeugen und des Aufbaus von privater Ladeinfrastruktur kann dabei hilfreich sein. Diese Umstellung muss technologienutral erfolgen. Ein generelles Verbot von Verbrennungsmotoren lehnen wir ab, weil auch Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor beispielsweise mit E-Fuels oder synthetischen alternativen Kraftstoffen (ReFuels) wie HVO-Diesel klimaschonend betrieben werden können.

Ein flächendeckendes Angebot an leistungsfähigen Ladestationen bleibt weiterhin eine wichtige Voraussetzung für eine größere Akzeptanz von Elektrofahrzeugen. Hier hat das Land noch Nachholbedarf. Die von Bund und Land angebotenen Fördermaßnahmen müssen von allen Beteiligten konsequent genutzt werden. Der weitere Ausbau von Ladestationen für E-Busse, der entsprechende Umbau von Betriebsbahnhöfen und die Ertüchtigung der Stromnetze bleiben auf der Dringlichkeitsliste.

Darüber hinaus setzen wir uns gegenüber dem Bund dafür ein, dass die Bundesregierung die Planung, Genehmigung und Förderung von Tankstellen für schwere Nutzfahrzeuge mit batterieelektrischen sowie mit Brennstoffzellenantrieben entlang der relevanten Fernverkehrsrouten zügig voranbringt, um die Klimaneutralität im Nutzfahrzeuggbereich zu beschleunigen. Das Land begleitet diese Maßnahmen entsprechend.

Wir setzen uns dafür ein, Bahnhöfe zu attraktiven Mobilitätshubs auszubauen, die den Umweltverbund stärken und Menschen umweltfreundliche Alternativen bieten.

Radverkehr als klimafreundliche Alternative

Der Radverkehr boomt in den letzten Jahren, insbesondere in den Städten ist das Aufkommen deutlich gestiegen. Um die Voraussetzungen für noch mehr Radverkehr im Alltagsverkehr zu verbessern, sind Pendler-Radschnellwege ein probates Mittel. Die Verbindung der städtischen Zentren mit dem Umland bietet Berufspendlern mit dem Fahrrad eine klimafreundliche Alternative zum Auto. Die Pendler-Radrouten sollen wichtige Ziele wie große Arbeitsplatzschwerpunkte, Stadtzentren, Gewerbegebiete, Hochschulen, Verwaltungsstandorte sowie Bahnhöfe und Wohnstandorte insbesondere in verdichteten Siedlungsräumen verbinden. Dabei sind die Kommunen in der Regel die Vorhabenträger.

Bei der Einrichtung von neuen Radwegen soll wo immer möglich der Radweg aus Sicherheitsgründen von der Fahrbahn getrennt geführt werden, und Fahrrad-Highways wollen wir weiterentwickeln. Eine rein ideologisch begründete Umverteilung von Verkehrsflächen für den Radverkehr auf Kosten des motorisierten Individualverkehrs oder des Fußverkehrs lehnen wir allerdings ab. Wir prüfen gesetzliche Anpassungen, wo sie den Ausbau des Radverkehrs fördern können. Besonders der Ausbau des touristischen Radwegenetzes ist uns ein Anliegen.

In jedem regionalen Landesbetrieb Mobilität (LBM) haben wir bereits Radverkehrs-Teams eingerichtet, um den Ausbau des Radwegenetzes konsequent voranzutreiben. Auch die LBM-Zentrale und das Verkehrsministerium haben wir stärker auf Rad- und Fußverkehr ausgerichtet. Bei jeder Verkehrsplanung werden wir die Bedürfnisse des Radverkehrs berücksichtigen.

Rad- und Fußverkehr: aber sicher!

Ein Effekt des zunehmenden – und zunehmend schnelleren – Radverkehrs mit E-Bikes, Pedelecs, Lastenrädern und E-Scootern sind neue Konflikte mit dem in den Städten ebenfalls wachsenden Fußverkehr. Dies gilt vor allem in Fußgängerzonen, Spielstraßen oder Verkehrsflächen, die gemeinsam von Fußgängerinnen und Fußgängern sowie Radfahrerinnen und Radfahrern genutzt werden dürfen.

Wir treten im Interesse der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden dafür ein, Rad- und Fußgängerbereiche so weit wie möglich getrennt zu führen, die Überwachung dieser Verkehre durch die Behörden klar zu regeln, die Kontrollen und die technische Überprüfung insbesondere von Lastenrädern mit elektrischem Antrieb zu intensivieren und die zulassungsrechtlichen Voraussetzungen für diese spezielle Kategorie von Fahrrädern zu prüfen. Bei engen Gehwegbreiten sollen insbesondere E-Scooter nur noch an speziell ausgewiesenen zentralen Plätzen abgestellt werden.

Führerschein erschwinglicher machen und begleitetes Fahren ab 16 zulassen

Die hohen Kosten des Führerscheinerwerbs erweisen sich zunehmend als Problem für junge Menschen. Maßnahmen wie digitaler Theorieunterricht und die Integration von Fahrsimulatoren in die Ausbildung sowie die Öffnung des Prüfungsmarktes für weitere Anbieter können dazu beitragen, den Führerscheinerwerb günstiger zu machen.

Wir setzen uns zudem für das begleitete Fahren ab 16 Jahren ein. Wir fordern eine Reform der Berufskraftfahrerausbildung und des Führerscheinerwerbs für Bus und LKW mit dem Ziel einer Vereinfachung im Rahmen der europarechtlichen Vorgaben, um dem wachsenden Fahrermangel im Güterkraftverkehr und im ÖPNV entgegenzuwirken.

Rollerführerschein ab 14: Mehr Mobilität für junge Menschen

Wir fordern den Rollerführerschein ab 14 Jahren, um Jugendlichen frühzeitig mehr Unabhängigkeit und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Besonders im ländlichen Raum ermöglicht er eine bessere gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen.

Testfelder für autonomes Fahren nutzen

Autonom fahrende Kraftfahrzeuge oder ÖPNV-Shuttles sind in vielen Städten weltweit bereits Realität. Rheinland-Pfalz muss sich an den geplanten Modellregionen beteiligen. Das Land ist Standort des weltweit führenden Herstellers von Lastkraftwagen und bedeutender Produzenten landwirtschaftlicher Fahrzeuge. Mit einer Ausrichtung auf diese Bereiche sollten Chancen für eine Beteiligung an den Modellregionen genutzt werden.

Großraum- und Schwertransporte – Verfahren effizienter gestalten

Wir Freie Demokraten halten an dem Kurs fest, eine zentrale Stelle für Großraum- und Schwerlasttransporte in Zusammenarbeit mit den Kommunen zu errichten. Ziel ist es, die Genehmigungsverfahren zu vereinheitlichen und transparenter zu gestalten.

Mit einer zentralen Stelle wollen wir erreichen, dass Bescheide einheitlich erteilt werden und nur zwingend notwendige Auflagen festgesetzt werden. So wird Bürokratie abgebaut, die Transparenz verbessert und Verfahrenszeiten deutlich verkürzt. So schaffen wir optimale Rahmenbedingungen für sichere und effiziente Großraum- und Schwertransporte in Rheinland-Pfalz.

Digital gestützte intelligente Verkehrssteuerung statt Bevormundung

Die Digitalisierung muss für moderne und intelligente Verkehrssteuerung genutzt werden. Das Beispiel aufkommensabhängig gesteuerter Geschwindigkeitsanzeigen auf Autobahnen zeigt, dass flexible Geschwindigkeitsvorgaben stärker beachtet werden als bevormundende generelle Tempolimits. Diese lehnen wir ab.

Vernetzte Ampeln, lageabhängige digitale Verkehrssteuerung und elektronische Parkleitsysteme sind starren generellen Beschränkungen wie Tempo 30 vorzuziehen. Der bundesrechtliche Rahmen bietet hinreichend Möglichkeiten, um in begründeten Einzelfällen Beschränkungen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und aus Lärmschutzgründen herbeizuführen.

Im Zusammenhang mit der weiteren Überprüfung und Digitalisierung der Verkehrssteuerung werden wir uns verstärkt dafür einsetzen, dem Schilderwald auf unseren Straßen entgegenzuwirken.

Smart Parking – digital und effizient

Wir Freie Demokraten wollen die Kommunen dabei unterstützen, die Parkraumbewirtschaftung flächendeckend auf appbasierte Smart-Parking-Lösungen umzustellen. Dabei setzen wir auf vernetzte Systeme statt Insellösungen, um den Parkraum effizient und nutzerfreundlich zu gestalten.

Bereits gemachte Erfahrungen von Kommunen, die solche Systeme erfolgreich eingeführt haben, wollen wir konstruktiv nutzen. Künstliche Parkplatzverknappung aus rein ideologischen Gründen lehnen wir ab.

Für uns steht innovative Verkehrspolitik für eine kooperative und intelligente Nutzung des begrenzten öffentlichen Verkehrsraums. Temporäre, bedarfsoorientierte Ansätze mit digitaler Unterstützung sind effektiver als starre Verbote oder Konflikte zwischen verschiedenen Verkehrsträgern.

Landwirtschaft

Landwirtschaft 4.0, pragmatisch, verlässlich und nachhaltig

Die rheinland-pfälzische Landwirtschaft ist vielfältig, leistungsstark und tief verwurzelt in unseren Regionen. Sie sichert hochwertige Lebensmittel, prägt unsere Kulturlandschaften, schützt Umwelt und Klima, ist Arbeitgeberin und Ausbildungsstätte zugleich. Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz ist mehr als Romantik – sie ist hochprofessionell, innovativ und ein unverzichtbarer Teil unserer Gesellschaft.

Wir Freie Demokraten sehen die Landwirtinnen und Landwirte als das, was sie sind: Unternehmerinnen und Unternehmer mit großem Verantwortungsbewusstsein. Sie verdienen Wertschätzung und faire politische Rahmenbedingungen, die ihnen ermöglichen, ihren Beitrag für Ernährungssicherheit, Nachhaltigkeit und den sozialen Zusammenhalt im ländlichen Raum zu leisten.

Unsere Bilanz: Modernisierung, Pragmatismus, Verlässlichkeit

Dank der Freien Demokraten in der Landesregierung hat Rheinland-Pfalz für Landwirtschaft und Weinbau in den vergangenen Jahren große Fortschritte erzielt:

Innovation vorangetrieben: Mit der Geobox-Infrastruktur, dem Digital-Farming-Cluster in Kaiserslautern und einer neuen Professur für digitale Landwirtschaft haben wir unser Land zu einem Motor von Innovationen im Agrarsektor gemacht. Präzisionslandwirtschaft, Dronentechnik und Datenmanagement sind längst Teil der Praxis – made in Rheinland-Pfalz. Sie sichern etwa den Steillagenweinbau, reduzieren den Mitteleinsatz und leisten einen Beitrag zum Klima- und Ressourcenschutz.

Pragmatische Lösungen gefunden: Ob bei überbordender Bürokratie oder praxisfernen EU-Vorhaben – wir haben eingegriffen und tragfähige Lösungen ermöglicht. So konnten wir den Stopp der SUR-Verordnung in Brüssel und die Verkleinerung der „roten Gebiete“ im Rahmen der Düngeverordnung durchsetzen. Statt pauschaler Verbote setzen wir auf moderne Messtechnik und digitale Verfahren, die Umweltziele erreichen und gleichzeitig die Betriebe entlasten.

Verlässlichkeit gesichert: Direktzahlungen werden in Rheinland-Pfalz dank uns frühzeitig ausgezahlt. Mit der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete und der von uns initiierten Hofübernahmeprämie haben wir die wirtschaftliche Basis vieler Betriebe gestärkt. In den Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (DLR) bieten wir verlässliche Partner für Beratung, Bildung und Forschung.

Weinbau gestärkt: Mit der Reform der Absatzförderung und der Vereinfachung des Umstrukturierungsprogramms haben wir unsere Winzerinnen und Winzer von Bürokratie entlastet, ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöht und Marketingmaßnahmen gestärkt. So bleibt Rheinland-Pfalz Weinland Nummer eins. Mit dem Programm „Rheinland-Pfalz Gold“ vermitteln wir national und international, was das Weinland Rheinland-Pfalz ausmacht: Gold im Glas und pure Lebensfreude.

Jagdgesetz praxistauglich gestaltet: Wir haben ein Jagdgesetz auf den Weg gebracht, das Wald und Wild in Einklang bringt, Bürokratie abbaut und die Rolle der Jägerschaft respektiert. Damit sichern wir die Grundlage für klimaresiliente Wälder. Wir wollen gemeinsam mit den Beteiligten die hieraus notwendig gewordene Novelle der Landesjagdverordnung in einem fairen und

offenen Prozess gestalten. Durch die Aufnahme des Wolfs ins Jagdrecht wird er zudem als das anerkannt, was er längst ist – ein Wildtier, das aktiv gemanagt werden muss.

Unser Auftrag: Die Landwirtschaft der Zukunft gestalten

Wir haben viel erreicht – aber wir wollen mehr. Wenn wir Freie Demokraten bei der kommenden Landtagswahl gestärkt werden, wollen wir die rheinland-pfälzische Landwirtschaft noch konsequenter in die Zukunft führen. Unser Leitbild bleibt die nachhaltig professionelle Landwirtschaft, die Tradition und Innovation verbindet.

Moderne Agrarverwaltung

Eine leistungsfähige Verwaltung ist die Basis für erfolgreiche Landwirtschaft. Wir wollen eine grundlegende, zukunftsorientierte Reform der Agrarverwaltung mit der Landwirtschaftskammer als einem zentralen Dienstleister im Mittelpunkt: digital, effizient und verlässlich. Landwirte sollen Zeit auf dem Feld und im Stall verbringen – nicht im Formularwesen. Die Verwaltung muss Partnerin der Betriebe sein, nicht Bremserin.

Dokumentationspflichten sollen sich auf das unbedingt Notwendige beschränken. Alle Nachweise, die keinen messbaren Nutzen für Tierwohl, Umwelt oder Sicherheit bringen, müssen wegfallen.

Die Meldezeiträume müssen zusammengefasst und die Meldung zwischen Landwirtschaftskammer und DLR in ein einziges System überführt und harmonisiert werden. Der PSM-Führerschein muss derzeit alle 2–3 Jahre erneuert werden. Diese „Erneuerung“ muss komplett entfallen. Die berufliche Ausbildung reicht hierfür als Grundlage.

Wir wollen Rheinland-Pfalz als Innovationsmotor für Landwirtschaft und Weinbau stärken. Hierzu brauchen wir den zielgerichteten Ausbau von Beratung, Erprobung neuer Technologien sowie Techniken und vor allem den erfolgreichen Transfer in die Betriebe. Rheinland-Pfalz soll das Labor für die Landwirtschaft von morgen sein.

Starke Höfe – starke Regionen

Die rheinland-pfälzische Landwirtschaft lebt von ihren familiengeführten Betrieben. Wir wollen Hofübernahmen attraktiver machen – mit finanziellen Anreizen wie der Übernahmeprämie, die wir weiter stärken wollen, moderner Existenzgründungsberatung und einem gezielten Wissenstransfer zwischen Generationen. Junge Menschen sollen Landwirtschaft als Beruf mit Zukunft erleben – in den Ausbildungsstätten, bei Praktika und durch ein Freiwilliges Jahr „Grüne Berufe“. Die Struktur der Agrarförderung wollen wir effizienter, praxisgerechter und an der Lebenswirklichkeit der Landwirte ausgerichtet gestalten.

Mehr Tierwohl mit fairen Regeln

Das Wohl der Tiere ist unseren Landwirtinnen und Landwirten ein zentrales Anliegen. Wir setzen uns für europaweit einheitlich hohe Standards bei Haltung und Transport ein. Nationale Alleingänge, die heimische Betriebe im Wettbewerb benachteiligen, lehnen wir ab. Wir wollen

die Umstellung auf tierschonendere Haltungsmethoden fördern und Betriebe unterstützen, statt sie mit Verboten zu überfordern. Die hierfür notwendigen Strukturen, wie etwa bei der Tierkörperbeseitigung, wollen wir nachhaltig und effizient aufstellen – zusammen mit benachbarten Bundesländern.

Nachhaltigkeit durch Innovation

„Mehr Bio“ allein reicht nicht. Wir wollen die Stärken verschiedener Bewirtschaftungsweisen verbinden, Öko- und konventionelle Landwirtschaft gemeinsam weiterentwickeln und Betriebe nachfrageorientiert unterstützen. Mit moderner Pflanzenzüchtung (z. B. CRISPR/Cas), präzisem Pflanzenschutz, ressourcenschonender Bewässerung und digitalem Monitoring sichern wir Erträge und reduzieren Umweltbelastungen.

Für uns gilt: Alle Landwirte leisten ihren Beitrag zur Nachhaltigkeit – nicht nur die mit Bio-Siegel. Wir wollen Schutzgebiete differenziert und praxisgerecht ausgestalten. Auch dort muss verantwortungsvoller Pflanzenschutz erlaubt sein – nicht zuletzt, um Artenvielfalt tatsächlich zu erhalten.

Regionale Vermarktung stärken

Wir wollen die Vermarktung regionaler Produkte modernisieren. „Aus der Region – für die Region“ bleibt unser Leitmotiv. Regionale Wertschöpfungsketten stärken Höfe, sichern Arbeitsplätze und schaffen Nähe zwischen Produzenten und Verbrauchern. Das Programm „Rheinland-Pfalz Gold“ wollen wir stärken und ausbauen. Wir setzen uns für vereinfachte Verfahrenswege für Saisonarbeitskräfte ein.

Risikomanagement verbessern

Klimawandel, Extremwetterlagen und globale Märkte bringen Risiken. Wir wollen Landwirte beim Risikomanagement besser unterstützen – durch Beratungsangebote, Versicherungsmodelle und staatliche Anreize für Eigenvorsorge.

Wasser ist die wesentliche Zukunftsfrage in der Landwirtschaft. Es heißt, Wasser zu speichern, zurückzuhalten und wiederzuverwenden. Innovative Bewässerungskonzepte wollen wir fördern, Wasserrückhaltebecken wollen wir ausbauen.

Gleichzeitig wollen wir die Beratung und Forschung zu klimaangepassten Sorten systematisch verbessern. Wir fördern klimaresistente Pflanzen und unterstützen die Forschung an neuen Kulturen, die den veränderten Bedingungen besser standhalten.

Kooperativer Naturschutz statt Ordnungsrecht

Die Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nicht allein durch ordnungsrechtliche Vorgaben lösen. Wir setzen auf kooperative lokale Modelle, bei denen Bauern mit Naturschutzverbänden und den Menschen vor Ort zusammenarbeiten. Diese wollen wir angemessen fördern. Wir

wollen brachliegende Flächen wieder nutzbar machen und die Pflichtbrachen deutlich reduzieren.

Beim Grünland wollen wir die Regeln praxisgerecht flexibilisieren. Deshalb wollen wir den zwingenden Umbruch zur Verhinderung der Entstehung von Dauergrünland insbesondere im Bereich der Sonderkulturen überprüfen.

Digitalisierung der Landwirtschaft

Eine moderne, digital unterstützte Landwirtschaft trägt entscheidend dazu bei, den Einsatz von Ressourcen standortangepasst zu optimieren und zu reduzieren. Zu nennen ist etwa der Einsatz von Drohnen in der Landwirtschaft, die z. B. den Einsatz von Düngemitteln oder Pflanzenschutzmitteln reduzieren helfen. Precision Farming ist für uns die Zukunft, nicht die Ausnahme.

Automatisierte Anwendungen wie von Robotern oder sensorikgestützte KI können helfen, den Personalmangel zu lindern. Die bestehenden Agrarportale wollen wir weiter ausbauen und verstärkt digitale Potenziale für die Landwirtschaft nutzbar machen und so die Landwirte bei Bürokratieanforderungen entlasten.

Unser Ziel: Nachhaltiger Fortschritt für Hof und Land

Landwirtschaft ist mehr als Produktion. Sie stiftet Identität, erhält Landschaften, fördert Artenvielfalt und belebt den ländlichen Raum. Durch die Sicherung der Versorgung mit Lebensmitteln ist sie ein wesentlicher Garant für die innere Sicherheit in unserem Land. Sie ist ein unverzichtbarer Teil unserer Gesellschaft – und wir Freie Demokraten sind ihre verlässliche Partnerin.

Wir wollen, dass Rheinland-Pfalz Agrarland mit Zukunft bleibt: innovativ, nachhaltig und wettbewerbsfähig. Dafür stehen wir – mit Respekt vor der Leistung unserer Landwirtinnen und Landwirte, mit Mut zu Reformen und mit dem festen Willen, Fortschritt aus Verantwortung zu gestalten.

Weinbau

Weinbau: Kultur, Identität, Zukunft

Rheinland-Pfalz ist das Weinland Nummer eins in Deutschland. Über zwei Drittel der deutschen Rebfläche liegen hier, mehr als 6.000 Betriebe sichern Einkommen, Arbeitsplätze und regionale Identität. Wein ist für uns nicht nur ein Produkt – er ist Kultur, Heimat, Lebensfreude und prägt unsere Landschaften wie kaum etwas anderes. Für den Tourismus in Rheinland-Pfalz ist der Weinbau ein unverzichtbarer Anker. Unsere Verantwortung ist es, den Weinbau in Rheinland-Pfalz zu bewahren und zukunftsfähig zu machen.

Mit dem Weinbaupaket 2025+ haben wir Freie Demokraten unter der Führung unserer Weinbauministerin Daniela Schmitt gezeigt: Wir liefern. Wir hören zu, wir handeln, wir geben Antworten.

Unsere Bilanz: Rheinland-Pfalz setzt Maßstäbe

- **Stärkung von Marketing und Export:** Jahrzehntelang wurde im deutschen Weinbau zu wenig in Absatzförderung investiert. Wir drehen das um: Drei Millionen Euro jährlich stehen für Gemeinschaftswerbung, Informationsmaßnahmen und internationale Messeauftritte bereit. Mit Initiativen wie „Rheinland-Pfalz Gold“ bringen wir das emotionale Weinerlebnis direkt zu den Menschen – von den Weinfesten im Land bis zu den Messen in Tokio oder Miami.
- **Verantwortungsvolles Krisenmanagement:** Um den Markt zu stabilisieren, haben wir die Neuanpflanzungsrechte drastisch reduziert. Damit bekämpfen wir Überproduktion und leisten einen Beitrag zum Schutz des Einkommens unserer Winzerinnen und Winzer.
- **Innovation gefördert:** Drohnentechnologie im Steillagenweinbau, KI-gestützte Verfahren wie der digitale Rebschnitt und der Ausbau digitaler Verwaltungsstrukturen machen Rheinland-Pfalz zum Vorreiter beim smarten Weinbau.
- **Bürokratie abgebaut:** Wir haben Schluss gemacht mit unnötigen Formularbergen. Gleichzeitig setzen wir uns in Berlin und Brüssel konsequent für praxistaugliche Regelungen ein – ob bei der Dronennutzung im Pflanzenschutz oder beim Stopp der unsinnigen EU-SUR-Verordnung.
- **Klimaschutz praxisnah gestaltet:** Statt pauschaler Verbote fördern wir biotechnische Verfahren und gezielte Pflanzenschutzmethoden – etwa mit 2,4 Millionen Euro für Pheromonanwendungen ab 2025. Das ist aktiver Umwelt- und Klimaschutz, der mit der Praxis vereinbar ist.

Unser Auftrag: Eine Zukunft für den Weinbau

Wir Freie Demokraten wollen den Weinbau in Rheinland-Pfalz mit einem klaren Kurs weiter stärken:

- **Mehr Marktwirtschaft:** Statt teurer, ineffizienter Stilllegungsprogramme setzen wir auf bessere Vermarktung, internationale Wettbewerbsfähigkeit und freie Märkte.
- **Weniger Bürokratie, mehr Vertrauen:** Winzerinnen und Winzer brauchen Verlässlichkeit, keine pauschalen Verbote und immer neuen Auflagen. Wir setzen auf Eigenverantwortung, Innovation und partnerschaftliche Politik. Unseren Winzerinnen und Winzern wollen wir mehr Möglichkeiten zur Direktvermarktung schaffen – etwa durch Entbürokratisierung und Flexibilisierung beim Ausschank, bei Hoffesten, Events und der Aufstellung von Weinautomaten.
- **Resilienz:** Wir wollen die Klimaanpassung im Weinberg unterstützen. Wasser ist die wertvollste Ressource. Wassermengen aus Wintermonaten oder Starkregenereignissen dürfen nicht einfach versickern. Wir brauchen Infrastruktur, um dieses Wasser für trockene Sommer nutzbar zu machen. Erste Pilotprojekte – etwa an der Mosel – zeigen, wie es gehen kann. Diese wollen wir ausweiten. Gleichzeitig fördern wir klimaresistente Pflanzen und unterstützen die Forschung an neuen Kulturen, die den veränderten Bedingungen besser standhalten. Schutzgebiete wollen wir so gestalten, dass Weinbau und Naturschutz Hand in Hand gehen. Statt Flächen stillzulegen, setzen wir auf intelligente Bewirtschaftung, die Artenvielfalt schützt und Erträge sichert.
- **Wettbewerbsfähigkeit sichern:** Mit Investitionen in Forschung, Digitalisierung und moderne Weinbautechniken stärken wir unsere Betriebe für globale Märkte. Auf

Bundesebene setzen wir uns für praxisgerechte Regeln für Saisonarbeitskräfte ein – auch beim Mindestlohn.

- **Weinbau als Kulturgut bewahren:** Wein prägt unsere Regionen und unser Selbstverständnis. Wir wollen ihn als kulturelles Erbe erhalten – und zugleich als zukunftsfähigen Wirtschaftszweig entwickeln.

Unser Ziel: Stolz und Perspektive für unsere Winzer

Weinbau ist Identität, Wirtschaftskraft und Lebensfreude. Wir Freie Demokraten stehen eng an der Seite unserer Winzerinnen und Winzer – nicht mit warmen Worten, sondern mit konkreten Maßnahmen. Wir wollen, dass Weinbau in Rheinland-Pfalz auch künftig ein Garant für Wohlstand, Kultur und Heimat ist – und dass Winzerinnen und Winzer mit Stolz und Perspektive in die Zukunft schauen können.

Selbstbestimmung und Zusammenhalt für Rheinland-Pfalz

Gesundheit und Pflege

Zukunftsfähige Gesundheitsversorgung und Pflege für Rheinland-Pfalz

Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheiten. Um die Versorgung qualitativ zu verbessern, investieren wir in Rheinland-Pfalz 2,2 Milliarden Euro in die Zukunft der Gesundheitsversorgung – ein klares Bekenntnis zu Innovation, Eigenverantwortung und Chancengerechtigkeit. In den kommenden 15 Jahren wird die Universitätsmedizin des Landes grundlegend modernisiert. Ziel ist eine leistungsfähige, vernetzte und zukunftsweise Gesundheitsstruktur, die Lehre, Forschung, Versorgung und Prävention stärker verbindet und allen Menschen unabhängig von Herkunft und Wohnort zugutekommt. Wir stehen weiterhin für eine Lehrkrankenhausstruktur, gerade in den ländlichen Regionen, um regionale Aus- und Weiterbildung zu sichern und Studentinnen und Studenten in der Fläche zu gewinnen.

Mit niedrigschwelligen Präventionsangeboten in sozialen Brennpunkten, Programmen zur Stärkung psychischer Gesundheit und dem Ausbau digitaler Sprechstunden schaffen wir faire Zugänge. Telemedizinische Netzwerke verbessern die Betreuung chronisch Erkrankter – auch dort, wo ärztliche Versorgung bisher schwer erreichbar ist. Gleichzeitig sichern spezialisierte Fachkliniken die Nachsorge für Patientinnen und Patienten mit Langzeitfolgen von COVID-19.

Mit der Schulgeldfreiheit für Gesundheitsfachberufe eröffnen wir neue Chancen für junge Menschen und stärken die Attraktivität sozialer Berufe. Die gezielte Förderung von Haus- und Landarztpraxen sowie die Landarztquote schaffen Anreize für medizinisches Engagement im ländlichen Raum – nicht durch Zwang, sondern durch Perspektiven und partnerschaftliche Strukturen.

Auch bei sensiblen Themen wie dem Bestattungsrecht setzen wir auf Freiheit, Selbstbestimmung und zeitgemäße Lösungen, die den Bedürfnissen der Menschen gerecht werden.

So entsteht in Rheinland-Pfalz ein Gesundheitswesen, das Innovation und Menschlichkeit vereint, digitale Chancen nutzt und jedem Einzelnen die Freiheit gibt, Verantwortung für seine Gesundheit zu übernehmen – heute und in Zukunft.

Ein liberales Leitbild für das Gesundheitswesen der Zukunft

Ein freiheitliches Gesundheitswesen befähigt Menschen, Verantwortung für sich zu übernehmen, Entscheidungen eigenständig zu treffen und an medizinischem Fortschritt teilzuhaben. Für uns Freie Demokraten steht der Mensch im Mittelpunkt – nicht das System. Wir wollen ein Gesundheitswesen, das Innovationen ermöglicht, Qualität belohnt und Freiheit schützt.

Wir glauben an die Kraft von Eigenverantwortung, Wettbewerb und Vernunft statt an Bürokratie und Bevormundung. Ein modernes Gesundheitssystem muss Leistung anerkennen, Wahlfreiheit sichern und auf wissenschaftlicher Evidenz beruhen. Es soll Chancen eröffnen – für Patientinnen und Patienten ebenso wie für Ärztinnen, Pfleger, Therapeuten und Unternehmerinnen. Staatliche Aufgabe ist es, faire Rahmenbedingungen zu schaffen, nicht individuelle Entscheidungen zu ersetzen.

Unsere Vision ist ein Gesundheitswesen, das durch Digitalisierung, Transparenz und Qualität geprägt ist. Daten sollen dort verfügbar sein, wo sie gebraucht werden – sicher und sektorenübergreifend. Telemedizin, digitale Anwendungen und künstliche Intelligenz machen medizinische Versorgung effizienter. Der digitale Fortschritt ist kein Selbstzweck, sondern ein Werkzeug, um Zeit für das Wesentliche zu schaffen: die persönliche Zuwendung zum Patienten.

Wir wollen ein System, das präventiv statt reaktiv denkt. Gesundheit beginnt nicht erst im Krankenhaus, sondern im Alltag. Prävention, Bewegung, Ernährung und psychische Stabilität sind die Säulen eines modernen Verständnisses von Gesundheitsförderung. Wir setzen auf niedrigschwellige Angebote, Gesundheitsbildung und Resilienzförderung – besonders dort, wo Menschen Unterstützung brauchen.

In einer alternden Gesellschaft sichern wir Pflege und Geriatrie durch Kompetenz, Vernetzung und Respekt. Ältere Menschen sollen selbstbestimmt leben können, Pflegekräfte sollen Freiräume für Qualität statt Dokumentationspflichten erhalten. Innovative Wohn- und Betreuungsformen, Telepflege und Kurzzeitangebote schaffen Versorgung, die Nähe, Würde und Effizienz verbindet.

Ergebnisqualität der Gesundheitsversorgung sichern

Ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Wohlstand ist nur möglich, wenn eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung existiert. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass der freie Zugang zu den notwendigen Gesundheitsleistungen in Rheinland-Pfalz erhalten bleibt und für alle erreichbar ist. Dazu bedarf es auch dem Aufbau von Luftrettung, dessen Aufstockung wir befürworten.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Land, wenn nötig gemeinsam mit der Bundesregierung, ein klares Konzept definiert, welche Klinik welches Leistungsprofil haben soll (Notfall, Spezialzentrum, Basisversorgung). Die Krankenhausstrukturreformen unterstützen wir dahingehend, dass Patientinnen und Patienten die höchstmögliche Versorgungsqualität erhalten. Für ländliche Regionen setzen wir uns weiterhin für die Ausgestaltung sogenannter Regio-Kliniken ein, welche Alltagsnotfälle versorgen. Damit wird gewährleistet, dass planbare Eingriffe in Krankenhäusern mit entsprechender fachlicher und technischer Spezialisierung erfolgen, aber Notfälle adäquat versorgt werden. Weiter stehen wir für Lehrkrankenhäuser in der Fläche ein, um Qualifizierung sowie Aus- und Weiterbildung in der Fläche zu gewährleisten.

Weitergehend stehen wir für eine verstärkte Kooperation zwischen dem Bundeswehrzentralkrankenhaus Koblenz und zivilen Krankenhäusern ein, um entsprechende medizinische Campus zu errichten, sich gegenseitig zu ergänzen und somit die Krankenhauslandschaft resilenter aufzubauen.

Die Ergebnisqualität der Gesundheitsversorgung soll der zentrale Maßstab für Planung, Finanzierung und Versorgung über Sektorengrenzen hinweg sein.

Hierzu wollen wir Gesundheits- und Pflegereformen im Land regelmäßig evaluieren und bei Bedarf flexibel nachsteuern. Dabei setzen wir auf Transparenz, Bürgerdialoge und die enge Einbindung von Betroffenen, Fachkräften und Kommunen. Ein Landeskompetenzzentrum für Gesundheit und Pflege soll Forschung, Innovation und Vernetzung vorantreiben. Außerdem

stärken wir Ausbildung und Studienplätze in den Gesundheits- und Pflegeberufen und schaffen gezielte Anreize, damit Fachkräfte in Rheinland-Pfalz bleiben.

Ergänzend gehört hierzu auch die Debatte der Reform des Gesundheitswesens, welche wir auf Bundesebene mit anstoßen wollen. Hohe Gesundheitskosten pro Patient, ohne erkennbare Steigerung der Gesundheit im Allgemeinen, belasten die finanzielle Situation im Gesundheitswesen selbst und bei den Menschen. Hierfür bedarf es essenzieller Reformen zur Senkung der Gesamtkosten und Entlastung der Bürgerinnen und Bürger.

Wir Freie Demokraten streben weiter eine qualitativ hochwertige notfallmedizinische Versorgung der Bevölkerung an und sehen eine Möglichkeit in der Absenkung der Hilfsfrist für die erste qualifizierte notfallmedizinische Versorgung auf 10 Minuten und für die notärztliche Versorgung auf 15 Minuten. In den grenznahen Gebieten sollen die notfallmedizinische Versorgung, die notärztliche Versorgung und die Luftrettung grenzüberschreitend rechtssicher erfolgen können.

Unterstützt von app-gestützten First-Responder-Systemen für schnellere Reaktion auf Notfälle auch in der Fläche sehen wir Freie Demokraten einen technischen Fortschritt für die Menschen.

Leistungsfähige Krankenhausfinanzierung

Die Vergütung im Gesundheitswesen muss differenziert auf den Bedarf zugeschnitten sein, um eine hohe Qualität der Behandlungsergebnisse sicherzustellen. Das schließt eine differenzierte Planung und die darauf abgestimmte sachgerechte Finanzierung der medizinisch notwendigen Leistungen, der Vorhaltung medizinischer Leistungen inklusive medizinisch notwendiger Investitionen ein. Wir ermöglichen einen Wettbewerb um Versorgungsqualität und bauen Fehlanreize für eine Über-, Unter- und Fehlversorgung ab. Unser Ziel ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die medizinischen Fortschritt und Wettbewerb ermöglichen – damit alle Patientinnen und Patienten in Deutschland Zugang zu einer qualitativ hochwertigen und modernen Gesundheitsversorgung erhalten.

Digitalisierung im Gesundheitswesen: Vernetzt, sicher, patientenzentriert

Die Digitalisierung ist der Schlüssel für eine moderne, effiziente und patientenorientierte Gesundheitsversorgung. Rheinland-Pfalz hat in den letzten Jahren wichtige Schritte unternommen – von der Einführung der elektronischen Patientenakte bis hin zu ersten digitalen Gesundheitsplattformen. Doch der Weg ist noch weit: Medienbrüche, fehlende Interoperabilität und unzureichende Vernetzung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung bremsen den Fortschritt. Für uns Freie Demokraten ist klar: Wir wollen Rheinland-Pfalz zur Modellregion für digitale Gesundheitsversorgung machen – mit offenen Standards, sicheren Datenflüssen und innovativen Versorgungsmodellen.

Durchgängige, digitale, sektorenübergreifende Versorgung

Patientendaten müssen dort verfügbar sein, wo sie gebraucht werden – in der Klinik, in der Arztpraxis, in der Pflege und bei den Therapeutinnen und Therapeuten. Wir setzen auf

Interoperabilität statt Insellösungen. Projekte wie die digitale Gesundheitsplattform in Rheinland-Pfalz, die Krankenhäuser, niedergelassene Ärztinnen und Ärzte sowie weitere Leistungserbringer über eine gemeinsame Infrastruktur vernetzt, zeigen den Weg: HL7 FHIR, IHE-Profile und ein zentraler Master-Patient-Index sind die Basis für einen sicheren und effizienten Datenaustausch. Diese Ansätze wollen wir landesweit ausrollen und für alle Gesundheitsakteure öffnen – auch für Pflege, Reha und soziale Dienste.

Wir schaffen offene Modellregionen für digitale Gesundheitsversorgung. In ländlichen Räumen, wo der Fachkräftemangel besonders spürbar ist, wollen wir digitale Lösungen erproben, die Versorgungslücken schließen: telemedizinische Konsile, digitale Pflegeassistenz, mobile Diagnostik und die Einbindung von Gesundheits-Apps (DiGA) in die Regelversorgung.

Digitale Gesundheitsanwendungen (DiGA) und Telemonitoring sind für uns keine Zukunftsmusik, sondern gelebte Praxis. Wir setzen uns dafür ein, dass Ärztinnen und Ärzte digitale Anwendungen unbürokratisch verordnen können und dass die Integration in die elektronische Patientenakte (ePA) reibungslos funktioniert. Gleichzeitig wollen wir die digitale Gesundheitskompetenz der Bevölkerung stärken, damit alle Menschen von diesen Innovationen profitieren können.

Eine leistungsfähige digitale Gesundheitsversorgung braucht Glasfaser, 5G und eine stabile Telematikinfrastruktur. Rheinland-Pfalz hat mit der Gigabit-Strategie und dem Ausbau der TI wichtige Grundlagen gelegt. Wir werden dafür sorgen, dass alle Gesundheitseinrichtungen – von der Klinik bis zur Pflegeeinrichtung – vollständig angebunden sind. Datenschutz und Datensicherheit haben dabei oberste Priorität.

Digitalisierung darf nicht zu mehr Formularen führen, sondern muss Prozesse vereinfachen. Wir wollen die Dokumentationspflichten reduzieren, indem Daten einmal erfasst und mehrfach genutzt werden können. Offene Schnittstellen, standardisierte Prozesse und automatisierte Workflows sind der Schlüssel für mehr Zeit am Patientenbett.

Das Institut für digitale Gesundheitsdaten (IDG) soll in seiner führenden Rolle bei der Vernetzung der Gesundheitsdaten weiter gestärkt werden, um in innovativen Formaten die kreativen Köpfe zusammenzubringen und Rheinland-Pfalz als Vorreiter in digitaler Gesundheit zu positionieren.

Geriatrie: Selbstbestimmt leben – vernetzt versorgt

Rheinland-Pfalz steht vor einer der größten gesundheitspolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre: dem demografischen Wandel. Immer mehr Menschen erreichen ein hohes Alter, und damit wächst der Bedarf an einer qualitativ hochwertigen, wohnortnahen und vernetzten geriatrischen Versorgung. Ältere Menschen sollen so lange wie möglich selbstbestimmt leben können. Dafür braucht es keine neuen Bürokratieturme, sondern pragmatische Lösungen, die vorhandene Strukturen stärken, Kompetenzen ausbauen und Schnittstellen schließen.

Geriatrie ist keine isolierte Spezialdisziplin, sondern eine interdisziplinäre Aufgabe. Sie betrifft alle ärztlichen Fachgebiete, Pflege, nichtärztliche Therapie und Sozialdienste gleichermaßen. Deshalb fordern wir: In jeder Klinik des Landes muss eine geriatrische Grundversorgung möglich sein. Wir wollen, dass behandelnde Ärztinnen und Ärzte im Rahmen ihrer

Facharztausbildung eine Zusatzqualifikation „Geriatrische Fachkunde“ erwerben können – unabhängig von der Fachrichtung. So stellen wir sicher, dass in jedem Krankenhaus mindestens ein Arzt oder eine Ärztin mit geriatrischer Kompetenz verfügbar ist. Das geht schnell, ist praxisnah und vermeidet den Aufbau teurer und wohnortferner Parallelstrukturen.

Wir wollen die Geriatrie aus dem Elfenbeinturm holen und in die Fläche bringen. Dazu gehört eine bessere Verzahnung von stationärer und ambulanter Versorgung. Heute scheitern reibungslose Übergänge oft an fehlender Kommunikation und unzureichender Organisation. Wir werden Netzwerke zwischen Kliniken, niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten, Pflegeeinrichtungen, Therapeuten und Sozialdiensten etablieren. Diese Netzwerke sollen standardisierte Prozesse für Überleitungen, digitale Plattformen für den Datenaustausch und regelmäßige Arbeitskreise umfassen. So schaffen wir Transparenz und vermeiden Versorgungslücken.

Sozialdienste sind das Rückgrat einer erfolgreichen Entlassung – und müssen auch erreichbar sein, wenn es darauf ankommt. Wir werden dafür sorgen, dass Sozialdienste in Krankenhäusern künftig auch am Wochenende und außerhalb der üblichen Bürozeiten verfügbar sind. Denn eine Entlassung darf nicht daran scheitern, dass am Freitagmittag niemand mehr erreichbar ist.

Kurzzeitpflegeplätze sind der Schlüssel für eine sichere Rückkehr nach Hause. Wir werden ein Landesprogramm zum Ausbau von Kurzzeit- und Übergangspflegeplätzen auflegen und diese eng mit den Krankenhäusern und ambulanten Diensten vernetzen. Ergänzend wollen wir die gesetzlich vorgesehene Übergangspflege nach § 39e SGB V in Rheinland-Pfalz flächendeckend umsetzen. So schaffen wir eine echte Brücke zwischen Klinik und häuslicher Versorgung.

Qualität braucht Standards. Deshalb fordern wir die Einführung geriatrischer Basis-Assessments in allen Krankenhäusern, sobald ein Patient erkennbare geriatrische Risiken aufweist. Diese Assessments – etwa zu Mobilität, Kognition, Ernährung und Sturzrisiko – sollen digital dokumentiert und an die weiterbehandelnden Ärztinnen und Ärzte übermittelt werden. Damit stellen wir sicher, dass wichtige Informationen nicht verloren gehen und die Versorgung nahtlos weiterläuft.

Demenzsensible Krankenhäuser sind für uns ein Muss. Wir wollen verpflichtende Schulungen für Pflegekräfte und Ärztinnen und Ärzte, Anpassungen in der Umgebungsgestaltung und eine stärkere Einbindung von Angehörigen. Rheinland-Pfalz hat hier bereits erste Schritte unternommen – wir machen daraus verbindliche Standards.

Wir setzen auf Digitalisierung und Telemedizin. Telegeriatrische Konsile sollen in allen Grund- und Level-1i-Krankenhäusern verfügbar sein. So können auch kleinere Häuser auf die Expertise von Spezialistinnen und Spezialisten zugreifen, um so einem Teil der Patientinnen und Patienten teure Verlegungen in weiter entfernte Kliniken zu ersparen. Gleichzeitig wollen wir die elektronische Patientenakte konsequent nutzen, um Arztbriefe, Medikationspläne und Assessments strukturiert zu übermitteln.

Unser Ziel ist klar: geriatrische Versorgung darf kein Flickenteppich sein. Wir wollen ein landesweites, vernetztes System, das auf Kompetenz, Kooperation und Digitalisierung setzt – nicht auf neue Bürokratie. So ermöglichen wir älteren Menschen in Rheinland-Pfalz ein Leben in Würde, Sicherheit und Selbstbestimmung.

Prävention und Gesundheitsförderung

Wir wollen, dass die Menschen in Rheinland-Pfalz gesund bleiben. Dazu setzen wir auf mehr Angebote zur Bewegung, gesunde Ernährung und Suchtprävention – von klein auf und in allen Lebensphasen. Besonders wichtig sind hierbei Programme für psychische Gesundheit und die Stärkung der Gesundheitskompetenzen. Präventionsangebote sollen niedrigschwellig, wohnortnah und verständlich sein, damit sie wirklich jede und jeden erreichen.

Honorar und Vergütungssystem für niedergelassene Haus- und Fachärztinnen und -ärzte

Um wirtschaftlichen Druck abzubauen, setzen wir uns als FDP für eine Entbudgetierung hausärztlicher und grundversorgender Leistungen ein. Klare und verlässliche Vergütungsregelungen – etwa für ambulantes Operieren oder den hohen Hygieneaufwand – sind ebenfalls wichtig, um Planungssicherheit zu schaffen.

Zulassung, Bedarfsplanung und strukturelle Freiheit

Die Zulassungs- und Planungsregeln sollten flexibilisiert werden, damit Ärztinnen und Ärzte mehr Gestaltungsspielräume erhalten. Praxisgründungen und -übernahmen sollten durch den Abbau bürokratischer Hürden, z.B. durch schnellere Zulassungsverfahren, erleichtert werden.

Förderung der Niederlassung und Praxisausstattung

Die bestehenden Förderprogramme des Landes Rheinland-Pfalz, die Zuschüsse für Niederlassungen, Anschaffungen oder Zweigpraxen gewähren, sollten verstetigt werden. Gleichzeitig sollten Zuschüsse oder günstige Kredite für moderne Praxisausstattung, Telemedizin und Digitalisierung bereitgestellt werden können.

Weiterbildung und Nachwuchsförderung

Die Förderung für Ärztinnen und Ärzte in Weiterbildung (insbesondere in der Allgemeinmedizin und Psychotherapie) sollte erhöht und langfristig gesichert werden. Kooperations- und Weiterbildungsverbünde zwischen Praxen, Kliniken und Universitäten sollten weiter gestärkt werden, um die Nachwuchsgewinnung zu verbessern.

Teamstrukturen, Delegation und Entlastung

Wir Freie Demokraten setzen uns für den Ausbau multiprofessioneller Teams ein. So können z.B. Physician Assistants oder medizinische Fachangestellte mit erweiterten Kompetenzen ausgestattet werden. Delegations- und Substitutionsregelungen sollten erweitert werden, damit nichtärztliches Personal mehr Aufgaben übernehmen kann und die Ärztinnen und Ärzte entlastet werden.

Infrastruktur und Netzwerke

Mobile Praxen oder Zweigpraxen sollten stärker gefördert werden, um auch in kleinen Gemeinden eine ärztliche Grundversorgung sicherzustellen.

Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachung

Administrative Pflichten werden auf das notwendige Minimum reduziert, insbesondere durch Streichung von Regelungen, aber auch beispielsweise durch eine Standardisierung digitaler Schnittstellen und den Abbau doppelter Dokumentationspflichten. Außerdem sollten Genehmigungsverfahren, etwa bei Zulassungen oder Förderanträgen, beschleunigt werden.

Attraktivität und Arbeitsbedingungen

Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen, vor allem im ländlichen Raum, wollen wir als FDP Unterstützungsangebote bei Kinderbetreuung, Mobilität und Infrastruktur entwickeln. Zudem sollten flexiblere Arbeitsmodelle wie Teilzeit, Jobsharing oder Rückkehrmodelle gezielt gefördert werden, um den Arztberuf für junge Generationen attraktiver zu machen.

Schnittstellen und Übergänge

Wir stehen für nahtlose Übergänge zwischen Krankenhäusern, Reha und Pflege, indem wir eine Entlassplanung befürworten, welche die häusliche Pflege, Nachsorge und Rehabilitationen ausgestaltet. Hierzu bedarf es einer Integration sozialer Dienste, wie z.B. mobiler Sozialstationen oder kombinierter Gesundheits- und Betreuungsangebote.

Frauengesundheit stärken und Forschung ausbauen

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass die gesundheitlichen Bedürfnisse von Frauen in Rheinland-Pfalz konsequent berücksichtigt werden. Frauen haben in Prävention, Diagnostik und Therapie oft andere Anforderungen als Männer. Wenn diese Unterschiede nicht ausreichend beachtet werden, entstehen Versorgungslücken, die die individuelle Freiheit und Lebensqualität von Frauen einschränken.

Unser Ziel ist eine moderne Gesundheitsversorgung, die Frauengesundheit ins Zentrum rückt und Chancen auf ein gesundes Leben in jeder Lebensphase eröffnet.

Bereits heute haben wir in Rheinland-Pfalz wichtige Grundlagen gelegt, um Frauengesundheit stärker in den Fokus zu rücken. Mit der Förderung universitärer Forschungsprojekte und der besseren Vernetzung von Medizin und Wissenschaft ist es gelungen, geschlechtsspezifische Ansätze in der Versorgung zu etablieren. Gleichzeitig wurden durch Investitionen in Infrastruktur und neue Studienplätze die Voraussetzungen geschaffen, die ärztliche Versorgung in allen Regionen zu sichern und weiter auszubauen.

Nun wollen wir den nächsten Schritt gehen: Frauengesundheit soll dauerhaft als fester Bestandteil unserer Gesundheits- und Forschungspolitik verankert werden. Dazu werden wir die

Gender-Health-Forschung an Hochschulen und Universitätskliniken gezielt ausweiten, um frauenspezifische Erkrankungen wie Endometriose oder Lipödem sowie geschlechtsspezifische Unterschiede bei Herzinfarkten und rheumatischen Erkrankungen besser zu erforschen und wirksamer behandeln zu können. Wir werden dafür sorgen, dass Fachärztinnen und Fachärzte für Frauenheilkunde, Geburtshilfe und für Frauen im höheren Alter wohnortnah verfügbar bleiben und die Versorgung für alle verbessert wird. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass Hygieneartikel in öffentlichen Räumlichkeiten kostenfrei zugänglich sind, weil gesundheitliche Grundbedürfnisse selbstverständlich erfüllt werden müssen.

Unser Ziel ist klar: wir Freie Demokraten wollen Rheinland-Pfalz zum Vorreiter in der Frauengesundheit machen, mit starker Forschung, guter Versorgung und echten Chancen auf ein gesundes Leben in Freiheit.

Von der Geburt bis ins Alter

Frauen tragen in allen Lebensphasen besondere Verantwortung – für sich selbst, ihre Familien und oft auch für pflegebedürftige Angehörige. Gerade in Rheinland-Pfalz zeigt sich jedoch, dass die wohnortnahe Versorgung mit Frauenärztinnen, Kinderärztinnen und Kinderärzten oder Geburtshilfe nicht überall gewährleistet ist. Für uns Freie Demokraten steht fest: Gesundheit darf keine Frage des Wohnorts oder des Geschlechts sein. Jede Frau muss darauf vertrauen können, in jeder Lebensphase von der Schwangerschaft bis ins Alter gut versorgt zu sein. Das ist gelebte Freiheit und die Grundlage für echte Selbstbestimmung.

In den vergangenen Jahren haben wir Freie Demokraten wichtige Grundlagen geschaffen, um die medizinische Versorgung zu sichern. Mit dem Landarztprogramm haben wir Anreize gesetzt, Ärztinnen und Ärzte in den ländlichen Raum zu bringen. Geburtshilfe und Hebammenarbeit wurden gezielt unterstützt, unter anderem durch zusätzliche Finanzmittel für kleine Geburtenstationen und die Förderung von hebammengeleiteten Kreißsälen. Durch eine bessere Vernetzung von Kliniken, Praxen und Beratungsstellen konnten Versorgungsketten verbessert und Lücken in der Betreuung geschlossen werden.

In Zukunft wollen wir die ärztliche Versorgung für Frauen weiter ausbauen und modernisieren. Um Frauen-, Jugend- und Kinderärztinnen und -ärzte im ländlichen Raum regional und dauerhaft präsent anzusiedeln, fordern wir genügend Weiterbildungsplätze, eine stärkere regionale Aus- und Weiterbildung sowie mehr sektorenübergreifende Kooperationen zwischen Kliniken und niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten. Geburtsstationen wollen wir dauerhaft erhalten, indem wir bürokratische Hürden abbauen, attraktive Vergütungsmodelle schaffen und die Arbeitsbedingungen für Hebammen und Ärztinnen verbessern. Als Teil der Landesregierung haben wir bereits zusätzliche Finanzmittel für kleine Geburtenstationen in der Fläche bereitgestellt und diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen. Eine Nachverhandlung des Hebammenhilfevertrags ist für uns zentral, um die Versorgung langfristig zu sichern.

Ebenso setzen wir uns für wohnortnahe Angebote bei Schwangerschaftsabbrüchen ein, mit sicherer Beratung nach § 218 und einer modernen Ausstattung für gynäkologische Beweissicherung. Auch die Altersmedizin wollen wir stärker in den Blick nehmen, denn Frauen benötigen im Alter häufig eine spezialisierte Versorgung – von der gynäkologischen Nachsorge über Osteoporose bis zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Zudem wollen wir pflegende Angehörige besser unterstützen, da Frauen hier oft den größten Anteil der Verantwortung tragen.

So schaffen wir ein Rheinland-Pfalz, in dem Frauen unabhängig von Wohnort oder Lebenssituation medizinisch abgesichert sind, mit verlässlicher Versorgung von der Geburt bis ins hohe Alter und echten Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben.

Mental Health

Wir wollen das Thema Mental Health stärker in den Fokus der Öffentlichkeit rücken und entsprechende Hilfsangebote und Konzepte ausarbeiten. Die Wartezeit auf einen Therapieplatz muss verringert werden. Die Begrenzung der Kassensitze ist so schnell wie möglich aufzuheben. Die Zahl der Weiterbildungskapazitäten für Psychologie sowie Psychotherapie wollen wir erhöhen. Die Kammern sollen nicht länger Obergrenzen für das Angebot an Psychotherapie begrenzen. Kammerzwänge lehnen wir grundsätzlich ab. Berufliche Lizensierungspflichten sind im gesundheitlichen Bereich in gewissem Maße notwendig, müssen aber aus liberaler Sicht stets maßvoll geregelt sein, damit das Angebot nicht künstlich verknappt wird.

Ein besonderer Fokus sollte auf Kindern und Jugendlichen liegen, die oft am stärksten von psychischen Belastungen betroffen sind. Schulische Präventionsprogramme, die Themen wie Stressbewältigung, Resilienz und soziale Kompetenzen abdecken, müssen zum Standard werden. Außerdem sollen digitale Hilfsangebote, wie Apps und Online-Plattformen, entwickelt und gefördert werden, um besonders jüngeren Generationen den Zugang zu erleichtern.

Mental-Health-Offensive

Psychische Erkrankungen haben bei Kindern und Jugendlichen in den letzten Jahren dramatisch zugenommen. Solche Zustände haben schwerwiegende Folgen für die Gesundheit, die Bildung und das Wohlbefinden junger Menschen. Mit einer Mental-Health-Offensive können wir die Sensibilisierung für psychische Gesundheit verbessern und den Zugang zu psychologischer Unterstützung erleichtern.

Im Rahmen der Mental-Health-Offensive wollen wir an den Schulen mehr psychosoziale Unterstützung in Form von Gruppenkursen (z.B. zum Thema Stressbewältigung), aber auch private psychische Beratung anbieten. Da die Lehrkräfte vielerorts überfordert und oft nicht qualifiziert genug sind, ihren Schülerinnen und Schülern die pädagogische und psychologische Unterstützung zu gewährleisten, sollen die Schulträger für diese Aufgaben Psychologinnen und Psychologen einstellen. Aufgrund des Mangels an Psychologinnen und Psychologen sollen neben ihnen auch psychologische Berater und Beraterinnen eingesetzt werden dürfen.

Pflege und Altenhilfe

Wir wollen die Pflege in Rheinland-Pfalz zukunftsorientiert und attraktiv gestalten. Pflegekräfte brauchen bessere Arbeitsbedingungen, mehr Eigenverantwortung und klare Karriereperspektiven. Gleichzeitig fördern wir neue Wohn- und Betreuungsformen wie ambulante Dienste, Quartierspflege und betreutes Wohnen, damit Menschen möglichst lange selbstbestimmt leben können. Digitale Assistenzsysteme und innovative Modelle wie „Pflege 4.0“ sollen den Alltag erleichtern und die Qualität sichern. Kommunale Pflegestrategien, transparente

Qualitätsstandards und eine enge Verzahnung mit sozialen Diensten sorgen dafür, dass Pflege wohnortnah, verlässlich und menschlich bleibt.

Zusätzlich bedarf es einer Reform der Pflegeausbildung, die moderne Anforderungen besser berücksichtigt. Die Vereinfachung von Anerkennungsverfahren für ausländische Pflegekräfte und finanzielle Anreize für Menschen, die in die Pflege einsteigen, sind weitere zentrale Maßnahmen, um den Fachkräftemangel zu beheben.

Viele Familien – vor allem im ländlichen Raum – greifen auf ausländische Betreuungskräfte zurück, die im Haushalt der pflegebedürftigen Person leben und diese hauswirtschaftlich und im Alltag unterstützen. So können alte oder dauerhaft kranke Menschen länger in der gewohnten Umgebung verbleiben. Die Freien Demokraten werden sich dafür einsetzen, dass diese ausländischen Betreuungskräfte unbürokratisch ans Werk gehen können. Die FDP will den Markt für ausländische Betreuungskräfte über die Europäische Union hinaus öffnen. Familien sollen mehr Auswahl haben, wen sie einstellen möchten.

Generationenoffene Pflege – Versorgungslücken schließen, Teilhabe sichern

In Rheinland-Pfalz gibt es bislang keine geeigneten Pflegeplätze für Menschen unter 60 Jahren. Wer in diesem Alter pflegebedürftig wird, stößt häufig auf bürokratische Hürden und pauschale Ablehnungen, weil viele Einrichtungen nur für ältere Pflegebedürftige vorgesehen sind. Diese Lücke in der Versorgung verhindert Selbstbestimmung, Teilhabe und würdevolle Pflege für alle Generationen. Das wollen wir ändern.

Rheinland-Pfalz soll ein Vorreiter für generationenoffene Pflege werden. Jeder Mensch – unabhängig vom Alter – soll Anspruch auf passende Pflege und Teilhabe haben. Mit weniger Bürokratie, mehr Flexibilität und fairer Finanzierung schaffen wir ein System, das allen Generationen gerecht wird. Dafür wollen wir ein generationenoffenes Pflegeplatz-Modell einführen, das den Zugang zu stationärer Pflege unabhängig vom Alter ermöglicht. Pflegeeinrichtungen sollen dabei unterstützt werden, auch jüngere Pflegebedürftige aufzunehmen – unbürokratisch, flexibel und ohne wirtschaftliche Nachteile. Damit stellen wir sicher, dass pflegebedürftige Menschen unter 60 Jahren unkompliziert und ohne pauschale Ablehnung aufgenommen werden können, sofern ein Pflegegrad vorliegt und keine passendere Versorgungsform besteht.

Soziales und Teilhabe

Suchtprävention modern und menschlich gestalten

Wir Freie Demokraten wollen eine Gesellschaft, in der Menschen frühzeitig Unterstützung finden und Suchterkrankungen nicht im Verborgenen wachsen. Suchtprävention muss dort ansetzen, wo Menschen heute leben: im Alltag, in Schulen, in Vereinen und im Netz. Digitale Plattformen und Apps können Jugendliche niedrigschwellig erreichen und erste Hilfen vermitteln. Genauso wichtig sind Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner vor Ort, die persönliche Begleitung bieten und dafür sorgen, dass Betroffene nicht anonym bleiben. Unser Anspruch ist eine Prävention, die digitale Chancen nutzt und gleichzeitig nah am Menschen bleibt.

In Rheinland-Pfalz haben wir in den vergangenen Jahren bereits wichtige Grundlagen geschaffen. Mit der Förderung von Suchtpräventionsprojekten an Schulen und der Unterstützung von Beratungsstellen wurde die Aufklärungsarbeit im Land gestärkt. Gleichzeitig haben wir im Rahmen der Koalition den Ausbau digitaler Gesundheitsangebote vorangebracht und dafür gesorgt, dass auch Hilfen bei Abhängigkeitserkrankungen Schritt für Schritt digital zugänglicher werden. Zudem haben wir Programme gefördert, die Jugendliche dort erreichen, wo sie ihre Freizeit verbringen – ob in Vereinen, Jugendeinrichtungen oder online. Damit haben wir Prävention und Suchthilfe modernisiert, ohne die persönliche Begleitung aus den Augen zu verlieren.

Darauf wollen wir aufbauen. Wir setzen uns dafür ein, digitale Prävention mit persönlicher Unterstützung systematisch zu verbinden. Beratungsstellen, Kliniken und Hilfsorganisationen sollen digital enger vernetzt werden, um Wartezeiten zu verkürzen und Therapieerfolge besser auswerten zu können. Gleichzeitig wollen wir wohnortnahe Hilfsangebote stärken, damit Betroffene konkrete Anlaufstellen in ihrer Region finden. Unser Ansatz ist klar: Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen brauchen schnelle Hilfe und Respekt, keine Stigmatisierung.

Unser Ziel ist eine moderne Suchthilfe, die digitale Möglichkeiten nutzt, persönliche Begleitung sichert und Betroffenen echte Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben eröffnet.

Tafeln

Wir Freie Demokraten würdigen die Tafeln als eine der größten sozialen Bewegungen unserer Zeit. Sie schlagen eine Brücke zwischen Überfluss und Mangel, indem sie qualitativ einwandfreie Lebensmittel retten und an sozial oder wirtschaftlich benachteiligte Menschen verteilen. Damit leisten sie nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit, sondern auch zur Integration: Bei den Tafeln begegnen sich Menschen unterschiedlicher Herkunft, Bildung, Religion, Altersgruppen und Lebenswelten – als Nutzerinnen und Nutzer ebenso wie als Ehrenamtliche.

Für viele, die am Rande der Gesellschaft stehen oder sich in Notlagen befinden, sind die Tafeln Anlaufstelle und Treffpunkt: ein Ort von Kommunikation, Unterstützung und Gastfreundschaft. Gerade für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte entsteht hier ein Netzwerk, das Selbstvertrauen gibt und Integration ermöglicht.

Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb weiter dafür ein, dass die hervorragende Arbeit der Tafeln in Rheinland-Pfalz gestärkt wird – durch verlässliche Rahmenbedingungen, bürokratische Entlastung und die Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements, das dieses Erfolgsmodell trägt.

Unser Anspruch als Freie Demokraten ist es jedoch, dass niemand dauerhaft auf die Tafeln angewiesen sein muss. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle Menschen durch eigene Leistung und Chancen im Bildungssystem, am Arbeitsmarkt und durch faire Rahmenbedingungen ein selbstbestimmtes Leben führen können. Dazu gehören bessere Aufstiegsmöglichkeiten durch Bildung, weniger Hürden für den Einstieg in Arbeit und Unternehmertum sowie ein Sozialstaat, der gezielt unterstützt, aber den Weg zurück in Eigenverantwortung eröffnet. Die Tafeln leisten Großartiges – doch unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der sie nicht mehr gebraucht werden, weil Menschen aus eigener Kraft für ihren Lebensunterhalt sorgen können.

Opferschutz

Wir Freie Demokraten bekennen uns zu einem starken und wirksamen Opferschutz in Rheinland-Pfalz. Opfer von Straftaten brauchen schnelle Hilfe, verlässliche Beratung und Schutz, um das Erlebte zu verarbeiten und ihre Rechte wahrzunehmen. Das bestehende landesweite Netz aus Anlaufstellen, Beratungsangeboten und Präventionsmaßnahmen hat sich bewährt.

Wir wollen diesen umfassenden Opferschutz auch in der kommenden Wahlperiode fortführen und weiter verlässlich finanzieren. Unser Ziel ist, dass Betroffene jederzeit auf kompetente Unterstützung zählen können und der Opferschutz in Rheinland-Pfalz dauerhaft auf hohem Niveau gesichert bleibt.

Inklusion leben, Barrieren abbauen

Wir Freie Demokraten wollen eine Gesellschaft, in der jeder Mensch unabhängig von Behinderungen oder Einschränkungen gleichberechtigt teilhaben kann. Freiheit bedeutet, selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und mitzuwirken, und dafür müssen Hindernisse im Alltag verlässlich beseitigt werden. Ob im Beruf, auf dem Weg zum Arzt, beim Besuch von Kultur- und Sportstätten oder beim Zugang zu digitalen Angeboten – Teilhabe darf nicht an Barrieren scheitern.

In Rheinland-Pfalz haben wir Freie Demokraten bereits wichtige Weichen gestellt. Als Teil der Landesregierung haben wir den Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention vorangebracht und bei öffentlichen Neubauten verbindliche Standards für Barrierefreiheit durchgesetzt. Im öffentlichen Nahverkehr konnten Haltestellen modernisiert und Leitsysteme für sehbehinderte Menschen eingerichtet werden, zudem wurden Förderprogramme für den Umbau von kommunalen Gebäuden geöffnet. Parallel dazu haben wir digitale Angebote im Land ausgebaut und uns dafür eingesetzt, dass Verwaltungsprozesse Schritt für Schritt barrierefrei zugänglich werden.

Nun wollen wir Inklusion konsequent weiterentwickeln. Dazu gehört, dass Wegeketten aus ÖPNV, Haltestellen und Gebäuden verlässlich barrierefrei sind und regelmäßig überprüft werden. Echte Teilhabe entsteht aber erst, wenn bauliche Zugänge von Anfang an mit digitalen Hilfen zusammengedacht werden. Wir wollen deshalb verständliche Online-Informationen zur Barrierefreiheit von Orten bereitstellen, Echtzeit-Hinweise zu Aufzügen und Rampen entwickeln und Indoor-Navigation in öffentlichen Gebäuden ermöglichen. Digitale Anwendungen sollen Inhalte in Leichter Sprache zugänglich machen, automatische Untertitel liefern und – wo sinnvoll – durch virtuelle Gebärdensprachangebote ergänzt werden. Gleichzeitig bleibt uns wichtig, dass digitale Lösungen keine persönliche Unterstützung ersetzen. Deshalb setzen wir auf Ansprechstellen und Begegnungsorte vor Ort, die Beratung und Begleitung bieten und dafür sorgen, dass niemand allein bleibt.

Ein Ort, an dem Inklusion täglich gelebt wird, sind Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM). Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur beruflichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, die nicht oder noch nicht auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt tätig sein können. Die WfbM bieten vielen Menschen Beschäftigung und die Chance, ihre Fähigkeiten einzubringen, Qualifizierung und soziale Teilhabe – und sind für viele Menschen ein zentraler Lebens- und Entwicklungsraum. Wir sind überzeugt, dass Werkstätten für behinderte Menschen und Tagesförderstätten auch in Zukunft verlässliche Orte für Arbeit, Bildung und soziale Teilhabe

sein können. Unser Ziel ist es daher, diese Einrichtungen zukunftsorientiert und durchlässiger zu gestalten, damit individuelle Stärken gefördert und Übergänge in den allgemeinen Arbeitsmarkt besser möglich werden.

Wir wollen Werkstätten unterstützen, damit sie stärker als Sprungbrett in reguläre Beschäftigung wirken – etwa durch begleitete Praktika, Qualifizierungsmodule und enge Kooperationen mit Unternehmen. Gleichzeitig wollen wir Tagesförderstätten sichern, um Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf verlässliche Betreuung, Bildung und soziale Kontakte zu ermöglichen. Wir wollen leistungsgerechte Entlohnung fördern und dafür Anreize schaffen, dass höhere Entgelte und faire Übergänge in den ersten Arbeitsmarkt möglich sind. Wir wollen individuelle Entwicklung durch mehr Bildungsangebote, digitale Lernmöglichkeiten und personenzentrierte Assistenz stärken und die Träger entlasten, indem wir bürokratische Hürden abbauen und Förderprogramme leichter zugänglich machen.

Darüber hinaus wollen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen der Teilhabe am Arbeitsleben flexibler gestalten. Heute führen starre Kriterien zur Abgrenzung zwischen Werkstatt- und Tagesförderangeboten dazu, dass Menschen mit komplexen Behinderungen häufig von einer Beschäftigung in Werkstätten ausgeschlossen werden, obwohl sie mit passgenauer Unterstützung und moderner Technik durchaus einer Tätigkeit nachgehen könnten. Somit entgehen den Menschen nicht nur Chancen auf eine echte Teilhabe, sondern auch Rentenansprüche. Wir wollen daher erreichen, dass die Zugangs- und Leistungsbedingungen möglichst niedrigschwellig gestaltet werden, sodass individuelle Fähigkeiten und die heute schon umfangreichen technischen Möglichkeiten stärker berücksichtigt werden – damit niemand allein aufgrund formaler Schwellen von einer selbstbestimmten Tätigkeit ausgeschlossen bleibt.

Frühe Förderung legt den Grundstein für echte Teilhabe. Damit Menschen mit Behinderungen ihre Fähigkeiten von Beginn an entfalten können, muss Inklusion nicht erst beim Eintritt ins Berufsleben ansetzen, sondern schon in der frühkindlichen Bildung. Wir Freie Demokraten wollen, dass Kinder mit und ohne Behinderung von Anfang an gemeinsam aufwachsen und lernen können. Integrative Kindertagesstätten sind dafür ein zentraler Schlüssel: Sie ermöglichen allen Kindern frühe Bildung, soziale Erfahrungen und individuelle Förderung. Wir wollen diese Kitas stärken und ihre Qualität weiterentwickeln, damit Teilhabe selbstverständlich schon in der frühen Kindheit gelebt wird.

Viele integrative Kitas arbeiten bereits mit multiprofessionellen Teams. Hier arbeiten pädagogische Fachkräfte, Heilpädagoginnen und Heilpädagogen, Therapeutinnen und Therapeuten sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter Hand in Hand. So können notwendige therapeutische Maßnahmen individuell und direkt in der Kita durchgeführt werden. Die Kinder werden bedarfsgerecht und optimal gefördert, ihre Eltern deutlich entlastet. Multiprofessionelle Teams erleichtern den fachlichen Austausch, beschleunigen Hilfen und verhindern, dass Familien auf externe Angebote warten müssen. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr integrative Kitas auf multiprofessionelle Teams zurückgreifen können.

Unser Ziel ist klar: Wir Freie Demokraten wollen Rheinland-Pfalz zu einem Land machen, das Inklusion selbstverständlich lebt, Barrieren systematisch abbaut und allen Menschen echte Chancen auf Teilhabe und Selbstbestimmung eröffnet.

Teilhabe älterer Menschen

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass ältere Menschen möglichst lange selbstbestimmt und aktiv in ihrer vertrauten Umgebung leben können. Ein Schlüssel dafür ist das Modell „Gemeindeschwester plus“, das seit 2015 in Rheinland-Pfalz aus einem erfolgreichen Modellversuch als Landesprogramm weiterentwickelt wurde.

Die Gemeindeschwestern plus – fachlich qualifizierte Pflege- oder Altenpflegerinnen und Altenpfleger – besuchen hochbetagte Menschen kostenlos und nach vorheriger Zustimmung zu Hause. Sie bieten präventive Beratung zu Themen wie Gesundheit, Mobilität, sozialem Miteinander und Wohnsituation an. Darüber hinaus vermitteln sie altersgerechte Angebote vor Ort und bauen lokale Netzwerke auf, um Isolation zu verhindern und Teilhabe im Alter zu stärken. Sie leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur Lebensqualität im Alter und entlasten zugleich das Gesundheitssystem.

Wir Freie Demokraten wollen erreichen, dass dieses bewährte Angebot dauerhaft und flächendeckend in ganz Rheinland-Pfalz etabliert bleibt. Ziel ist es, mit gezielter, wohnortnaher und präventiver Begleitung Pflegebedürftigkeit zu verzögern, Teilhabe und Alltagskompetenz zu stärken und Einsamkeit im Alter zu bekämpfen.

Neben individueller Beratung brauchen ältere Menschen Wohnformen, die Selbstständigkeit und Gemeinschaft verbinden. Rheinland-Pfalz ist hier bereits Vorreiter: Mehrgenerationenhäuser, ambulant betreute Wohngemeinschaften, Quartierskonzepte und gemeinschaftliche Wohnprojekte bieten älteren Menschen die Möglichkeit, selbstbestimmt zu leben und zugleich verlässliche Unterstützung im Alltag zu finden. Diese Projekte zeigen, dass gute Nachbarschaft und professionelle Hilfe Hand in Hand gehen können.

Wir Freie Demokraten wollen diese innovativen Wohnkonzepte weiter fördern und ausbauen. Unser Ziel ist eine wohnortnahe Versorgungslandschaft, in der Menschen in allen Regionen unseres Landes zwischen unterschiedlichen Wohnformen wählen können – sei es in der eigenen Wohnung, in einer betreuten Wohngemeinschaft oder in einem Mehrgenerationenhaus.

Teilhabe im Alter bedeutet heute auch digitale Teilhabe. Viele ältere Menschen wollen mit Familie, Freunden und Nachbarschaft per Videochat oder Messenger verbunden bleiben, Online-Banking erledigen oder digitale Gesundheitsdienste nutzen. Wir Freie Demokraten wollen, dass niemand im Alter von der Digitalisierung ausgeschlossen bleibt. In Rheinland-Pfalz haben wir bereits unterschiedliche Angebote geschaffen. So helfen beispielsweise landesweit über 400 Digitalbotschafterinnen und Digitalbotschafter älteren Menschen, sich in der digitalen Welt zurechtzufinden. Wir wollen unsere Angebotsstruktur weiterhin fördern und somit digitale Treffpunkte für ältere Menschen schaffen, sodass sie sich auch von zu Hause aus vernetzen können.

Denn das beugt Einsamkeit vor. Diese ist für viele ältere Menschen eine der größten unsichtbaren Belastungen – sie gefährdet nicht nur das seelische Wohlbefinden, sondern auch die körperliche Gesundheit. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass einsame Lebenslagen frühzeitig erkannt und aktiv verhindert werden. Starke (digitale) Nachbarschaftsnetzwerke, mobile Begegnungsangebote wie die Gemeindeschwester plus und generationenübergreifende Projekte, die Menschen aus unterschiedlichen Altersgruppen zusammenbringen, sind dafür zentral.

Für uns steht fest: Rheinland-Pfalz soll ein Land sein, in dem ältere Menschen selbstbestimmt wohnen, sich sicher bewegen und digital vernetzt bleiben können – mit einer Infrastruktur, die Einsamkeit vorbeugt, Lebensqualität stärkt und neue Formen des Zusammenlebens fördert.

Soziale Teilhabe stärken – Armut wirksam bekämpfen

Wir Freie Demokraten wollen eine Gesellschaft, in der Menschen aus Armut, finanzieller Überforderung oder fehlender Absicherung nicht ausgegrenzt werden. Jeder und jede soll den Schutz, die Unterstützung und die Qualifizierung erhalten, die nötig sind, um ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

In Rheinland-Pfalz setzen wir bereits wichtige Bausteine um: Wir stärken präventive Schuldnerberatung und Finanzbildung, insbesondere durch Online-Kampagnen für junge Menschen, damit Überschuldung erst gar nicht entsteht.

Die Clearingstelle für Versicherungslose bringt erfolgreich Menschen ohne Krankenversicherung zurück in die Regelversorgung. Und nicht zuletzt unterstützen wir innovative Obdachlosenhilfe: Housing-First-Modelle bieten wohnungslosen Menschen direktes, dauerhaftes Wohnen statt stufenweiser Ausgrenzung; erste Projekte zeigen bereits große Erfolge.

Wir Freie Demokraten wollen diese Konzepte landesweit dauerhaft etablieren: Das Housing-First-Modell muss als bewährter Weg aus der Wohnungslosigkeit aus dem Projektstatus herauswachsen und in die dauerhafte Finanzierung überführt werden.

Schuldnerberatung und Finanzbildung sollen systematisch verknüpft werden. Hierfür wollen wir die Bildung in praktischen Wirtschaftsfragen an weiterführenden Schulen intensivieren. Wir wollen Wirtschaft als Wahlpflichtfach an allen Schulen einführen sowie Projekte und Unterrichtsergänzung durch Praktikerinnen und Praktiker forcieren.

Gleichzeitig wollen wir mit unterstützenden, digitalen Angeboten junge Menschen früh erreichen und Schuldenfallen verhindern. Unser Ziel ist, dass jede und jeder schon in Schule und Ausbildung grundlegendes Finanzwissen erwirbt, etwa zu Themen wie Budgetplanung, Verträgen, Versicherungen, Krediten und Altersvorsorge. So lassen sich Schuldenfallen vermeiden und wirtschaftliche Eigenständigkeit fördern.

Diesen Impuls wollen wir auch der Bundesebene mitgeben und setzen uns daher für eine Bundesratsinitiative „Nationale Finanzbildungsstrategie umsetzen“ ein, die Finanzwissen systematisch in Lehrplänen, Berufsbildung und Weiterbildung verankert. Denn wer die Regeln von Zinsen, Miete, Versicherung und digitalem Zahlungsverkehr versteht, kann selbstbestimmt Entscheidungen treffen und sich besser vor Überschuldung schützen.

Die Clearingstellen für Versicherungslose sind unverzichtbar und sollen flächendeckend ausgebaut werden, um medizinische Versorgung und Teilhabe sicherzustellen.

Unser Ziel: Eine Politik, die Menschen nicht zurücklässt, sondern klare Wege aus Armut und Krise aufzeigt – über Wohnsicherheit, finanzielle Kompetenz und Zugang zu grundlegender Absicherung. Damit schaffen wir echte Freiheit und Teilhabe für alle.

Familie

Familien stärken

Familien sind die Keimzelle unserer freien und freiheitlichen Gesellschaft. Sie geben Sicherheit und Geborgenheit, sorgen für Erziehung, tragen Werte und Kultur weiter und übernehmen generationenübergreifend Verantwortung füreinander. Für uns Freie Demokraten ist klar: Jede Familie soll selbst entscheiden können, wie sie ihr Leben gestaltet, ohne staatliche Bevormundung.

Dabei wollen wir die Familien in Rheinland-Pfalz bestmöglich unterstützen. Sie sind das Fundament unserer Gesellschaft und verdienen verlässliche Rahmenbedingungen, um Alltag, Beruf, Kindererziehung und Pflege der Elterngeneration gut miteinander zu vereinbaren.

Dazu wollen wir die Wertschätzung für die vielfältigen Aufgaben, die Familien in der Gesellschaft übernehmen, steigern und Familien durch gute Rahmenbedingungen wie Betreuung und Bildung gezielt unterstützen.

Mit Angeboten wie der landesweiten Familienkarte, Beratungs- und Unterstützungsleistungen für Eltern und Kinder sowie Programmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf gibt es bereits ein breites Netz an Hilfen. Diese Leistungen haben sich bewährt und kommen in allen Lebenslagen bei den Familien an.

Wir Freie Demokraten wollen dieses erfolgreiche Angebot in der kommenden Wahlperiode fortführen und verlässlich finanzieren. Unser Ziel ist, dass Familien in Rheinland-Pfalz weiterhin Wertschätzung und unkomplizierten Zugang zu Beratung, Vergünstigungen und praktischer Unterstützung erhalten – für mehr Freiheit und Sicherheit in allen Lebensphasen.

Vielfalt und Antidiskriminierung

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der jede und jeder frei und selbstbestimmt leben kann – unabhängig von sexueller Orientierung, geschlechtlicher Identität, Herkunft, Religion, Behinderung oder Alter. Artikel 3 des Grundgesetzes gilt für uns uneingeschränkt. Vielfalt ist keine Bedrohung, sondern eine Stärke unserer offenen Gesellschaft. Diskriminierung, Homo-, Bi-, Trans- und Interphobie sowie jede Form von Ausgrenzung sind mit unseren liberalen Grundwerten unvereinbar. Deshalb ist Antidiskriminierungspolitik für uns keine Randfrage, sondern Kern liberaler Gesellschaftspolitik.

In Rheinland-Pfalz wurden in den vergangenen Jahren wichtige Schritte unternommen: Der landesweite Aktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ bündelt Maßnahmen für mehr Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Bildung, Gesundheit, Pflege, Justiz und Verwaltung. Die Einrichtung der Ansprechstelle LSBTI bei der Polizei stärkt das Vertrauen in staatliche Institutionen, sensibilisiert für queerfeindliche Gewalt und bietet Betroffenen konkrete Anlaufstellen. Zudem hat Rheinland-Pfalz auf Bundesebene Initiativen wie die Gleichstellung von Regenbogenfamilien und die Reform des diskriminierenden Transsexuellengesetzes unterstützt.

In der kommenden Wahlperiode wollen wir diese Politik fortsetzen und ausbauen. Wir Freie Demokraten wollen Diskriminierung in allen Lebensbereichen konsequent bekämpfen, ohne neue Bürokratie zu schaffen. Wir setzen uns für die Weiterentwicklung des Aktionsplans

„Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ ein, fördern queere Bildungs- und Antidiskriminierungsarbeit langfristig – insbesondere in Schulen, Jugendhilfe, Verwaltung und Pflege – und unterstützen die historische Aufarbeitung von queerem Leben in Rheinland-Pfalz. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Vielfalt sichtbar ist, Antidiskriminierung selbstverständlich gelebt wird und alle Menschen gleiche Chancen auf Teilhabe haben.

Frauen

Frei von Gewalt leben

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass jede Frau in Rheinland-Pfalz ein Leben ohne Angst und Gewalt führen kann. Gewalt – ob körperlich, psychisch oder digital – greift die persönliche Freiheit an und verhindert echte Gleichberechtigung. Wer von Gewalt bedroht wird, kann seine Rechte nicht frei und selbstbestimmt wahrnehmen. Deshalb ist es unsere Aufgabe, Strukturen zu schaffen, die Frauen und ihre Kinder zuverlässig schützen und ihnen neue Chancen auf ein eigenständiges Leben eröffnen.

In den vergangenen Jahren haben wir die Schutz- und Hilfsangebote im Land spürbar gestärkt. Wir haben die Zahl der Frauenhausplätze erhöht und die Finanzierung von Frauenhäusern, Fachberatungsstellen und Unterstützungsangeboten deutlich verbessert. Mit dem Aufbau von Second-Stage-Projekten haben wir sichere Übergänge aus dem Frauenhaus in eine eigenständige Wohnung ermöglicht. Das entlastet die Frauenhäuser, da Plätze schneller wieder frei werden, und bietet zugleich die Chance auf einen selbstbestimmten Neuanfang.

In der kommenden Wahlperiode wollen wir Rheinland-Pfalz zum Vorbild für die vollständige Umsetzung der Istanbul-Konvention machen. Für uns bedeutet das: Frauen und ihre Kinder müssen jederzeit einen geschützten Platz finden können, staatliche Institutionen wie Polizei, Justiz und Sozialdienste müssen verbindlich im Umgang mit Gewaltopfern geschult sein, digitale Gewalt muss konsequent verfolgt werden und psychischer Gewalt begegnen wir mit Aufklärung und Prävention. Mit dem Aktionsplan haben wir uns als Landesregierung verbindlich zu Prävention und Schutz bekannt. Dank unseres Engagements verbindet der Aktionsplan Schutz vor Gewalt mit konkreter Prävention, schneller Hilfe und konsequenter Strafverfolgung. Unser Ziel ist klar: Wir Freie Demokraten wollen, dass Frauen in Rheinland-Pfalz frei von Gewalt leben und echte Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben erhalten.

Sicherheit im Alltag und bei Mobilität

Wir Freie Demokraten wollen, dass Frauen sich in Rheinland-Pfalz jederzeit sicher bewegen können, egal ob zu Fuß, mit dem Rad, im ÖPNV oder im Auto. Wer Angst hat, bestimmte Wege zu nutzen, kann seine Freiheit nicht vollständig wahrnehmen. Deshalb setzen wir uns für Mobilitätskonzepte ein, die die Perspektive von Frauen verpflichtend mitdenken und Sicherheit im Alltag zur Selbstverständlichkeit machen.

In den vergangenen Jahren haben wir die Sicherheit an Bahnhöfen und Haltestellen verbessert, in kommunale Beleuchtungsprojekte investiert und Modellvorhaben für digitale Meldesysteme auf den Weg gebracht. Diese Schritte haben bereits dazu beigetragen, Angsträume abzubauen und mehr Verlässlichkeit im öffentlichen Raum zu schaffen.

In der kommenden Wahlperiode wollen wir noch stärker dafür sorgen, dass Mobilität und Sicherheit zusammengedacht werden. Das bedeutet für uns: Frauenperspektiven in der Verkehrsplanung verpflichtend berücksichtigen, etwa bei Unterführungen, Mitfahrerparkplätzen oder Bushaltestellen. Wir werden die Beleuchtung und moderne Sicherheitstechnik gezielt ausbauen, um Angsträume zu vermeiden. Und wir machen digitale Notruf- und Meldesysteme flächendeckend verfügbar – schnell, einfach und verlässlich. Unser Ziel ist klar: Frauen sollen sich in Rheinland-Pfalz jederzeit frei und sicher bewegen können.

Digitalisierung als Chance für Frauen

Wir Freie Demokraten sehen in der Digitalisierung eine große Chance für Frauen in Rheinland-Pfalz. Digitale Technologien schaffen neue Möglichkeiten für flexiblere Arbeitszeiten, mobiles Arbeiten und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Sie eröffnen Freiräume, die es Frauen erleichtern, ihre beruflichen Ziele zu verfolgen, ohne dabei private Verpflichtungen vernachlässigen zu müssen. Unser Anspruch ist es, die Digitalisierung so zu gestalten, dass sie echte Chancen für ein selbstbestimmtes Leben bietet.

In den vergangenen Jahren wurden wichtige Schritte unternommen, um digitale Strukturen im Land auszubauen und die Voraussetzungen für mobiles Arbeiten zu schaffen. Die Pandemie hat gezeigt, dass ortsunabhängiges Arbeiten nicht nur möglich, sondern für viele Beschäftigte auch ein Gewinn an Lebensqualität sein kann. Wir Freie Demokraten haben uns in dieser Zeit dafür eingesetzt, digitale Bildung zu stärken, die Breitbandversorgung zu verbessern und neue Impulse für eine moderne Arbeitswelt zu geben.

Künftig wollen wir Freien Demokraten noch gezielter ansetzen, damit die Digitalisierung Frauen im Berufsleben unterstützt und ihnen neue Perspektiven eröffnet. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die europäische Richtlinie für flexible Arbeitszeitmodelle rechtssicher umgesetzt wird, um Verlässlichkeit für Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen gleichermaßen zu schaffen. Außerdem wollen wir digitale Weiterbildungsprogramme fördern, die Frauen in allen Lebensphasen begleiten – sei es beim Wiedereinstieg nach einer Familienpause oder bei einer beruflichen Neuorientierung.

Gründerinnen fördern – Unternehmertum ist weiblich

Wir Freie Demokraten wollen, dass Frauen und Männer in Rheinland-Pfalz ihre Ideen noch besser und freier verwirklichen können – ob im Start-up, im Mittelstand oder im Handwerk. Noch immer sind Gründerinnen in der Wirtschaft unterrepräsentiert und erhalten deutlich weniger Risikokapital und Unterstützung. Das hemmt nicht nur ihre persönliche Freiheit, sondern auch die Innovationskraft unseres Landes. Deshalb ist es unsere Aufgabe, die Bedingungen so zu gestalten, dass Frauen mutig gründen, erfolgreich wachsen und Unternehmen nachhaltig prägen können.

In den vergangenen Jahren haben wir Rheinland-Pfalz zum Gründerinnen-Land gemacht: 2024 wagten 10.500 Frauen den Schritt in die Selbstständigkeit – so viele wie seit über zehn Jahren nicht mehr. Mit einem Frauenanteil von 33,4 % liegen wir bundesweit im Spitzenveld. Insgesamt wurden 34.500 Gewerbe neu angemeldet, das zweitbeste Ergebnis seit 2015. Unsere 31 Starterzentren haben dabei über 15.000 Gründerinnen und Gründer beraten. Dank

Gründungsstipendium Start.in.RLP, Innovationsfonds und Gründerinnenpreis zeigen wir: Seit fast zehn Jahren Regierungsverantwortung setzen wir konsequent auf bessere Rahmenbedingungen, mehr Kapital und starke Netzwerke – und machen Rheinland-Pfalz so zum Vorbild für erfolgreiche Gründungskultur. Weiterhin fördern wir Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für Existenzgründerinnen wie den „Gründerinnen-Parcours Starthilfe“ des BIC Kaiserslautern. Dieser wird in 2026 eine Sonderedition „EXIST Women“ enthalten. Hier werden Gründerinnen ein halbes Jahr mit Workshops und Coachings begleitet.

Zuletzt können wir festhalten: Schon heute gründen in Rheinland-Pfalz statistisch mehr Frauen als in den meisten anderen Bundesländern. Rheinland-Pfalz zählt damit zu den Spitzenreitern an dieser Stelle. Dies ist nicht zuletzt ein Erfolg unserer liberalen Wirtschaftspolitik.

In der kommenden Wahlperiode wollen wir Frauen die gleichen Chancen auf Kapital, Förderung und Erfolg eröffnen wie Männern. Für uns bedeutet das: Wir erweitern Start.in.RLP um gezielte Gründerinnen-Komponenten wie Mentoring, Beratung und Bonusförderung. Wir verbessern den Zugang zu Risikokapital, indem wir private Investoren, Business Angels und Female-Investor-Netzwerke mit Gründerinnen enger vernetzen und Matching-Fonds einsetzen. Wir treiben den Bürokratieabbau konsequent voran und schaffen einen digitalen One-Stop-Shop, damit Gründungen schnell und unkompliziert möglich sind. Erfolgreiche Unternehmerinnen sollen in Mentoring-Programmen ihre Erfahrungen weitergeben, und im Handwerk schaffen wir mehr Sichtbarkeit und gezielte Förderung für Nachfolgerinnen, die Tradition mit Innovation verbinden.

Zudem wollen wir die Vereinbarkeit von Gründen und Familie verbessern: mit familienfreundlichen Coworking-Strukturen, flexiblen Betreuungsangeboten und Netzwerken, die gegenseitige Unterstützung ermöglichen. Damit brechen wir überkommene Rollenbilder auf, die Frauen noch immer vom Schritt in die Selbstständigkeit abhalten, und zeigen: Unternehmertum ist keine Frage des Geschlechts, sondern von Ideen, Mut und Leistung.

Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass die Regelungen des Mutterschutzgesetzes auf Selbstständige angewendet werden. Selbstständigen sollte genau wie allen anderen Frauen ein Anspruch auf Mutterschutz und Mutterschaftsgeld nach dem Mutterschutzgesetz zustehen.

Mehr Frauen in die Politik

Wir Freie Demokraten wollen, dass Frauen in Rheinland-Pfalz stärker in den Parlamenten, Kreistagen und Gemeinderäten vertreten sind. Frauen sind dort noch immer unterrepräsentiert – Politik wird dadurch einseitiger, als sie sein müsste. Unser Anspruch ist klar: Frauen dürfen nicht durch Bürokratie, Strukturen oder mangelnde Sichtbarkeit ausgeschlossen werden, sondern brauchen faire Zugänge und echte Chancen.

In den vergangenen Jahren haben wir Freie Demokraten uns dafür eingesetzt, die politische Bildung für Frauen zu stärken, Gleichstellungsbeauftragte in den Kommunen zu unterstützen und durch Initiativen im Ministerium wichtige Impulse für mehr Beteiligung zu geben. Erste Pilotprojekte haben gezeigt, dass familienfreundliche Strukturen wie hybride Sitzungen, flexible Zeitmodelle oder Kinderbetreuung bei politischen Terminen die Vereinbarkeit von Ehrenamt und Familie erleichtern können.

Künftig wollen wir Freie Demokraten das Land noch stärker in die Verantwortung nehmen: Wir fordern Förderprogramme für Mentoring und gezielte Nachwuchsarbeit, rechtliche Klarstellungen, damit Kommunen Sitzungen familienfreundlicher gestalten können, sowie finanzielle Unterstützung für Projekte, die Frauen den Weg in die Kommunalpolitik ebnen. Darüber hinaus wollen wir Frauennetzwerke, Female-Leadership-Programme und ein aktives Mentoring durch erfahrene Kommunalpolitikerinnen fördern. Vielfalt und Stärke entstehen dort, wo Frauen in allen Gremien selbstverständlich mitentscheiden – dafür schaffen wir faire Chancen, flexible Strukturen und verlässliche Unterstützung.

Gleiche Chancen durch faire Bezahlung

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Frauen und Männer in Rheinland-Pfalz die gleichen Chancen auf beruflichen Erfolg und wirtschaftliche Unabhängigkeit haben. Leistung muss sich lohnen, unabhängig vom Geschlecht. Noch immer verdienen Frauen im Durchschnitt weniger als Männer, obwohl sie häufig die gleiche oder gleichwertige Arbeit leisten. Das schmälert ihre Möglichkeiten, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Unser Ziel ist eine Arbeitswelt, in der individuelle Qualifikation, Verantwortung und Einsatz über Einkommen und Aufstieg entscheiden.

Als Teil der Landesregierung haben wir Freie Demokraten entscheidende Grundlagen gelegt, damit Rheinland-Pfalz im bundesweiten Vergleich besonders gut dasteht. Frauen verdienen hier im Schnitt mehr als in vielen anderen Bundesländern, weil die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen kleiner ist als im Bundesschnitt. Bei vergleichbarer Qualifikation und Tätigkeit liegt der Unterschied sogar nur noch bei 5 % – einer der niedrigsten Werte in ganz Deutschland. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass Rheinland-Pfalz als erstes Bundesland bereits 2010 die vollständig beitragsfreie Kita eingeführt hat. Ein Erfolg, den wir Freie Demokraten in Regierungsverantwortung mit durchgesetzt haben. Damit haben wir echte Wahlfreiheit geschaffen und es Frauen erleichtert, Beruf und Familie miteinander zu verbinden.

Ergänzt durch den Ausbau von Ganztagschulen, gezielte Gründerinnen-Förderung und Investitionen in digitale Weiterbildung hat Rheinland-Pfalz Rahmenbedingungen geschaffen, die Frauen wirtschaftlich stark machen – und so Vorbild für andere Länder ist.

Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen. Wir setzen auf verlässliche Rahmenbedingungen, die Frauen den Zugang zu Führungspositionen erleichtern, auf flexible Weiterbildungsangebote, die berufliche Aufstiege fördern, und auf moderne Arbeitszeitmodelle, die mehr Eigenverantwortung ermöglichen. Wir sind überzeugt, dass Unternehmen von Vielfalt profitieren, denn gemischte Teams steigern Kreativität, Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit.

Unser Ziel ist klar: Wir Freie Demokraten wollen Rheinland-Pfalz zu einem Land machen, in dem Leistung zählt, Frauen und Männer gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben und Arbeitgeber durch faire Bedingungen die besten Fachkräfte gewinnen.

Prostitution und Sexarbeit

Wir Freie Demokraten setzen uns für einen realistischen Umgang mit Sexarbeit ein. Wer sich selbstbestimmt dafür entscheidet, darf nicht in die Illegalität gedrängt werden, wo Schutz und

Kontrolle kaum möglich sind. Gleichzeitig gilt: Menschenhandel, Zwang und Ausbeutung müssen konsequent verfolgt werden.

In Rheinland-Pfalz haben wir mit der Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes wichtige Grundlagen geschaffen: Behörden kontrollieren, Beratungsstellen begleiten, und aufsuchende Arbeit eröffnet Wege aus der Prostitution. So verbinden wir Schutz, Prävention und Selbstbestimmung mit klaren Regeln.

Umso wichtiger ist es, auch verdeckte Formen der Ausbeutung klar in den Blick zu nehmen. Dazu gehören sogenannte Loverboy-Methoden, bei denen junge Frauen in emotionale Abhängigkeit gedrängt und anschließend in die Prostitution gezwungen werden. Hier verschwimmen die Grenzen zwischen Zwang und vermeintlicher Freiwilligkeit besonders stark. Deshalb wollen wir Beratungsstellen, Präventionsprogramme und Polizei so ausstatten, dass sie sowohl bei offenem Menschenhandel als auch bei psychischer Manipulation konsequent eingreifen können. Unser Ziel ist es, illegale Strukturen aufzubrechen, Betroffene frühzeitig zu schützen und Täter durch wirksame juristische Schritte zur Verantwortung zu ziehen.

In der kommenden Wahlperiode wollen wir wirksame Kontrollen weiter stärken, Beratungsangebote ausbauen und Betroffenen echte Chancen auf einen Ausstieg eröffnen. Selbstbestimmte Sexarbeit erkennen wir an und schützen sie – Ausbeutung und Illegalität bekämpfen wir entschieden.

Jugend

Jugend stärken und beteiligen

Junge Menschen gestalten die liberale Gesellschaft wesentlich mit, weil sie Freiheit, Mitbestimmung und Gleichberechtigung einfordern. Sie bringen neue Ideen und Impulse ein und sorgen dafür, dass liberale Werte wie Toleranz, Pluralismus und Selbstbestimmung lebendig bleiben.

Wir Freie Demokraten wollen jungen Menschen in Rheinland-Pfalz mehr Mitbestimmung, Chancen und Schutz geben. Kinder und Jugendliche sollen nicht nur Gegenstand von Politik sein, sondern sie aktiv mitgestalten können. Deshalb setzen wir uns für eine eigenständige Jugendstrategie ein, die alle relevanten Bereiche – von Bildung und Freizeit bis zum Schutz vor Gewalt und Missbrauch – bündelt und dauerhaft verankert.

Wir wollen Beteiligung sichtbar und wirksam machen: Wählen ab 16 bei Landtags- und Kommunalwahlen, mehr direkte Mitbestimmung in den Gemeinden, Jugendparlamente und Beteiligungsprojekte, die ernst genommen werden und Einfluss haben. Zugleich hat der Schutz von Kindern und Jugendlichen für uns oberste Priorität – mit starken Präventions- und Beratungsangeboten, digital und vor Ort.

Auch attraktive Ferien- und Freizeitangebote sind für uns Teil einer modernen Jugendpolitik: Sie schaffen Begegnung, stärken Eigenverantwortung und eröffnen neue Perspektiven. Unser Ziel ist eine Politik, die jungen Menschen Freiheit, Schutz und Mitsprache bietet – und ihnen das Vertrauen gibt, ihre Zukunft selbst zu gestalten.

Integration

Geordnete Fluchtaufnahme, Arbeitsmigration und erfolgreiche Integration

Wir Freie Demokraten stehen für eine Politik, die Humanität und Ordnung verbindet. Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, finden in Rheinland-Pfalz Schutz. Gleichzeitig braucht es klare Regeln, schnelle Verfahren und ein modernes Einwanderungsrecht, damit Integration gelingt und Missbrauch verhindert wird. Wir brauchen in Rheinland-Pfalz mehr Arbeits- und Fachkräfte, als wir derzeit haben. Wir wollen es deshalb Arbeitskräften aus dem Ausland erleichtern, in unserem Arbeitsmarkt dauerhaft Fuß zu fassen.

In Rheinland-Pfalz setzen wir auf geordnete Verfahren im Rahmen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Eigene zusätzliche Aufnahmeprogramme lehnen wir ab, weil sie den europäischen Ansatz schwächen. Stattdessen sorgen wir für schnelle, rechtssichere Asylverfahren – Rheinland-Pfalz hat bereits bundesweit die kürzesten Bearbeitungszeiten –, um Schutzberechtigte zügig zu integrieren und abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber konsequent und rechtssicher abschieben zu können.

Zugleich wollen wir Integration gezielt fördern. Ein modernes Einwanderungsgesetz soll legale Zuwanderung ordnen, Fachkräfte gewinnen und Chancen eröffnen. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass es einfacher wird, in den Arbeitsmarkt einzuwandern, den Arbeitskräftemarkt zu bereichern und sich ein selbstbestimmtes Leben in Rheinland-Pfalz aufzubauen. Dafür wollen wir die aktuelle Regelung umkehren: Das präventive Verbot mit Erlaubnisvorbehalt wollen wir in eine Generalerlaubnis mit repressiver Verbotsmöglichkeit umwandeln, so dass im Grundsatz jede und jeder zunächst arbeiten kann. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass ausländische Berufsabschlüsse schneller anerkannt werden.

Die Sprache ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration und ein selbstbestimmtes Leben in unserem Land. Wir wollen deshalb die Sprachförderung verbessern, auskömmlich finanzieren und besonders auf Frauen ausrichten – mit Kursangeboten, die Kinderbetreuung einschließen, damit der Spracherwerb nicht an familiären Hürden scheitert.

Mit Blick auf die Demografie und die damit einhergehenden Herausforderungen für die wirtschaftliche Entwicklung und unser Rentensystem sind wir dauerhaft auf qualifizierte Zuwanderung in unseren Arbeitsmarkt angewiesen. Menschen, die sich nachhaltig für ein Erwerbsleben in Deutschland entscheiden, sind dabei von besonderer Bedeutung. Daher wollen wir für Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft, die legal nach Deutschland eingereist sind, ihren Lebensunterhalt und den ihrer Angehörigen seit der Einreise ununterbrochen ohne Sozialleistungen gesichert haben, in die Gesellschaft sehr gut integriert sind und sich rechtstreu verhalten, eine Einbürgerung auch vor der aktuellen Frist von fünf Jahren ermöglichen.

Wir stärken zudem die kommunalen Beiräte für Migration und Integration als demokratische Mitwirkungsplattformen. Sie sind ein wichtiges Bindeglied zwischen Politik und Zugewanderten und helfen, Anliegen frühzeitig aufzunehmen und Integration vor Ort zu gestalten.

Unser Ziel ist klar: geordnete Fluchtaufnahme, konsequente Rückführung bei fehlendem Bleiberecht, eine Einwanderungspolitik mit klaren Chancenwegen und eine Integration, die Sprache, Teilhabe und Eigenverantwortung fördert. So verbinden wir Humanität, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit.

Bezahlkarte

Wir Freie Demokraten wollen, dass staatliche Leistungen dort ankommen, wo sie hingehören: bei den Menschen, die sie wirklich benötigen. Seit Juni 2025 gibt es in Rheinland-Pfalz ein landesweit einheitliches Bezahlkartensystem, dem Kommunen bisher freiwillig beitreten können. Wir begrüßen diesen Schritt, weil er Transparenz schafft und Missbrauch vorbeugt.

In der Vergangenheit wurde ein Teil der ausgezahlten Bargeldleistungen nicht für den eigenen Bedarf verwendet, sondern ins Ausland überwiesen – teils an Familienangehörige, teils an kriminelle Strukturen, die Geflüchtete illegal nach Deutschland gebracht haben. Wir stehen für beides: für die Möglichkeit geflüchteter Menschen, mit den ihnen zustehenden Mitteln möglichst selbstbestimmt umzugehen, und für den Schutz der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler vor der Finanzierung von Schlepperkriminalität. Deshalb haben wir die Einführung der Bezahlkarte als ein Instrument unterstützt, das Leistungen zielgerichtet an Geflüchtete auszahlt, Missbrauch verhindert und dabei die Eigenverantwortung wahrt. Die Kommunen brauchen bei der Umsetzung jedoch Rechtssicherheit und keinen Wettbewerb um die besten Leistungen. Wir streben deshalb an, dass im Laufe der nächsten Legislaturperiode dieses einheitliche Bezahlsystem verpflichtend in allen Kommunen eingeführt wird.

Unser Ziel ist eine faire, transparente und wirksame Unterstützung, die Humanität und Rechtsstaatlichkeit verbindet. Als Nebeneffekt wird damit ein Beitrag zur Digitalisierung und zur Vereinfachung von Verwaltungsabläufen erreicht.

Verbraucherschutz

Verbraucherschutz

Wir Freie Demokraten wollen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher in Rheinland-Pfalz gut informiert, wirksam geschützt und in ihrer Eigenverantwortung gestärkt werden. Verlässlicher Verbraucherschutz schafft Transparenz, Rechtssicherheit und faire Märkte – und ist damit ein wichtiger Teil einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung.

Die bestehenden Strukturen des Verbraucherschutzes in Rheinland-Pfalz haben sich bewährt. Wir wollen sie in der kommenden Wahlperiode verlässlich fortführen und weiter finanzieren, damit Beratungsangebote, Aufklärung und Kontrolle auch künftig auf hohem Niveau gewährleistet sind. Unser Ziel ist ein Verbraucherschutz, der Menschen befähigt, selbstbestimmt und informiert zu entscheiden – nicht mehr und nicht weniger.

Sport

Sportland Rheinland-Pfalz – Freiheit in Aktion

Sport ist Freiheit in Bewegung – er steht für Leistung, Fairness, Eigenverantwortung und Gemeinschaft. Wir Freie Demokraten sind überzeugt: Ein starkes Sportland ist ein starkes Land. In den vergangenen Jahren hat Rheinland-Pfalz gezeigt, wie liberale Ideen – Vertrauen in Menschen, Mut zu Reformen und Offenheit für Innovation – den Sport nachhaltig stärken können.

Wir haben gemeinsam erreicht, dass in Rheinland-Pfalz wieder investiert, modernisiert und vernetzt wird. Über 25 Millionen Euro flossen in die Sanierung von Sportstätten, Hallen und Schwimmbädern – damit Vereine beste Bedingungen finden, Kinder sichere Räume haben und Bewegung Teil des Alltags bleibt. Mit 47 geförderten Trainerinnen und Trainern in 22 Sportarten haben wir den Nachwuchsleistungssport so stark unterstützt wie nie zuvor.

Mit Programmen wie „Integration durch Sport“ und „Rheinland-Pfalz – Land in Bewegung“ fördern wir nicht nur Bewegung, sondern Zusammenhalt und Teilhabe – unabhängig von Herkunft, Alter oder sozialem Hintergrund. Diese Initiativen zeigen, dass Sport nicht spaltet, sondern verbindet. Gleichzeitig wurde das Ehrenamt gestärkt: Vereine, die Verantwortung übernehmen, werden ausgezeichnet, gefördert und unterstützt.

Auch die Digitalisierung hat im rheinland-pfälzischen Sport Fahrt aufgenommen. Von der digitalen Vereinsverwaltung über Online-Trainings bis hin zu Pilotprojekten im Telecoaching haben wir Strukturen geschaffen, die Zeit sparen und Qualität erhöhen. So bleibt mehr Raum für das, was zählt: den Sport selbst.

Wir Liberale stehen für ein modernes, effizientes und menschliches Sportsystem. Wir setzen auf Eigeninitiative statt Bürokratie, auf Motivation statt Kontrolle und auf Chancengleichheit statt Gleichmacherei. Rheinland-Pfalz hat bewiesen, dass Sportpolitik dann erfolgreich ist, wenn sie Menschen vertraut, anstatt sie zu bevormunden.

Sportpolitik à la FDP bedeutet: Rahmen schaffen, Freiheit sichern, Leistung fördern. So bleibt Rheinland-Pfalz auch in Zukunft das Land der Bewegung, der Gemeinschaft – und der gelebten Freiheit.

Sport ist Freiheit in Bewegung – er verbindet, integriert und stärkt unser Land. Wir Freie Demokraten wollen, dass Rheinland-Pfalz Bewegungsland Nr. 1 wird. Dafür setzen wir auf starke Vereine, moderne Sportstätten und weniger Bürokratie. Kinder und Jugendliche sollen in Schule und Kita durch vielfältige Sportangebote Spaß an Bewegung und Teamgeist entdecken.

Wir fördern den Breiten- und Spitzensport gleichermaßen, machen Trainer, Ehrenamtliche und Sportheldinnen sichtbar und schaffen faire Bedingungen für alle. Integration, Inklusion und Sicherheit stehen für uns dabei an erster Stelle. Mit digitaler Verwaltung, gezielten Förderprogrammen und klarer Verantwortung vor Ort machen wir den Sport einfacher, freier und zukunftsfähig.

Unser Ziel ist klar: Ein Rheinland-Pfalz, das sich bewegt – stark, offen und frei.

Sport in Schule und Kitas

Immer mehr Kinder gehen ganztägig in Bildungseinrichtungen wie Schulen und Kitas. Daher wird die Bewegungs- und Sportförderung als Bildungsangebot am Nachmittag immer wichtiger für die Menschen in Rheinland-Pfalz. Die Sportfachverbände und ihre Sportvereine in Rheinland-Pfalz haben qualifizierte Sport- und Bewegungsangebote und besitzen für Sport ein Alleinstellungsmerkmal durch ihre Multiplikatoren. Seit 2006 haben bereits Sportfachverbände und ihre Vereine durch Programme der Landesregierung die Möglichkeit erhalten, Sportangebote in Ganztagschulen und Kitas mitzugeben.

Das Land Rheinland-Pfalz möchte Bewegungsland Nr. 1 werden. Daher setzt sich die FDP Rheinland-Pfalz dafür ein, dass möglichst viele Sportfachverbände im LSB RLP und ihre Vereine vor Ort die Möglichkeit haben, in Bildungseinrichtungen wie Schulen und Kitas vielfältige sportliche Bewegungsangebote im Nachmittag eigenständig zu gestalten, damit Kinder und Jugendliche zu einem aktiven Lebensstil motiviert werden. Wir Freie Demokraten verstehen dieses Angebot als integrativen Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe.

Breitensportentwicklung – Rheinland-Pfalz in Bewegung

Über den DOSB, den LSB Rheinland-Pfalz, die Vereine in Rheinland-Pfalz werden durch den Breitensport viele wichtige gesellschaftliche Themen wie Gesundheit, Integration, Inklusion, Sport für Menschen mit Einschränkungen, nachhaltige Sportstätten, Safe Sport, Umwelt, Diversity, Ehrenamt aufgegriffen und vom Land sowie den Sportorganisationen gefördert. Im Breitensport werden in einem erheblichen Umfang soziale Kompetenzen vermittelt. Dies leistet einen wichtigen Beitrag für den Zusammenhalt der Gesellschaft und der Demokratie.

Die Breitensportentwicklung in den Fachverbänden und Vereinen wird durch das Ehren- und Nebenamt geprägt. Über das Landesprogramm „Land in Bewegung“ wurde eine Bewegungsinitiative geschaffen, die den Sportvereinen viele Fördermöglichkeiten und Hilfestellungen für ihre nachhaltige Entwicklung ermöglicht. Die FDP setzt sich dafür ein, Spitzensportlerinnen und Spitzensportler stärker in der öffentlichen Wahrnehmung sichtbar zu machen und gezielt als Vorbilder und Botschafter zur Förderung des Breitensports einzusetzen. Darüber hinaus lässt sich durch die Förderung touristischer Sport-Angebote auch die Infrastruktur für einheimische Sportlerinnen und Sportler verbessern.

Die FDP Rheinland-Pfalz setzt sich daher dafür ein, bestehende Förderprogramme und Initiativen des Landes für den Breitensport und die Landesinitiative weiter stetig fortzuführen und den aktuellen Entwicklungen anzupassen.

Weiter setzen wir uns ein, dass für Vereine eine tragbare Lösung gefunden wird, wenn es um die Belastungen der GEMA-Abgabe geht. Diese führt teilweise zu extrem hohen Belastungen und Absagen von Veranstaltungen. Eine Lösung sollte zugleich den Bürokratieaufwand für Vereine verringern.

Wir setzen uns für einen Sportstättenzustand-Atlas ein, in welchem das Land einen Überblick erhält, wie die Situation der Sportstätten im Land ist. Hieraus wollen wir einen Investitionsplan bis 2030 ableiten, um den bestehenden Investitionsstau bei Sportstätten deutlich abzubauen. Gerade notleidende Kommunen benötigen hierbei stärkere Unterstützung, weshalb wir für diese Maßnahmen im Rahmen des Landesprogramms zur Sportstättenförderung mit bis zu 75 % der zuwendungsfähigen Kosten fördern wollen. Das Landesprogramm wollen wir daher entsprechend aufstocken.

Die Zusammenarbeit zwischen Land, Kommune und Träger im Bereich Planung und Bau sehen wir als gute Herangehensweise an. Das Land soll mehr unterstützender Faktor werden.

Integration durch Sport

Viele Menschen werden vom Sport nicht erreicht. In den Bundesländern, auch in Rheinland-Pfalz, gibt es Gehandicapte, Einwanderer und Langzeitgäste z.B. aus der Ukraine. Diesen Menschen, insbesondere den Kindern, möchte die FDP Möglichkeiten der Integration beim Sport anbieten. Es gibt Förderung von den Städten und Gemeinden in Form von Zuschüssen zum Vereinsbeitrag für Kinder.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass zusätzliche Förderung für Erwachsene möglich wird. Damit könnten z.B. Personen als Dolmetscher eine finanzielle Anerkennung bekommen. Außerdem könnten zusätzliche Trainer für die Betreuung der Personen mit Handicap ausgebildet werden.

Spitzensport braucht Spatenförderung

Die Freien Demokraten bekennen sich zum Spitzensport und dessen Förderung in unserem Bundesland. Ohne Spitze keine Breite und auch umgekehrt. Wir Freie Demokraten wollen einen besseren Informationsaustausch zwischen den Verbänden und Organisationen bei der Abstimmung von möglichen Fördermaßnahmen.

Leistungssport und Breitensport profitieren voneinander. Spitzensportlerinnen und Spitzensportler begeistern und animieren als Vorbilder zum Sporttreiben. Dafür bedarf es einer funktionierenden Infrastruktur (z.B. moderne 50-m-Schwimmhallen). Unser besonderes Augenmerk und unsere Unterstützung gelten dabei den Sportschulen des Landes, den Olympiastützpunkten sowie den angeschlossenen und kooperierenden Vereinen.

Den Nachwuchsleistungssport wollen wir durch Schulmodelle stärken, die ein Nebeneinander von Training und Ausbildung zwecks besserer Vereinbarkeit von Sport und Berufsausbildung sowie internationale Wettkampffähigkeit ermöglichen.

RLP als Ort für Sportgroßveranstaltungen

Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, dass Rheinland-Pfalz als Ausrichter von Sportgroßveranstaltungen auftritt und begrüßen entsprechende Bewerbungsinitiativen ausdrücklich. Solche Veranstaltungen haben nicht nur eine hohe Strahlkraft, sondern schaffen auch zahlreiche positive Effekte für die Bevölkerung.

Sportgroßveranstaltungen stärken den Zusammenhalt, fördern den regionalen Tourismus und kurbeln die Wirtschaft an. Gleichzeitig bieten sie die Möglichkeit, das Interesse am Sport bei Menschen aller Altersgruppen zu wecken und insbesondere Jugendliche für neue Disziplinen zu begeistern.

Schwimmunterricht flächendeckend möglich machen

Wir wollen sicherstellen, dass jedes Kind die Möglichkeit erhält, Schwimmen zu erlernen, damit möglichst 100 % der Kinder schwimmen können. Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen, dass Schwimmschulsportunterricht flächendeckend stattfinden kann. Dafür setzen wir uns für den Erhalt von Bädern ein.

Ziel muss es sein, dass jede rheinland-pfälzische Schule Zugriff auf eine adäquate Schwimmmöglichkeit haben kann. Dafür müssen Kommunen befähigt werden, ihre Verantwortung dahingehend zu erfüllen.

Wir wollen ein Sonderprogramm „Schwimmbad“, welches sich auf die Erhaltung, Sanierung, Modernisierung und den Neubau, gerade in Bezug auf Lehrbecken, konzentriert. Zur Bedarfsermittlung wollen wir eine Evaluierung durchführen, die insbesondere die aktuelle flächenmäßige Abdeckung bzw. Auslastung sowie die Fahrtwege zum nächsten Lehrbecken beinhaltet. Dadurch wollen wir zielgerichtet die Kommunen fördern, die den ermittelten Bedarf nicht abdecken können. Weitergehend wollen wir die Unterstützung von Kooperationen mit Vereinen zu gezielten Ausbildungsmaßnahmen von Schwimmlehrkräften fördern.

Prävention sexualisierter Gewalt

Mit dem „Pakt gegen sexualisierte Gewalt“ stärken wir den Kinderschutz. Sport muss sicher und frei von Belästigung sein – das hat für uns höchste Priorität. Daher wollen wir die Ressourcen für den Pakt ausbauen und Kinder- und Jugendschutzkonzepte unterstützen.

Sportjugend als eigener Träger der VV-JuföG

Um die Jugendbeteiligung im Sport weiter zu stärken und Hürden abzubauen, setzen wir uns dafür ein, dass die Sportjugend als eigenständiger Träger für Maßnahmen nach der Verwaltungsvorschrift zur Jugendförderung (VV-JuföG) anerkannt wird.

Die direkte Antragsstellung durch die Sportjugend vereinfacht Verfahren, reduziert Bürokratie und ermöglicht eine schnelle und bedarfsgerechte Umsetzung von Projekten. Gleichzeitig fördern wir die Digitalisierung der Antragsprozesse, um Transparenz und Effizienz zu erhöhen sowie den Zugang zu Fördermitteln zu erleichtern.

So können Sportvereine und -verbände ihre wichtige Arbeit für junge Menschen fortführen und ausbauen.

Mit e-Sport die Zukunft unterstützen

Der organisierte Sport leistet einen unverzichtbaren Beitrag für Zusammenhalt, Gesundheit und gesellschaftliches Miteinander in Rheinland-Pfalz. Gleichzeitig wandeln sich Freizeit- und Bewegungsangebote – insbesondere für junge Menschen. eSport ist für viele Jugendliche und junge Erwachsene längst ein relevanter Teil ihrer Lebenswelt. Millionen Menschen engagieren sich in Vereinen, Communities und Wettbewerben. Dieses wachsende Feld bietet Chancen, junge Menschen für Vereinsstrukturen zu begeistern und neue Schnittstellen zwischen Sport, Medienkompetenz und digitaler Bildung zu schaffen.

In Rheinland-Pfalz gibt es erste sichtbare Erfolge: Seit Jahren ist das Software-/Gamesforum GameUp! Rheinland-Pfalz, gefördert vom Land, Anlaufstelle für Spieleentwickler, Start-ups und Studierende. Es bietet Vernetzung, macht Entwickler sichtbar und eröffnet Chancen auf Fördermittel. Renommierte Vertreter sind mit Studios in Rheinland-Pfalz vertreten. Daneben wächst eine starke Indie-Szene mit innovativen Entwicklerstudios und Start-ups, die den Games-

Standort weiter prägt. Hochschulen wie Trier, Mainz, Worms, Kaiserslautern bieten ausbildende Studiengänge und kreative Medien-Design-Angebote, wodurch Rheinland-Pfalz schon heute starke Kompetenzen in Spielen und Games-Technologien besitzt.

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Anerkennung des eSports als gemeinnützige (ordentliche) Sportart ein. Der eSport soll als eigene Ziffer in § 52 Abs. 2 der Abgabenordnung aufgenommen werden.

Damit eSport als Chance genutzt werden kann, ohne in Konkurrenz zu klassischen Sportarten zu treten, braucht er eine eigene Förderlogik. Wir Freie Demokraten setzen uns daher dafür ein, gesonderte Fördermittel für den eSport bereitzustellen, sodass bestehende Sportförderungen nicht belastet werden und ein konstruktives Miteinander gesichert bleibt.

eSport kann einen wichtigen Beitrag zu Inklusion und Integration leisten, da Menschen unabhängig von körperlichen Voraussetzungen und Herkunft gemeinsam aktiv sein können. Unser Ziel ist es, eSport als moderne Ergänzung zum klassischen Sport zu stärken – im Dialog und in Partnerschaft mit dem organisierten Sport.

Kultur

Kultur als gesellschaftliche Säule

Freies Denken und Handeln macht Kultur erst möglich. Kultur verbindet, gibt Menschen und Regionen eine Identität, bedeutet Wurzel und Zukunft zugleich. Sie ist ein existenzielles Bedürfnis und Indikator für Lebensqualität und Freiheit. Für uns Freie Demokraten ist Kultur der Nährboden einer offenen Gesellschaft. Sie bewahrt, was uns prägt, schafft Raum für Neues und hält die Demokratie lebendig. Kultur ist Teil des Ganzen, kein bloßer Fördertopf, sondern Fundament unseres Zusammenlebens. Sie wirkt integrativ, fördert Zusammenhalt und setzt dem Extremismus Denkanstöße, Kontroversen und Kreativität entgegen – von den großen Bühnen und Museen bis hin zu Clubs als Orte gelebter Jugend- und Subkultur.

Kultur in der Bildung

Kulturelle Bildung eröffnet Kindern und Jugendlichen neue Welten. Sie stärkt das Selbstwertgefühl, macht neugierig auf das Unbekannte und fördert die Fähigkeit, das eigene Leben aktiv zu gestalten. Sie ist damit Grundlage für Chancengerechtigkeit und Innovation.

In Rheinland-Pfalz zeigen erfolgreiche Projekte wie Theaterkooperationen mit Chawwerusch oder dem Pfalztheater, Musik- und Jugendkunstschulen, Museen oder der Lesesommer, wie Kultur Neugier weckt und Talente entfaltet. Auch das Landesprogramm Jedem Kind seine Kunst hat bereits vielen jungen Menschen einen Zugang zu künstlerischer Arbeit ermöglicht.

Wir wollen Kultur von Anfang an erlebbar machen – in Kitas, Schulen und Jugendangeboten. Ein flächendeckendes Angebot mit festem Personal sichert Verlässlichkeit. Wir Freie Demokraten wollen ein durchgängiges Angebot kultureller Bildung schaffen – von der Kita bis in die Jugendzeit. Musik- und Jugendkunstschulen sollen auf Stadt- und Kreisebene erreichbar sein und Kulturangebote in Schulen konsequent ausgebaut werden.

Kultur als kommunale Aufgabe

Kultur ist keine Kür. Theater, Museen, Bibliotheken oder Kleinkunstbühnen sind Orte der Begegnung und Teil der kommunalen Lebensqualität. Werden sie gestrichen, verliert ein Ort ein Stück seiner Seele. Heute wird Kultur oft als freiwillige Aufgabe der Kommunen betrachtet. In finanziell engen Zeiten sind sie die ersten, die gekürzt werden. Rheinland-Pfalz hat mit der Stiftung Rheinland-Pfalz für Kultur und dem Kultursommer bereits Instrumente geschaffen, die Kultur in die Fläche tragen und insbesondere ländliche Regionen stärken.

Damit kulturelle Vielfalt und Teilhabe dauerhaft gesichert bleiben, müssen die Kommunen in die Lage versetzt werden, Kultur vor Ort aktiv zu gestalten. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass die Städte und Gemeinden über eine angemessene finanzielle Ausstattung verfügen, um kulturelle Initiativen, Projekte und Einrichtungen eigenverantwortlich zu fördern. So bleibt Kultur ein lebendiger und verlässlicher Bestandteil der kommunalen Lebensqualität.

GEMA

Kulturelle Veranstaltungen leben vom Engagement vieler Ehrenamtlicher. Überhöhte Abgaben, wie sie die Verwertungsgesellschaft GEMA erhebt, bedrohen diese Vielfalt. Wenn Gebühren unverhältnismäßig hoch sind, werden Veranstaltungen verhindert und Ehrenamt entmutigt. Das trifft gerade Vereine, kleine Feste wie Weihnachtsmärkte und freie Initiativen. Wir Freie Demokraten wollen, dass GEMA-Regelungen fair und handhabbar sind, damit Kultur vor Ort nicht an Gebühren scheitert. Ehrenamtliche und Vereine verdienen Unterstützung statt bürokratischer Hürden.

Kulturentwicklungsplan und Kulturfördergesetz

Ein reiches und vielfältiges Kulturleben macht Rheinland-Pfalz lebenswert und attraktiv. Es prägt unsere Identität, stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und setzt bundesweit Maßstäbe. Mit dem Kulturentwicklungsplan und seinen 93 Handlungsempfehlungen haben wir erste Schritte unternommen. Doch es braucht verbindliche Strukturen, damit Kulturförderung planbar, gerecht und unbürokratisch bleibt. Wir Freie Demokraten wollen die Empfehlungen des Kulturentwicklungsplans konsequent umsetzen, eine Enquete-Kommission „Kultur“ einsetzen und daraus ein Kulturfördergesetz entwickeln.

Kulturelle Experimentierräume ermöglichen

Die Kultureinrichtungen sollen selbst entscheiden können, wie sie traditionelle und digitale Formate verbinden. Starre Vorgaben zur Mittelvergabe und Programmgestaltung gehören auf den Prüfstand. Auch neue Akteure und experimentelle Projekte müssen faire Chancen im Kulturbetrieb erhalten.

Private Initiative in der Kultur muss gestärkt werden: durch vereinfachte Genehmigungen für Veranstaltungen, flexiblere Nutzung öffentlicher Räume und weniger Bürokratie bei der Projektförderung. Die kreative Szene braucht Experimentierräume statt Bevormundung.

Clubszene

Clubs sind mehr als Vergnügungsstätten – sie sind kulturelle Räume, Laboratorien für Kreativität und Heimat der Livemusik. Sie prägen das Bild junger, lebendiger Städte und leisten einen Beitrag zur Vielfalt unserer Kulturlandschaft. Rheinland-Pfalz hat mit Förderungen über die Landesarbeitsgemeinschaft Rock & Pop, Wettbewerbe wie Rockbuster und Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen des Kultursommers bereits wichtige Akzente gesetzt.

Wir Freie Demokraten wollen die Clubkultur dauerhaft stärken. Dazu gehören gezielte Förderprogramme für Investitionen in Schallschutz, Barrierefreiheit und Sicherheitstechnik sowie der Abbau bürokratischer Hürden bei Genehmigungen. Clubs sollen als feste Bestandteile der kulturellen Infrastruktur anerkannt und in Kulturentwicklungs- und Stadtentwicklungskonzepte eingebunden werden. Für uns sind Clubs keine Störfaktoren, sondern wichtige Akteure einer offenen und vielfältigen Gesellschaft.

Kirche, Religion, Weltanschauungen

Verhältnis von Staat und Religion

Wir Freie Demokraten stehen für Religionsfreiheit als Grundrecht und für die Vielfalt des Glaubenslebens in Rheinland-Pfalz. Religion gehört in unsere offene Gesellschaft – aber nicht über sie. Die Einbindung aller relevanten Religionsgemeinschaften in gesellschaftliche Prozesse und in den schulischen Religionsunterricht ist für uns Teil der gelebten Verfassungsrealität. Gleichzeitig gilt: Die Trennung von Staat und Religion bleibt Grundlage unseres Zusammenlebens. Religiöse Überzeugungen dürfen nie über Grundrechte oder Gesetze gestellt werden.

In Verantwortung der Freien Demokraten haben wir die Zusammenarbeit mit Religionsgemeinschaften auf eine transparente, rechtsstaatlich abgesicherte Grundlage gestellt. Rheinland-Pfalz gehört zu den Ländern, die den interreligiösen Dialog systematisch fördern, etwa über das Integrationsministerium und die Zusammenarbeit mit dem Rat der Religionen. Damit stärken wir gegenseitiges Verständnis und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

In der Bildungspolitik haben wir uns für einen pluralistischen Religions- und Ethikunterricht eingesetzt, der Weltoffenheit, Toleranz und Wertebildung gleichermaßen vermittelt. In zahlreichen Schulen werden religiöse und weltanschauliche Perspektiven heute bereits gemeinsam behandelt – ein Fortschritt, den wir als Freie Demokraten unterstützen, weil er die Freiheit jedes Einzelnen stärkt, selbst über Glaubensfragen zu entscheiden.

Wir haben uns außerdem dafür eingesetzt, dass staatliche Kooperationen mit Religionsgemeinschaften einer klaren Überprüfung unterzogen werden. Wo Zweifel an der Loyalität zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bestehen, prüfen wir Verträge und Förderbeziehungen kritisch – und haben die Grundlage geschaffen, um diese im Zweifel konsequent zu beenden.

Wir Freie Demokraten wollen, dass die Zusammenarbeit des Landes mit Religionsgemeinschaften auch künftig auf einem klaren Fundament von Rechtsstaatlichkeit, Transparenz und gegenseitigem Respekt steht. Grundlage jeder Partnerschaft ist das

uneingeschränkte Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zu den Grundrechten, insbesondere zu Gleichberechtigung, Religionsfreiheit und Meinungsfreiheit.

Bestehende Kooperationen mit Trägern, bei denen berechtigte Zweifel an dieser Loyalität bestehen, wollen wir konsequent beenden. Wir werden rechtliche Verfahren und Prüfinstanzen weiterentwickeln, um diese Entscheidungen objektiv und nachvollziehbar zu gestalten. Gleichzeitig fördern wir den Dialog mit den vielen Religionsgemeinschaften, die Verantwortung übernehmen, Integration fördern und unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Unser Ziel ist ein Rheinland-Pfalz, das religiöse Vielfalt als Stärke begreift, aber klar bleibt, wenn es um Freiheit, Recht und Demokratie geht. Wir stehen für ein Land, in dem Glaube Privatsache ist, Toleranz selbstverständlich bleibt und das Grundgesetz der gemeinsame Nenner aller ist.

Das Tanzverbot an stillen Feiertagen werden wir abschaffen.

Jüdisches Leben in Rheinland-Pfalz

Jüdisches Leben ist ein wertvoller Teil unserer Gesellschaft und verdient Schutz, Förderung und Sichtbarkeit. Erinnerungskultur darf nicht nur an Gedenktagen stattfinden, sondern muss im Alltag lebendig bleiben. Wir haben die Förderung jüdischer Kultur und den Kampf gegen Antisemitismus bereits stark vorangetrieben und wollen diesen Weg entschlossen fortsetzen. Dazu gehört der enge Dialog mit Israel und den jüdischen Gemeinden, innovative Formen des Erinnerns und eine starke politische Bildung gegen Hass und Rassismus. Antisemitismus und jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bekämpfen wir konsequent – das ist für uns Freie Demokraten staatspolitische Verantwortung und liberales Selbstverständnis.

Verträge mit Religionsgemeinschaften

Wir Freie Demokraten stehen für klare, faire und transparente Regeln im Verhältnis von Staat und Religionsgemeinschaften. In Rheinland-Pfalz bestehen Verträge mit den evangelischen Kirchen, den katholischen Bistümern, dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden und der Alevitischen Gemeinde. In dieser Legislatur haben wir zusätzlich Verträge mit vier islamischen Religionsgemeinschaften abgeschlossen, die unter anderem Regelungen zu Feiertagen, Religionsunterricht, Seelsorge und Bestattungen enthalten. Unser Ziel bleibt: gleiche Maßstäbe für alle Gemeinschaften, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung achten.

Bestattungsrecht

Die letzte Entscheidung im Leben ist zutiefst persönlich. Für uns Freie Demokraten gehört dazu das Recht, über die eigene Bestattung selbst zu bestimmen. Rheinland-Pfalz hat in dieser Legislaturperiode das liberalste Bestattungsrecht Deutschlands geschaffen – daran halten wir fest. Jeder Mensch soll frei wählen können: klassische Erdbestattung, Urne, Tuchbestattung, Seebestattung oder neue Formen. Kommunen entlasten wir durch flexible Lösungen, die Platz und Kosten sparen, ohne die Würde der Verstorbenen zu beeinträchtigen. Friedhöfe bleiben Orte der Erinnerung, können aber durch kreative Konzepte zusätzliche Funktionen übernehmen. Unser Maßstab ist klar: größtmögliche Freiheit in Würde und Selbstbestimmung am Lebensende.

Ehrenamt

Ehrenamt: Freiwilliges Engagement und Sicherheit

Das Ehrenamt ist eine tragende Säule unserer Gesellschaft und Ausdruck gelebter Freiheit. Ob im Sportverein, bei der Feuerwehr, in der Kultur oder im sozialen Bereich – überall gestalten Menschen ihre Heimat mit und übernehmen Verantwortung für andere. Ohne die freiwillige Feuerwehr, Sportvereine, Musikgruppen, Kreativtreffs etc. wäre die Gesellschaft ärmer, und viele Aufgaben, die dort übernommen werden, z.B. der Brand- und Katastrophenschutz vor Ort, müssten staatlich übernommen werden.

Damit dieses Engagement auch in Zukunft stark bleibt, wollen wir Freie Demokraten es entlasten und stärken. Unser Anspruch ist klar: Ehrenamtliche verdienen Anerkennung und Unterstützung, nicht Bürokratie und Hürden.

In Rheinland-Pfalz haben wir bereits konkrete Verbesserungen auf den Weg gebracht. Mit der Ehrenamtskarte, mit Förderprogrammen für Vereine und mit Projekten zur Anerkennung von freiwilligem Engagement wurde deutlich gemacht, dass Ehrenamt im Land einen hohen Stellenwert hat. Wir haben die Digitalisierung der Verwaltung vorangetrieben, damit Fördermittel einfacher abgerufen werden können, und rechtliche Rahmenbedingungen überprüft, um Vereine zu entlasten. Auch im Katastrophenschutz, bei der Feuerwehr und in Hilfsorganisationen wurden Ausstattungen modernisiert, digitale Alarmierungssysteme eingeführt sowie die Aus- und Fortbildung gestärkt. Diese Fortschritte sind wichtig, reichen aber nicht aus, um den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, Ehrenamt und Engagement von überflüssiger Bürokratie zu befreien. Mit einem zentralen digitalen One-Stop-Portal Ehrenamt sollen Förderanträge, Versicherungsfragen und Nachweise unkompliziert online erledigt werden können. Künstliche Intelligenz kann dabei helfen, Formulare automatisch vorzubereiten und Anträge fehlerfrei auszufüllen. So bleibt mehr Zeit für das, was wirklich zählt: das Engagement für andere. Pauschale Entlastungen bei Auslagen sollen sicherstellen, dass Ehrenamt nicht an finanziellen Hürden scheitert. Das Vereinsregister wollen wir vollständig digitalisieren, damit Eintragungen, Satzungsänderungen oder Auskünfte schnell, einfach und rechtsverbindlich online erledigt werden können.

Besonders im Katastrophenschutz wollen wir die Strukturen schlank halten und den Ehrenamtlichen den Rücken stärken. Digitale Lösungen für Einsatzplanung und Schulung, unterstützt durch KI, können Gefahrenlagen besser analysieren, Ressourcen effizient verteilen und Einsätze schneller koordinieren. Beschaffungsverfahren müssen vereinfacht werden, damit notwendige Ausrüstung vor Ort nicht an komplizierten Abläufen scheitert. Rheinland-Pfalz braucht einen modernen Katastrophenschutz, der Ehrenamtliche stärkt und einsatzbereit hält.

Unser Brauchtum verdient verlässliche Rahmenbedingungen. Karneval, Weinfeste und regionale Umzüge gehören zum Herzstück unseres Landes. Sie sind identitätsstiftend und zugleich ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass ehrenamtliches Engagement und das vielfältige Vereinsleben in Rheinland-Pfalz nicht an überzogenen Sicherheitsauflagen scheitern. Umzüge, Feste und Vereinsveranstaltungen sind Ausdruck von Kultur, Zusammenhalt und Integration. Sie stiften Gemeinschaft, fördern das Miteinander und sind Teil unserer Freiheit, die eigene Zeit selbst zu gestalten. Wenn solche Veranstaltungen

wegen zu hoher Auflagen abgesagt werden, schadet das nicht nur den Vereinen, sondern schwächt auch das Vertrauen in staatliche Institutionen und kann Ressentiments befördern.

Wir wollen die steigenden Sicherheitsauflagen praktikabel gestalten, mit einheitlichen Standards für Risikoanalysen, zentralen Anlaufstellen für Genehmigungen und digitalen Leitfäden für Veranstalter. Deshalb wollen wir das Polizei- und Ordnungsbehördengesetz so weiterentwickeln, dass die Sicherheit aller Beteiligten gewährleistet bleibt, Vereine und Veranstalter aber nicht überfordert werden. Sicherheitskonzepte müssen planbar, verhältnismäßig und praxistauglich sein. Wo notwendig, soll das Land Vereine und Veranstalter durch Beratung, Standardkonzepte oder finanzielle Unterstützung bei Sicherheitsauflagen entlasten.

Unser Ziel ist klar: Wir Freie Demokraten wollen Sicherheit und Freiheit in Einklang bringen, das Vereinsleben stärken und damit auch das kulturelle Zusammenleben in Rheinland-Pfalz fördern. Moderne Technik wie Drohnen oder KI-gestützte Besucherflussanalysen kann die Sicherheit erhöhen, ohne Ehrenamtliche mit zusätzlichen Auflagen zu belasten. So verbinden wir Schutz und Freiheit.

Für ein lebendiges Vereinsleben sind für uns auch die Ausschankveranstaltungen von Vereinen als Bereicherung für das gesellschaftliche Leben vor Ort und den Tourismus nicht wegzudenken. Diese müssen als Ergänzung zu gastronomischen Angeboten weiterhin problemlos möglich sein. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Gestattungspraxis hier praxistauglich und nicht behindernd zu gestalten.

Wir werden den Nachwuchs im Ehrenamt fördern und wollen junge Menschen frühzeitig an ehrenamtliches Engagement heranführen. So fordern wir, dass bereits in der Schule einzelne Kurse oder sogar Bestandteile der Grundausbildung der Feuerwehr, des DRK, des THW und ähnlicher Organisationen im Rahmen von Projekten, als Wahl(pflicht)fächer oder in Arbeitsgemeinschaften, die nach dem regulären Unterricht stattfinden, angeboten werden können. Daneben setzen wir uns dafür ein, dass für alle Schüler mindestens einmal im Laufe der Sekundarstufe I ein Tag des Ehrenamts organisiert wird, in dessen Rahmen sich ehrenamtliche Vereine und Organisationen präsentieren und für sich werben können. Durch Tage der offenen Türen wollen wir stärkere Berührungspunkte mit ehrenamtlichem Engagement schaffen.

Im Kern geht es uns um Vertrauen in die Zivilgesellschaft. Ehrenamtliche brauchen keine Reglementierung, sondern Freiräume und Unterstützung. Deshalb wollen wir einen regelmäßigen Bürokratie-Check Ehrenamt einführen, mit dem Vorschriften systematisch auf ihre Praxistauglichkeit überprüft und unnötige Belastungen abgeschafft werden. Digitale Werkzeuge und moderne Verwaltungsprozesse sollen den Aufwand reduzieren, damit mehr Zeit für das Engagement bleibt.

Unser Ziel ist eine starke Zivilgesellschaft, die von Freiheit und Verantwortung geprägt ist. Wir Freie Demokraten wollen Rheinland-Pfalz zu einem Land machen, in dem Ehrenamt selbstverständlich geschätzt, Vereine gestärkt, Katastrophenschutz modernisiert und Brauchtum sicher und unkompliziert möglich wird.

Europa und Internationales

Freiheit braucht Europa, Europa braucht uns

Europa ist mehr als ein Staatenverbund, es ist ein Raum der Freiheit, der Demokratie und des Rechts. Der Schengenraum steht für diese Idee wie kein anderes Projekt: offene Grenzen, Reisefreiheit und wirtschaftlicher Austausch sind tägliche Realität für Millionen Menschen. Sie sichern Wohlstand, stärken unsere Demokratie und verbinden Menschen über nationale Grenzen hinweg.

Für uns Freie Demokraten ist klar: Dauerhafte Grenzkontrollen gefährden diese Errungenschaften. Sie schwächen den Binnenmarkt, behindern Unternehmen, erschweren Pendlerinnen und Pendlern den Alltag und untergraben das Vertrauen in ein offenes Europa. Rheinland-Pfalz profitiert wie kaum ein anderes Land von dieser Freiheit, durch enge wirtschaftliche Verflechtungen, einen gemeinsamen Arbeitsmarkt und gelebte Nachbarschaft in der Großregion.

Wir bekennen uns deshalb klar zu Europa, zu offenen Grenzen und zum freien Austausch von Menschen, Ideen und Waren. Unser Ziel ist ein starkes, demokratisches Europa ohne Barrieren, ein Europa, das Freiheit schützt, Chancen eröffnet und Zukunft gestaltet.

Erasmus+ – Austausch als Fundament Europas

Europäische Auslandserfahrungen erweitern Horizonte, stärken interkulturelle Kompetenzen und erhöhen die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Gerade für Auszubildende, Berufsschülerinnen und -schüler sowie Lehrkräfte sind Praktika, Hospitationen und Fortbildungen im europäischen Ausland ein Sprungbrett in die Zukunft. Wir Freie Demokraten wollen, dass Auslandserfahrungen in der Bildung nicht länger ein Privileg Einzelner sind, sondern für alle jungen Menschen in Rheinland-Pfalz zur selbstverständlichen Option werden. Junge Menschen sollen Europa selbst erleben können.

Mit der Erasmus+-Akkreditierung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) und der Arbeit der Agentur für internationale Hochschul-Mobilität Rheinland-Pfalz (a.i.m. rlp) gibt es bereits starke Strukturen, die Schulen und Hochschulen unterstützen. Unser Ziel ist es, mehr Förderplätze zu schaffen und insbesondere Berufsschulen, kleine Betriebe und Ausbildungsträger gezielt zu unterstützen. Weiterhin wollen wir den Zugang zu den Programmen und Förderplätzen noch weiter erleichtern, um junge Menschen nicht durch bürokratische Hindernisse von europäischen Programmen abzuhalten. Auch interkulturelle Projekte, die Schüler, Auszubildende und Studierende in europäische Teams einbinden, sollen gezielt gefördert werden. So stellen wir sicher, dass alle jungen Menschen in Rheinland-Pfalz – unabhängig von Herkunft oder Budget – die Chance haben, Europa praktisch zu erleben.

Gleichzeitig wollen wir Erasmus+ auch für Polizei und Behörden öffnen. Europäische Hospitationen und Austauschprogramme in Verwaltung, Justiz und Sicherheitsbehörden schaffen Vertrauen, stärken die Zusammenarbeit und fördern ein gemeinsames europäisches Verständnis. Rheinland-Pfalz kann hier Vorreiter sein und dazu beitragen, dass Austausch und Zusammenarbeit nicht an den Grenzen enden, sondern Europa im Alltag unserer Institutionen erlebbar wird.

Europaschulen – Europa von klein auf erlebbar machen

Europa darf nicht nur ein politisches Projekt bleiben, sondern muss im Alltag erfahrbar sein. Schulen spielen dabei eine zentrale Rolle: Sie machen junge Menschen früh mit europäischen Werten, Sprachen und Kulturen vertraut und öffnen Türen in eine gemeinsame Zukunft.

Besonders erfreulich ist, dass die Zahl der Europaschulen in Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren auf über 100 gewachsen ist – auch an Berufsbildenden Schulen. Ein wichtiger Schritt, um auch Auszubildenden europäische Perspektiven zu eröffnen. Europaschulen vermitteln durch ihre besonderen Profile, internationale Kooperationen und gezielten Unterricht ein starkes europäisches Bewusstsein.

Wir wollen Schulen in Rheinland-Pfalz gezielt auf dem Weg zur Zertifizierung begleiten, internationale Schülerprojekte und Austauschprogramme fördern und Europaschulen stärker mit Städtepartnerschaften verzahnen. So entstehen Orte, an denen die Vielfalt Europas vor Ort sichtbar wird und junge Menschen erleben, welche Chancen die europäische Idee für ihr eigenes Leben bereithält. Europaschulen sollen damit zu Leuchttürmen europäischer Bildung werden – zu Schulen, die Europa nicht nur lehren, sondern auch leben. Wir möchten Schulen auf dem Weg der Zertifizierung aktiv begleiten, indem wir Beratungs- und Förderangebote ausbauen und gleichzeitig bürokratische Hürden abbauen.

Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass internationale Schülerprojekte und Austauschprogramme gefördert werden, um europäische Erfahrungen im Schulalltag zu verankern.

Europauniversitäten – Forschung und Bildung grenzenlos gestalten

Europa lebt davon, dass Wissen geteilt wird, Ideen wachsen und Grenzen keine Rolle spielen. Innovation entsteht dort, wo Wissen geteilt und Netzwerke wachsen. Universitäten sind Orte internationaler Zusammenarbeit – hier entstehen Ideen, die Europa voranbringen. Eine Europauniversität verbindet Lehre, Forschung und Studierende über Grenzen hinweg und macht die europäische Identität konkret erlebbar. Gleichzeitig schafft sie beste Voraussetzungen für Grundlagenforschung, die Motor für Neugründungen ist und langfristig die wirtschaftliche Stärke Europas sichert.

Rheinland-Pfalz hat die internationale Hochschulzusammenarbeit in den vergangenen Jahren spürbar gestärkt. Gemeinsame Studiengänge, Doppelabschlüsse und enge Partnerschaften zeigen, wie erfolgreich unsere Hochschulen bereits heute über Grenzen hinweg arbeiten.

In Zukunft wollen wir Europauniversitäten institutionell verankern und ihre Strukturen gezielt ausbauen. Sie sollen transnational organisiert sein, Lehre, Forschung und Studierendenaustausch grenzüberschreitend gestalten und so neue Chancen für Wissenschaft und Gesellschaft eröffnen. Dazu gehören internationale Studiengänge und Doppelabschlüsse, die enge Vernetzung von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen auf europäischer Ebene sowie ein niedrigschwelliger Zugang, der Auslandserfahrungen für alle Studierenden möglich macht. Gleichzeitig wollen wir die Grundlagenforschung als Basis für Innovation, Neugründungen und wirtschaftliche Stärke noch stärker fördern.

Europauniversitäten sind mehr als ein Bildungsprojekt. Sie sollen zu Motoren wissenschaftlicher Exzellenz und Integration werden. Sie eröffnen jungen Menschen neue Chancen und machen den europäischen Bildungs- und Forschungsraum konkret erlebbar.

Unser Ziel ist ein europäischer Bildungs- und Forschungsraum, der auf Freiheit, Vielfalt und Exzellenz basiert.

Servicestelle Europa – Chancen sichtbar und nutzbar machen

Die Europäische Union lebt von starken Netzwerken. Viele Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Unternehmen stehen allerdings oft allein vor komplexen Verfahren. Damit Europa konkret vor Ort erlebbar wird, braucht es eine zentrale Struktur, die Wissen bündelt, Akteure vernetzt und Zugänge erleichtert.

Rheinland-Pfalz hat bereits zahlreiche Initiativen auf den Weg gebracht, um europäische Förderprogramme, Bildungsprojekte und grenzüberschreitende Kooperationen besser nutzbar zu machen. Dennoch zeigen Rückmeldungen aus Kommunen, Unternehmen und Schulen: Der Zugang ist häufig zu kompliziert, Chancen bleiben ungenutzt, und viele Projekte könnten durch bessere Vernetzung deutlich mehr Wirkung entfalten.

Wir wollen eine landesweite Servicestelle Europa schaffen, die digital und vor Ort erreichbar ist. Sie wird zum zentralen Knotenpunkt für europäische Themen in Rheinland-Pfalz. Sie soll ein Ort sein, an dem Informationen, Beratung und Kontakte zusammenlaufen. Die Servicestelle bündelt bestehende Strukturen und erleichtert den Zugang zu europäischen Programmen. Sie berät Kommunen, Unternehmen, Schulen und NGOs bei EU-Fördermitteln, unterstützt beim Aufbau von Projektpartnerschaften und entwickelt digitale Tools, die Wissen bündeln und Akteure vernetzen. Sie koordiniert Bildungs- und Dialogangebote, fördert grenzüberschreitende Projekte etwa im Rahmen von Interreg und stärkt die Vernetzung der Europabeauftragten auf kommunaler Ebene.

So wird Rheinland-Pfalz noch sichtbarer in Europa vertreten und erzielt konkrete Erfolge für Land und Regionen.

Städtepartnerschaften – Europa vor Ort erleben

Europa lebt vom persönlichen Austausch und der Vernetzung. Städtepartnerschaften machen den europäischen Gedanken konkret erfahrbar – durch Begegnungen, gemeinsame Projekte und direkte Freundschaften. Sie schaffen Nähe und Verständnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern verschiedener Länder.

Europa lebt vom persönlichen Austausch. Rheinland-Pfalz ist hier bundesweit führend: Das 4er-Netzwerk zwischen Burgund-Franche-Comté, Oppeln, Mittelböhmien und Rheinland-Pfalz steht exemplarisch für diesen europäischen Geist. Es zeigt, wie regionale Partnerschaften über Grenzen hinweg Vertrauen schaffen, gemeinsame Werte stärken und konkrete Projekte ermöglichen. Der Landtag hat seine Zusammenarbeit mit Partnerregionen wie Burgund-Franche-Comté, Oppeln und Mittelböhmien erfolgreich ausgebaut und mit neuen Projekten gefüllt. Besonders die gemeinsame Jugendarbeit und der Schüleraustausch wurden gestärkt und tragen dazu bei, Europa für junge Menschen konkret erlebbar zu machen.

Wir wollen die bestehenden Partnerschaften weiter intensivieren und neue Partnerschaften ermöglichen. Kommunen sollen gezielt ermutigt und unterstützt werden, ihre Partnerschaften aktiv zu pflegen und mit Leben zu füllen. So entstehen dauerhafte Netzwerke, die kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Austausch fördern.

Dafür soll jede Kommune in Rheinland-Pfalz eine Städtepartnerschaft mit einer europäischen Stadt aufbauen und vertiefen. Durch regelmäßige Bürgerfeste und kulturelle Veranstaltungen soll die Begegnung und der Austausch intensiviert werden – unter Einbindung von Schulen, lokal ansässigen Unternehmen und Vereinen. Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen, Vereine und Ehrenamtliche unterstützt werden. Dafür braucht es politische Rahmenbedingungen, die Freiraum schaffen, Initiativen fördern und den europäischen Gedanken mit Leben füllen.

Grenzen überwinden – Mobilität und Binnenmarkt in der Großregion stärken

Rheinland-Pfalz liegt im Herzen Europas, an der Schnittstelle zu Frankreich, Luxemburg und Belgien. Diese Lage ist ein zentraler Standortvorteil für unseren Wirtschaftsstandort und bietet enorme Chancen für Handel, Verkehr, Arbeitsmobilität und Innovation. Grenzen dürfen im europäischen Binnenmarkt keine Barrieren sein – weder für Waren noch für Dienstleistungen oder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Nur wenn der freie Austausch von Menschen, Ideen und Chancen funktioniert, kann die Großregion ihr Potenzial vollständig entfalten.

Wir Freie Demokraten wollen Rheinland-Pfalz zu einer starken Drehscheibe im europäischen Binnenmarkt machen. Dafür setzen wir auf leistungsfähige grenzüberschreitende Verkehrsverbindungen, effiziente Logistikstrukturen und abgestimmte Regeln, die Wirtschaft, Arbeit und öffentliche Daseinsvorsorge über Grenzen hinweg erleichtern. Unser Ziel ist eine Großregion, in der Verkehr, Gesundheit, Sicherheit und Märkte ebenso gut vernetzt sind wie Unternehmen und Menschen – für mehr Freiheit, mehr Wachstum und mehr Chancen für Rheinland-Pfalz.

In den vergangenen Jahren haben wir als Landesregierung konkrete Fortschritte erzielt, um Rheinland-Pfalz stärker in die europäische Großregion einzubinden und die Mobilität über Grenzen hinweg zu verbessern. Mit unserer Unterstützung wurde ein Interreg-Projekt zur Beschaffung grenzüberschreitend einsetzbarer Nahverkehrstriebwagen auf den Weg gebracht. Dieses Vorhaben erleichtert Pendlerinnen und Pendlern den Alltag und verbessert die Erreichbarkeit wichtiger Wirtschafts- und Arbeitsräume in Frankreich und Luxemburg.

Darüber hinaus haben wir gemeinsam mit unseren Partnern rund 3 Millionen Euro bereitgestellt, um den Einsatz solcher grenzüberschreitender Fahrzeuge zu ermöglichen und damit den Verkehr zwischen Rheinland-Pfalz und seinen Nachbarregionen zu stärken. Ein weiteres wichtiges Signal ist die Beteiligung an der Entwicklung des Zugtyps Coradia Polyvalent, der mit Zulassungen für Deutschland und Frankreich ausgestattet ist und künftig neue Direktverbindungen ermöglichen wird.

Im Bereich der öffentlichen Sicherheit haben wir die Zusammenarbeit über Grenzen hinweg verbessert. Mit Luxemburg wurde ein völkerrechtliches Abkommen zur grenzüberschreitenden Notfallrettung geschlossen, das Rettungseinsätze rechtlich absichert und deutlich beschleunigt. Darüber hinaus hat Rheinland-Pfalz Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse im öffentlichen Dienst etabliert und mit einer zentralen Koordinierungsstelle sowie

Beratungsangeboten dafür gesorgt, dass Fachkräfte aus unseren Nachbarländern schneller und einfacher eingesetzt werden können.

Diese Maßnahmen stärken nicht nur den Alltag von Bürgerinnen und Bürgern im Grenzraum, sondern schaffen auch eine verlässliche Grundlage für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Fachkräftegewinnung und gemeinsame Sicherheit.

In der kommenden Legislaturperiode wollen wir Rheinland-Pfalz zur wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und verkehrlichen Drehscheibe der Großregion weiterentwickeln. Unser Ziel ist ein Binnenmarkt, der nicht an Landesgrenzen endet, sondern wirtschaftliche Chancen erweitert und Menschen miteinander verbindet. Wir setzen uns für den Abbau bürokratischer Hürden ein, die heute noch grenzüberschreitenden Warenverkehr, Arbeitsmobilität und die Anerkennung von Berufsabschlüssen behindern. Wir wollen transparente, abgestimmte Standards schaffen, die Unternehmen gleiche Wettbewerbsbedingungen bieten und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Mobilität erleichtern.

Im Verkehrsbereich wollen wir multimodale Logistikstrategien mit unseren Nachbarregionen weiterentwickeln und Straße, Schiene und Wasserweg besser miteinander verknüpfen. Wir setzen uns für eine Anpassung der Tonnenbeschränkungen im Schwerlastverkehr ein, wo dies baulich möglich ist, und wollen die Modernisierung von Umschlagplätzen und Häfen vorantreiben, die für internationale Lieferketten entscheidend sind.

Gleichzeitig wollen wir die Zusammenarbeit im Gesundheitswesen, im Rettungsdienst und im Katastrophenschutz weiter ausbauen. Dazu gehören eine schnellere gegenseitige Anerkennung von Ausbildungs- und Berufsabschlüssen, eine engere Abstimmung von Normen und Sicherheitsvorschriften sowie der Aufbau gemeinsamer Einsatz- und Reaktionsstrukturen. Die Modernisierung grenznaher Infrastruktur, eine stärkere Verzahnung von Taktfahrplänen im Nahverkehr und eine digital unterstützte Pendlerstrategie gehören für uns zu den nächsten Schritten, damit Rheinland-Pfalz als logistisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Rückgrat der Großregion gestärkt wird.

Rheinland-Pfalz soll als wirtschaftlich starkes, sicherheitsbewusstes und europäisch integriertes Land sichtbar werden – als Land, das Grenzen überwindet und den europäischen Binnenmarkt aktiv gestaltet, um Freiheit, Sicherheit und Chancen für alle zu sichern.

Solidarität mit der Ukraine – Freiheit und Sicherheit in Europa verteidigen

Der Angriff Russlands auf die Ukraine ist ein Angriff auf Freiheit, Demokratie und die europäische Friedensordnung. Die Ukraine verteidigt nicht nur ihre eigene Souveränität, sondern auch unsere gemeinsamen Werte: Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Selbstbestimmung. Rheinland-Pfalz als Teil Deutschlands und Europas trägt Verantwortung, solidarisch an der Seite der Ukraine zu stehen – wirtschaftlich, humanitär und durch die Unterstützung bundesweiter sicherheitspolitischer Entscheidungen.

Wir Freie Demokraten bekennen uns zu einer klaren, langfristigen Unterstützung der Ukraine. Als Mitglied der Landesregierung wollen wir beim Wiederaufbau, bei der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie durch gesellschaftliches Engagement einen aktiven Beitrag leisten. Gleichzeitig setzen wir uns für eine starke europäische und transatlantische Partnerschaft ein, um Freiheit, Sicherheit und Frieden in Europa langfristig zu sichern.

Rheinland-Pfalz bringt sich bereits jetzt mit seiner wehrtechnischen Industrie, seiner Rolle als logistisches Drehkreuz der NATO und seiner internationalen Forschungs- und Bildungslandschaft aktiv ein.

Rheinland-Pfalz steht bereits heute sichtbar an der Seite der Ukraine. Zahlreiche Unternehmen aus unserem Land beteiligen sich an der Lieferung von Ausrüstung und Material über bundesweite Programme und stärken so die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine. Unsere Forschungseinrichtungen und Hochschulen pflegen Partnerschaften mit ukrainischen Universitäten und tragen zum Wissenstransfer und zur Ausbildung dringend benötigter Fachkräfte bei.

Die starke sicherheitsrelevante Infrastruktur in Rheinland-Pfalz, von logistischen Drehkreuzen bis hin zu Standorten der wehrtechnischen Industrie, stärkt die Unterstützung der Ukraine indirekt und macht unser Land zu einem wichtigen Baustein der transatlantischen Verteidigungsgemeinschaft.

Als Landesregierung haben wir dafür gesorgt, dass Rheinland-Pfalz seiner humanitären Verantwortung umfassend gerecht wird. Seit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine haben Kommunen, Schulen, Hochschulen und die Zivilgesellschaft mit unserer Unterstützung Zehntausende Geflüchtete aus der Ukraine aufgenommen, begleitet und erfolgreich integriert. Wir haben gezielte Sprachförderprogramme, Bildungsangebote und psychosoziale Hilfen auf den Weg gebracht, damit insbesondere Kinder und Jugendliche in Sicherheit neu ankommen und ihre Zukunft gestalten können.

Zugleich haben wir durch die Förderung von Städtepartnerschaften und zivilgesellschaftlichen Projekten wichtige Brücken zwischen Rheinland-Pfalz und ukrainischen Kommunen geschlagen. Diese engen Verbindungen sind heute eine zentrale Grundlage für künftige Wiederaufbaukooperationen und zeigen, dass internationale Solidarität nicht nur in Berlin oder Brüssel entsteht, sondern konkret vor Ort gelebt wird – in unseren Gemeinden, Schulen, Hochschulen und Betrieben.

In der kommenden Legislaturperiode wollen wir die Rolle von Rheinland-Pfalz als verlässlicher Partner der Ukraine weiter ausbauen. Wir bekennen uns zur europäischen Perspektive der Ukraine und unterstützen ihren Weg in die Europäische Union sowie in eine verstärkte sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit der NATO. Dabei ist klar: Außen- und Sicherheitspolitik bleiben Aufgabe von Bund und EU – als Land leisten wir unseren Beitrag durch wirtschaftliche, wissenschaftliche und gesellschaftliche Kooperation.

Ein besonderer Schwerpunkt soll auf dem Wiederaufbau liegen. Wir wollen rheinland-pfälzische Unternehmen, Hochschulen und Kommunen gezielt dabei unterstützen, sich an Wiederaufbauprojekten in der Ukraine zu beteiligen – etwa beim Aufbau moderner Infrastruktur, der Energieversorgung, der Digitalisierung oder der Verwaltungsmodernisierung. Städtepartnerschaften sollen weiter gestärkt und gezielt für Kooperationen beim Wiederaufbau genutzt werden.

Darüber hinaus wollen wir die wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Rheinland-Pfalz und der Ukraine vertiefen. Forschungsprojekte, Hochschulpartnerschaften und Technologietransfer können dazu beitragen, die Ukraine langfristig zu stabilisieren und ihren Wiederaufbau auf ein modernes, innovationsorientiertes Fundament zu stellen.

Wir unterstützen die konsequente Umsetzung europäischer und bundesweiter Sanktionen gegen Russland und setzen uns dafür ein, dass Rheinland-Pfalz mit seinen Behörden und Institutionen zu deren Wirksamkeit beiträgt.

Rheinland-Pfalz steht fest an der Seite der Ukraine, solange Freiheit, Sicherheit und ein friedliches, souveränes Europa verteidigt werden müssen.

Graswurzelpartnerschaft mit Ruanda – Partnerschaft mit Augenmaß

Die seit über 40 Jahren bestehende Graswurzelpartnerschaft mit Ruanda ist einzigartig in Deutschland, da sie nicht zwischen Regierungen, sondern direkt zwischen Menschen, Kommunen, Schulen, Vereinen und Initiativen gelebt wird. Über 2.000 Projekte in den Bereichen Gesundheit, Bildung und ländliche Entwicklung haben gezeigt, dass Rheinland-Pfalz durch diese enge Zusammenarbeit einen wirksamen Beitrag zur Armutsbekämpfung, nachhaltigen Entwicklung und zum internationalen Austausch leisten kann. Projekte, die lokale Gemeinden in Ruanda stärken, wollen wir gezielt fördern. Zudem wollen wir uns für den Ausbau von Bildungsprogrammen einsetzen, die den kulturellen und wissenschaftlichen Austausch zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda erweitern. Dabei soll auch die Fachkräftegewinnung stärker in den Blick genommen werden.

Gleichzeitig verurteilen wir das Verhalten Ruandas im Konflikt mit der Demokratischen Republik Kongo und dessen Unterstützung der M23-Rebellen aufs Schärfste. Nachdem selbst die Bundesregierung bereits im März 2025 angekündigt hat, keine neuen entwicklungspolitischen Zusagen an Ruanda zu machen und die bilaterale Zusammenarbeit in Abstimmung mit internationalen Partnern weiter einzuschränken, ist auch das Land Rheinland-Pfalz nach Artikel 32 GG verpflichtet, alle entsprechenden Aktivitäten ruhen zu lassen. Weiterhin hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) festgestellt, dass Präsident Paul Kagame autoritäre Regierungsstrukturen verfestigt hat.

Als Partnerland Ruandas trägt Rheinland-Pfalz eine besondere Verantwortung, seine Stimme klar zu erheben. Wir werden die Lage in der Demokratischen Republik Kongo sowie die Rolle Ruandas fortlaufend beobachten, mögliche Verstöße gegen den Friedensvertrag klar benennen und im Falle von Rückschritten die Partnerschaft mit Ruanda bis auf Weiteres aussetzen.

Partnerschaft mit Israel

Eine enge Verbindung Deutschlands zu Israel ist für uns selbstverständlich. Die vielfältigen Wurzeln der Partnerschaft Deutschlands mit dem Staat Israel sind in staatlicher Vernunft, Verantwortung und historischer Verbundenheit zu verteidigen. Sie gründet nicht nur in der historischen Verantwortung Deutschlands für den beispiellosen Völkermord an den Juden, sondern auch in der Verbundenheit mit dem Judentum und seiner 1.000-jährigen Geschichte in Deutschland sowie in den gemeinsamen Werten der Freiheit der Einzelnen, der offenen Gesellschaft und der Herrschaft des Rechts, der Menschen- und Bürgerrechte. Diese Verbundenheit wollen wir zukünftig stärker ausgestalten, um die selbstverständliche Sicherheit israelischer Bürger und jüdischen Lebens in Rheinland-Pfalz zu gewährleisten.

Freiheit und Sicherheit für Rheinland-Pfalz

Freiheit braucht Sicherheit. Sicherheit braucht Vertrauen.

Sicherheit ist mehr als Schutz vor Gefahr, sie ist die Grundlage von Freiheit, Vertrauen und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Ein starker Rechtsstaat, verlässliche Sicherheitskräfte und eine handlungsfähige Verwaltung sind die Säulen, auf denen dieses Vertrauen ruht. Sie geben den Menschen in Rheinland-Pfalz Halt, im Alltag, in Krisen und in Zeiten der Veränderung.

Für uns Freie Demokraten ist klar: Sicherheit darf nie zum Vorwand für Überwachung werden. Wir setzen auf Freiheit durch Verantwortung, auf Rechtsstaatlichkeit statt Misstrauen und auf moderne Strukturen, die schützen, ohne zu bevormunden.

Unser Ziel ist ein Rheinland-Pfalz, das seine Bürgerinnen und Bürger schützt, ihre Rechte wahrt und ihre Freiheit stärkt – ein Land, das Sicherheit menschlich, digital und zukunftsorientiert denkt.

Eine freie Gesellschaft braucht Sicherheit, ohne Sicherheit sind Freiheit und Rechtsstaatlichkeit nur leere Worte. Deshalb setzen wir Freie Demokraten in Rheinland-Pfalz auf eine wirksame, moderne und bürgernahe Sicherheitsarchitektur, auf eine Justiz, die schnell und fair arbeitet, und auf Ordnungskräfte, die Vertrauen und Rückhalt genießen. Wir tragen Verantwortung dafür, dass sich die Menschen in Rheinland-Pfalz sicher fühlen, Straftaten konsequent verfolgt werden und der Staat die Freiheit jedes Einzelnen schützt – nicht durch Misstrauen, sondern durch klare Regeln, Rechtssicherheit und starke Institutionen.

Wir bekennen uns zu unserer Polizei, den Rettungsdiensten, der Feuerwehr, den kommunalen Ordnungsdiensten und der Justiz. Gewalt gegen Angehörige dieser „Blaulichtfamilie“ muss mit allen Mitteln des Rechtsstaats konsequent verfolgt werden. Unter liberaler Regierungsbeteiligung haben wir die historisch höchsten Einstellungszahlen bei der Polizei Rheinland-Pfalz erreicht und das hohe Niveau dauerhaft gesichert. Damit bleibt unsere Polizei landesweit präsent und handlungsfähig – in der Großstadt ebenso wie auf dem Land.

Wir Freie Demokraten haben uns konsequent für die bestmögliche Ausstattung der Sicherheitskräfte eingesetzt. Mit der Einführung von Distanz-Elektroimpulsgeräten (Tasern), der neuesten Generation von Unterziehschutzwesten und flächendeckenden Bodycams wurde der Schutz der Beamtinnen und Beamten entscheidend verbessert. Wir haben die Modernisierung der Ausrüstung beschleunigt – von Einsatzfahrzeugen über ergonomische Dienstkleidung bis hin zu digitaler Ermittlungs- und Einsatztechnik. Die Polizei Rheinland-Pfalz zählt heute zu den modernsten Polizeien Deutschlands.

Die Aufklärungsquote liegt seit Jahren über 60 Prozent – ein Spitzenwert im Bundesvergleich. Wir haben die Ausbildung von Spezialistinnen und Spezialisten in den Bereichen Cyber-, Internet- und Wirtschaftskriminalität gezielt ausgebaut, um der zunehmenden digitalen Kriminalität wirksam zu begegnen. Mit der von uns unterstützten Polizeistudie INSIDER wurden erstmals wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse über die Belastungen im Polizeidienst gewonnen. Diese dienen nun als Grundlage, um Strukturen und Arbeitsbedingungen gezielt zu verbessern.

Auch in der Justiz haben wir Fortschritte erreicht: Mit der flächendeckenden Einführung der elektronischen Akte in allen Amts- und Fachgerichten sowie bei den Staatsanwaltschaften wurde Rheinland-Pfalz zu einem der digital fortschrittlichsten Justizstandorte in Deutschland. Über

700.000 Verfahren werden heute vollständig digital bearbeitet – schneller, papierlos und transparenter. Diese Modernisierung stärkt die Effizienz und Bürgernähe des Rechtsstaats.

Verfassung

Eine moderne rheinland-pfälzische Verfassung

Wir werden uns dafür einsetzen, eine Modernisierung der rheinland-pfälzischen Verfassung zu prüfen. Sie hat sich über Jahrzehnte als starkes Fundament unseres Landes bewährt, ist jedoch insbesondere in historisch verständlichen und zugleich im heutigen Sprachgebrauch potenziell missverständlichen Formulierungen diskutabel. Dazu zählen für uns Freie Demokraten eine zeitgemäße Präambel, die Entbindung der freien Entfaltung der Persönlichkeit vom Sittengesetz, die Streichung des überholten Rassebegriffs sowie eine sachgerechte Neubewertung des Gottesbezugs im Sinne weltanschaulicher Neutralität. Mit diesen Anpassungen wollen wir unsere Verfassung für die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft rüsten und dabei die Freiheit und Würde des Einzelnen in den Mittelpunkt stellen.

Wir Freie Demokraten stehen uneingeschränkt zur sozialen Marktwirtschaft und sehen diese als einen essenziellen Bestandteil unserer Demokratie und unseres Wohlstandes an. Deshalb streben wir die Aufnahme der Marktform in die Verfassung an.

Weiter stehen wir Freie Demokraten für einen eigenständigen Verfassungsschutz ein. Deshalb wollen wir ihn als eigenständige Behörde einrichten, um ihn vor politischer Einflussnahme zu bewahren.

Staatliche Neutralität in Schulen und JVAen

Die Einbindung aller relevanten Religionsgemeinschaften in gesellschaftliche Prozesse und auch in den schulischen Religionsunterricht ist für uns Teil der Verfassungsrealität. Grundlage einer Zusammenarbeit ist für uns Freie Demokraten, dass sich religiöse Träger uneingeschränkt zu unserer Rechts- und Werteordnung bekennen. Bestehende Zusammenarbeit mit Trägern, bei denen berechtigte Zweifel daran bestehen, wollen wir konsequent beenden.

Justiz

Starke Justiz und sicherer Rechtsstaat – unabhängig, digital, bürgernah

Die unabhängige Justiz ist ein wesentlicher Bestandteil unseres liberalen Rechtsstaats und damit ein Grundpfeiler des demokratischen Gemeinwesens. Die Bürgerinnen und Bürger können sich mit ihren Ansprüchen an unabhängige Gerichte wenden, die darüber ohne Einfluss Dritter entscheiden. Die Staatsanwaltschaften und Gerichte gewährleisten die Verfolgung von Straftaten und setzen damit das Gewaltmonopol des Staates durch und leisten einen zentralen Beitrag zur Sicherung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger. Mit einem modernen Justizvollzug wird die Gesellschaft vor gefährlichen Tätern geschützt. Straftäterinnen und Straftäter erhalten zugleich die Chance, sich wieder in die Gesellschaft einzugliedern.

In unserer Regierungsverantwortung haben wir Freie Demokraten in den letzten zehn Jahren die Justiz in Rheinland-Pfalz umfassend modernisiert und fit für die Zukunft gemacht. Allein in den vergangenen fünf Jahren haben wir über 70 neue Stellen für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte geschaffen. Auch das Personal im nachgeordneten Bereich wurde erheblich verstärkt. Wir haben neue Stellen für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger geschaffen und die Zahl der Ausbildungsplätze deutlich aufgestockt. Die schnell fortschreitende Digitalisierung der Justiz haben wir durch zusätzliches IT-Personal robust unterstützt. Auch in den Geschäftsstellen, Serviceeinheiten und bei den Justizwachtmeistern haben wir für eine deutliche personelle Verstärkung gesorgt.

Unser moderner und zeitgemäßer Justizvollzug hat sowohl den Schutz der Bevölkerung vor Straftätern als auch eine effektive Resozialisierung im Blick. Wir haben die Ausbildung der dortigen Bediensteten modernisiert und verkürzt, sodass gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schneller ihren Dienst in der Praxis antreten können.

Die Justiz in Rheinland-Pfalz ist dank der hohen Investitionen der letzten Jahre im Ländervergleich führend bei der Umstellung auf digitale Akten. Das ist für uns jedoch nur ein Zwischenschritt. Wir werden die digitale Transformation konsequent weiter vorantreiben und testen bereits den Einsatz von Künstlicher Intelligenz und Programmen zur Steigerung der Effizienz von Verfahrensabläufen. Klar ist dabei für uns: Die letzte Entscheidung muss immer von Menschen getroffen werden, nicht von Künstlicher Intelligenz.

Wir unterstützen die Pläne zur Modernisierung der Verfahrensordnungen für eine digitale Welt. Zugleich wollen wir die Zugangsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger zur Justiz vereinfachen und weiter digitalisieren. Durch einen zentralen Bürgerservice der Justiz wollen wir für alltägliche Anliegen wie Vereinsregister, Erbscheins- und Betreuungsangelegenheiten den Zugang zu den Gerichten erleichtern, verbessern und digital gestalten.

Wir werden die Justiz in allen Bereichen mit ausreichend Personal ausstatten. Das Berufsbild der Justizwachtmeister wollen wir modernisieren und an sich verändernde Anforderungen anpassen. Von hoher Bedeutung ist dabei eine optimale und zeitgemäße Ausrüstung.

Im Justizvollzug werden wir weiterhin für eine gute personelle Ausstattung sorgen. Aufgrund steigender Gefangenenzahlen werden wir die Zahl der Haftplätze um mindestens 100 erhöhen. In Koblenz wollen wir die bisherige Anstalt durch einen Neubau ersetzen, der auch über die notwendige Infrastruktur für Staatsschutzangelegenheiten verfügen soll. In Zweibrücken soll der Frauenvollzug gestärkt und die Bedürfnisse von Frauen mit kleinen Kindern stärker berücksichtigt werden. Für die Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen wollen wir vermehrt den offenen Vollzug nutzen.

In der Juristenausbildung wurde den Universitäten die Möglichkeit eröffnet, auch einen Bachelor-Abschluss anzubieten. Wir wollen die Juristenausbildung sowohl an den Universitäten als auch im Referendariat weiterentwickeln und stärker an moderne Bedürfnisse anpassen. Dazu gehört auch die Einführung des Grundlagenfachs „Ökonomische Analyse des Rechts“. Praktische Studienzeiten sollen künftig auch außerhalb der vorlesungsfreien Zeit absolviert werden können.

Bei der ersten und zweiten juristischen Staatsprüfung setzen wir uns für eine Liberalisierung der Versuchsregelungen ein. Zudem wollen wir digitale Hilfsmittel bei Staatsprüfungen

ermöglichen. Bis dahin sollen Unterstreichungen, farbliche Markierungen und Griffregister in den Prüfungen zugelassen werden. Eine geplante Streichung der Ruhetage lehnen wir ab.

Die Bioethik-Kommission beim Ministerium der Justiz wollen wir fortführen. Sie soll sich weiterhin mit zentralen ethischen Fragen mit rechtlichem Bezug befassen.

Als Liberale stehen wir unverrückbar zur Meinungsfreiheit als einem der wichtigsten Grundrechte einer offenen Gesellschaft. Die Erfahrung zweier deutscher Diktaturen im 20. Jahrhundert hat ihren Niederschlag im konsequenten Schutz der Meinungs- und Pressefreiheit in Artikel 5 des Grundgesetzes gefunden. Mit Sorge beobachten wir, dass viele Menschen in Deutschland ihre Möglichkeit zur Meinungsäußerung mittlerweile eingeschränkt sehen. Diese Ängste sind für die offene Gesellschaft ein großes Problem, und ihre Bagatellisierung durch politische Eliten lehnen wir ab. Die Zunahme von Strafverfolgung wegen einzelner Äußerungen im digitalen Raum, beantragt durch Politikerinnen und Politiker, bewerten wir kritisch. Deshalb setzen wir Freie Demokraten uns für ein offenes Diskursklima ein, in dem Meinungsfreiheit als Instrument der Machtkontrolle gegenüber Politik konsequent verteidigt wird.

Inneres

Technik, Training, Teamwork: Polizei mit Rückenwind

Wir Freie Demokraten haben in der Ampelkoalition die historisch höchsten Einstellungsraten bei der Polizei Rheinland-Pfalz ermöglicht. Dieses hohe Niveau wollen wir beibehalten. Wir streiten für eine langfristig angelegte Ausbildung von Spezialistinnen und Spezialisten bei der Polizei, deren Kompetenz insbesondere bei Internet- und Wirtschaftskriminalität gefragt ist. Unser Grundsatz ist es, der Polizei stets die modernste technische Ausstattung zur Verfügung zu stellen, um mit der rasanten technischen Entwicklung Schritt zu halten. Mit der Einführung von Distanz-Elektroimpulsgeräten (Tasern), Schussdecken und Bodycams haben wir zudem die Schutzausrüstung der Polizei erweitert.

Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, die Polizei von Verwaltungsaufgaben, Unfallaufnahmen und innerbehördlicher Bürokratie zu entlasten, damit sie ihre Kernaufgaben noch besser wahrnehmen kann. Wir werden eine Rechtsgrundlage dafür schaffen, bei gewinnorientierten Großveranstaltungen mit stark erhöhtem Sicherheitsaufwand – insbesondere bei Hochrisikospiele der Bundesliga – eine Kostenbeteiligung der wirtschaftlichen Nutznießer zu erheben.

Moderne Arbeitshilfen wie Künstliche Intelligenz und mobile Anwendungen wollen wir gezielt fördern. Allerdings sprechen wir uns gegen die Einführung proprietärer Plattformen zur automatisierten Datenanalyse mit Blackbox-Charakter aus, die darauf abzielen, polizeiliche Datenbestände datei- und systemübergreifend zu verknüpfen und daraus automatisiert Erkenntnisse zu generieren, wie sie derzeit in anderen Bundesländern eingesetzt werden. Der Einsatz solcher Systeme gefährdet rechtsstaatliche Prinzipien und die notwendige demokratische Kontrolle, da ihre Funktionsweise für Kontrollgremien und Parlamente intransparent bleibt. Wir lehnen diese Plattformen ab, weil sie die digitale Souveränität verletzen, eine Abhängigkeit von geschlossenen Systemen schaffen und eine systematische Rasterung der Bevölkerung bereits bei Alltagsdelikten ermöglichen. Stattdessen setzen wir uns konsequent für den Aufbau und die Förderung europäischer, offener Alternativen zur

polizeilichen Datenanalyse ein. Rheinland-Pfalz muss sicherstellen, dass eingesetzte Systeme hinreichend offen sind, um einen Wechsel auf geeigneteren Lösungen zu ermöglichen, und bevorzugt Lösungen auf Open-Source-Basis nutzen.

Um die Innere Sicherheit auf allen Ebenen zu verbessern, streben wir eine engere Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden des Bundes, der Kommunen sowie mit den Behörden unserer europäischen Nachbarn Belgien, Frankreich und Luxemburg an.

Nur die Schichtdienstleistenden im Vollzugsdienst selbst können entscheiden, welche Schichtmodelle ihrer Lebensgestaltung entsprechen und eine hohe Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb dafür ein, dass Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte mehr Beteiligung und größere Freiheit bei der Gestaltung ihrer Schichtmodelle erhalten.

Die polizeiliche Ausbildung muss insgesamt attraktiver werden. Wir setzen uns für eine praxisnahe und zukunftsorientierte Ausbildung ein, die rechtliche wie auch soziale Kompetenzen stärkt. Psychologische Schulungen, Deeskalationstrainings und der Umgang mit digitalen Ermittlungsverfahren müssen feste Bestandteile der Ausbildung sein. Zudem werden wir uns für die Einführung eines ERASMUS-Monats in der Polizeiausbildung einsetzen, der den europäischen Austausch fördert und internationale Perspektiven eröffnet. Das stärkt den interkulturellen Austausch und unsere Demokratie.

Für uns Freie Demokraten sind die kommunalen Ordnungsdienste ein wichtiger Baustein für den Erhalt der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Um ein durchgehend hohes Qualifikationsniveau – auch im Bereich des Selbstschutzes – sicherzustellen, wollen wir die Aus- und Fortbildung landesweit vereinheitlichen.

Liberale Suchtpolitik für Prävention und Aufklärung

Polizei und Justiz sind als Mittel gegen individuelle Suchtprobleme und deren soziale Folgen ungeeignet. Wir Freien Demokraten haben deswegen erfolgreich dafür gekämpft, dass eine überfällige Entkriminalisierung von Cannabis als Genussmittel für Erwachsene Realität werden konnte. Gleichzeitig haben wir uns für mehr Prävention und Verbraucherschutz stark gemacht. Dies hat die Ermittlungsbehörden auch von der Last zahlloser Bagatelldelikte in diesem Bereich befreit.

Wir stehen für Prävention statt Prohibition und Aufklärung statt Tabuisierung. An bekannten Brennpunkten für illegalen Drogenverkauf sollen verstärkt Streetworker und Beratungsstellen tätig werden.

Die Einrichtung von Konsumräumen in Städten mit erkennbarer Drogenszene ist uns ein wichtiges Anliegen. An diese Räumlichkeiten ist ein niedrigschwelliges Angebot zur Suchtberatung anzugliedern. Den Nutzenden dieser Einrichtungen soll hier schnell, unkompliziert und unverbindlich psychologische und therapeutische Hilfe angeboten werden.

Prävention muss bereits früh ansetzen: Für Jugendliche braucht es sachliche Aufklärung und Unterstützungsangebote – ob bei stofflichen Süchten oder Verhaltenssüchten wie Gaming. Statt moralischer Verurteilung setzen wir auf Information und Hilfe zur Selbsthilfe.

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass es einen vernünftigen ordnungspolitischen Rechtsrahmen für den Glücksspielmarkt gibt und dass die legalen Angebote die attraktivere Alternative darstellen. Die möglichen Gefahren des Glücksspiels sind uns sehr bewusst. Prävention und Aufklärung spielen für uns dabei eine zentrale Rolle. Die Bildungsarbeit im Bereich der Suchterkrankungen wollen wir ausweiten. Den Spielerschutz werden wir kontinuierlich evaluieren und verbessern sowie das enge Netz an Suchtpräventions- und Suchtberatungsstellen stärken.

Jugendkriminalität frühzeitig begegnen

Wir wollen präventive Maßnahmen ausbauen, um Jugendkriminalität frühzeitig zu begegnen. Dazu gehört für uns insbesondere eine verstärkte Demokratiebildung an unseren Schulen sowie eine Stärkung der Schulsozialarbeit. Projekte zur Gewaltprävention und Medienkompetenz sollen jungen Menschen Wege aufzeigen, Konflikte friedlich zu lösen und die Gefahr von Radikalisierung zu verringern.

Die Häuser des Jugendrechts in Rheinland-Pfalz haben sich bewährt: Durch die enge Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendhilfe können Fälle schnell bearbeitet und passende Hilfsangebote vermittelt werden. Dieses erfolgreiche Modell wollen wir ausbauen.

Bei der Polizei wollen wir uns für die Ausweitung der Jugendsachbearbeitung einsetzen, damit Verfahren schneller abgeschlossen werden können. Das ermöglicht einen geordneten Wiedereinstieg in das gesellschaftliche Leben. Lange Wartezeiten zwischen Tat und Reaktion sind kontraproduktiv – junge Menschen müssen zeitnah die Konsequenzen ihres Handelns erfahren.

Videoüberwachung im öffentlichen Raum

Wir Freie Demokraten wollen, dass Bürgerinnen und Bürger sich im öffentlichen Raum frei und sicher bewegen können. Der öffentliche Raum muss allen Menschen als Ort der Kommunikation und Freizeitgestaltung zur Verfügung stehen. Der Schutz der Freiheit von Bürgerinnen und Bürgern ist eine Kernaufgabe des Staates.

Eine flächendeckende Videoüberwachung im öffentlichen Raum lehnen wir entschieden ab. Vielmehr wollen wir uns dafür einsetzen, dass die physische Präsenz von Polizei und Ordnungsamt an Kriminalitätsschwerpunkten ausgebaut wird. Automatisierte Gesichtserkennung bei öffentlicher Videoüberwachung lehnen wir ebenfalls strikt ab.

Bestehende Videoüberwachungsanlagen sollen mit moderner, KI-gestützter Technologie nachgerüstet werden, sodass die Beamtinnen und Beamten durch automatisierte Frühwarnsysteme unterstützt werden, während gleichzeitig die digitale Verschlüsselung der Videodaten die Persönlichkeitsrechte im öffentlichen Raum bewahrt.

Katastrophenschutz

Wir Freie Demokraten stehen für einen modernen, digital vernetzten und verlässlichen Katastrophenschutz. Die Flut im Ahrtal hat schmerhaft gezeigt, dass unsere Strukturen klarer,

effizienter und reaktionsfähiger werden mussten. Aus dieser Erfahrung haben wir Konsequenzen gezogen – politisch, organisatorisch und technisch. Ziel liberaler Sicherheitspolitik ist es, Menschenleben zu schützen, Krisen souverän zu bewältigen und das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat zu stärken.

Unter liberaler Regierungsbeteiligung haben wir den Katastrophenschutz in Rheinland-Pfalz grundlegend modernisiert. Auf unsere Initiative hin wurde das Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz Rheinland-Pfalz geschaffen, eine zentrale Einrichtung, die Fachwissen bündelt, Abläufe vereinheitlicht und die Krisenkommunikation verbessert. Damit setzen wir die Empfehlungen der Enquête-Kommission „Zukunft des Katastrophenschutzes“ konsequent um und ziehen die Lehren aus der Ahrtalkatastrophe.

Mit der Katastrophenschutzakademie Rheinland-Pfalz haben wir eine bundesweit beachtete Institution etabliert, die Ausbildung, Forschung und Einsatzpraxis unter einem Dach vereint. Sie bietet spezialisierte Fortbildungen für Führungs- und Einsatzkräfte und ist zugleich Impulsgeber für die Weiterentwicklung moderner Katastrophenstrategien. In Koblenz wurde außerdem ein landesweites Krisen- und Lagezentrum aufgebaut, das rund um die Uhr einsatzbereit ist und heute zu den modernsten seiner Art in Deutschland zählt.

Als Land haben wir das BKS-Portal.rlp maßgeblich vorangetrieben, ein digitales Informationssystem, das Behörden und Einsatzkräften schnellen, sicheren und einheitlichen Zugriff auf alle relevanten Daten im Bevölkerungsschutz ermöglicht. Rheinland-Pfalz gilt damit bundesweit als Vorreiter für den digitalen Katastrophenschutz.

Parallel treiben wir den Ausbau gehärteter Kommunikationsnetze und redundanter Systeme für Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Zivilschutz voran. Erste Pilotprojekte zur Nutzung Künstlicher Intelligenz in der Lageerkennung und Einsatzkoordination laufen bereits, um Krisensituationen künftig schneller und präziser bewältigen zu können.

Wir Freie Demokraten wollen den eingeschlagenen Modernisierungskurs fortsetzen und Rheinland-Pfalz zum führenden Kompetenzland für Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement entwickeln. Das neue Landesamt soll schrittweise zur zivilen Sicherheitsdrehscheibe ausgebaut werden – mit digitaler Einsatzplanung, moderner Krisenkommunikation und klarer Führungsstruktur.

Wir werden den Ausbildungs- und Fortbildungsbereich in der Katastrophenschutzakademie erweitern, um mehr Einsatzkräfte, Führungspersonal und Verwaltungsmitarbeitende gezielt auf Krisenlagen vorzubereiten. Dabei setzen wir auf gemeinsame Schulungen von Feuerwehr, Rettungsdiensten, THW, Verwaltung und Bundeswehr, um Schnittstellen und Verantwortlichkeiten zu stärken.

Für uns Freie Demokraten ist klar: Katastrophenschutz endet nicht an Landesgrenzen. Wir setzen uns für eine europäische Grundversorgung im Krisenfall ein – mit gemeinsamer Materialproduktion, Notfallplänen und abgestimmtem Gesundheitsschutz über Ländergrenzen hinweg.

Das Ehrenamt bleibt das Rückgrat des Bevölkerungsschutzes. Wir wollen ehrenamtliches Engagement stärker fördern – durch steuerliche Vorteile, kostenlose Fortbildungen, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Ehrenamt und ein landesweites Mentoring-Programm, bei dem erfahrene Kräfte ihr Wissen an Nachwuchskräfte weitergeben.

Mit einer Exzellenzinitiative Katastrophenschutz wollen wir Kommunen die Möglichkeit geben, sich an höchsten Standards auszurichten und innovative Projekte im Krisenmanagement zu erproben. Rheinland-Pfalz soll so Vorbild werden – mit einem Katastrophenschutz, der modern, lernfähig und verlässlich ist.

Unsere Vision ist ein Land, das aus Krisen nicht nur reagiert, sondern lernt und wächst. Ein Rheinland-Pfalz, das sich auf seine Einsatzkräfte verlassen kann, technologisch auf der Höhe der Zeit ist und Sicherheit, Freiheit und Zusammenhalt gleichermaßen stärkt.

Migration

Wir Freien Demokraten haben durch den Abbau bürokratischer Hürden und die Straffung interner Abläufe in Rheinland-Pfalz die mit Abstand schnellsten Asylverfahren in ganz Deutschland erreicht. Dies zeigt, wie wirkungsvoll und nachhaltig Bürokratieabbau sein kann. Diesen Weg wollen wir konsequent weiter beschreiten.

Wir wollen Flüchtlingsunterkünfte als besonders kriminalitätsbelastete Umgebungen stärker in den Fokus nehmen. Werden Einzelne zu einer Gefahr für andere aufgenommene Flüchtlinge, muss dies auch unmittelbare Auswirkungen auf das Bleiberecht in Deutschland haben.

Zur Prävention von Straftaten und konfliktbeladenen interkulturellen Auseinandersetzungen wollen wir Freie Demokraten Zuwandererinnen und Zuwanderern frühzeitig nach der Einreise in Pflichtveranstaltungen die rechtlichen, sozialen und kulturellen Besonderheiten Deutschlands nahebringen. Dabei wollen wir einen besonderen Fokus auf Frauen- und Minderheitenrechte sowie auf die Religions- und Meinungsfreiheit legen.

Die Ausländerbehörden wollen wir von unnötigen Verwaltungsabläufen befreien und bestehende Prozesse weiter straffen. Die Digitalisierung wollen wir konsequent ausbauen sowie den Datenaustausch mit Sicherheitsbehörden und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erleichtern.

Jüdisches Leben

Wenn Jüdinnen und Juden sich in Deutschland nicht mehr sicher fühlen können, dann dürfen Gesellschaft und Politik nicht tatenlos zusehen. Das zarte Pflänzchen einer „jüdischen Normalität in Deutschland“ bleibt auch durch den demografischen Wandel stets gefährdet. Wir Freie Demokraten sind entschlossen, jüdisches Leben in Deutschland konsequent zu schützen. Deshalb werden wir entschieden gegen Judenfeindlichkeit und Extremismus vorgehen. Insbesondere bei schwerwiegenderen strafbaren Äußerungen im Internet nehmen wir auch die Betreiber der Plattformen in die Verantwortung. Polizei und Justiz werden wir entsprechend stärken.

Ausländischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern, die in Deutschland antisemitisch motivierte Straftaten begehen oder öffentlich dazu aufrufen, wollen wir schnell und konsequent das Aufenthaltsrecht entziehen.

Wir Freien Demokraten wollen bei behördlichen Datenerhebungen auf eine deutlichere Abgrenzung zwischen den verschiedenen politischen Herkunftsformen des Antisemitismus

hinwirken. Aus unserer Sicht kann nur unbedingte Klarheit bei der Problembeschreibung die Grundlage für erfolgversprechende Lösungsansätze sein.

Deshalb werden wir:

- uns für ein umfassendes Austauschprogramm zwischen Schülerinnen und Schülern aus Israel und Rheinland-Pfalz starkmachen,
- das Vorhaben zur Gründung eines deutsch-israelischen Jugendwerkes unterstützen,
- die Geschichtsforschung in Rheinland-Pfalz so stärken, dass sie neue Wege und Modalitäten des Erinnerns erforschen und etablieren kann, da immer weniger Zeitzeuginnen und Zeitzeugen leben, und damit einen Beitrag zur Stärkung der wichtigen Erinnerungskultur leisten,
- insbesondere junge Menschen durch politische Bildung stärker aufklären und ihre Sinne gegen Antisemitismus, Rassismus und jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit schärfen sowie früh den Umgang mit Emotionalisierung, Falschmeldungen und Formen digitaler Gewalt vermitteln,
- die Beschäftigung mit dem Judentum und die Antisemitismusprävention im Lehramtsstudium sowie in der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern zu einem festen und gestärkten Bestandteil machen,
- bereits in Einrichtungen der frühkindlichen Bildung Projekte zur Demokratieerziehung und Antisemitismusprävention etablieren,
- für eine verstärkte Ausbildung im präventiven Umgang mit Vorurteilen, Feindlichkeit, Diskriminierung und Hass in der Beamtenausbildung sorgen.

Datenschutz / Datensicherheit

Wir Freie Demokraten stehen für den Schutz der Freiheit im digitalen Zeitalter. Datenschutz ist für uns kein Hemmschuh, sondern Ausdruck von Selbstbestimmung und Verantwortungsbewusstsein. Bürgerinnen und Bürger sollen jederzeit wissen, welche Daten über sie gespeichert sind, wer sie nutzt und wofür. Datensouveränität ist Teil individueller Freiheit, sie schützt Privatsphäre, Vertrauen und Demokratie gleichermaßen.

Unter liberaler Verantwortung hat Rheinland-Pfalz entscheidende Schritte zum Aufbau digitaler Resilienz unternommen. Im Januar 2025 wurde die neue Cybersicherheitsstrategie des Landes verabschiedet, die im Rahmen der Umsetzung der EU-NIS-2-Richtlinie zunächst die Landesverwaltung stärkt und künftig in eine ganzheitliche Sicherheitsstrategie für das gesamte Land überführt werden soll. Mit dem von uns mitgestalteten Landestransparenzgesetz und einem unabhängigen Transparenzbeirat haben wir klare Maßstäbe für Offenheit und Nachvollziehbarkeit in der Verwaltung gesetzt. Rheinland-Pfalz verbindet heute dank liberaler Politik digitale Innovation mit Sicherheit – vom BKS-Portal als bundesweit einzigartiger Plattform im Katastrophenschutz bis zu KI-Pilotprojekten mit dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI), die neue Standards für vorausschauende Gefahrenabwehr setzen.

Mit der Digitalstrategie „Rheinland-Pfalz digital“ und der Open-Data-Strategie 2024 haben wir zudem den Rahmen für eine datengetriebene, transparente Verwaltung geschaffen. Über die neue Open-Data-Plattform stellen Behörden, Kommunen und Forschungseinrichtungen ihre Daten zentral und sicher bereit. Das eigens eingerichtete Kompetenzzentrum für Open Data unterstützt Verwaltung und öffentliche Einrichtungen beim Aufbau von Datenkompetenzen und bei der praktischen Umsetzung moderner Datenverwaltung. Damit verbinden wir Transparenz, Innovation und Sicherheit – und machen Rheinland-Pfalz zum Vorbild für digitale Eigenverantwortung im föderalen System.

Der Datenschutz und der Anspruch auf Löschung von Daten dürfen nicht dazu führen, dass gesellschafts- oder wirtschaftswissenschaftliche Forschung zukünftig aufgrund fehlender Datenlage verunmöglicht wird.

Wir haben den Austausch zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen im Bereich Cybersicherheit gezielt gestärkt, um Innovation und Schutz gemeinsam voranzubringen. Die Zentrale Ansprechstelle Cybercrime (ZAC) der Polizei Rheinland-Pfalz koordiniert den Austausch zwischen Sicherheitsbehörden, Wirtschaft und Forschung und sorgt für schnelle, abgestimmte Reaktionen bei Cyberangriffen. In der Landesverwaltung werden bekannte Sicherheitslücken konsequent geschlossen und nicht zu nachrichtendienstlichen Zwecken zurückgehalten. Der Aufbau gehärteter Netze, redundanter Serverstrukturen und digitaler Frühwarnsysteme trägt dazu bei, dass Land und Kommunen auch im Krisenfall handlungsfähig bleiben.

Wir Freie Demokraten wollen Datenschutz, Datensicherheit und Data Governance künftig konsequent zusammendenken. Datenschutz regelt, wer auf Daten zugreifen darf, Datensicherheit schützt, wie dieser Zugriff erfolgt, und Data Governance bestimmt, wann, wie lange und wofür Daten genutzt werden dürfen. Nur wenn diese drei Ebenen ineinander greifen, ist digitale Freiheit möglich.

Wir werden ein Landesrahmenwerk für Data Governance schaffen, das den gesamten Lebenszyklus öffentlicher Daten transparent regelt – von der Erhebung über die Verarbeitung bis zur Löschung. Behörden sollen verbindliche Rollen- und Zugriffskonzepte anwenden, um Daten effizient, aber sicher zu nutzen. So schaffen wir klare Verantwortlichkeiten, reduzieren Angriffspunkte und schützen Verwaltung sowie Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen vor digitalen Angriffen und Manipulationsversuchen.

Für die Sicherheit der kritischen Infrastruktur (KRITIS) setzen wir auf eine vernetzte Schutzstrategie, die physische und digitale Sicherheit gemeinsam denkt. Dazu gehört auch eine systematische Drohnenabwehr, deren Zuständigkeiten klar geregelt sind: Das Innenministerium koordiniert über das Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz, die operative Gefahrenabwehr liegt bei der Polizei, und Betreiber kritischer Infrastrukturen sind für die Sicherung ihrer Standorte verantwortlich. Rheinland-Pfalz soll eines der ersten Länder werden, das eine landesweite Kompetenzstelle für Drohnenabwehr – das Counter-UAS-Center Rheinland-Pfalz – aufbaut. Diese Einrichtung wird mit der Bundeswehr, dem BSI, der Wirtschaft und der Wissenschaft eng zusammenarbeiten und technische, rechtliche und organisatorische Standards für den zivilen Schutz vor Drohnenangriffen entwickeln.

Moderne Drohnenabwehr bedeutet nicht nur Abwehrtechnik, sondern auch verantwortungsvolle Datenverwaltung. Data Governance legt fest, welche Sensordaten erfasst, gespeichert und geteilt werden dürfen, während Datensicherheit die verschlüsselte Übertragung, Zugriffskontrolle und Integrität dieser Daten gewährleistet. KI-Systeme sollen künftig

verdächtige Flugobjekte automatisch analysieren, klassifizieren und abgestufte Reaktionsmaßnahmen auslösen – von der Warnung bis zur gezielten Abwehr. Alle Maßnahmen müssen rechtskonform, verhältnismäßig und technisch nachvollziehbar sein.

Cybersicherheit verstehen wir als gemeinsame Aufgabe von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Schulen, Hochschulen und Verwaltungen wollen wir zu Orten der digitalen Mündigkeit machen – mit Unterricht in Medienkompetenz, kritischem Denken und Prävention vor Desinformation. Wer Wahrheit schützt, verteidigt Demokratie. Unternehmen, die unter dem Einfluss autoritärer Regime stehen oder keine rechtsstaatlichen Standards erfüllen, sollen beim Ausbau digitaler Netze ausgeschlossen werden. Für bestehende Systeme fordern wir eine Fade-out-Klausel, um Abhängigkeiten kontrolliert zu beenden.

Unsere Vision ist ein Rheinland-Pfalz, das digitale Freiheit und Sicherheit gleichermaßen garantiert – mit klaren Regeln, starken Strukturen und einer Kultur des Vertrauens. Ein Land, das Technologie gestaltet, statt sie zu fürchten, und das die Daten seiner Bürgerinnen und Bürger schützt, weil es ihre Freiheit achtet.

Sichtbarkeit der Bundeswehr

Wir Freien Demokraten stehen fest an der Seite der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr sowie der zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Streitkräfte. Sie leisten ihren Dienst für unsere Freiheit, unsere Sicherheit und unser Land – oft fern der Heimat, immer mit großem persönlichem Einsatz. Sie sind ein fester Teil unserer Gesellschaft, unserer Nachbarschaften und unserer Zukunft. Für uns Freie Demokraten ist klar: Wer Verantwortung für unser Land trägt, verdient Rückhalt, Respekt und Sichtbarkeit.

Die Bundeswehr ist tief in Rheinland-Pfalz verwurzelt – als einer der größten Arbeitgeber, als Partner im Katastrophenschutz und als Teil unserer Gesellschaft. Als Freie Demokraten haben wir uns aktiv für den Austausch zwischen Bundeswehr und Zivilgesellschaft eingesetzt. Mit der engen Zusammenarbeit im Katastrophenschutz, etwa durch gemeinsame Übungen und abgestimmte Einsatzpläne, ist Rheinland-Pfalz bundesweit Vorbild geworden. Auch die Heimatschutzreserven wurden ausgebaut und besser in die zivile Gefahrenabwehr integriert. Dadurch ist ein neues Verständnis von „Bundeswehr in der Mitte der Gesellschaft“ entstanden.

Wir Freien Demokraten wollen die Sichtbarkeit der Bundeswehr im Alltag weiter erhöhen. Öffentliche Gelöbnisse sollen wieder fester Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens werden – bis hin zu einem jährlichen Landesgelöbnis am Landtag, das die Verbundenheit zwischen Streitkräften und Bevölkerung sichtbar macht. Wir unterstützen ausdrücklich den landesweiten Tag der offenen Tür an Bundeswehrstandorten, um Begegnung, Vertrauen und Wertschätzung zu fördern.

Als Freie Demokraten wollen wir, dass Bundeswehrfamilien in Rheinland-Pfalz die Unterstützung erhalten, die sie verdienen. Wer für unser Land dient, soll auf Rückhalt zählen können – im Einsatz wie zu Hause. Der Sozialdienst der Bundeswehr leistet bereits wertvolle Arbeit an den Standorten; als Land wollen wir diese Strukturen ergänzen und stärken, wo Landeskompakten greifen. Deshalb setzen wir uns für eine landesweite Koordinationsstelle ein, die Familien bei Wohnortwechseln, Schulanmeldungen, Kitaplätzen oder der Suche nach Betreuungs- und Beratungsangeboten unterstützt. Kinder von Soldatinnen und Soldaten sollen bei kurzfristigen Versetzungen bevorzugt Zugang zu Schulen und Kindertagesstätten erhalten.

Darüber hinaus wollen wir die Angehörigen der Streitkräfte in das landesweite Netzwerk der Ehrenamtsförderung einbeziehen – mit denselben Vergünstigungen und Weiterbildungsangeboten, die heute schon für ehrenamtlich Engagierte gelten. Mit einem jährlichen Bundeswehrfamilientag wollen wir die Verbundenheit zwischen Gesellschaft, Soldatinnen und Soldaten sowie ihren Familien sichtbar machen. So zeigen wir nicht nur Dankbarkeit in Worten, sondern echte Rückendeckung im Alltag – für die Menschen, die Tag für Tag Verantwortung für unsere Freiheit tragen.

Rheinland-Pfalz ist ein bedeutender Militärstandort der US-amerikanischen Streitkräfte. Zwei große Flughäfen und zahlreiche weitere Einrichtungen prägen manche Landstriche. Hunderte von Ehen sind im Laufe der Jahrzehnte entstanden, Familien leben auf beiden Seiten des Atlantiks. Als FDP möchten wir die Zusammenarbeit zwischen dem Land, den Kommunen und den amerikanischen Truppen unterstützen und das Zusammenleben mit den Soldatinnen und Soldaten sowie ihren Angehörigen erleichtern. Wir befürworten Angebote der deutschen Zivilgesellschaft zu gemeinsamen Aktivitäten, um die deutsch-amerikanische Freundschaft zu stärken. Die finanzielle Unterstützung der Atlantischen Akademie in Kaiserslautern durch das Land Rheinland-Pfalz soll fortgeführt werden.

Sicherheits- und Verteidigungsindustrie – Sicherheit als Chance für Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz war und ist ein zentraler Standort für Sicherheit und Verteidigung. Die starke Präsenz der Bundeswehr, der NATO, der US-Streitkräfte, bedeutende Forschungseinrichtungen und wehrtechnische Unternehmen machen Rheinland-Pfalz zu einem sicherheitspolitischen Schlüsselakteur Deutschlands und Europas. Sicherheit ist für uns Freie Demokraten keine Einschränkung von Freiheit, sondern ihre Voraussetzung.

Deshalb verstehen wir den Ausbau der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI) nicht nur als militärische Notwendigkeit, sondern als Chance für Hochtechnologie, wirtschaftliche Stärke und industrielle Innovation. Sie schafft hochwertige Arbeitsplätze, fördert Innovationen gerade durch Start-ups sowie den Mittelstand und stärkt damit den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz. Wir sind überzeugt, dass unser Land seine besondere Lage und Kompetenz nutzen kann, um wirtschaftliches Wachstum und Sicherheitspolitik miteinander zu verbinden – für Deutschland, Europa und die NATO.

Angesichts neuer Bedrohungen und der dringend notwendigen Modernisierung der Bundeswehr wollen wir diese Stärken gezielt ausbauen und Rheinland-Pfalz als Schlüsselstandort einer wehrhaften Demokratie weiterentwickeln.

Als Teil der Landesregierung haben wir Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren gezielt als Standort für Sicherheit und Verteidigung gestärkt. Mit dem Aufbau des Medizincampus am Bundeswehrzentralkrankenhaus Koblenz ist eine zukunftsweisende Schnittstelle zwischen militärischer und ziviler Forschung entstanden. Hier werden neue Synergien in der Präventivmedizin, in der Gesundheitsforschung und bei der medizinischen Einsatzvorbereitung der Streitkräfte geschaffen – ein Projekt, das zugleich die Gesundheitswirtschaft im Land stärkt und Rheinland-Pfalz als Forschungsstandort profiliert.

Darüber hinaus haben wir mit einem landesweiten Gipfel der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie erstmals Wirtschaft – insbesondere kleine und mittlere Unternehmen –, Forschung und Bundeswehr systematisch zusammengebracht. Dieses Forum hat die Vernetzung

zwischen sicherheitsrelevanten Projekten und der regionalen Wirtschaft deutlich gestärkt und insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu Beschaffungs- und Innovationsvorhaben erleichtert. Damit wurde die Grundlage gelegt, um die industrielle Kompetenz in Rheinland-Pfalz noch gezielter mit den sicherheitspolitischen Anforderungen des Bundes zu verzahnen und unser Land als starken Partner innerhalb der deutschen und europäischen Sicherheitsarchitektur zu etablieren.

In der kommenden Legislaturperiode wollen wir Rheinland-Pfalz zu einem der führenden Standorte für sicherheitsrelevante Technologien in Deutschland entwickeln, insbesondere für innovative kleine und mittlere Unternehmen. Unser Ziel ist ein Umfeld, in dem Forschungseinrichtungen, Start-ups und etablierte Betriebe eng mit der Bundeswehr, unseren Verbündeten, ihren Institutionen und Hochschulen kooperieren und dabei Technologien aus Bereichen wie Wehrtechnik, Cybersecurity, Sensorik oder Künstlicher Intelligenz vorantreiben.

Wir setzen auf eine Clusterstrategie, die allen Unternehmen im sicherheitsrelevanten Technologiesektor zugutekommt und gleiche Chancen schafft. Dazu gehören attraktive Standortbedingungen mit zentraler Lage, leistungsfähiger Verkehrsanbindung, beschleunigten Genehmigungsverfahren und verlässlichen Rahmenbedingungen. So fördern wir ein innovationsfreundliches Umfeld, von dem nicht nur die Rüstungsindustrie, sondern auch Unternehmen aus angrenzenden Bereichen wie Cyberabwehr, KI oder Dual-Use-Technologien profitieren. Gleichzeitig wollen wir den Zugang zu Wagniskapital und staatlichen Förderinstrumenten für technologieorientierte Gründungen verbessern, insbesondere für Anwendungen mit sicherheitsrelevanter oder doppelter Nutzung. Damit stärken wir innovative Start-ups, fördern technologische Souveränität und sichern die Zukunftsfähigkeit unserer Industrie.

So entsteht in Rheinland-Pfalz ein starkes Innovationsökosystem, das sicherheitspolitische Verantwortung mit wirtschaftlicher Stärke verbindet. Unser Ziel ist ein Land, das Freiheit schützt, Sicherheit gestaltet und Wohlstand durch technologische Spitzenleistungen sichert – und damit ein verlässlicher Partner für Deutschland, Europa und die NATO bleibt.

Infrastruktur – Fundament für Sicherheit und Resilienz, Wirtschaft voranbringen

Belastbare Infrastruktur ist die Grundlage von Sicherheit, Mobilität und Krisenfestigkeit. Rheinland-Pfalz leistet als zentral gelegenes Bundesland einen entscheidenden Beitrag zu einer modernen, widerstandsfähigen Infrastruktur, die nicht nur der Bevölkerung zugutekommt, sondern auch die Handlungsfähigkeit der Bundeswehr und unserer Bündnispartner stärkt. Straßen, Schienen, Wasserwege, Brücken, Flughäfen und digitale Netze bilden die Lebensadern unseres Landes und zugleich die logistischen Korridore, über die im Krisen- und Verteidigungsfall Truppen, Material und Versorgungsgüter transportiert werden.

Sicherheitspolitische Resilienz entsteht dort, wo zivile und militärische Infrastruktur zusammen gedacht und gemeinsam genutzt werden. Unser Ziel ist deshalb eine Infrastrukturpolitik, die den Grundsatz der Dual-Use-Nutzung konsequent verfolgt: Projekte sollen sowohl der zivilen Mobilität und Versorgung dienen als auch im Krisenfall militärisch nutzbar sein. Dabei betrachten wir neben Straßen und Schienen ausdrücklich auch Wasserstraßen und Häfen als gleichrangige Verkehrsträger. Rhein und Mosel sind zentrale Versorgungsadern für Wirtschaft,

Logistik und Sicherheit. Sie zu stärken ist Teil einer modernen, multimodalen Infrastrukturstrategie.

Als Landesregierung haben wir in den vergangenen Jahren wichtige Grundlagen gelegt, um Rheinland-Pfalz sicherer und widerstandsfähiger zu machen. In Koblenz wurde eine landesweite zentrale Einrichtung für das Krisenmanagement im Bevölkerungsschutz geschaffen, die mit einem der modernsten 24/7-Lagezentren Deutschlands Maßstäbe setzt. Mit der Katastrophenschutzakademie Rheinland-Pfalz haben wir eine bundesweit beachtete Institution aufgebaut, die Ausbildung, Forschung und Einsatzpraxis unter einem Dach vereint und als Vorbild für andere Regionen gilt.

Ein großer Fortschritt ist das BKS-Portal.rlp, das wir als Land maßgeblich vorangetrieben haben. Es ermöglicht Behörden und Einsatzkräften einen schnellen, sicheren und digitalen Zugriff auf alle relevanten Informationen im Bevölkerungsschutz und gilt bundesweit als Vorzeigeprojekt.

Im Bereich der digitalen Sicherheit haben wir dafür gesorgt, dass Pilotprojekte zum Aufbau gehärteter Netzinfrastrukturen laufen. Diese sollen mittelfristig landesweit ausgerollt werden und die Kommunikationsfähigkeit im Krisenfall sichern. Parallel dazu treiben wir den Ausbau und die Modernisierung des BOS-Digitalfunks sowie redundanter Kommunikationssysteme für Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Zivilschutz voran. Auch im Bereich „Künstliche Intelligenz im Katastrophenschutz“ setzen wir als Land Impulse und unterstützen Forschungsprojekte, die Früherkennung, Lagebildanalyse und Ressourceneinsatz verbessern.

In der kommenden Legislaturperiode wollen wir Rheinland-Pfalz weiter zum Motor einer widerstandsfähigen, modernen Infrastruktur entwickeln, die Sicherheit, Mobilität und Versorgung gleichermaßen stärkt. Wir setzen dabei auf eine multimodale Logistikstrategie, die Straßen, Schienen, Wasserwege und Flughäfen zusammen denkt und die Hafeninfrastruktur mit modernen Umschlagplätzen zu leistungsfähigen logistischen Schnittstellen ausbaut. Rhein und Mosel sollen als zentrale Verkehrsadern noch stärker für Wirtschaft, Versorgung und Sicherheit erschlossen werden. Ihre Schleusen und Wasserbauwerke wollen wir gemeinsam mit dem Bund modernisieren, damit sie auch im Krisenfall verlässlich zur Verfügung stehen.

Wir wollen eine digitale Infrastruktur schaffen, die auch in Krisen- oder Verteidigungsfällen trägt. Dazu zählen flächendeckende Glasfaser- und 5G-Netze ebenso wie hochverfügbare und gehärtete Kommunikationssysteme. Einsatz- und Ausbildungszentren sowie sicherheitsrelevante Einrichtungen sollen über stabile, resiliente Netzanbindungen verfügen. Wir werden den BOS-Digitalfunk weiter ausbauen und modernisieren sowie redundante Kommunikationssysteme für Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Zivilschutz etablieren. Gleichzeitig wollen wir die Forschung und Anwendung von Künstlicher Intelligenz im Bevölkerungsschutz gezielt fördern, um Lageerkennung, Entscheidungsunterstützung und Einsatzkoordination zu verbessern.

Unser Ziel ist es, Projekte mit nachweisbarem Sicherheits- und Zivileffekt bevorzugt zu realisieren. Wir werden dabei eng mit Bund, Kommunen und privaten Akteuren zusammenarbeiten und Doppelstrukturen vermeiden. So entsteht eine Infrastruktur, die nicht nur alltägliche Mobilität gewährleistet, sondern auch im Krisenfall trägt. Rheinland-Pfalz soll als logistische Drehscheibe Deutschlands und Europas eine Schlüsselrolle übernehmen und mit moderner Infrastruktur Sicherheit und Resilienz gewährleisten – für unsere Bevölkerung, unsere Wirtschaft, die Bundeswehr und unsere internationalen Partner.

Modernisierung, Effizienz und Bürgernähe für Rheinland-Pfalz

Finanzen und Verwaltung

Solide Finanzen für eine starke Zukunft

Jeder Bürger kann nicht mehr Geld ausgeben, als er zur Verfügung hat. Auch Land und Kommunen müssen mit ihren stetig steigenden Steuereinnahmen haushalten, angewachsene Schuldenberge abtragen und neue Schulden vermeiden.

Die FDP Rheinland-Pfalz hat sich in der Landesregierung seit 2016 erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Land kontinuierlich Haushaltsüberschüsse erwirtschaftet, Schulden zurückführt und Haushaltsrücklagen für finanziell schlechte Jahre aufbaut. Diese Politik wollen wir fortsetzen, denn wir stehen für eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik. Der Schlüssel dazu ist für die FDP eine starke Wirtschaft, hohe Beschäftigung und kluge Investitionen. Deshalb setzen wir auf mehr Infrastrukturmittel, eine digitale und effiziente Verwaltung, weniger Bürokratie und spürbare Steuerentlastungen.

Wirtschaft und Beschäftigung fördern, Investitionen stärken

Für uns Freie Demokraten sind eine starke Wirtschaft und ein hoher Beschäftigungsstand die beste Voraussetzung, damit Land und Kommunen ihren öffentlichen Aufgaben im Interesse der Bürgerinnen und Bürger bestmöglich erfüllen können. Die Relevanz besonders erfolgreicher Unternehmen auch für die Finanzen des Landes wurde in der Corona-Krise in besonderer Weise unterstrichen. Rheinland-Pfalz wurde in dieser Krise für einige Jahre zum Geberland im Länderfinanzausgleich.

Im Zentrum unserer Haushalts- und Finanzpolitik steht daher die nachhaltige Stärkung der wirtschaftlichen Basis unseres Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger. Finanzmittel des Landes sollen über die Gestaltung des Haushalts einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Beschäftigungsstandes und der Wirtschaft des Landes leisten. Eine hochmoderne öffentliche Infrastruktur ist eine wesentliche Voraussetzung, um international wettbewerbsfähig zu sein und den Wohlstand sowie die Steuereinnahmen von morgen zu sichern.

Rheinland-Pfalz mit der geringsten Investitionsquote unter den Ländern muss in Zukunft deutlich mehr in Straßen, Brücken, Schulen, Universitäten oder Krankenhäuser investieren. Werden öffentliche Einrichtungen nicht angemessen erhalten oder bis zu einem Neubau verfallen gelassen, sind dies verdeckte Schulden und Lasten für die Generationen von morgen und keine Lösung. Dies gilt für Kommunen gleichermaßen. Für Land und Kommunen müssen daher mehr Investitionsmittel vorgesehen und das technisch hochqualifizierte Personal der Verwaltung weiter gestärkt und vor allem aufgabengerecht für diese hochwertigen Aufgaben eingesetzt werden.

Wir setzen uns ferner in den Haushaltsberatungen dafür ein, dass vor allem die Bildung unserer Kinder, die Ausbildung und Qualifizierung von Beschäftigten, die Förderung von Unternehmensnachfolgen sowie Unternehmensgründungen oder -erweiterungen angemessen finanziert werden können. Leistungsfähige Schulen und Hochschulen sowie die Förderung von Innovationen sind uns ebenso wichtig. Daher ist wirtschaftlicher Sachverstand bei der

Gestaltung der Haushalte des Landes unverzichtbar. Mit den Liberalen haben Beschäftigte, Selbstständige und Unternehmen eine Stimme in den Haushaltsverhandlungen.

Priorisierung von Investitionen

Die FDP Rheinland-Pfalz setzt sich in der kommenden Legislaturperiode im Rahmen ihrer institutionellen Möglichkeiten dafür ein, dass alle finanziellen Mittel aus dem Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ sowie aus der von der Schuldenbremse freigestellten Finanzierung militärischer Ausgaben oberhalb von 1 % des nominalen BIP ausschließlich für neue und zusätzliche Investitionen verwendet werden. Diese Mittel dürfen nicht für neue oder bestehende Subventionsprogramme sowie konsumtive Zwecke zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte eingesetzt werden.

Die FDP Rheinland-Pfalz bekennt sich ausdrücklich zu einem strikten Investitionsvorrang und fordert einen verbindlichen Prüf- und Nachweisprozess für die Verwendung aller relevanten Sondersummen und Ausnahme-Mittel. Die Umsetzung soll durch wirksame parlamentarische Kontrolle flankiert werden.

Verwaltung digitalisieren und Bürokratie abbauen

In Rheinland-Pfalz stehen den bundesweit niedrigsten Investitionen deutlich überdurchschnittliche Personalausgaben der Verwaltung gegenüber. In allen Haushaltsberatungen gibt es neue Anforderungen. Die vorhandenen Finanzmittel müssen daher noch besser und effizienter eingesetzt und bestehende Aufgaben überprüft werden. Vorrangig müssen dabei rechtliche Regelungen abgeschafft werden. Daneben ist die Digitalisierung beschleunigt, auf allen Ebenen und bei allen Akteuren durchgängig umzusetzen.

Der Einsatz Künstlicher Intelligenz und die weitere Digitalisierung der Verwaltung ermöglichen moderne Dienstleistungen und eine deutliche Effizienzsteigerung innerhalb der Verwaltung. Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) muss mit hoher Priorität vorangetrieben werden, damit mehr öffentliche Dienstleistungen über das Internet beantragt und bereitgestellt werden können. Nicht nur die Landesverwaltung, sondern auch die Kommunen müssen bei der Digitalisierung wirksam unterstützt werden.

Ferner muss die vor Jahren begonnene Kommunal- und Verwaltungsreform konsequent fortgesetzt werden. Nur so können die Vorteile einheitlicher technischer Prozesse in allen Verwaltungen von Land und Kommunen optimal genutzt, gleiche Aufgaben gebündelt und hiermit auch dem zunehmenden Fachkräftemangel konsequent begegnet werden. Neue Aufgaben müssen folglich durch Einsparungen an anderer Stelle finanziert und moderne öffentliche Leistungen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen so wirtschaftlich wie möglich erbracht werden.

Der dringend erforderliche Abbau von Bürokratie für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung leistet ebenfalls einen bedeutsamen Beitrag, um einerseits Genehmigungen und Verfahren zu beschleunigen und andererseits Personalaufwand, Zeit und Kosten einzusparen. Wir haben in der Landesregierung 2024 darauf hingewirkt, dass in einem ersten Schritt 57 Bürokratieabbau-Maßnahmen umgesetzt werden. Hierzu zählen weniger Bauvorgaben, leichtere

Vergabeverfahren, Generalunternehmerschaft und schnellere Genehmigungsverfahren. Diesen Entbürokratisierungsprozess wollen wir mit hoher Priorität fortsetzen.

Wir setzen dabei mit Nachdruck auf eine weitere Konzentration und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für öffentliche und private Investitionen. Hierzu muss aus unserer Sicht der Prüf- und Anhörungsumfang reduziert, das Verbandsklagerecht überprüft und der Wegfall des vollen Planfeststellungsverfahrens bei Modernisierungsprojekten erweitert werden. Ebenso sollen bei Bauvorhaben in vereinfachten Genehmigungsverfahren verbindliche Entscheidungsfristen vorgesehen werden. Reagiert eine Behörde nicht fristgerecht, gilt beispielsweise der Bauantrag bei vollständiger Vorlage aller Unterlagen und Stellungnahmen nach Ablauf von drei Monaten als genehmigt. Unabhängig hiervon hat der Antragsteller alle rechtlichen Regelungen einzuhalten. In diesem Sinne soll auch der Umfang genehmigungsfreier Baumaßnahmen erweitert werden.

Darüber hinaus ist es uns wichtig, die unternehmerische Freiheit und Investitionsbereitschaft insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) weiter zu stärken. Hierzu zählen unter anderem der Abbau oder die Vereinfachung von Dokumentations- und Meldepflichten sowie Regelungen des Steuerrechts. Eine Erhöhung der Umsatzgrenze zur Anwendung der Kleinunternehmerregelung kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Generell soll die Nutzung vorhandener Daten in Verwaltungsregistern, wie in anderen Ländern, konsequent zur Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen genutzt werden.

Öffentlicher Dienst

Die Beschäftigten und Beamtinnen und Beamten des öffentlichen Dienstes nehmen unverzichtbare Aufgaben für das Funktionieren unseres Gemeinwesens wahr. Unabhängig von der angestrebten Digitalisierung und Optimierung von Verwaltungsstrukturen bleiben Menschen der zentrale Faktor für eine bürgernahe und effiziente öffentliche Verwaltung.

Das Land und unsere Kommunen sind auf qualifizierten Nachwuchs angewiesen. Dabei spielt auch die Bezahlung eine wichtige Rolle. Wir werden daher weiterhin die Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes für die Beamtinnen und Beamten übernehmen.

Die Anforderungen an Führungskräfte steigen, daher möchten wir die Übernahme von Führungsverantwortung unter Weiterentwicklung des Besoldungsrechts angemessener berücksichtigen.

Wir stellen uns Anfeindungen und Angriffen gegen diejenigen, die beruflich für unsere Gemeinschaft tätig sind, entschlossen entgegen. Straftaten gegen öffentlich Bedienstete müssen weiterhin konsequent verfolgt werden.

Reduzierung der Steuerlast

Für uns Freie Demokraten steht fest: Neue Belastungen in Form von Steuern und Abgaben wollen wir vermeiden, damit private und öffentliche Investitionen sowie Konsum angereizt werden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, die Steuerlast spürbar zu senken. Ein einfacheres und transparenteres Steuersystem, das ebenfalls Bürokratie abbaut und steuerliche Anreize für Bürgerinnen und Bürger, Selbstständige sowie Unternehmen schafft, ist unser Ziel.

Um den Erwerb von Wohneigentum, insbesondere für Familien, zu erleichtern, schlagen wir für den erstmaligen Kauf oder Bau einer Wohnung oder eines Hauses folgende Wohnungseigentumsförderung vor: Jeder Käufer oder Bauherr erhält eine Förderung von 10.000 Euro, jedoch nicht mehr als 20.000 Euro, sowie zusätzlich 5.000 Euro für jedes Kind. Diese Beträge können bei der Zahlung der Grunderwerbsteuer abgezogen oder auf Antrag unbürokratisch durch Banken und Sparkassen ausgezahlt werden.

Im Bundesrat wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Gewerbesteuer bundesweit durch ein kommunales Hebesatzrecht bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer zur Finanzierung kommunaler Projekte ersetzt wird. Die aus der Finanznot des verlorenen Ersten Weltkriegs erwachsene, international unverträgliche und bürokratische Gewerbesteuer muss aufgegeben werden. Durch eine stärkere Beteiligung an der Umsatzsteuer kann das gemeindliche Steueraufkommen stabilisiert werden. Soweit den Gemeinden überregionale Aufgaben zugewiesen werden, muss eine faire und ausreichende Erstattung der Kosten durch Bund und Land zukünftig gewährleistet sein (Konnexität), wenn eine weitere Überschuldung der Kommunen verhindert werden soll.

Wir setzen uns für eine umfassende Evaluierung der Grundsteuerreform ein. Diese hat vielfach für Ungerechtigkeiten gesorgt. Die Möglichkeit zur Einführung gesplitteter Hebesätze war ein erster Schritt, reicht aber nicht aus. Im Gegenteil haben diese – etwa bei gemischt genutzten Grundstücken – vereinzelt zu erheblichen Zusatzbelastungen geführt. Die Freien Demokraten setzen sich daher auf allen Ebenen für gerechte, ganzheitliche Lösungen ein, die Bürgerinnen und Bürger nicht über Gebühr belasten, die Standortbedingungen für Unternehmen und Vereine verbessern und gleichzeitig die Entwicklung der Kommunen voranbringen.

Hierbei werden wir uns auch dafür einsetzen, dass die Kommunalaufsicht den Kommunen größeren Spielraum belässt, um etwaige Einnahmeausfälle im Bereich der Grundsteuer durch andere Steuerarten auszugleichen.

Der Solidaritätszuschlag muss nach dem Auslaufen des Solidarpaktes II und 35 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung vollständig abgeschafft werden, denn hierfür gibt es keine Rechtfertigung mehr. Dafür werden wir uns im Bundesrat einsetzen. Das Vertrauen vieler Leistungsträger wird in diesem Staat belastet, wenn immer neue Gründe gefunden werden, einmal eingeführte Steuern weiter zu erheben.

Bagatellsteuern sehen wir kritisch. Sie belasten die Bürgerinnen und Bürger, und ihr Ertrag steht in keinem Verhältnis zum Verwaltungsaufwand.

Landesplanung

Wandel in der Stadt und auf dem Land gestalten

Stadt ist Wandel. Seit jeher erfüllten Städte die Funktion von Orten des Austauschs von Waren und Dienstleistungen sowie eine zentrale Rolle als Handelsplätze. Dieses zentrale Merkmal von Städten wird heute jedoch zunehmend durch den Onlinehandel abgelöst. Die Folgen sind sinkende Umsätze im stationären Handel und zunehmende Leerstände. Steigende Personalkosten und ein sinkendes Angebot an Arbeitskräften sind weitere Ursachen, die auch die Gastronomie sowie allgemeine Dienstleistungen betreffen.

Diese Entwicklungen stellen Handel, Gastronomie sowie Dienstleister und Immobilieneigentümer vor enorme Herausforderungen. Denn ein sinkendes Angebot in diesen Bereichen führt zu abnehmenden Passantenfrequenzen und letztlich zur Verödung der Innenstädte, die auch nicht durch punktuelle Maßnahmen wie kulturelle Veranstaltungen oder Blumenbeete aufgewogen werden kann.

Die „Innenstädte der Zukunft“ sind ein Schwerpunkt unserer politischen Arbeit. Dabei geht es uns darum, die Stadtzentren lebendig zu erhalten, weil wir sie als wirtschaftliche und kulturelle Mittelpunkte brauchen – als Orte der Begegnung und des gesellschaftlichen Lebens. Diese Aufgabe stemmen wir gemeinsam mit den Innenstadtakteuren vor Ort. Denn für die Innenstadt der Zukunft gibt es keine Schablone.

Wir Freie Demokraten wollen dem ländlichen Raum wieder die Bedeutung verschaffen, die ihm zusteht. Aufgrund der hohen Wohnungspreise in den Städten oder wegen der Sehnsucht nach Ruhe und Platz zieht es aktuell immer mehr Menschen, insbesondere junge Familien, in den ländlichen Raum. Dort wollen sich die Menschen ihren Traum vom eigenen Haus erfüllen.

Dank der Freien Demokraten haben wir in der Vergangenheit eine Workshop-Tour ins Leben gerufen und im ganzen Land individuelle Strategien erarbeitet. Wir haben mit Veranstaltungen, Online-Formaten und Social Media das landesweite Netzwerk der Innenstadtakteure gestärkt, erfolgreiche Initiativen ausgezeichnet und gezielt gefördert. Zudem haben wir die Bedeutung des Fußverkehrs für lebenswerte Innenstädte hervorgehoben und Fußverkehrs-Checks als Einstieg in eine gezielte Förderung dieser gesunden und klimafreundlichen Mobilitätsform ermöglicht.

Parken in der Stadt

Obwohl die Mobilität zu Fuß oder mit dem öffentlichen Nahverkehr für die Bewohner der Städte oft attraktiv ausgebaut ist, sind die meisten Einpendler und Besucher aus ländlichen Regionen zwingend auf das Auto als Verkehrsmittel angewiesen und brauchen daher in der Stadt einen Platz, um ihr Fahrzeug während des Besuchs abstellen zu können. Dabei geraten sie oft in einen Interessenkonflikt mit den Anwohnerinnen und Anwohnern, die ihre Fahrzeuge ebenfalls wohnortsnah abstellen möchten. Dazu kommen viele Liefer-, Pflege- und Reparaturdienste, die auf eine Parkmöglichkeit in Kundennähe angewiesen sind. Hinzu kommt, dass der Individualverkehr mit dem PKW von einigen Bewohnerinnen und Bewohnern zunehmend abgelehnt und politisch behindert wird.

Daher darf das Auto als Verkehrsmittel in der Stadt nicht vergessen oder verdrängt werden. Wir Freie Demokraten treten dafür ein, dass neben den Anwohnerparkplätzen ausreichend Parkplätze für Besucherinnen und Besucher sowie für Dienstleister vorgehalten werden. Dort, wo Parkplätze wegfallen sollen oder müssen, braucht es künftig als Ersatz ortsnahe, kostengünstige Quartiergaragen zumindest für die Anwohnerinnen und Anwohner.

Wir werden:

- Besucherinnen und Besucher sowie Dienstleister bei der Planung von Parkplätzen besser berücksichtigen.
- Kostengünstige Quartiergaragen als Ersatz errichten, wo innerstädtische Parkplätze wegfallen.

Den ländlichen Raum stärken

Um dem ländlichen Raum in Rheinland-Pfalz wieder die Bedeutung zu verschaffen, die ihm zusteht, wollen wir die Potenziale unserer „Hidden Champions“ mit denen innovativer Start-ups verknüpfen. Denn nur wenn es uns gelingt, auch im ländlichen Raum attraktive Arbeitsplätze zu schaffen, nehmen wir den Druck von den Städten und schaffen attraktive Alternativen im ländlichen Raum als Gegenentwurf zu einer weitgehend anonymen Innenstadt.

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz lebt unter anderem von „Hidden Champions“, oft mittelständige Unternehmen, nicht selten auch als Familienunternehmen seit mehreren Generationen. Sie stellen – wie auch viele andere mittelständische Unternehmen – in ihren Gemeinden oft einen erheblichen Teil der Arbeitsplätze und sind daher gerade in ländlichen Regionen eine unverzichtbare Stütze der heimischen Wirtschaft. Leider fehlt es bisher in den ländlichen Regionen häufig an ausreichender Infrastruktur wie Verkehrsanbindungen, Funk- und Internetverfügbarkeit oder einer ausreichenden Nahversorgung für die Arbeitskräfte.

Wir Freie Demokraten wollen lebensfähige Zentren außerhalb der Ballungsräume schaffen. Dort, wo sich Menschen den Traum vom Leben auf dem Land ermöglichen können, ohne die zivilisatorischen Vorzüge einer Stadt vermissen zu müssen. Dazu muss das Landesentwicklungsprogramm angepasst werden, sodass die Konzentration von den Oberzentren zugunsten kleinerer Zentren verschoben wird. Eine breitere Verteilung von wirtschaftlichen und kulturellen Zentren ist geeignet, den Menschen in Rheinland-Pfalz mehr Angebote und damit Lebensqualität in der Fläche zu ermöglichen, während gleichzeitig mit dem verringerten Druck auf die Oberzentren dort der Wohnungs- und Immobilienmarkt entlastet wird. Die Verteilung der Last auf mehrere Schultern schafft Resilienz, weil beispielsweise Probleme oder größere Krisen in einzelnen Regionen weniger stark in der Gesamtbetrachtung ins Gewicht fallen.

In den Bebauungsplänen muss das Mischgebiet zum Normalfall werden, da die Trennung von Arbeit und Wohnen oft den modernen Lebensverhältnissen widerspricht. Zudem müssen Bebauungspläne ein Ablaufdatum bekommen, damit diese stets aktuell und den Verhältnissen angepasst bleiben, soweit man sie nicht ganz abschafft. Gleichzeitig muss klar sein, dass weiter bestehende Betriebe und neues Wohnen hier Wand an Wand entstehen. Einen Anspruch auf absolute Ruhe kann es dann nicht geben, weshalb Mischnutzungen ausdrücklich zugelassen sein müssen. Umnutzungen von aufgegebenen landwirtschaftlichen Betrieben für den Gemeindebedarf sind ebenfalls willkommen – sei es als Platz für eine Kita, eine Schule, ein Gemeindehaus, ein Rathaus oder für Lebensmitteleinzelhandel, sonstige gewerbliche Nutzungen bis hin zu Co-Working-Angeboten. So wollen wir eine erhöhte Resilienz nicht nur in den Städten, sondern auch in den Kommunen und Dörfern in Rheinland-Pfalz erreichen.

Sehr kleine Ansiedlungen, die langfristig kaum noch besiedelt werden oder absehbar vollständig leer stehen, sollten im Rahmen einer freiwilligen „Absiedlung“ aufgelöst werden können, wenn die zuständige Kommune dies für finanziell sinnvoll hält. Dazu möchten wir die Kommunen mit Landesmitteln in die Lage versetzen, den letzten verbliebenen Anwohnerinnen und Anwohnern das Angebot zu machen, diese Siedlung zu verlassen und in eine größere Ortschaft in der Nähe umzuziehen. Dies kann den Kommunen und damit allen Einwohnerinnen und Einwohnern viele Kosten ersparen und den umziehenden Menschen die Gelegenheit geben, ihre Versorgungslage zu verbessern. Die freiwerdenden Flächen können anschließend zurückgebaut und renaturiert

werden. Diese Flächen können wiederum als Ausgleich an anderer Stelle für eine weitere Verdichtung genutzt werden.

Wir werden:

- die Infrastruktur in ländlichen Regionen verstärkt in den Fokus nehmen und ausbauen,
- das Landesentwicklungsprogramm zugunsten kleinerer Zentren anpassen und Ballungsräume entlasten,
- die Lebensqualität im ländlichen Raum erhöhen und damit Alternativen zu bisherigen Ballungsräumen schaffen,
- den Immobilienmarkt in den größten Städten durch Alternativen im weiteren Umland entlasten,
- die Umwidmung von leerstehenden Gebäuden vereinfachen,
- Kommunen dabei unterstützen, Kleinstsiedlungen durch ein freiwilliges Absiedlungsprogramm finanziell zu entlasten.

Kommunales

Starke Kommunen – vor Ort entscheiden und handeln für die Menschen

Die Kommune ist das Gesicht des Staates zu den Menschen. Sie ist erste Anlaufstelle und Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger, für die Menschen vor Ort.

Eine liberale Kommunalpolitik setzt auf Eigenverantwortung, Freiheit und Nähe zu den Menschen vor Ort. Wir glauben daran, dass Vielfalt und Eigeninitiative die besten Grundlagen für lebendige Nachbarschaften, starke Vereine und eine funktionierende lokale Wirtschaft sind. Entscheidungen sollen dort getroffen werden, wo sie anfallen – in den Kreisverwaltungen, Verbandsgemeinden, Stadtteilen und Dörfern, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern.

So schaffen wir lebenswerte Kommunen: modern in der Infrastruktur, fair in den Chancen, offen für Innovation – und immer mit dem Anspruch, Freiheit und Verantwortung vor Ort erlebbar zu machen.

Die kommunale Verwaltung hat auf allen Ebenen unterschiedliche Aufgaben, die möglichst reibungsfrei ineinander greifen müssen, wie Zahnräder. Die Aufgaben müssen klar zugeordnet und die Prozesse ergebnisorientiert und effizient organisiert sein. Gleichzeitig bilden die Kommunen mit den kommunalen Räten und Ausschüssen das Rückgrat unserer liberalen Demokratie in Deutschland. Hier werden die Probleme vor Ort gelöst und die Weichen für eine prosperierende Gesellschaft gestellt.

Die Freien Demokraten setzen auf eine liberale Kommunalpolitik, auf Eigenverantwortung, Freiheit und Nähe zu den Menschen vor Ort. Wir wollen, dass Landkreise, Verbandsgemeinden, Städte und Gemeinden selbstbewusst gestalten können, statt durch übermäßige Bürokratie und starre Vorgaben gebremst zu werden und nur verwalten zu können.

Wir wollen, dass die motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf kommunaler Ebene Entscheidungen verantwortungsvoll im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und ihrer Anliegen

treffen können. Dazu wollen wir bereits in der Ausbildung einen Paradigmenwechsel: von der Zuständigkeitsprüfung hin zur Dienstleistungsmentalität. Dabei muss auch eine Fehlerkultur in der öffentlichen Verwaltung etabliert werden, denn nur wer nichts macht, macht keine Fehler.

Unsere Politik zielt darauf, kommunale Strukturen zu stärken, Finanzen solide und transparent zu führen und mehr Raum für bürgerschaftliches Engagement zu schaffen. Die Kommunen müssen einen verlässlichen Rahmen für die Entwicklungsmöglichkeiten der Menschen vor Ort setzen. Dabei müssen ihre Dienstleistungen in das Leben der Menschen passen – nicht die Menschen sich den Öffnungszeiten der Kommunalverwaltung anpassen müssen.

Kommunale Finanzen

Starke Städte und Gemeinden sind das Rückgrat unseres Landes. Sie gestalten das Leben vor Ort – von Schulen über Straßen bis Kultur. Damit sie das können, brauchen sie gesunde Finanzen. Nur mit einem ausreichenden finanziellen Spielraum kann kommunale Selbstverwaltung echte Entscheidungen treffen.

Wir Freie Demokraten kämpfen seit Jahren für faire und solide Kommunalfinanzen. Mit der Reform des kommunalen Finanzausgleichs haben wir das System bedarfsorientiert neu aufgestellt und die Ausgleichsmasse erstmals auf über vier Milliarden Euro erhöht. Die Mittel für die Kommunen sind damit stärker gewachsen als die übrigen Ausgaben des Landes. Zusätzlich haben wir Städte und Gemeinden über das Landesaufnahmegesetz bei den Kosten für Flucht und Asyl entlastet.

Trotzdem sind die Kommunalfinanzen durch steigende Sozialausgaben und Aufgabenübertragungen weiterhin unter Druck. Deshalb gilt für uns die konsequente Anwendung des Konnexitätsprinzips: Wer bestellt, bezahlt.

Jede neue Landesleistung soll eine Konnexitätsprüfung mit Kostenpfad, Gegenfinanzierung und einem „Kommunalcheck“ enthalten. Die Kommunen prüfen ihrerseits mit einem Konnexitäts-TÜV, ob Maßnahmen tragbar sind, und legen bei Bedarf Folgekostenberichte vor. So verhindern wir neue Schulden und schaffen finanzielle Fairness zwischen Land und Kommunen.

Gleichzeitig müssen die Soziallasten, insbesondere in Jugend- und Sozialhilfe, begrenzt werden. Wir wollen, dass das Land die Standards überprüft und einheitliche Mindeststandards – etwa bei Kita- und Jugendhilfeleistungen – finanziert. Kostenintensive Wünsche müssen sich an wirtschaftlichen Maßstäben orientieren. Neue Aufgaben ohne Gegenfinanzierung lehnen wir ab.

Wir wollen, dass die Kommunen ihre Aufgaben effizient bewältigen können. Künstliche Intelligenz und digitale Prozesse sollen helfen, Standardaufgaben schneller zu bearbeiten. Zudem wollen wir neben der Fortsetzung der Kommunal- und Verwaltungsreform die interkommunale Zusammenarbeit weiter ausbauen, um Ressourcen zu bündeln und Kosten zu senken.

Ein großer Teil der kommunalen Investitionen wird über Förderprogramme finanziert. Doch komplizierte Verfahren und hohe bürokratische Hürden führen dazu, dass viele Mittel gar nicht abgerufen werden. Wir wollen das ändern – mit einem „Fördernavigator“, der zuständige Landesstellen, Standardanträge und Plausibilitätsprüfungen bündelt. Unser Ziel sind einfache, digitale Verfahren vom Land bis zur Kommune und weniger Nachweisbürokratie.

Darüber hinaus wollen wir die Landesförderung vereinfachen und stärker pauschal gestalten. Ein Kommunalinvestitionsfonds mit Pauschalen für Digitalisierung, Bildung und Infrastruktur – etwa eine „Kitabau-Pauschale“, Mittel für kommunalen Straßenbau oder eine „Digitalisierungsoffensive“ – soll die Kommunen in die Lage versetzen, flexibel und eigenverantwortlich zu investieren.

Unser Ziel ist klar: Kommunen sollen handlungsfähig bleiben, ihre Kernaufgaben zuverlässig erfüllen und neue Projekte selbstbestimmt umsetzen können – ohne Schuldenfalle, aber mit fairer Partnerschaft zwischen Land, Bund und Gemeinden.

Altschuldenabbau

Viele Gemeinden haben in der Vergangenheit Kredite aufgenommen, um laufende Ausgaben zu decken. Diese Altschulden drücken sie bis heute und verhindern notwendige Investitionen.

Mit der Partnerschaft zur Entschuldung haben wir den Kommunen eine Last von über drei Milliarden Euro genommen – ein riesiger Schritt für mehr Gestaltungskraft vor Ort. Doch wir sind noch nicht am Ziel: Auch der Bund hat durch seine Sozialgesetze maßgeblich zur Verschuldung beigetragen und soll sich deshalb an der weiteren Entschuldung der Kommunen beteiligen.

Gleichzeitig muss er durch eine auskömmliche Finanzierung die bei den Kommunen bestellten Leistungen bezahlen, damit diese nicht erneut gezwungen sind, neue Schulden aufzubauen, um ihre Pflichtaufgaben erfüllen zu können.

Die Position der FDP ist klar: Wir stehen für eine dauerhaft auskömmliche Finanzierung der Kommunen, für die konsequente Anwendung kommunalaufsichtlicher Vorschriften sowie – nach dem Vorbild Hessens – für weitere Regeln zur Vermeidung neuer Schulden. Ein neuer Schuldenberg muss zum Schutz nachfolgender Generationen verhindert werden.

Straßenausbaubeiträge abschaffen

Wenn Kommunen Straßen erneuern, mussten Anwohnerinnen und Anwohner bisher oft hohe Einmalbeträge zahlen – sogenannte Straßenausbaubeiträge. Das war für viele Menschen eine große Belastung.

Wir haben diese Einmalzahlungen abgeschafft und auf kleine, wiederkehrende Beiträge umgestellt. Das hat Härten vermieden und mehr Planungssicherheit gebracht.

Allerdings sind wir überzeugt, dass Straßenerschließung und Unterhaltung in der Kommune eine Aufgabe der Allgemeinheit insgesamt ist und den Anwohnerinnen und Anwohnern nur unzureichend zugeordnet werden kann.

Im nächsten Schritt wollen wir deshalb die Beiträge ganz streichen und auf Basis eines transparenten mehrjährigen Finanzpfades durch den Landeshaushalt volumnfänglich ausgleichen.

Das entlastet Bürgerinnen und Bürger dauerhaft, verringert Bürokratie und sorgt für eine klare Regelung zur Finanzierung aus dem allgemeinen Steueraufkommen für die Kommunen.

Moderne bürgernahe Verwaltung

Behördengänge sind meist mit hohem Aufwand (Öffnungszeiten und Erreichbarkeit der kommunalen Einrichtungen) verbunden.

Die Verwaltung soll für die Menschen da sein – schnell, einfach und digital, nicht umgekehrt. Diese Herausforderung kann nur mit intakten und zukunftsweisenden Strukturen und Prozessen sowie einer leistungsfähigen digitalen und personellen Ausstattung bewältigt werden.

Mit dem Onlinezugangsgesetz haben wir begonnen, Verwaltungsleistungen ins Netz zu bringen. Durch online bereitgestellte Dienste können die Bürgerinnen und Bürger bequem über das Internet ihre Behördengänge durchführen. Anträge etwa für den Wohnsitzwechsel, einen Personalausweis oder Reisepass, die Hundesteueranmeldung, die Gewerbeanmeldung, die Aufgebotsbestellung, die Fahrzeuganmeldung und -abmeldung etc. können im Internet ohne Wartezeiten rund um die Uhr durchgeführt werden.

Dieses Angebot ist weiter auszubauen, um eine einheitliche Schnittstelle zu allen Behördenleistungen bereitzustellen. Die flächendeckende, vollumfängliche Umsetzung muss ein Fokusprojekt der kommenden Wahlperiode sein. Wir wollen, dass bis 2029 80 % der Standardleistungen über das Nutzerkonto RLP digital verfügbar sind.

Das Onlinezugangsgesetz muss aber mit einem digitalen Wandel in den Kommunalverwaltungen insgesamt einhergehen. Hierbei setzen wir darauf, dass das Land verlässliche Rahmenbedingungen bietet, damit der Wandel von analogen zu digitalen Prozessen reibungslos und zügig passieren kann. Das Rad mit Bezug auf digitale Prozesse darf nicht in jeder Kommune neu erfunden werden. Das Land muss Best-Practice-Beispiele bündeln und Support über die landeseigenen IT-Strukturen geben.

Wir setzen uns für einen Kommunalen KI-Pool beim Landesrechenzentrum ein, der grundlegende Tools, z. B. Vorgangsklassifikation, Bescheidentwürfe, Posteingangs-Routing etc., vorhält. Die Kommunen sollen für diese Landesleistung eine Pauschale bezahlen.

Die Digitalisierung muss dazu führen, Ressourcen zu schonen, Prozesse effizienter zu gestalten und langfristig für finanzielle Entlastung sorgen. Auch in der Verwaltung muss der Grundsatz gelten: mehr Zeit für die Menschen und weniger Zeit für Formulare. Durch digitale Transformation können wir Verwaltungsprozesse modernisieren, verschlanken und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erlauben, sich wieder auf die Kerntätigkeiten zu konzentrieren: den Service für die Bürgerinnen und Bürger.

Dabei reicht es nicht aus, nur die Schnittstelle zwischen der Verwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern zu digitalisieren, auch die Weiterverarbeitung des Vorgangs innerhalb der Verwaltung muss vollständig digitalisiert durchgeführt werden. Verwaltungsinterne digitalisierte Arbeitsabläufe bringen die elektronisch vorliegenden Informationen zum richtigen Sachbearbeiter und ermöglichen auch die Kommunikation zwischen Behörden. Das lästige Ausdrucken, manuelle Bearbeiten und gegebenenfalls sogar das Weiterleiten von Dokumenten per Briefpost muss ein Ende haben. Durch digitale Prozesse werden hier Zeit und Ressourcen eingespart.

Der logische nächste Schritt ist dann, dass Daten nur einmal erfasst und dann behördengrenzenübergreifend genutzt werden („once-only“-Prinzip). Bürgerbüros sollen zu echten One-Stop-Agencies werden, die alles aus einer Hand erledigen. Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz kann im Hintergrund Prozesse beschleunigen und das knappe Personal entlasten.

Bestehende Gesetze müssen dafür auf ihre Anwendbarkeit durch digitalisierte Arbeitsabläufe hin überprüft und angepasst werden. Durch ein klares Zugriffsberechtigungskonzept ist die Einhaltung der DSGVO zu realisieren.

Um ihre Prozesse digitalisieren zu können, brauchen Kommunen Beratung und Unterstützung sowie qualifiziertes Personal, etwa einen Chief Information Officer (CIO), zur Steuerung der IT-Prozesse. Die digitale Transformation erfordert aber auch digitale Kenntnisse bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der öffentlichen Verwaltung. Wir setzen uns für Aus- und Weiterbildungsprogramme ein, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter niederschwellig in die digitale Arbeitswelt einführen. Hierzu zählt nicht nur die Bedienung digitaler Anwendungen, sondern insbesondere auch das Verstehen der Vorteile und Änderungen der Arbeitsabläufe (Change-Management).

Diese Verwaltung 4.0 muss auch verbindlicher Teil der Ausbildungsinhalte für den Verwaltungsnachwuchs werden und an den Verwaltungsfachschulen gelehrt werden. Die Digitalisierung muss dazu führen, Ressourcen zu schonen und langfristig für finanzielle Entlastung sorgen – so zum Beispiel durch den Einsatz von digitalen Endgeräten in der Ratsarbeit, die Papier und entsprechende Druckkosten überflüssig machen.

Einheitliche IT-Systeme erleichtern die Zusammenarbeit

Die kommunale Selbstverwaltung ist eines der Grundprinzipien der Demokratie und besitzt durch die Selbstverwaltungsgarantie des Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz Verfassungsrang. Sie umfasst das Recht der Kommunen, einen Großteil ihrer öffentlichen Aufgaben selbstständig zu erledigen, ohne dass sich andere staatliche Ebenen einmischen.

Bei Fragen der IT-Nutzung führt dies jedoch zum Beispiel zu einer Vielzahl unterschiedlichster Fachanwendungen in jeder Gemeindeverwaltung. Wir wollen das Landesrechenzentrum beauftragen, einen Pool von Fachanwendungen cloud-basiert den kommunalen Verwaltungen anzubieten und zentral zu warten, als Alternative zur Beschaffung von individuellen Lösungen.

Darüber hinaus ist das IT-Personal, insbesondere in kleinen Gemeinden, überlastet und kann sich meistens nur noch auf die Wartungsarbeiten der vorhandenen Software konzentrieren. Für eine automatisierte Prozessgestaltung gibt es kaum Kapazitäten. Aufgrund der gehaltlichen Einstufung des IT-Personals ist die Verwaltung für IT-Fachpersonal kaum eine Alternative zur freien Wirtschaft.

Deshalb fordern wir Anreize, die IT-Stellen in der kommunalen Verwaltung und dem Landesrechenzentrum attraktiver zu gestalten.

Wir schlagen in der Diskussion um die Chancen der interkommunalen Zusammenarbeit eine Evaluation vor, die insbesondere Synergieeffekte durch kommunalübergreifende digitale Prozesse hebt. Dies muss ein erster Schritt vor einer möglichen Gebietsreform sein.

Förderung kommunaler Infrastruktur

Ob Straße, Radweg, Kita oder Feuerwehrhaus – Infrastruktur ist der Pulsschlag des Alltags. Wir haben Investitionen in Straßen, Radwege und den Katastrophenschutz unterstützt und smarte Projekte gefördert.

Wir beobachten allerdings, dass die Resonanz auf Förderprogramme zunehmend geringer wird, da die Förderanträge oftmals komplizierte und vielschichtige Anforderungen haben, bei denen die ehrenamtlichen wie hauptamtlichen Verwaltungen vor der Beantragung aufgrund der Aufgabenfülle und -tiefe zurückschrecken.

Künftig wollen wir deshalb Förderverfahren vereinfachen – so wie wir es bereits im Brand- und Katastrophenschutz umgesetzt haben – und diese Blaupause auf die gesamte Förderung kommunaler Investitionen übertragen. Die pauschale Zuweisung von Budgets statt einzelner Anträge auf Förderung spart Zeit und Nerven und bringt Projekte schneller ans Ziel.

Interkommunale Zusammenarbeit

Wir wollen die interkommunale Zusammenarbeit durch die Unterstützung des Landes fördern. Wir wollen feste Kooperationen benachbarter Kommunen etablieren – etwa in der Gesundheitsversorgung, beim Betrieb von Sportstätten, bei der Ausweisung von Wohn- und Gewerbegebieten oder im öffentlichen Nahverkehr.

Vor größeren Beschaffungen, z. B. IT, Fahrzeuge oder Geräte, wollen wir einen Pflicht-Prüfvermerk einführen: „Gibt es das als Landesstandard?“ oder „Ist eine gemeinsame Beschaffung mit anderen Kommunen möglich?“

Ehrenamt, Bürgerbeteiligung und Wahlen

Demokratie lebt davon, dass Menschen mitmachen – im Jugendparlament, im Senioren- oder Migrationsbeirat, im Rat oder im Ehrenamt. Wir haben die Beteiligung vor Ort gestärkt.

Das kommunale Ehrenamt lebt davon, dass Menschen unterschiedlichen Alters, mit vielseitigen beruflichen Hintergründen und unterschiedlichen Lebenssituationen gemeinsam die beste Lösung für ihren Lebensraum vor Ort suchen. In den vergangenen Jahren sind durch die Flexibilisierung der Gemeindeordnung im Hinblick auf hybride Sitzungsformate oder Kinderbetreuung die Weichen richtiggestellt worden. Allerdings herrscht in den Kommunen noch immer große Unsicherheit über die Rechtssicherheit dieser Möglichkeiten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Verwaltungen dabei unterstützt werden, moderne Wege zu gehen. Gleichzeitig wollen wir bei der Ausbildung des Verwaltungsnachwuchses und bei Lehrgängen für haupt- und ehrenamtliche Verwaltungsspitzen einen Fokus auf die Gestaltung einer modernen Ratsarbeit legen.

Menschen, die sich ehrenamtlich für ihre Gemeinde engagieren, verdienen Anerkennung und faire Entschädigung. Deshalb wollen wir die Entschädigungsregelungen für kommunale Ehrenbeamte, Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sowie ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister anpassen und einen Ehrensold prüfen. So stärken wir die Säulen, auf denen unsere Demokratie und unser Gemeinwesen vor Ort ruhen. Gleichzeitig

wollen wir die Aufgaben- und Verantwortungszuordnungen zwischen den ehrenamtlichen Bürgermeistern und Beigeordneten sowie der hauptamtlichen Verbandsgemeindeverwaltung kritisch überprüfen und die Zuständigkeiten klar zuordnen. Bei der letzten Kommunalwahl fanden sich für zahlreiche Gemeinden in Rheinland-Pfalz keine Bürgermeisterkandidatinnen und -kandidaten mehr. Hier wollen wir ansetzen und die Ehrenämter so gestalten, dass sie leistbar und attraktiv sind.

Wir wollen die Bürgerbeteiligung vor Ort weiter ausbauen: Jugend-, Senioren- und Migrationsbeiräte sollen ab Verbandsgemeindeebene mit Antrags- und Rederecht, eigenem Budget und personeller Unterstützung ausgestattet werden. Sie bringen ihre Kompetenzen ein und helfen dabei, Entscheidungen zu treffen, die alle Bürgerinnen und Bürger mitnehmen.

Wir erleben, dass junge Menschen politisch mitgestalten wollen und sich auf verschiedenen Ebenen, in Vereinen, Kirchen oder auch in der Politik für ihren Lebensraum vor Ort einsetzen. Wir wollen, dass sich junge Menschen ab 16 Jahren aktiv in der Demokratie einbringen können. Deshalb setzen wir uns auch weiterhin für ein Wahlrecht ab 16 Jahren ein.

Das Wahlsystem bei Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz zeichnet sich durch besondere Bürgernähe und Wahlfreiheit aus. Es gibt den Wählerinnen und Wählern weitreichende Mitbestimmungsmöglichkeiten, die über ein einfaches Ankreuzen einer Parteiliste hinausgehen. Durch das Kumulieren und Panaschieren können Wählerinnen und Wähler einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten mehrere Stimmen geben oder ihre Stimmen auf Bewerberinnen und Bewerber verschiedener Listen verteilen. Damit wird sichergestellt, dass nicht nur Parteien, sondern vor allem Persönlichkeiten eine Chance haben, gewählt zu werden.

Dieses System fördert die Vielfalt im Gemeinderat, stärkt die Verantwortung der einzelnen Kandidierenden und erhöht die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit „ihren“ Vertreterinnen und Vertretern. Allerdings ist das Verfahren bei der Auszählung der Stimmen kompliziert und zeitintensiv. Es wird deshalb zunehmend schwieriger, Wahlhelferinnen und Wahlhelfer für die Kommunalwahl zu finden. Daher wollen wir in der kommenden Wahlperiode digitale Unterstützungsmöglichkeiten für die Kommunalwahlen erproben, um rechtssichere Möglichkeiten für den nächsten Wahltermin 2029 zu schaffen.

Kommunal- und Verwaltungsreform

Rheinland-Pfalz ist traditionell stark kleinteilig organisiert: viele kleine Gemeinden, zahlreiche Verbandsgemeinden und häufig sehr kleine Verwaltungen. Das schafft Nähe, kostet aber auch Kraft und Geld und erschwert moderne Dienstleistungen. Wir wollen größere Einheiten ermöglichen, damit Verwaltungen leistungsfähiger und bürgerfreundlicher arbeiten können.

In den vergangenen Jahren haben wir bereits Reformen umgesetzt – insbesondere Fusionen von Verbandsgemeinden –, um Strukturen zu stärken und Verwaltungskosten zu senken. Doch klar ist: Wir müssen weiterdenken.

Größere Einheiten ermöglichen moderne, digitale Serviceangebote, bauen Doppelstrukturen ab, begegnen dem zunehmenden Fachkräftemangel und machen Verwaltungen zu attraktiveren Arbeitgebern. Deshalb muss in der nächsten Wahlperiode die Kommunal- und Verwaltungsreform im Dialog mit den Kommunen fortgeführt werden.

Dabei gilt es auch zu prüfen, wie die komplexer werdenden Aufgaben ehrenamtlicher Ortsbürgermeisterinnen und Ortsbürgermeister sowie Mandatsträgerinnen und Mandatsträger durch die zuständige Verwaltung noch besser unterstützt werden können. Ziel ist es, die Verwaltung zukunftsfähig aufzustellen und zugleich das Ehrenamt sowie die Handlungsfähigkeit vor Ort zu sichern.

Bauen und Wohnen

Einfacher und schneller mehr Wohnraum schaffen

In Deutschland fehlen über eine Million bezahlbare, neue Wohnungen. Doch auf allen Ebenen dauert das Bauen häufig viel zu lange – auch wegen langwieriger Planungs- und Genehmigungsverfahren. Wir Freie Demokraten begrüßen deshalb grundsätzlich die Ziele des sogenannten „Bau-Turbo“ des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen und haben uns auf Landesebene in Rheinland-Pfalz für eine schnelle Umsetzung bis in die kommunalen Ebenen eingesetzt. Eine entsprechende Änderung der Landesbauordnung ist durch uns in Rheinland-Pfalz bereits erfolgt. Wir werden uns weiter tatkräftig dafür einsetzen, dass einfacher und schneller mehr Wohnraum geschaffen wird.

Bauplanung beschleunigen

Wir setzen uns dafür ein, dass die gesetzlichen Grundlagen zur Umsetzung des „Bau-Turbos“ im Baugesetzbuch auch über das Jahr 2030 hinaus Bestand haben. Wir werden die Kommunen in die Pflicht nehmen, das Planen und Genehmigen von Bauvorhaben wesentlich zu beschleunigen. Das spart nicht nur Zeit, sondern auch Kosten. Davon profitieren kommunale Planungs- und Genehmigungsbehörden ebenso wie die Bauwirtschaft sowie Bürgerinnen und Bürger, insbesondere in verdichteten Siedlungsgebieten.

Wir wollen die Kommunen zukünftig noch stärker dazu anhalten, von den Vereinfachungen in der Bauplanung konsequent Gebrauch zu machen, Bauanträge schneller zu genehmigen und die Digitalisierung der Verfahren zügiger voranzutreiben.

Baurecht vereinfachen

Um- und Ausbauten innerhalb bestehender Gebäude sowie die Aufteilung innerhalb bestehender Gebäude sollen künftig nur noch den Behörden angezeigt werden müssen. Dies geht über die momentanen Regelungen der Landesbauordnung hinaus. Für die fachgerechte Ausführung sind dann die privat beauftragten Architektinnen und Architekten sowie Fachplanerinnen und Fachplaner verantwortlich. Erforderliche zusätzliche Treppenhäuser können auch außerhalb von Gebäuden ohne Genehmigung angebracht werden, sofern sie die Rechte der Grundstücksnachbarn nicht maßgeblich beeinträchtigen. Gleiches gilt für einvernehmliche Abweichungen von DIN-Normen innerhalb von Gebäuden, wenn diese im Interesse aller Beteiligten erfolgen und Nachteile für Grundstücksnachbarn ausgeschlossen werden können.

Die neue Sonderregelung – § 246e Baugesetzbuch – sowie weitere damit verbundene Neuregelungen ermöglichen weitreichende Abweichungen vom Bauplanungsrecht. Städte und

Gemeinden können entscheiden, ob und in welchem Umfang sie diese Instrumente nutzen. In Rheinland-Pfalz sollen sie künftig auf die Aufstellung eines Bebauungsplans verzichten können. Das spart neben Kosten vor allem Zeit, denn bei der Aufstellung eines Bebauungsplans vergehen oft mehrere Jahre.

Tiny Houses wollen wir auch ohne Baugenehmigung auf dem eigenen Grundstück erlauben, sofern eine Typengenehmigung vorliegt. Wir Freie Demokraten treten dafür ein, dass die nun geschaffenen Sonderregelungen nicht nur bis Ende 2030 befristet gelten, sondern auch darüber hinaus Bestand haben.

Wer Wohngebäude erweitern, aufstocken oder Gebäude sowie Gewerbeträger in Wohnraum umwidmen will, darf nicht durch langwierige Genehmigungsverfahren daran gehindert werden. Mit den bestehenden Sonderregelungen wollen wir erreichen, dass weitere Änderungen im Baugesetzbuch zur Straffung von Genehmigungsverfahren und zur Vereinfachung bestehender Bebauungspläne genutzt werden. Wir Freie Demokraten werden hierfür Architektinnen und Architekten stärker in Verantwortung und Haftung nehmen, um Entscheidungsträger in den Behörden effektiv zu entlasten.

Wir werden die Bauverwaltungen verpflichten, vollständig digitale Workflows inklusive digitaler Signaturen, Schnittstellen zu Fachverfahren und automatischer Datenübertragung zwischen Ämtern einzuführen. Nachgelagerte Dokumentationspflichten werden auf das gesetzlich notwendige Minimum reduziert.

Für Dachausbau oder die Umwandlung von Büroflächen in Wohnraum soll künftig keine Baugenehmigung mehr erforderlich sein. Damit gehen wir über die derzeitigen gesetzlichen Anforderungen hinaus.

Um den Umweltschutz weiterhin wirksam zu gewährleisten, soll eine Abweichung von Bauleitplänen nur dann möglich sein, wenn sie nach überschlägiger Prüfung keine zusätzlichen erheblichen Umweltauswirkungen hat. Abweichungen sind zudem nur zulässig, wenn sie für eine tatsächliche Beschleunigung erforderlich sind und nachbarschaftliche Interessen gewürdigt werden. In der Landesplanung fordern wir den Verzicht auf Umweltberichte, Fristverkürzungen, ausschließlich digitale Planauslagen sowie weitreichende Vereinfachungen beim Aufstellungsverfahren des Landesentwicklungsprogramms.

Wir werden:

- Um- und Ausbauten bestehender Gebäude sowie deren Aufteilung vereinfachen, indem wir die Genehmigung in eine reine Anzeigepflicht umwandeln. Die Verantwortung für die fachgerechte Umsetzung geht auf die Architektinnen und Architekten sowie Fachplanerinnen und Fachplaner der Bauherrinnen und Bauherren über.
- Das Anbringen externer Treppenhäuser vereinfachen.
- Abweichungen von DIN-Normen in Privatgebäuden ermöglichen, soweit keine Einschränkungen Dritter bestehen.
- Städten und Gemeinden ermöglichen, über die bisherige Frist hinaus auf die Aufstellung von Bebauungsplänen zu verzichten.
- Die Nutzung von Tiny Houses auch ohne Baugenehmigung auf dem eigenen Grundstück erlauben, sofern eine Typengenehmigung vorliegt.

- Für den Dachausbau oder die Umwandlung von Büroflächen in Wohnraum keine Baugenehmigung mehr verlangen.
- Die Potenziale des Building Information Modeling (BIM) gezielt nutzen, um mit dem BIM-basierten Bauantrag die Bearbeitungszeit in den Genehmigungsbehörden zu verkürzen. Damit Architektinnen und Architekten sowie Verwaltungen mit BIM arbeiten können, stattet wir die Verwaltungen mit herstelleroffenen Schnittstellen aus und begleiten die kommunalen Genehmigungsbehörden bei der Umsetzung.
- Alle Vorgaben zur Gestaltung von Freiflächen und Gärten abschaffen.
- Die Landesplanung durch den Verzicht auf Umweltberichte, Fristverkürzungen, digitale Planauslagen und Vereinfachungen beim Aufstellungsverfahren des Landesentwicklungsprogramms deutlich beschleunigen.

Denkmalschutz weiterentwickeln

Der Denkmalschutz ist leider oft mehr ein Hemmnis für Renovierung und Nutzung von entsprechend geschützten Gebäuden. Wir Freie Demokraten wollen uns daher für eine Lockerung des Denkmalschutzes aussprechen, um historische Gebäude auch weiterhin nutzen und damit auch schützen zu können. Letztlich braucht es pragmatische Lösungen, um denkmalgeschützte Gebäude auch in der Moderne nutzen und erhalten zu können, soweit der denkmalwürdige Charakter der Immobilie erhalten bleibt. Wir können uns denkmalgeschützte Bauruinen, die keiner aufwendig sanieren möchte, nicht mehr leisten.

Wir werden:

- ermöglichen, denkmalgeschützte Gebäude moderat zu modernisieren, damit diese auch weiterhin genutzt werden können.
- die Möglichkeit schaffen, denkmalgeschützte Bauruinen, für die es kein Interesse mehr gibt, entfernen zu lassen.

Keine Mietregulierungen und keine Milieuschutzsatzung

Grundsätzlich gilt: Je stärker die Attraktivität in einem Stadtgebiet sinkt, desto erschwinglicher werden andererseits die Mieten und desto schneller verwahrlost infolgedessen der Bestand. Dies führt wiederum dazu, dass neue Bevölkerungsgruppen in diesen Stadtteil ziehen und diesen nach ihren eigenen Vorstellungen wiederum neu beleben. Meist handelt es sich dabei zunächst um kulturelle Vereinigungen, Künstler und neue Bevölkerungsgruppen, die dem Stadtteil nach ihrer Vorstellung erst umgestalten und dann prägen. Daraus entstehen komplett neue Milieus, in denen sich die Bewohner im Idealfall auch wirtschaftlich engagieren und diesen Stadtteil im Ergebnis wieder aus eigener Kraft und eigenem Engagement aufwerten. Dadurch wird der Stadtteil etwas später auch für andere, zahlungskräftigere Bevölkerungsgruppen wieder interessant und die Entwicklung des Wirtschaftskreislaufes Stadt beginnt von vorne.

Da Milieuschutzsatzungen solchen Kreisläufen in ihrer Entwicklung im Wege stehen, lehnen wir derartige Satzungen mit ihrer blockierenden Wirkung bis hin zum Stillstand ab. Denn Stillstand ist auf der Zeitschiene immer auch Rückschritt!

Wir Freie Demokraten lehnen die Mietpreisbremse in jeder Variante ab, weil diese für Mieter den Fehlanreiz setzt, in günstigen größeren Wohnungen langfristig zu verharren, obwohl ein Teil oder Großteil der Fläche gar nicht (mehr) benötigt wird. Würden alle Mietwohnungen, deren Miete deutlich unterhalb der Durchschnittsmiete einer Stadt liegt, frei, gäbe es auf Dauer genügend Wohnraum zu erschwinglichen Mietpreisen für alle. Insbesondere junge Familien würden davon profitieren, wenn in einem Wohnungsmarkt, in dem sich der Neubau ganz überwiegend auf teure kleine Wohnungen fokussiert, nun auch aus den Beständen heraus größere, bezahlbare Vier-Zimmer-Wohnungen zur Verfügung stünden. Nur durch einen stetig aktiven Markt können sich auch passende Angebote herausbilden.

Es ist grundsätzlich nicht zu verhindern, dass Mieten mittel- und langfristig ansteigen, da hilft auch kein künstliches Konstrukt wie die Mietpreisbremse. Beispielsweise haben Fördermittel, die in die Innenstadtentwicklung fließen, den Effekt, dass auf jeden Euro nochmals bis zu acht Euro private Investitionen folgen. Da sich diese privaten Investitionen auch rechnen müssen, steigen die Preise für Gebäude und Mieten. Steigen die Mieten, steigen aber auch die Ausgaben für Wohngeld in den Kommunen. Langfristig braucht daher auch jede Stadt zur Vermeidung immer stärker steigender Mieten neuen Wohnraum oder Ausweichmöglichkeiten ins Umland. Denn nur das Angebot von mehr Wohnraum kann am Ende steigenden Preisen entgegenwirken. Daher unterstützen die Freien Demokraten den Wohnungsneubau durch Vereinfachung und Beschleunigung von Bauplanungen und -verfahren.

Wir werden:

- keine Milieuschutzsatzungen fördern, sondern sie abschaffen, wo es möglich ist.
- die Mietpreisbremse abschaffen, wo es sie bereits gibt, und verhindern, wo es sie noch nicht gibt.
- auf die Regulationskraft des Marktes aus Angebot und Nachfrage vertrauen und deshalb vor allem den Neubau von Wohnraum unterstützen.

Wiederaufbau Ahrtal

Wiederaufbau und Zukunft des Ahrtals

Die Flutkatastrophe im Ahrtal im Jahr 2021 war eine der größten Naturkatastrophen in Rheinland-Pfalz. Menschen kamen ums Leben oder wurden traumatisiert. Straßen, Brücken, Bahnstrecken, Weinbauflächen und touristische Infrastruktur wurden massiv zerstört. Ganze Orte waren zeitweise nicht erreichbar, der Tourismus – eine der wichtigsten Lebensgrundlagen der Region – brach ein.

Der Wiederaufbau ist nicht nur eine technische Aufgabe, sondern unsere klare Botschaft: Wir lassen die Menschen im Ahrtal nicht allein. Ein starkes Ahrtal ist wichtig für die Lebensqualität vor Ort, für den Weinbau und die Wirtschaftskraft in Rheinland-Pfalz und für den Tourismus, der weit über die Region hinausstrahlt.

Schon kurze Zeit nach der Katastrophe konnten die ersten Fortschritte erzielt werden: Bereits sechs Wochen nach der Flut waren unterbrochene Straßen- und Brückenverbindungen provisorisch wiederhergestellt, sodass alle Ortsteile erreichbar waren. Nach rund eineinhalb Jahren konnten die wichtigsten Hauptverkehrsadern vielerorts wieder nutzbar gemacht werden

– teils vorläufig, teils dauerhaft. Besonders hervorzuheben ist der schnelle Wiederaufbau der eingestürzten B 9-Brücke bei Sinzig, die in Rekordzeit von nur neun Monaten erneuert wurde. Auch bei anderen Brücken, wie an der Sahrbachbrücke in Kreuzberg, wurden moderne und hochwassersichere Bauweisen eingeführt, die bundesweit einmalig sind.

Parallel dazu wurden verbindliche Bauzeitenpläne vorgelegt, die den Menschen in der Region Klarheit und Planungssicherheit geben. Erste konkrete Maßnahmen, wie der Wiederaufbau der Ortsdurchfahrt Reimerzhoven, starteten bereits ab 2025.

Im Weinbau wurde neben der finanziellen Aufbauhilfe der Wiederaufbau der zerstörten Flachlagen durch ein schnelles und zielgerichtetes Landmanagement („Task Force ländliche Bodenordnung“) unterstützt. So konnten im Rahmen der Flurbereinigungsverfahren die komplexen Planungsprozesse unter Berücksichtigung der verschiedensten Vorgaben u. a. im Hinblick auf Hochwasserschutz, Wiederaufbau der Ahrtalbahn oder Leitungsverlegungen vorangebracht werden.

Auch der Tourismus zeigt erste deutliche Erholungstendenzen: Die Zahl der Gäste im Ahrtal ist 2024 um 16 Prozent gestiegen, die Zahl der Übernachtungen sogar um 23 Prozent. Zahlreiche Förderprojekte unterstützen diesen Aufwärtstrend – vom „Nachhaltigen Tourismuskonzept Ahrtal 2025“ über die international beachtete Kampagne We AHR open bis hin zu innovativen Projekten der Digitalisierung und zum Einsatz Künstlicher Intelligenz. Bereits über 5,4 Millionen Euro sind in die touristische Infrastruktur geflossen, darunter in den Wiederaufbau von Kurparkliegenschaften, die Modernisierung von Tourist-Informationen oder die Planung neuer Attraktionen wie einer Panorama-Hängebrücke und eines Skywalks.

Wir haben für die Mobilität gesorgt: Der Ahr-Radweg ist fast vollständig wieder befahrbar, Ersatzrouten und ein Radbus-Angebot stellen sicher, dass Touristen wie Einheimische mobil bleiben. Ergänzend dazu wurden an zentralen Stellen Infotafeln aufgestellt, die transparent über Fortschritte, Bauvorhaben und den gesamten Wiederaufbauprozess informieren.

Der Wiederaufbau des Ahrtals bleibt für uns ein langfristiges und zentrales Projekt. Unser Ziel ist es, die Region nicht nur wiederherzustellen, sondern sie stärker, moderner und nachhaltiger als zuvor zu gestalten. Dazu gehört, dass alle Straßen- und Brückenbauprojekte Schritt für Schritt abgeschlossen werden – mit einem verbindlichen Zeithorizont. Besonders belastete Ortsdurchfahrten und zentrale Verkehrsachsen werden dabei vorrangig behandelt.

Ein entscheidender Baustein ist auch der Bahnverkehr: Mit der Wiederinbetriebnahme der Ahrtalbahn bis Ende 2025 wird das Rückgrat für eine umweltfreundliche und zuverlässige Mobilität geschaffen.

Der Weinbau ist nicht nur ein zentraler Bestandteil der regionalen Identität, sondern auch eine tragende Säule für die wirtschaftliche, kulturelle und touristische Zukunft des Ahrtals.

Im Tourismus wollen wir den positiven Trend verstärken und das Ahrtal wieder zu einer der attraktivsten Destinationen in Rheinland-Pfalz entwickeln. Dafür setzen wir auf den konsequenten Ausbau der Infrastruktur, von neuen Kur- und Kulturangeboten über den Ahr-Radweg bis hin zu innovativen Projekten wie einer Heilwasser-Erlebniswelt. Nachhaltigkeit und Digitalisierung werden dabei zum Markenzeichen des neuen Ahrtals.

Zudem bleibt der Radweg ein zentrales Ziel. Mit Investitionen in moderne, hochwassersichere Bauwerke wollen wir ihn vollständig wiederherstellen und seine doppelte Rolle als Freizeitmagnet und wichtiger Alltagsweg – insbesondere für Schülerinnen und Schüler – sichern.

Schließlich wollen wir den Wiederaufbauprozess auch weiterhin sichtbar dokumentieren. Transparenz und Beteiligung sind uns wichtig, damit die Menschen vor Ort und Gäste von außerhalb sehen können: Es geht voran, Schritt für Schritt.

Verlängerung der Antragsfristen für den Wiederaufbau

Die aktuelle Antragsfrist für Wiederaufbauhilfen im Ahrtal endet am 30. Juni 2026. Bislang wurde nur ein kleiner Teil der Mittel ausgezahlt. Viele private Bauvorhaben stehen kurz vor der entscheidenden Phase oder befinden sich noch in Planung und Genehmigung. Verzögerungen durch Versicherungsgutachten, Baukostensteigerungen und komplexe Schadenserfassungen erschweren fristgerechte Anträge. Wir fordern daher eine Verlängerung der Antragsfrist bis mindestens 31. Dezember 2027. Entscheidend darf nicht das Kalenderdatum sein, sondern der reale Bau- und Wiederaufbaufortschritt. Kein Vorhaben im Ahrtal darf an einer Formalfrist scheitern.

Der Wiederaufbau im Ahrtal hat aber auch gezeigt, dass Verwaltung handlungsfähig ist, wenn Zuständigkeiten gebündelt und Verfahren vereinfacht werden. Das FDP-geführte Wirtschaftsministerium hat hier wesentliche Akzente gesetzt, zum Beispiel durch die Einrichtung eines LBM-Büros direkt vor Ort oder durch die Lockerung der Vergaberegelungen. Diese Erfahrungen wollen wir auf das ganze Land übertragen, damit Projekte schneller umgesetzt und Entscheidungen zügig getroffen werden. Rheinland-Pfalz braucht einen Staat, der ermöglicht und handelt – nicht verzögert.

Wir stehen dafür, dass das Ahrtal nicht nur zu seiner alten Stärke zurückkehrt, sondern moderner, widerstandsfähiger und zukunftsfähiger wird. Dafür setzen wir uns mit ganzer Kraft ein – für die Menschen, die dort leben, und für eine Region, die weit über Rheinland-Pfalz hinausstrahlt.

Digitalisierung

Digitale Transformation und Innovation für Rheinland-Pfalz

Digitalisierung ist kein Zukunftsprojekt, sie verändert längst unseren Alltag, unsere Wirtschaft und unsere Verwaltung. Für uns Freie Demokraten bedeutet das: Wir sehen in dieser Transformation keine Bedrohung, sondern eine riesige Chance, Rheinland-Pfalz leistungsfähiger, bürgernäher und innovativer zu machen. Wir wollen, dass jede und jeder den digitalen Fortschritt für sich nutzen kann, unabhängig von Wohnort, Alter oder Einkommen. Digitalisierung ist für uns kein Selbstzweck, sondern das Werkzeug, um Freiheit zu stärken, Abläufe zu vereinfachen und Chancen für alle zu eröffnen.

Als Freie Demokraten haben wir den digitalen Wandel in Rheinland-Pfalz konsequent vorangetrieben. Wir haben Verfahren beschleunigt, Förderprogramme gebündelt und die Verwaltung digitaler und effizienter gemacht. Mit der Digitalstrategie Rheinland-Pfalz, der Koordinierungsstelle Digitalisierung und gezielten Investitionen in Glasfaser, 5G und digitale

Bildungsinfrastruktur haben wir die Grundlagen für vernetzte Kommunen, digitale Schulen und moderne Verwaltungsprozesse geschaffen. Wir haben den Mittelstand und Start-ups gestärkt, indem wir den Zugang zu Fördermitteln vereinfacht, Reallabore ermöglicht und Forschung besser mit der Wirtschaft verknüpft haben. Mit Initiativen wie der Innovationsagentur Rheinland-Pfalz und der Transferstrategie zwischen Hochschulen und Betrieben fördern wir neue Ideen, digitale Geschäftsmodelle und den Einsatz von Künstlicher Intelligenz in Wirtschaft und Verwaltung.

Rheinland-Pfalz soll in der kommenden Dekade zu einem der modernsten, fortschrittlichsten und innovativsten Länder innerhalb des Bundes und der Europäischen Union werden. Dafür braucht es klare Zuständigkeiten, verlässliche Strukturen und den Mut, neue Wege zu gehen. Wir Freie Demokraten wollen die Digitalpolitik des Landes neu aufstellen und ein eigenständiges Digitalministerium schaffen, als zentrale Schnittstelle zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft. Dieses Ministerium soll Konzepte und Anwendungen sowohl für die Kommunen als auch für die weiteren Ressorts entwickeln und vorantreiben, um eine einheitliche IT-Infrastruktur und Prozesslandschaft aufzubauen, zu harmonisieren und dauerhaft zu pflegen. Es soll Standards setzen, Datenschnittstellen öffnen und als erste Anlaufstelle für Unternehmen, Start-ups und öffentliche Einrichtungen fungieren, damit Digitalisierung aus einer Hand gelingt.

Um öffentliche Investitionen effizienter, schneller und nachhaltiger zu machen, wollen wir bei allen öffentlichen Bauvorhaben in Rheinland-Pfalz auf Building Information Modeling (BIM) setzen – im Einklang mit dem Masterplan BIM des Bundes. Die digitale Planungsmethode erhöht die Kostensicherheit, verkürzt Bauabläufe und verbessert die ökologische Qualität der Projekte.

Unser Ziel ist ein Land, das digital denkt, bevor es analog handelt. Ein Rheinland-Pfalz, das den Wandel mit einem zukunftsorientierten und technologieoffenen Mindset gestaltet, das Generationen verbindet und allen Menschen neue Freiräume eröffnet. Wir wollen, dass der digitale Fortschritt nicht trennt, sondern vereinfacht, nicht überfordert, sondern befähigt. Digitalisierung ist für uns Freie Demokraten ein Freiheitsversprechen – für die Menschen von heute und für die Generationen von morgen.

Rheinland-Pfalz zum internationalen KI-Hotspot machen

Künstliche Intelligenz wird in immer mehr Anwendungen zum Einsatz kommen. So wird das autonome Fahren Verkehr und Logistik entscheidend prägen. Intelligente Verkehrssysteme, die den Verkehr interaktiv leiten und auf Situationen reagieren können, werden Staus reduzieren und das Leben erleichtern.

KI kann auch im ÖPNV viele Vorteile schaffen. So schaffen Echtzeitanwendungen die Voraussetzungen für Mobility on Demand. Die FDP Rheinland-Pfalz will Projekte hierzu fördern und initiieren.

Mit dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz in Kaiserslautern haben wir die Grundlage für eine Entwicklung von KI in Rheinland-Pfalz. Durch Definition, Förderung und Umsetzung von Projekten in Zusammenarbeit mit Unternehmen soll die Beschleunigung von marktreifen Lösungen unterstützt werden. Diese können dann ressourcenschonend die Kosten unserer Gesellschaft senken. Das werden wir als Freie Demokraten Rheinland-Pfalz weiter fördern.

KI ist ein zunehmend wichtiger Wirtschaftsfaktor. KI-Lösungen können für alle Gesellschaftsbereiche Verbesserungs- und Einsparpotenziale bewirken. KI-Lösungen zu entwickeln bedeutet auch, in eine hohe finanzielle Vorleistung zu gehen. Start-ups mit neuen Ideen sind in der Umsetzung gehemmt, weil Sponsoren gefunden werden müssen. Eine staatliche Förderung für die Entwicklung und als Vermarktungsanstoß bewirkt eine Erhöhung von im Markt verfügbaren Lösungen. Das fördert den Wettbewerb. Die zu fördernden Lösungen müssen einen Beitrag zur Verbesserung unseres Lebens erbringen.

Rheinland-Pfalz sollte mit einem professionellen Projektmanagement ein klares Zielbild mit Meilensteinen für KI-Lösungen entwickeln.

Sandbox-Modelle für Wirtschaft und Forschung – Freiräume für Innovation schaffen

Wir Freie Demokraten wollen Rheinland-Pfalz zu einem Vorreiterland für innovationsfreundliche Regulierung machen. Wo wir als Land eigene Kompetenzen haben, schaffen wir rechtliche Spielräume, damit Unternehmen ihre Innovationen eigenverantwortlich erproben können. Dafür wollen wir eine zentrale Koordinierungsstelle einrichten, die Unternehmen bei der Entwicklung projektspezifischer Testumgebungen berät, Rechtssicherheit schafft und den Zugang zu Landes-, Bundes- und EU-Programmen vermittelt. So entsteht ein innovationsfreundliches Umfeld, das Vertrauen stärkt und Fortschritt möglich macht.

In der Regierungsverantwortung haben wir Freie Demokraten bereits wichtige Grundlagen für ein innovationsfreundliches Rheinland-Pfalz geschaffen. Mit der Innovationsagentur Rheinland-Pfalz wurde eine zentrale Plattform etabliert, die Unternehmen, Forschung und Start-up-Szene vernetzt und Fördermittel gezielt dorthin lenkt, wo sie Innovation auslösen. Programme wie InnoTop und Digital Jetzt fördern die Entwicklung neuer Technologien in kleinen und mittleren Betrieben, während Initiativen wie der Umwelt-Campus Birkenfeld praxisnahe Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ermöglichen. Diese Maßnahmen zeigen: Rheinland-Pfalz ist bereit, den nächsten Schritt zu gehen – hin zu einem Land, das Innovationen nicht nur fördert, sondern rechtlich absichert und beschleunigt.

Wir Freie Demokraten wollen Unternehmen in Rheinland-Pfalz die Möglichkeit geben, eigene Sandboxen für Forschung, Entwicklung und neue Technologien auf ihre Projekte zugeschnitten zu errichten. Dabei geht es nicht darum, staatliche Reallabore zu errichten, sondern rechtssichere Freiräume zu eröffnen, in denen Innovation praktisch erprobt werden kann. Wo Rheinland-Pfalz eigene Gesetzgebungskompetenz besitzt, werden wir risikobasierte Schwellenwerte einführen, die transparent regeln, wann Unternehmen eigenverantwortlich experimentieren können und ab wann eine behördliche Abstimmung notwendig wird.

Für die große Mehrheit innovationsrelevanter Bereiche, die in Bundeskompetenz liegen, setzen wir uns aktiv für entsprechende Regelungen auf Bundesebene ein. Über Bundesratsinitiativen und im Dialog mit anderen innovationsfreundlichen Bundesländern werden wir für bundesweite Experimentierklauseln und Sandbox-Regelungen werben, die eigenverantwortliche Innovation ermöglichen. Unser Ziel ist ein konsistenter regulatorischer Rahmen, der Unternehmen in ganz Deutschland zugutekommt.

Das Wirtschaftsministerium soll eine zentrale Koordinierungsstelle schaffen, die als kompetenter Ansprechpartner für Unternehmen fungiert, Transparenz sicherstellt und Orientierung im komplexen Geflecht aus Landes-, Bundes- und EU-Recht bietet. Die

Koordinierungsstelle berät Unternehmen bei der Entwicklung ihrer projektspezifischen Sandboxen, prüft die rechtliche Zulässigkeit und identifiziert, welche Ebene zuständig ist. Sie fungiert als Lotse zu Bundesbehörden und EU-Programmen und stellt sicher, dass rheinland-pfälzische Unternehmen von allen verfügbaren Innovationsförderinstrumenten profitieren können. Für KI-Anwendungen, die unter die AI-Regulatory Sandboxen des EU-KI-Gesetzes fallen, vermittelt sie aktiv den Zugang zur zuständigen Bundesbehörde und unterstützt Unternehmen bei Antragstellung und Begleitung. Die Koordinierungsstelle sammelt zudem systematisch Erkenntnisse aus Innovationsprojekten, um regulatorische Hemmnisse zu identifizieren und Anpassungsbedarfe sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene evidenzbasiert aufzuzeigen.

Unser Ziel ist ein Rheinland-Pfalz, in dem Forscher, Mittelständler und Start-ups ihre Ideen selbstständig entwickeln, testen und zur Marktreife bringen können – ohne übermäßige Hürden, aber mit klarer Verantwortung. Wo wir als Land gestalten können, schaffen wir eigenverantwortliche Erprobungsräume. Wo der Bund zuständig ist, sind wir Motor für bundesweite Reformen. Wir wollen ein Land, das mutig genug ist, Innovation zuzulassen, bevor sie perfekt ist, weil Fortschritt nur dort entsteht, wo Menschen ausprobieren dürfen.

Verwaltung als Innovationslabor – Data Governance und digitale Erprobungsräume

Wir Freie Demokraten wollen die Landesverwaltung selbst zum Innovationslabor machen. Neue Technologien, KI-Anwendungen und digitale Prozesse sollen unter realen Bedingungen getestet werden können, bevor sie flächendeckend eingeführt werden. Dabei gilt: Datenschutz, Datensicherheit und Transparenz haben oberste Priorität. Nur wenn Bürgerrechte gewahrt bleiben, darf Innovation stattfinden.

In Regierungsverantwortung haben wir Freie Demokraten wichtige Grundlagen für eine moderne, lernende Verwaltung gelegt. Mit dem Projekt „Ökosystem KI“ werden erstmals Künstliche-Intelligenz-Anwendungen in Verwaltungsprozessen erprobt – ein wichtiger Schritt, um KI praktisch und verantwortungsvoll nutzbar zu machen. Als bundesweites Pilotland der Verwaltungsdigitalisierung gestaltet Rheinland-Pfalz aktiv den digitalen Umbau von Staat und Verwaltung mit und liefert Impulse für eine einheitliche Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes. Die Innovationsagentur Rheinland-Pfalz stärkt Forschung, Start-ups und Verwaltung als Partner eines gemeinsamen Innovationsökosystems und gibt Impulse für eine moderne Staatsmodernisierung. Mit dem Wettbewerb zur Förderung innovativer Open-Source-Projekte wurde zudem ein liberaler Weg eingeschlagen, um Verwaltungssoftware offener, sicherer und zukunftsfähiger zu gestalten.

Auf diesen Erfolgen wollen wir aufbauen. Wir Freie Demokraten wollen die Verwaltung in die Lage versetzen, selbst Innovationen zu erproben – mit klaren Regeln, aber ohne lähmende Bürokratie. Dazu schaffen wir eine zentrale Koordinierungsstelle, die Pilotprojekte bündelt, rechtliche Fragen klärt und erfolgreiche Innovationen in den Regelbetrieb überführt.

Besonderes Augenmerk gilt der Zusammenarbeit mit den Kommunen. Sie sollen aktiv in Erprobungsprojekte eingebunden werden und Unterstützung bei Methodik, Finanzierung und Umsetzung erhalten. Erfolgreiche kommunale Ansätze, etwa digitale Antragsverfahren oder KI-gestützte Ressourcenplanung, sollen systematisch dokumentiert und landesweit nachnutzbar gemacht werden. So fördern wir Synergien, vermeiden Insellösungen und schaffen echte Skalierung im öffentlichen Sektor.

Unsere Vision ist eine moderne Data Governance: Daten werden verantwortungsvoll, transparent und zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt. Das Once-Only-Prinzip soll endlich zur Praxis werden – Daten müssen nur einmal erfasst und sicher zwischen Behörden genutzt werden können.

Rheinland-Pfalz soll eine Verwaltung haben, die mutig ausprobiert, aus Erfahrung lernt und digitale Lösungen schnell in die Praxis bringt – offen, rechtskonform und im Dienst der Menschen im Land.

„Rheinland-Pfalz's Got Talent“: Jährlicher Hackathon für innovative Problemlösungen

Digitale Lösungsansätze für besondere technologische oder gesellschaftliche Herausforderungen sind als reguläre Forschungsprojekte oft nur schwer und langwierig zu erarbeiten. Hackathons bündeln mithilfe digitaler Kommunikationsmittel das technische Know-how und die innovative Gestaltungskraft vieler Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Echtzeit. So können Lösungen für unterschiedlichste Herausforderungen in wenigen Tagen erarbeitet und ihre praktische Umsetzung angestoßen werden.

In Rheinland-Pfalz wurden bereits erfolgreiche Formate gestartet, um digitale Lösungen gemeinsam zu entwickeln und Innovation zu fördern. Unter Federführung des Wirtschaftsministeriums haben beim Hackathon der Wirtschaft Rheinland-Pfalz 2020 hunderte Teilnehmerinnen und Teilnehmer gemeinsam an Projekten zu Smart Mobility, Resilienz sowie Digitalisierung in Wirtschaft und Verwaltung gearbeitet.

Wir Freie Demokraten fordern die Etablierung regelmäßiger Hackathons in Rheinland-Pfalz zu aktuellen und wiederkehrenden Herausforderungen sowie den Aufbau eines landeseigenen Umsetzungs- und Förderprogramms in Kooperation mit Unternehmen, Stiftungen und Institutionen. Hackathons sollen regelmäßig stattfinden, ihre Ideen systematisch in Projekt- und Innovationspipelines überführt werden und die Ergebnisse durch Mentoring, Finanzierung und Infrastruktur gezielt unterstützt werden.

Neue Digital-Hubs für Rheinland-Pfalz: Wo Tradition und Innovation die Zukunft machen

In der gesamten Bundesrepublik nimmt die Zahl regionaler Digital-Hubs erfreulicherweise stetig zu. In diesen Hubs treffen Start-ups und etablierte Unternehmen zusammen, um von der gegenseitigen Expertise zu profitieren. Einerseits profitieren Start-ups von den Erfahrungswerten etablierter Unternehmen und lernen, gesund und nachhaltig zu wachsen. Andererseits profitieren diese etablierten Unternehmen von der Innovationskraft und dem digitalen Know-how der Start-ups und können ihre Geschäftsmodelle schneller und kohärenter digital transformieren.

In Rheinland-Pfalz zeigen erfolgreiche Beispiele, wie Hubs Innovation voranbringen: Der Gutenberg Digital Hub Mainz vernetzt seit 2018 Start-ups, etablierte Unternehmen und Wissenschaft. Auch der Digital Hub Region Trier sowie der Hub Worms wurden mit Landesmitteln gefördert und schaffen Räume für Co-Working, Gründung und Austausch. Diese Projekte beweisen: Das Prinzip „Hub“ funktioniert – es verbindet digitale Ideen mit klassischer Wirtschaft und belebt regionale Innovationskraft.

Wir Freie Demokraten wollen diese Impulse weitertragen und Hubs breiter denken. Neben digitalen sollen künftig auch thematische Hubs entstehen – etwa für Energie, Mobilität, Gesundheit oder soziale Innovationen sowie Venture-Hubs für Finanzierungen. Eine landesweite Dachinitiative soll bestehende und neue Hubs vernetzen, Synergien fördern und den Wissenstransfer zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Kommunen stärken. So entstehen Orte, an denen Rheinland-Pfalz Zukunft gestaltet – gemeinsam, praxisnah und innovationsstark.

Medien

Öffentlich-rechtliche Medien – Neuer Auftrag und schlanke Strukturen

In Zeiten wachsender, nahezu unendlicher Vielfalt an Inhalten via Streaming-Diensten und Onlineplattformen sind Größe und Zuschnitt des von der Allgemeinheit zu finanzierenden öffentlich-rechtlichen Rundfunks den heutigen Bedürfnissen anzupassen. Deshalb fordern wir eine Neudeinition des Auftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit einer Verschlankung und dem Abbau von Doppelstrukturen (ARD, ZDF, Deutschlandradio).

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird gebraucht für kulturelle, regionale, politische und Bildungsinhalte, die Privatsender oder Streaming-Dienste nicht anbieten. Dafür braucht es beispielsweise keine 60 eigenständigen Hörfunkprogramme. Die Zahl der linearen Programme (Kanäle) kann reduziert werden.

Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk soll die Möglichkeit gelassen werden, eigen- und auftragsproduzierte Inhalte länger in den Mediatheken vorzuhalten, sofern dafür die Rechte vorhanden sind und angemessen vergütet werden.

Über eine Präzisierung des Grundversorgungsauftrags mit Fokus auf „Public Value“ und eine klare Aufgabenbeschreibung möchten die Freien Demokraten erreichen, dass der Rundfunkbeitrag nicht nur stabil bleibt, sondern mittelfristig auch gesenkt werden kann.

Die Expansion des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in presseähnliche Online-Angebote lehnen wir entschieden ab – sie gefährdet die Vielfalt privater Medien und überschreitet den Grundversorgungsauftrag.

Den Beitragszahlern wollen wir eine langfristige finanzielle Entlastung bieten, indem wir den Programmauftrag konkretisieren und den Rundfunkbeitrag senken. Die Ermittlung des Finanzbedarfs der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten soll sich am präzisierten Auftrag, den neuen Strukturen sowie an den Grundsätzen von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit orientieren.

Schüler, Studierende, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende wollen wir vom Rundfunkbeitrag befreien.

Die Rundfunkräte sollen ohne Politiker besetzt werden; die Aufsichtsgremien sollen stattdessen einen Querschnitt der Bevölkerung abbilden.

Die Dritten Programme sollten sich auf regionale und Länderberichterstattung konzentrieren. Hier haben sie ihre Aufgabe und nicht in der Wiederausstrahlung von Inhalten, die genauso in den Mediatheken zu finden sind. In Zeiten, in denen nichts Regionales gesendet wird, kann ein bundesweit einheitliches Rahmenprogramm ausgestrahlt werden.

Weniger als fünf Prozent der Haushalte in Deutschland nutzen DVB-T(2), in Rheinland-Pfalz ist die Quote besonders niedrig. Die Verbreitungskosten pro Teilnehmer sind bei der terrestrischen Ausstrahlung deutlich höher als bei anderen Verbreitungswegen. Der terrestrische Verbreitungsweg für Fernsehen soll daher eingestellt und die Frequenzen – unter Wahrung der Interessen der Kulturwirtschaft (z. B. Funkmikrofone) – für andere Nutzungen wie rückkanalfähige Breitbanddienste oder Sicherheitskräfte zur Verfügung gestellt werden.

Um DAB+ erfolgreich zu machen und die über 80 Jahre alte, stromhungrige UKW-Technik ablösen zu können, müssen die seit Jahrzehnten gewohnten Radioprogramme weiterhin empfangbar sein. Rheinland-Pfalz stimmt daher entsprechenden Überstrahlungswünschen aus benachbarten Ländern zu und setzt sich dafür ein, dass die rheinland-pfälzischen Sender überall via DAB+ zu empfangen sind, wo sie zuvor über UKW empfangen werden konnten. Die Abschaltung von UKW ist ins Auge zu fassen.

Games – Made in Rheinland-Pfalz!

Computer- und Videospiele sind eine der innovativsten kulturellen Ausdrucksformen und als Kulturgut anerkannt. Ihre Technologien und Mechanismen finden heute weit über den Kultur- und Unterhaltungssektor hinaus Anwendung, beispielsweise in der Automobilindustrie und im Gesundheitswesen. Unternehmen der Gaming-Branche sind zudem führend in der Entwicklung von Künstlicher Intelligenz, Visualisierung sowie Wissens- und Kompetenzvermittlung.

Der Markt für Games wächst stetig. Der Ausbildungsstandort Rheinland-Pfalz ist mit seinen Hochschulen und Universitäten in technischen und gestalterischen Themenfeldern hervorragend aufgestellt. Insbesondere für die Ausbildung im Bereich Spieleentwicklung sind sowohl hohe Kapazitäten als auch hochqualifizierte Kompetenzfelder vorhanden. Innovative und zukunftsweisende Studiengänge rheinland-pfälzischer Hochschulen prägen gemeinsam mit international etablierten Unternehmen im Land die gesamte Branche weit über die Landesgrenzen hinaus.

Damit besitzt Rheinland-Pfalz ein herausragendes Entwicklungspotenzial, um im Rahmen der Digitalisierungsstrategie des Landes sowohl dem Fachkräftemangel und der Abwanderung entgegenzuwirken als auch Unternehmensgründungen deutlich zu steigern. Die nachhaltige Verbesserung der Rahmenbedingungen für die digitale Spielebranche in Rheinland-Pfalz ist unerlässlich, um im Standortwettbewerb mit Nachbarbundesländern und grenznahen Regionen, insbesondere Frankreich, erfolgreich zu bestehen.

Wir Freie Demokraten wollen Rheinland-Pfalz als Games-Standort konsequent weiter ausbauen.

Nachhaltigkeit für Rheinland-Pfalz

Nachhaltigkeit als Freiheitsversprechen

Nachhaltigkeit ist für uns Freie Demokraten kein Schlagwort, sondern Ausdruck von Verantwortung, gegenüber den Menschen, der Umwelt und den kommenden Generationen. Sie verbindet ökologische Vernunft mit wirtschaftlicher Stärke und gesellschaftlicher Freiheit. Für uns bedeutet nachhaltige Politik, Zukunft zu gestalten, statt Verzicht zu predigen.

Wir stehen für einen Ansatz, der Innovation, Wissen und Eigenverantwortung ins Zentrum stellt. Nachhaltigkeit gelingt dann, wenn sie nicht durch Vorschriften erzwungen, sondern durch Überzeugung getragen wird. Wir setzen auf technologieoffene Lösungen, die ökologische Ziele mit marktwirtschaftlicher Effizienz verbinden. Denn Fortschritt entsteht, wenn Ideen sich entfalten können, nicht, wenn sie in Regulierung ersticken.

In Rheinland-Pfalz zeigt sich, wie eng Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft miteinander verwoben sind: Unsere Wälder, Flüsse, Böden und Energieressourcen sind Lebensgrundlage und Standortfaktor zugleich. Sie zu bewahren heißt nicht, Entwicklung zu bremsen, sondern sie verantwortungsvoll zu gestalten. Nachhaltigkeit bedeutet für uns, die natürlichen Ressourcen zu schützen, ohne den Wohlstand und die Chancen künftiger Generationen zu gefährden.

Unser Ziel ist ein Rheinland-Pfalz, das ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit miteinander verbindet, als Land der Chancen, in dem Menschen mit Ideen die Zukunft gestalten, anstatt sie verwälten zu müssen.

Energie

Ehrliche Energiepolitik, die anpackt

Der Anteil Erneuerbarer an der Stromproduktion stieg zwischen 2014 und 2024 zwar stark von 17 auf 42 %, ersetzte dabei aber im Wesentlichen die klimaneutrale Kernenergie und nur in geringem Maße fossile Energieträger. Vor allem aber macht der Stromsektor überhaupt nur 21 % des gesamten Endenergieverbrauchs aus, der immer noch zu 65 % fossil gedeckt wird. Diese Zahlen haben sich seit 10 Jahren kaum geändert. Die FDP zieht daraus den Schluss, dass wir auch in Zukunft den Großteil unserer Energie durch – dann regenerativ erzeugte – Importe decken müssen.

Energie weiterdenken – für Wohlstand, Freiheit und Souveränität

Energie ist mehr als Strom und Wärme, sie ist die Lebensader einer modernen, vernetzten und selbstbestimmten Gesellschaft. Wer Energie weiter denkt, denkt über Wohlstand, Sicherheit und Freiheit zugleich nach. Der steigende Energiebedarf ist kein Warnsignal, sondern Ausdruck von Fortschritt: Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Elektromobilität und Hightech-Industrien treiben Innovation und Wohlstand an. Entscheidend ist, dass wir diese Entwicklung souverän

gestalten, mit einer Energiepolitik, die Unabhängigkeit sichert und technologische Vielfalt zulässt.

In Zeiten, in denen Energie weltweit wieder als diplomatisches Druckmittel eingesetzt wird, darf Deutschland nicht erpressbar sein. Versorgungssicherheit bedeutet heute auch politische Handlungsfreiheit. Deshalb haben wir Freie Demokraten in Regierungsverantwortung bereits früh auf ein Energiesystem gesetzt, das auf vielen Säulen steht: Sonne, Wind, Wasserstoff, Speichertechnologien und neue Reaktorkonzepte. Je breiter wir uns aufstellen, desto widerstandsfähiger werden wir als Gesellschaft. Energieunabhängigkeit ist die Grundlage nationaler und europäischer Souveränität und damit der Schlüssel zu Frieden, Stabilität und Freiheit.

In Rheinland-Pfalz haben wir Freie Demokraten früh die Weichen gestellt, damit Energiepolitik nicht Verzicht bedeutet, sondern Fortschritt. Wir haben Bürokratie abgebaut, Investitionen erleichtert und dafür gesorgt, dass Innovation schneller auf die Fläche kommt.

Beim Ausbau der Photovoltaik sind wir bundesweit Vorreiter. Durch die Novelle des Solargesetzes 2024, die Öffnung von Dach- und Freiflächen sowie den Einsatz von Agri-PV haben wir einen Rekordzubau erreicht, unser Jahresziel von über 500 Megawatt wurde bereits im Sommer übertroffen.

Auch bei der Windenergie haben wir entschlossen gehandelt. 2024 wurden erstmals mehr als 500 Megawatt neu genehmigt, ein historisches Ergebnis. Wir haben dafür gesorgt, dass Genehmigungen schneller erfolgen. Mit dem neuen digitalen Flächenportal haben wir Transparenz und Tempo geschaffen, weil Flächenpotenziale für Wind- und Solarenergie nun landesweit sichtbar, vergleichbar und schneller nutzbar sind.

Jetzt gilt es, den nächsten Schritt zu gehen: Wir wollen vollständig digitale netzbezogene Genehmigungsverfahren umsetzen, von der Einreichung der Netzzanschlussanträge bis zur Archivierung der Umweltverträglichkeitsgutachten. Dabei wollen wir Bürgerbeteiligungen beim Netzausbau auf das gesetzlich vorgeschriebene Maß begrenzen und Mehrfachprüfungen vermeiden, damit Verfahren berechenbar, effizient und rechtssicher bleiben. Staatliche Verkehrsflächen entlang von Autobahnen, Landstraßen und Bahntrassen werden wir vorrangig für den Ausbau von Photovoltaik und Windenergie nutzen. Die Flächenverfügbarkeit für Photovoltaik und Wind treiben wir voran, insbesondere durch ungenutzte Industrie- und Konversionsflächen.

Die Entbürokratisierung der energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen ermöglicht eine zielgerichtete, bedarfsgerechte Planung regionaler und lokaler Netze. Wir werden uns dafür einsetzen, dass bei erfolgreicher Erstplanung die Pflicht zur Fortschreibung für kommunale Wärmepläne entfällt, um Bürokratie in der kommunalen Verwaltung zu reduzieren. Wir wollen den weiteren ambitionierten Ausbau der Netze vorantreiben, von der Übertragungs- bis zur Verteilnetzebene, damit Strom aus erneuerbaren Quellen dorthin gelangt, wo er gebraucht wird.

Der Ausbau volatiler Erzeuger wie Photovoltaik und Windkraft sollte dabei stärker mit Speichern, Biogas und Wasserstofferzeugung gekoppelt werden. Eine kluge Kombination dieser Technologien kann – je nach Standort – eine regionale Eigenversorgung von über 60 Prozent ermöglichen. Dazu wollen wir die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung an Energiegewinnen weiter ausbauen, etwa durch Bürgerenergiegesellschaften oder regionale Beteiligungsmodelle. So bleibt Wertschöpfung vor Ort und Akzeptanz wächst.

Damit entsteht ein Energiesystem, das Stabilität, Unabhängigkeit und Versorgungssicherheit aus eigener Kraft gewährleistet, ohne zentrale Planwirtschaft, sondern durch Innovation und marktwirtschaftliche Dynamik.

Mit unserer Wasserstoffstrategie Rheinland-Pfalz legen wir Freie Demokraten die Grundlage für eine wettbewerbsfähige und klimaneutrale Industrie. Wir denken Wasserstoff technologieoffen und farbenunabhängig. Unser Ziel ist es, die Wirtschaft mit einer sicheren Energiequelle zu versorgen, die Produktion in Rheinland-Pfalz hält und neue Wertschöpfung ermöglicht. Gerade energieintensive Branchen wie die Feuerfest-Industrie, Chemie oder Metallverarbeitung brauchen verlässliche Rahmenbedingungen, um klimaneutral weiter produzieren zu können.

Im Verantwortungsbereich des von uns geführten Wirtschaftsministeriums Rheinland-Pfalz haben wir als FDP den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft mit rund 25 Millionen Euro in mehreren Projekten im Land entscheidende Impulse gesetzt. Hinzu kommt die Schaffung der Wasserstoff-Koordinierungsstelle bei der Innovationsagentur, die Unternehmen, Hochschulen und Institutionen vernetzt und vorwettbewerblich berät.

Jetzt geht es darum, die nächste Stufe zu zünden. Small Modular Reactors und Reaktoren der vierten Generation können in Zukunft dort Energie liefern, wo sie gebraucht wird – sicher, kompakt und mit minimalem Abfall. Sie sind keine Konkurrenz zu erneuerbaren Energien, sondern ihr Partner für Stabilität und Versorgungssicherheit. Gemeinsam mit Speicherlösungen, Wasserstoff in allen Erzeugungsformen und einem digitalen, intelligent gesteuerten Netz entsteht so ein Energiesystem, das Wachstum ermöglicht, ohne Abhängigkeiten zu schaffen.

Wir setzen zukünftig auf eine technologieoffene Wasserstoffstrategie, die nicht bei Farben, sondern bei Ergebnissen unterscheidet. Entscheidend ist, dass Wasserstoff sicher, bezahlbar und CO₂-arm produziert werden kann, ob durch Elektrolyse, Pyrolyse oder CCS-Technologie. Nur so schaffen wir Skalierung, Investitionssicherheit und Unabhängigkeit von Energieimporten.

Ebenso bekennen wir uns dazu, Biogas und Biomasse als feste Säulen der erneuerbaren Energieversorgung zu erhalten und weiterzuentwickeln, denn sie leisten einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung und Versorgungssicherheit. Bestehende Gasnetze wollen wir für den Transport von klimafreundlichen Gasen wie Biogas oder Wasserstoff und seinen Derivaten erhalten und ertüchtigen, statt diese vorschnell stillzulegen.

Neben der Weiterentwicklung von Wind- und Solartechnologien wollen wir auch bestehende Potenziale konsequent reaktivieren und modernisieren. Die Wasserkraft kann durch Anschubförderung für neue, effiziente Turbinen wieder einen wichtigen Beitrag zur Stromversorgung leisten, insbesondere in bestehenden Anlagen.

Für die Wärmegegewinnung wollen wir alle natürlichen und industriellen Ressourcen stärker nutzen: Tiefen- und Oberflächengeothermie, die Wärme aus Gewässern sowie die Abwärme industrieller Prozesse leisten einen wertvollen Beitrag zur Energiewende, ohne zusätzliche Flächen zu beanspruchen. Besonders die Tiefengeothermie bietet im Oberrheingraben ein großes Potenzial, nicht nur für eine dauerhaft verlässliche und emissionsarme Wärmeversorgung, sondern auch für die nachhaltige Gewinnung von Lithium. Mit diesem Doppelnutzen-Modell aus Energie- und Rohstoffgewinnung werden wir Rheinland-Pfalz zu einem Innovationsstandort für moderne Energietechnologien machen und die heimische Wertschöpfung stärken.

Um die Stabilität der Stromnetze zu sichern, braucht es klare Rahmenbedingungen für Netzmanagement und Regelennergie. Wir Freie Demokraten setzen auf Marktlösungen, die privatwirtschaftliche und öffentliche Interessen ausgleichen, etwa durch die freiwillige Einbindung industrieller Notstromaggregate als Kurzzeitreserve. Da wir die sektorenübergreifende Speicherung und Verteilung von Energie als strategische Zukunftsaufgabe verstehen, wollen wir die Forschung und Entwicklung neuer Speichertechnologien gezielt fördern. Bestehende Speicherformen – etwa Kavernen- oder Potenzialspeicher – sollen weiterentwickelt, Großspeicher für Strom und Wärme durch Anschubförderung und Investitionsanreize ausgebaut werden.

So entsteht ein Energiesystem, das auf Vielfalt, Stabilität und Innovation basiert – technologieoffen, dezentral und zukunftsfähig.

Energie neu zu denken heißt, Freiheit zu sichern. Eine resiliente Gesellschaft kann nur bestehen, wenn sie ihre eigene Energie erzeugt, kontrolliert und weiterentwickelt. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass unsere Energiepolitik Wohlstand schafft, Innovation fördert und die Souveränität unseres Landes stärkt – technologisch, wirtschaftlich und politisch.

Klimaschutz

Marktwirtschaftlicher Klimaschutz

Der Klimawandel ist eine der größten Bedrohungen unserer Freiheit. Die Freien Demokraten Rheinland-Pfalz setzen daher auf einen effektiven und zielgerichteten Klimaschutz, der marktwirtschaftliche Anreize und individuelle Verantwortung in den Mittelpunkt stellt. Unser Ziel ist es, den CO₂-Ausstoß effektiv zu reduzieren, ohne die Freiheit der Menschen oder den wirtschaftlichen Fortschritt zu opfern. Rheinland-Pfalz soll ein Vorreiter in der intelligenten Stadtentwicklung und beim Einsatz nachhaltiger Technologien werden. Dazu brauchen wir Innovation, Wettbewerb und bürgerschaftliches Engagement.

Der europäische CO₂-Zertifikate-Handel ist das wirksamste Instrument zur Bekämpfung des Klimawandels. Durch die CO₂-Bepreisung wird ein marktwirtschaftliches System geschaffen, das die Reduktion von CO₂-Ausstoß belohnt. Wir bekennen uns zum Pariser Klimaabkommen und zu einheitlichen Klimaschutzz Zielen. Auf der Landesebene ist das Klimaschutzgesetz daher hinsichtlich der Kompatibilität der Planungs- und Umsetzungshorizonte mit denen des Bundes und der EU zu überarbeiten. Einheitliche Zielmarken schaffen Planungssicherheit, vermeiden Flickenteppiche und ermöglichen wirksam abgestimmte Maßnahmen auf allen Ebenen.

Wir stehen fest hinter dem Pariser Klimaabkommen. Unser Anspruch ist es, den verbleibenden CO₂-Ausstoß so gering wie möglich zu halten und unseren Beitrag zur Begrenzung der Erderwärmung entschlossen zu leisten. Rheinland-Pfalz soll Vorreiter bei effektiven, wirtschaftlich tragfähigen und sozial ausgewogenen Klimaschutzmaßnahmen sein.

Um die Klimaziele erreichen zu können, kommt der Abscheidung, Nutzung (CCU) oder Einspeicherung von CO₂ (CCS) eine zentrale Bedeutung zu. Wir setzen uns daher für eine zügige Planung, Genehmigung und Umsetzung entsprechender überregionaler und transnationaler Pipeline-Systeme zum Transport von CO₂ ein. Zusätzlich wollen wir geologisch erkunden, welche gut vertretbaren und sicheren Speichermöglichkeiten in unserem Bundesland auf wissenschaftlicher Basis bestehen. Zur erfolgreichen Erreichung der Klimaziele ist es auch

entscheidend, dass die Abscheidung von CO₂ zumindest über mittlere Frist auch bei den üblichen energieintensiven Prozessen ermöglicht wird, bis technische Alternativen am Markt verfügbar sind, die auch wirtschaftlich eingesetzt werden können.

Dem Klimawandel begegnen

Wir Freie Demokraten nehmen die Veränderungen durch den Klimawandel ernst und handeln entschlossen, um Rheinland-Pfalz widerstandsfähiger zu machen. Wir treiben die Begrünung von Städten und Dörfern aktiv voran, mit Pflanzen, die durch Verdunstung kühlen, Schatten spenden und so das lokale Klima verbessern. Dabei setzen wir auf praxisnahe und innovative Lösungen, die individuell auf die Gegebenheiten vor Ort abgestimmt sind und das Leben der Menschen unmittelbar verbessern.

In Rheinland-Pfalz haben wir als Teil der Landesregierung in den vergangenen Jahren bereits wichtige Schritte unternommen, um unser Land widerstandsfähiger gegenüber den Folgen des Klimawandels zu machen. Wir haben den Städten und Gemeinden rund 180 Millionen Euro für konkrete Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt – von Entsiegelung und Begrünung über Hitzeschutz bis hin zur Förderung klimaresilienter Infrastruktur. So entstehen vielerorts neue Grünflächen, Bäume und Dachbegrünungen, die unsere Orte nicht nur verschönern, sondern auch kühlen und das Stadtklima verbessern.

Mit dem Programm „Stadt- und Dorfgrün“ haben wir gezielt Kommunen unterstützt, die ihre Plätze und Straßen klimaangepasst gestaltet haben, etwa durch mehr Bäume, beschattete Aufenthaltsbereiche und hitzebeständige Bepflanzungen. Diese Maßnahmen leisten einen unmittelbaren Beitrag zur Lebensqualität in Städten und Dörfern.

Im Bereich Agri-Photovoltaik treiben wir innovative Projekte voran, die Landwirtschaft und Energiegewinnung verbinden. Mit Pilotanlagen, die landesweit unterstützt werden, schaffen wir die Grundlage für eine doppelte Nutzung landwirtschaftlicher Flächen: Energieerzeugung über den Pflanzen, Schutz vor Hitze darunter. So vereinen wir Klimaschutz, Versorgungssicherheit und wirtschaftliche Perspektiven.

Mit all diesen Initiativen haben wir die Grundlage für ein klimaresilientes Rheinland-Pfalz geschaffen: pragmatisch, innovativ und zukunftsorientiert, im Einklang mit Natur, Wirtschaft und den Menschen, die hier leben.

Doch wir wissen: Es bleibt noch viel zu tun. Wir Freie Demokraten wollen mehr Retentionsräume im ländlichen Raum schaffen, die nicht nur der Wasserrückhaltung, sondern auch dem Erhalt der biologischen Vielfalt dienen. Außerdem wollen wir erreichen, dass private Grünflächen bei der Grundsteuererhebung unberücksichtigt bleiben, damit sich Engagement für Begrünung und naturnahe Gestaltung lohnt. Dach- und Wandbegrünungen sollen künftig ohne umfangreiche Genehmigungen möglich sein. Feste Gestaltungsvorgaben in Gärten wollen wir vermeiden und maximale Gestaltungsfreiheit für private Begrünung sichern. Gleichzeitig wollen wir die Ergebnisse der Grünlandkartierung einer kritischen Überprüfung unterziehen und Härten für die betroffenen Landwirte abfedern.

Auch in den Siedlungen treten wir für Naturschutz und Rückzugsräume für kleinere Wildtiere, Vögel und Insekten ein. Wir begrüßen aktuelle Trends wie die Stadtikerei auf Dächern, Urban Gardening (Gärtner auf städtischen Flächen) oder Vertical Farming (u. a. Pflanzenzucht im

Regal). Natürliche Parks und Grünflächen wollen wir in diesem Zusammenhang – auch zugunsten eines besseren Klimas und zur Senkung der Temperaturen in den Innenstädten – pflegen und erhalten. Grünflächen tragen dazu bei, dass Orte insgesamt bzw. Wohnungsgebiete positiv bewertet werden.

Unser Ziel ist ein Rheinland-Pfalz, das den Klimawandel nicht nur aushält, sondern ihm mit Innovation und Pragmatismus begegnet – für lebenswerte Städte, widerstandsfähige Dörfer und eine starke, nachhaltige Zukunft im ganzen Land.

Umwelt

Resilienz durch Umweltschutz schaffen

Wir Freie Demokraten stehen für einen Umweltschutz, der auf Fortschritt statt Verzicht setzt. Technologie, Innovation und Forschung sind der Schlüssel, um natürliche Ressourcen zu erhalten und Biodiversität zu bewahren – nicht durch Verbote, sondern durch Wissen, Kreativität und verantwortungsvolles Handeln. Wir Freie Demokraten wollen eine erhöhte Resilienz der Städte und Dörfer in Rheinland-Pfalz erreichen und gleichzeitig die Biodiversität schützen.

Wir brauchen diese bessere Resilienz in wirtschaftlichen, gesundheitlichen, klimatischen und sicherheitspolitischen Fragen. Gerade im Umweltschutz gibt es viel Potenzial, das sich auch positiv auf andere Aspekte wie die Wirtschaftsleistung oder die Sicherheit und Gesundheit der Menschen auswirkt.

Die Ereignisse im Ahrtal haben uns auf schmerzliche Weise vor Augen geführt, wie verletzlich Mensch und Natur sind und wie eng Klimaschutz, Vorsorge und Anpassung miteinander verbunden sind. Die Flutkatastrophe im Juli 2021 hat unermessliches Leid über viele Menschen gebracht und ganze Landstriche zerstört. Sie mahnt uns, Verantwortung und Vorsorge im Umgang mit Naturgewalten neu zu denken. Für uns Freie Demokraten bedeutet das, Risikovorsorge, Hochwasserschutz und Wiederaufbau technologieoffen und vorausschauend zu gestalten – mit modernen Mitteln, wissenschaftlicher Expertise und im engen Schulterschluss mit den Menschen vor Ort.

In Regierungsverantwortung haben wir Freie Demokraten gezeigt, dass ökologische und ökonomische Ziele zusammengehören. Wir verbinden den Schutz von Umwelt und Ressourcen mit einer modernen, technologieoffenen Politik, die Innovation fördert und Bürokratie abbaut. Durch Programme zur Ressourceneffizienz im Mittelstand und zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft konnten Unternehmen Energie und Rohstoffe sparsamer einsetzen und ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern. In Rheinland-Pfalz entstanden so zahlreiche Kooperationen zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Handwerk, die Nachhaltigkeit praktisch umsetzen – im täglichen Wirtschaften, nicht nur auf dem Papier.

Ein Schwerpunkt liegt auf der Förderung von Umwelttechnologien und digitalen Lösungen. Start-ups und Forschungseinrichtungen, die an Projekten zu Energieeffizienz, Wasseraufbereitung, Agrartechnik oder Kreislaufwirtschaft arbeiten, wurden gezielt unterstützt. Mit dem Umwelt-Campus Birkenfeld und der Hochschule Trier verfügt Rheinland-Pfalz heute über europaweit anerkannte Standorte für nachhaltige Technologieentwicklung.

Auch in der Energiepolitik setzen wir auf Technologieoffenheit und marktwirtschaftliche Steuerung. Der Ausbau der Photovoltaik auf Landesliegenschaften wurde ebenso vorangetrieben wie Projekte zu Wasserstoff, Biogas und synthetischen Kraftstoffen. Innovationen sollen sich im Wettbewerb beweisen, nicht durch staatliche Bevormundung.

Diese Haltung zeigt sich auch beim Wiederaufbau des Ahrtals. Nach der Flutkatastrophe von 2021 tragen wir eine besondere Verantwortung, die Region nachhaltig und widerstandsfähig zu gestalten. Unter Federführung des Landesbetriebs Mobilität (LBM) im FDP-geführten Wirtschaftsministerium wurde bereits viel erreicht, um ökologische Stabilität, Hochwasserschutz und Infrastrukturresilienz zu stärken. Besonderes Augenmerk galt der Renaturierung der Ahr und ihrer Zuflüsse sowie innovativen Projekten zur intelligenten Wasserbewirtschaftung – von digitalen Pegelsystemen über Photovoltaik auf Kläranlagen bis zu energieeffizienten Pumpensystemen. Diese Arbeiten entstehen in enger Abstimmung mit Kommunen, Landwirten, Winzern und Anwohnern und zeigen, wie Vorsorge, Nutzung und Naturschutz im Einklang gelingen können.

Das Ahrtal erinnert uns daran, wie eng Natur, Mensch und Verantwortung miteinander verbunden sind. Der Wiederaufbau steht für gemeinsames Handeln, für den Mut, neue Wege zu gehen, und für die Zuversicht, aus schwerer Erfahrung Zukunft zu formen.

Rheinland-Pfalz soll in Zukunft eine Modellregion für nachhaltige Wertschöpfung werden – eine Region, in der der Mittelstand, die Forschung und die Menschen im Land zeigen, dass ökologisches Handeln und wirtschaftlicher Erfolg sich gegenseitig stärken. Wir wollen die Umweltpolitik als Innovationsmotor begreifen: als Chance, Fortschritt zu gestalten, Arbeitsplätze zu sichern und neue Märkte zu erschließen.

Unser Ziel ist klar: eine Umweltpolitik, die Zukunft gestaltet, nicht bremst. Eine Politik, die Ökologie, Ökonomie und Freiheit in Einklang bringt und zeigt, dass Nachhaltigkeit kein Verzicht bedeutet, sondern Fortschritt. Rheinland-Pfalz soll Beispiel dafür sein, wie eine liberale Umweltpolitik Verantwortung übernimmt, Chancen nutzt und Menschen ermutigt, ihren Beitrag zu leisten – aus Überzeugung, nicht aus Zwang.

Der Schutz unserer Umwelt ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit. Es ist die Verantwortung von uns allen, dafür zu sorgen, dass unsere Kinder und Enkel in einem intakten Ökosystem aufwachsen können. Der Erhalt der Artenvielfalt, die Pflege unseres Waldes, der verantwortungsvolle Umgang mit Agrarflächen und die stetige Verbesserung der Wasserqualität stehen in unserer Umweltpolitik im besonderen Fokus. Ohne Artenvielfalt kann es keine funktionalen Ökosysteme geben, ohne Artenvielfalt werden wir als Menschheit einen Schatz an Ideen und Vorbildern beerdigen.

Kreislaufwirtschaft als Ressource betrachten

Kreislaufwirtschaft ist für uns Freie Demokraten gelebte Zukunftsfähigkeit. Sie steht für Eigenverantwortung, Innovation und die Achtung vor dem, was unsere Gesellschaft trägt: den natürlichen Ressourcen. Wir glauben an Fortschritt durch Ideen statt durch Verbote und an Technologien, die es ermöglichen, Materialien im Kreislauf zu halten und Wohlstand nachhaltig zu sichern. Wir Freie Demokraten treten für eine ökologisch anspruchsvolle und wirtschaftlich sinnvolle Kreislaufwirtschaftspolitik ein.

Im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes müssen Vermeidung und Verwertung den Vorrang vor der Beseitigung haben. Mit dem Abfallwirtschaftsplan Rheinland-Pfalz haben wir die strategische Grundlage gelegt, um Stoffströme nachhaltiger zu gestalten und Recycling als zentralen Bestandteil einer modernen Wirtschaftspolitik zu verankern. Heute werden in Rheinland-Pfalz rund 90 Prozent aller Abfälle verwertet, fast die Hälfte davon stofflich recycelt.

Ein Schwerpunkt unserer Regierungsarbeit lag im Baubereich, wo wir die Nutzung von Recyclingbaustoffen deutlich gestärkt haben. So werden heute wertvolle Rohstoffe wie Beton, Asphalt oder Ziegel zunehmend wiederverwendet, anstatt entsorgt zu werden. Damit reduzieren wir nicht nur Deponieflächen, sondern sparen auch Energie und CO₂ in der Herstellung neuer Baustoffe.

Darüber hinaus haben wir aktiv Ressourceneffizienz im Mittelstand gefördert, unterstützen Unternehmen weiterhin bei der Entwicklung von Wiederverwertungstechnologien und schaffen Anreize, Produktionsabfälle zu reduzieren. Durch die Verbindung von Umweltpolitik und Innovationsförderung haben wir Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit gleichermaßen gesichert.

Diese Bilanz zeigt: Kreislaufwirtschaft ist für uns Freie Demokraten kein Selbstzweck, sondern eine Zukunftsaufgabe – ökonomisch klug, ökologisch sinnvoll und technologisch machbar. Rheinland-Pfalz beweist, dass Fortschritt, Nachhaltigkeit und Freiheit zusammenpassen, wenn man Verantwortung mit unternehmerischem Denken verbindet.

Dieser erreichte technische Standard soll weiter ausgebaut werden und für weitere Verbesserungen und Kosteneinsparungen genutzt werden. Dies gilt auch für neue Technologien in der Müllsortierung und -verarbeitung, die die Recyclingquote erhöhen können. Wir ermöglichen Pilotprojekte. Rechtliche Regelungen, die verhindern, dass durch bereits vorhandene oder zukünftig zu entwickelnde technische Lösungen im Sinne der Kreislaufwirtschaft und Umwelt bessere Lösungen umgesetzt werden, werden abgeschafft.

Wir unterstützen private Investitionen und Vorhaben, die die umweltverträgliche Entsorgung von Abfällen langfristig sicherstellen sollen, insbesondere dort, wo die öffentliche Hand diese Aufgabe nicht mehr im gebotenen Umfang wahrnehmen will und kann, und begrüßen Public-Private-Partnership-Modelle (PPP), die zur Umsetzung dieses Ziels dienen. Der Einsatz von Klärschlamm in der Landwirtschaft ist seit Jahren rückläufig. Wir wollen prüfen, wo wir bürokratische Hemmnisse und Auflagen abbauen können, um eine nachhaltige Verwendung zu sichern.

Echte Kreislaufwirtschaft beginnt nicht beim Recycling, sondern bei der Abfallvermeidung. Wir Freie Demokraten setzen auf Prävention: Produkte sollen von Anfang an langlebiger, reparierbar und ressourcenschonender gestaltet werden. Durch Anreize für innovatives Produktdesign, die Förderung von Reparatur- und Sharing-Modellen sowie die Unterstützung von Unternehmen bei der Reduzierung von Produktionsabfällen wollen wir erreichen, dass Abfall gar nicht erst entsteht. Denn der beste Abfall ist der, der nicht anfällt – das spart Ressourcen, schont die Umwelt und stärkt zugleich die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Nur wenn Vermeidung, Wiederverwendung und Recycling Hand in Hand gehen, wird Kreislaufwirtschaft zur gelebten Realität.

Gewässer und Trinkwasser schützen

Wasser ist eine unserer kostbarsten Lebensgrundlagen. Es sichert Gesundheit, Ernährung, wirtschaftliche Entwicklung und Artenvielfalt. Der Schutz dieser Ressource ist eine dauerhafte Aufgabe gemeinsamer Verantwortung. Wir Freie Demokraten stehen in Rheinland-Pfalz dafür, Wasserpolitik als Zukunftsaufgabe zu begreifen – mit Vernunft, Innovation und einem klaren Bekenntnis zu nachhaltiger Bewirtschaftung. Unser Ziel ist es, Grundwasser, Flüsse und Feuchtgebiete so zu schützen und zu nutzen, dass Versorgungssicherheit, ökologische Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung dauerhaft im Gleichgewicht bleiben.

In Regierungsverantwortung haben wir dafür gesorgt, dass der Wasserschutz im Land auf eine moderne, wissenschaftlich fundierte Grundlage gestellt wurde. Mit dem Zukunftsplan Wasser wurden die zentralen Weichen gestellt, um die Ressource Wasser langfristig zu sichern. Dazu zählen die Renaturierung von Flüssen und Auen, die Schaffung von Rückhalteräumen und eine Stärkung des Wasserrückhalts in der Fläche. Ebenso wurde das Monitoring verbessert, um Wasserstände, Qualität und Risiken frühzeitig zu erkennen. Auch das Hochwasser- und Niedrigwassermanagement wurde modernisiert, um Menschen, Infrastruktur und Natur besser zu schützen. Diese Fortschritte zeigen, dass Rheinland-Pfalz in der Wasserpolitik nicht nur reagiert, sondern vorausschauend handelt – mit klarem Kompass und liberalem Pragmatismus.

Wir Freie Demokraten wollen diesen Weg fortsetzen und Rheinland-Pfalz zu einem Vorreiter für nachhaltige Wasserbewirtschaftung machen. Wasserknappheit darf nicht zur Krise werden, sondern soll Antrieb für neue Ideen und Technologien sein. Wir setzen auf dezentrale Lösungen wie Zisternen, Regenwassernutzung und natürliche Versickerungsflächen, um Städte und Gemeinden unabhängiger und widerstandsfähiger zu machen. Besonders die Land- und Forstwirtschaft leisten dabei bereits heute einen wichtigen Beitrag, indem sie sorgsam mit Wasserressourcen umgehen, Bewässerung effizient gestalten und Rückhalte in der Fläche fördern. Diese Verantwortung verdient Anerkennung und Unterstützung, nicht Misstrauen oder neue Auflagen.

Das Verursacherprinzip bleibt für uns dennoch handlungsleitend – nicht als Instrument der Schuldzuweisung, sondern als Prinzip fairer Verantwortung. Wo Belastungen entstehen, sollen sie an der Quelle reduziert werden, durch Innovation, Präzision und Kooperation.

Wasserschutz bedeutet für uns auch Klimaschutz. Längere Trockenperioden erhöhen nicht nur den Druck auf die Wasserversorgung, sondern auch die Gefahr von Waldbränden. Deshalb wollen wir Wasserinfrastruktur, Speicher und Löschwasserversorgung in waldreichen Regionen gezielt stärken, um Natur und Menschen gleichermaßen zu schützen.

Wir wollen das Trinkwasser in der gewohnten besten Qualität und ausreichenden Menge in Rheinland-Pfalz erhalten. Darum hat vorsorgendes Denken für uns Freie Demokraten nach wie vor höchste Priorität. Eine nachhaltige Sicherung ist nur dann möglich, wenn insbesondere das Grundwasser flächendeckend vor Verunreinigungen geschützt wird. Die Verantwortung und die Qualitätskontrolle für das Trinkwasser sind als zentrale Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge in kommunaler Verantwortung zu belassen. Dies gilt ebenso für die kommunalen Mineralquellen in Rheinland-Pfalz. Wir Freie Demokraten machen uns stark für eine umfassende Anpassung und Erweiterung der Trinkwasserspeicher, damit die Versorgung auch in Zeiten des Klimawandels gesichert bleibt.

Unsere Vision ist ein Rheinland-Pfalz, das seine natürlichen Ressourcen mit Weitblick schützt und zugleich Chancen für Innovation und Wertschöpfung eröffnet. Nachhaltige Wasserpoltik braucht Vertrauen in die Menschen, wissenschaftliche Kompetenz und den Mut, neue Wege zu gehen, damit sauberes Wasser, intakte Gewässer und eine sichere Versorgung auch in Zukunft gewährleistet bleiben.

Nachhaltige Forstwirtschaft. Klare Verantwortung.

Wir Freie Demokraten sehen den Wald als Lebensraum, Klimaschützer und Wirtschaftsfaktor zugleich. Er steht für Vielfalt, Erholung und Nachhaltigkeit, er ist Arbeitsplatz, Rohstofflieferant und CO₂-Speicher. Rheinland-Pfalz ist das prozentual waldreichste Bundesland Deutschlands und trägt damit eine besondere Verantwortung für den Erhalt und die Zukunft unserer Wälder. Die vergangenen Jahre mit Dürre, Stürmen und massiven Borkenkäferkalamitäten haben gezeigt, wie verletzlich dieses Ökosystem ist. Doch für uns Freie Demokraten ist klar: Wir wollen den Wald nicht verwalten, sondern gestalten – mit Mut, Wissenschaft und der Freiheit zum Experimentieren.

Unter unserer Regierungsverantwortung wurde die Waldschutzoffensive Rheinland-Pfalz gestartet, um Schadholz zu bergen, Schädlingsbekämpfung zu koordinieren und geschädigte Flächen schnell mit klimaresilienten Baumarten wieder aufzuforsten. Mit der Einführung kommunaler Holzvermarktungen haben wir zudem die regionale Wertschöpfung gestärkt und den Holzabsatz in den Kommunen unabhängiger und marktorientierter gestaltet. Rheinland-Pfalz setzt dabei auf Forschungspartnerschaften, um den Aufbau neuer Wirtschaftsbäumarten wissenschaftlich zu begleiten und den Umbau des Waldes standortgerecht zu gestalten. Die Förderung forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse stärkt insbesondere Kleinprivatwaldbesitzer, während neue Programme zur Wegesicherung und Waldbrandprävention den Katastrophenschutz verbessern.

Wir Freie Demokraten wollen die multifunktionale Forstwirtschaft weiterentwickeln – als Balance von Ökologie, Ökonomie und Gemeinwohl. Dazu gehört die Freiheit, mit neuen Wirtschaftsbäumarten und Bewirtschaftungsmodellen zu experimentieren, um den Wald an den Klimawandel anzupassen. Waldschutz bedeutet für uns auch Brandschutz und Verantwortung: Wir werden den Erhalt der Wegenetze in allen Waldtypen sichern, Löschteiche und Brandschneisen anlegen und das schnelle Aufarbeiten von Windwurf gewährleisten. Großflächige Totholzlager lehnen wir ab; der Schutz von Menschen und Infrastruktur hat Vorrang vor ideologischen Stilllegungszielen. Wir wollen, dass forstliche Gemeinwohlleistungen wie Wasserschutz, CO₂-Bindung und Biodiversität marktorientiert honoriert werden. Förderinstrumente des Klimaschutzes und der Landwirtschaft sollen künftig auch der Forstwirtschaft offenstehen. Denn nur wenn nachhaltige Bewirtschaftung wirtschaftlich bleibt, kann sie ökologisch wirken.

Unser Ziel ist ein resilenter, artenreicher und wirtschaftlich tragfähiger Wald. Er ist Lebensgrundlage, Klimaschützer und Teil unserer kulturellen Identität. Wir Freie Demokraten wollen, dass Rheinland-Pfalz auch künftig ein Land starker, gesunder Wälder bleibt – zum Nutzen der Menschen, der Natur und kommender Generationen.

Holz als Baustoff der Zukunft

Wir Freie Demokraten sehen Holz als Schlüsselressource einer klimafreundlichen, innovativen und zukunftsfähigen Bauwirtschaft. Holz ist der einzige Baustoff, der während seines gesamten Lebenszyklus aktiv CO₂ bindet und gleichzeitig regionale Wertschöpfung sichert. Wer mit Holz baut, schützt Klima und Ressourcen gleichermaßen. Für uns Freie Demokraten ist klar: Nachhaltiges Bauen braucht keine Verbote, sondern kluge Anreize, technologische Offenheit und faire Wettbewerbsbedingungen für alle klimafreundlichen Materialien.

Rheinland-Pfalz verfügt über eine der stärksten Holzindustrien Deutschlands, mit innovativen mittelständischen Betrieben, leistungsfähigen Sägewerken und einem hohen Anteil regionaler Wertschöpfung. Unter unserer Federführung wurde die Holzbauinitiative Rheinland-Pfalz gestärkt, um klimafreundliches Bauen systematisch zu fördern und Innovationen in der Holzverarbeitung voranzubringen. Durch das Kompetenznetzwerk Forst und Holz Rheinland-Pfalz haben wir Wirtschaft, Wissenschaft und Handwerk enger vernetzt und so entlang der gesamten Wertschöpfungskette – vom Wald über die Verarbeitung bis zum modernen Holzbau – ein starkes Innovationsökosystem geschaffen, das Arbeitsplätze sichert und CO₂ vermeidet.

Auch in der Logistik haben wir gehandelt: Mit der Erleichterung von Holztransporten durch vereinfachte Genehmigungsverfahren und Sonderregelungen wurde der Abfluss von Schadholz beschleunigt, Engpässe in der Lieferkette beseitigt und die regionale Wertschöpfung gestärkt.

Darüber hinaus haben wir mit dem Landesprogramm „Innenstädte der Zukunft“ den Wandel hin zu nachhaltigen, lebendigen Stadtzentren aktiv vorangetrieben. Unter unserer Federführung wurden Kommunen dabei unterstützt, moderne Architektur, digitale Infrastruktur und ökologische Materialien, darunter Holz, stärker in die Stadtentwicklung einzubeziehen. Das Programm verbindet Stadtgestaltung mit Nachhaltigkeit und schafft neue Impulse für Handwerk, Bauwirtschaft und regionale Kreisläufe.

Wir Freie Demokraten wollen Rheinland-Pfalz zu einem führenden Standort für nachhaltige und ressourceneffiziente Bauweisen machen. Holz soll dabei eine zentrale Rolle spielen, als Teil eines technologieoffenen Ansatzes, der auch innovative Hybrid- und Recyclingmaterialien fördert. Im öffentlichen Bau sollen ökologische Bilanz, Energieeffizienz und Wirtschaftlichkeit künftig gleichberechtigt berücksichtigt werden.

Wir werden die Forschung zu Holzwerkstoffen, modularen Bauweisen und Kreislaufnutzung ausbauen, um Holz auch im urbanen und mehrgeschossigen Bau weiter zu etablieren. Damit schaffen wir langlebige CO₂-Speicher, reduzieren Energieaufwand und stärken die regionale Wirtschaft. Unser Ziel ist es, Rheinland-Pfalz zu einem europäischen Vorbild für nachhaltiges und innovationsfreundliches Bauen zu machen – mit kurzen Wegen, modernen Betrieben und einer Baukultur, die Zukunft gestaltet, statt Ressourcen zu verbrauchen. Denn wer klug baut, baut für Generationen.

Jagd in Rheinland-Pfalz – Verantwortung für Natur, Wild und Gesellschaft

Wir Freie Demokraten sehen die Jagd als festen Bestandteil unserer Kulturlandschaft und als Ausdruck gelebter Verantwortung. Unsere Jägerinnen und Jäger leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum Natur- und Artenschutz, sichern das ökologische Gleichgewicht und übernehmen Verantwortung für Tierwohl, Eigentum und Lebensräume. Jagd ist kein Hobby, sondern ein

staatlich anerkanntes Handwerk mit ethischem Fundament. Sie steht für Verantwortung, Respekt vor der Natur und praktischen Naturschutz.

Beim neuen Landesjagdgesetz haben wir Freie Demokraten intensiv verhandelt, um ideologisch motivierte Eingriffe zu verhindern und die Interessen der Jägerschaft zu sichern. Wir werden auch bei der neuen Landesjagdverordnung darauf achten, dass diese praxisorientiert im Sinne der Jägerschaft und im Einklang mit dem Gesetz ausgestaltet wird. Im Gesetzesverfahren haben wir dafür gesorgt, dass jagdliche Entscheidungen auf wissenschaftlicher Grundlage getroffen werden und nicht durch Misstrauen oder Symbolpolitik geprägt sind. Durch unseren Einsatz konnte verhindert werden, dass ideologisch motivierte Forderungen nach einer flächendeckenden Eliminierung von Dam- und Muffelwild Eingang ins Gesetz finden. Stattdessen gilt nun ein wissenschaftlich fundiertes Bewirtschaftungsprinzip, das die Verantwortung der Hegegemeinschaften stärkt und die Arten als Teil unserer Kulturlandschaft erhält.

Wir Freie Demokraten haben mit Nachdruck für Rechtssicherheit, Eigentumsschutz und Praxisnähe gestritten. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die bisherigen umfänglichen Melde- und Nachweispflichten der Jägerschaft gegenüber den Jagdbehörden vereinfacht werden. Die Meldefristen bei Wildschäden wurden realistisch verlängert, die Aufgaben der Kreisjagdbeiräte effizienter gestaltet, ohne ihre Mitsprache zu schwächen. Weiterhin wurde durch Vereinfachung der Abschussregelung und Digitalisierung der Jagdverwaltung bürokratischer Aufwand minimiert. Somit wird die Jagdverwaltung nicht durch neue Bürokratielasten überfordert, sondern kann sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren.

Die Aufnahme des Wolfs ins Jagdrecht ebnet den Weg für ein künftiges, aktives Wolfsmanagement, sobald der Bund die rechtlichen Voraussetzungen schafft. Mit dem neuen Landesjagdgesetz wurde zudem festgelegt, dass auf neue invasive Arten flexibel und wissenschaftlich fundiert reagiert werden kann. Durch die klare Definition ökosystemfremder Arten haben wir Rechtssicherheit geschaffen und den Spielraum erweitert, den das Bundesrecht bislang offenließ. So können invasive Arten wie Nutria, Waschbär oder Nilgans künftig unbürokratisch und gezielt bejagt werden – zum Schutz heimischer Arten und stabiler Lebensräume. Dank des Einsatzes der Freien Demokraten für ein unbürokratisches Meldeportal ist die letale Vergrämung von Saatkrähen im Rahmen von Ausnahmegenehmigungen künftig leichter möglich. Doch echte, nachhaltige Lösungen kann es nur geben, wenn auch hier der Schutzstatus angepasst wird. Hierfür wollen wir uns einsetzen.

Auch beim Schutz unserer heimischen Schweinebestände handeln wir mit Weitblick. Die Afrikanische Schweinepest endet nicht an Landesgrenzen, deshalb haben wir gemeinsam mit unseren Nachbarn, insbesondere Hessen, umfassende Schutz- und Präventionskonzepte entwickelt, um im Ernstfall schnell, abgestimmt und wirkungsvoll reagieren zu können. Im Rahmen des Erlasses der Landesjagdverordnung ist künftig die gesamte Landesregierung anstatt des Umweltministeriums zuständig. Dies gewährleistet die maximale Einbindung aller relevanten Akteure.

Künftig wollen wir den eingeschlagenen Weg fortsetzen und die im neuen Landesjagdgesetz geschaffene Möglichkeit nutzen, invasive Arten frühzeitig und konsequent zu bejagen. Durch ein enges Monitoring und die wissenschaftliche Beobachtung der Populationsentwicklung können neue Arten, die ökologische Schäden verursachen, schnell erkannt und ohne bürokratische Hürden entnommen werden. Unser Ziel ist ein praxisorientierter, ökologisch

verantwortungsvoller Umgang mit invasiven Arten, der Biodiversität schützt und heimische Lebensräume dauerhaft sichert.

Der Wolf ist ein Raubtier. Die Aufnahme ins Jagtrecht ist ein wichtiger erster Schritt. Wir setzen uns weiter dafür ein, den Erhaltungszustand realistisch zu betrachten und in ein aktives Wolfsmanagement einzusteigen.

Unsere Vision ist eine moderne, wissenschaftlich fundierte und freiheitliche Jagd in Rheinland-Pfalz. Wir wollen eine Jagdpolitik, die Vertrauen statt Misstrauen schafft, Forschung und Praxis verbindet und die Leistungen der Jägerschaft anerkennt. Hegegemeinschaften sollen als starke Partner der Land- und Forstwirtschaft gefördert werden, um gemeinsam Biodiversität, Waldumbau und Wildtiermanagement voranzubringen. Wir wollen den Einsatz digitaler Technologien im Wildmonitoring und im Wildschadensmanagement ausbauen, um Daten effizienter zu nutzen und Konflikte zu reduzieren.

Jagd ist für uns Freie Demokraten Teil einer verantwortungsbewussten Gesellschaft. Wir wollen die jagdliche Ausbildung weiter professionalisieren, die Öffentlichkeitsarbeit stärken und das Ehrenamt der Jägerschaft als unverzichtbaren Beitrag für Sicherheit, Naturschutz und den ländlichen Raum anerkennen. Rheinland-Pfalz soll das Bundesland bleiben, in dem Jagd, Natur und Freiheit in Einklang stehen – modern, verantwortungsvoll und mit festem Vertrauen in die Kompetenz derer, die täglich für die Balance zwischen Mensch und Wild sorgen.

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass die Jagd mit Hunden im Naturbau nicht verboten wird und die Rolle sowie die Aufgaben des Kreisjagdmeisters beim Status quo bleiben. Ebenso ist uns wichtig, dass die unteren Jagdbehörden weiterhin beim Rotwild zuständig bleiben.

Uns Freien Demokraten ist es wichtig, dass Begrifflichkeiten, die viele Jahrzehnte Jagdtradition verkörpern, auch weiterhin mit großem Respekt von der Praxis erhalten bleiben. Daher werden wir auch in Zukunft dafür kämpfen, dass die Begriffe der Waidgerechtigkeit und der Hege im Gesetz verankert bleiben.

Fischerei und Angeln – Verantwortung und Freiheit im Einklang mit der Natur

Fischerei und Angeln sind in Rheinland-Pfalz tief verwurzelt. Sie stehen für gelebten Naturschutz, regionale Wertschöpfung und ein verantwortungsvolles Miteinander von Mensch und Umwelt. Für uns Freie Demokraten ist klar: Wer die Natur nutzt, schützt sie auch. Wir wollen, dass Fischerei und Angeln weiterhin ihren festen Platz in der Umwelt- und Freizeitpolitik des Landes haben, als Ausdruck von Freiheit, Verantwortung und nachhaltiger Nutzung unserer Gewässer.

Fischerei bedeutet für uns nachhaltige Bewirtschaftung, nicht Ausbeutung. Wir setzen auf eine umweltverträgliche und zugleich wirtschaftlich tragfähige Politik, die auf Wissen, Eigenverantwortung und Vertrauen baut, statt auf Misstrauen und übermäßige Regulierung.

In Regierungsverantwortung haben wir Freie Demokraten uns dafür eingesetzt, dass Fischerei und Angeln unbürokratischer, moderner und praxistauglicher gestaltet werden. Mit dem Entwurf des Landesgesetzes zur Änderung fischereirechtlicher Vorschriften liegt nun ein Schritt vor, der genau in diese Richtung weist. Der geplante lebenslange Fischereischein ist dabei ein Kernstück liberaler Handschrift: weniger Behördengänge, mehr Eigenverantwortung und Vertrauen in die Kompetenz der Anglerinnen und Angler. Ergänzt werden soll dies durch die

Möglichkeit, Fischereischeine digital zu führen, ob als Scheckkarte oder über das Smartphone. Auch die geplante bundesweite Anerkennung von Fischereischeinen und Prüfungen steht für mehr Flexibilität und Bürokratieabbau.

Darüber hinaus sieht der Entwurf Erleichterungen für Jugendliche und Menschen mit Sprachbarrieren vor, die so leichter Zugang zur Fischerei erhalten. Diese Modernisierung stärkt Teilhabe, Integration und das Ehrenamt gleichermaßen. Der Entwurf zeigt, was liberale Politik ausmacht: Vertrauen in die Menschen statt Kontrolle, Digitalisierung statt Papierakte und Eigenverantwortung statt Bürokratie.

Wir Freie Demokraten wollen diesen Weg fortsetzen und die nachhaltige Nutzung der Fischbestände weiter sichern. Dazu gehört ein wissenschaftlich fundiertes und regional differenziertes Management des Kormorans, dessen stark wachsende Population vielerorts heimische Fischbestände und Teichwirtschaften gefährdet. Artenschutz darf nicht dazu führen, dass andere Arten oder ganze Wirtschaftszweige verdrängt werden.

Wir wollen daher die Möglichkeit schaffen, den Kormoran in das aktive Wildtiermanagement aufzunehmen, um Populationen gezielt zu steuern und das ökologische Gleichgewicht zu erhalten. Artenschutz darf kein starres Dogma sein, wenn er ökologische Stabilität und wirtschaftliche Lebensgrundlagen gefährdet. Wir setzen auf Schutz durch Vernunft, auf Lösungen, die Artenvielfalt sichern und zugleich Planungssicherheit für Betriebe und Angler schaffen.

Unsere Vision ist eine Fischereipolitik, die Natur, Mensch und Nutzung in Einklang bringt, getragen von Verantwortung, Vertrauen und Freiheit. Rheinland-Pfalz soll ein Land bleiben, in dem nachhaltige Bewirtschaftung, Ehrenamt und Naturverbundenheit gleichermaßen geschätzt und gefördert werden.

V.i.S.d.P.

FDP-Landesverband Rheinland-Pfalz
Schillerstraße 11a | 55116 Mainz
rlp@fdp.de | www.fdp-rlp.de